

Die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel

Die Kameradschaft Wörgl lud am Abend des 5. Jänner ins Hotel „Alte Post“ zum traditionellen Neujahrsempfang. Einmal mehr wurde die Wertschätzung für den Wörgler Traditionsverein spürbar, der 2024 sein 100. Bestandsjubiläum feiert. Die besten Wünsche für ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr überbrachten den Kameraden unter Führung von Obmann Sepp Werlberger und dem Protektorat von Eh-

renobmann Hermann Hotter u. a. Pater Charles, Bgm. Michael Riedhart, die Landtagsabgeordneten Sebastian Kolland, Michael Jäger und Christian Kovacevic sowie TKB-Vizepräsident Roman Burgstaller. Eine besinnliche Weihnachtsgeschichte, vorgelesen von Wörgls Ehrenzeichenträgerin Annemarie Duregger und ein gemeinschaftliches Abendessen rundeten den Neujahrsempfang 2023 ab.



V. l.: Christian Kovacevic, Rudolf Baumgartner, Michael Jäger, Rudi Schimanek, Hermann Hotter, Pater Charles, Sepp Werlberger, Andreas Hauser, Carmen Schimanek, Bgm. Michael Riedhart, Maria Steiner, Roman Burgstaller, Sebastian Kolland, Manfred Schachner und Vize-Bgm. Kaya-han Kaya.

Foto: TKB

Hufsteinlecker, 18.01.2023

Mit dem FAIRteiler setzt Kufstein ein Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung



Nach dem Motto „FAIRteilen anstatt Wegwerfen“ hat das Freiwilligenzentrum KUUSK in Kooperation mit der Stadt Kufstein, der KEM (Klima- und Energie-Modellregion), dem Abfallverband und den Stadtwerken den ersten Lebensmittel-FAIRteiler in Kufstein ins Leben gerufen. Am 11. Jänner wurde der FAIRteiler u.a. von Bgm. Martin Krumschnabel im Stadtpark eröffnet.

So funktioniert der FAIRteiler

Der FAIRteiler – eine Kombination aus Regal und Kühlschrank – steht mitten in der Stadt und setzt ein buntes Zeichen ge-

gen Lebensmittelverschwendung. Er ist für alle zugänglich und wird von ehrenamtlichen Helfern betreut. Die ehrenamtlichen „Food-Safer“ kooperieren mit regionalen Lebensmittelhändlern und sorgen dafür, dass übrig gebliebene Lebensmittel nicht im Müll, sondern am Teller landen.

Von Brot, Obst, Gemüse, Milchprodukte bis hin zu Reis, Nudeln oder Mehl – überschüssige Lebensmittel werden durch den FAIRteiler unkompliziert weitergegeben. Der Kühlschrank kann also vor einer längeren Reise mit gutem Gewissen aussortiert werden. So bunt wie der FAIRteiler von

außen ist, so ist auch sein Inhalt. Was zuhause in den Kühlschrank kommt, steht auch im FAIRteiler im Kühlschrank – der Rest kommt ins Regal. „Die wichtigste Regel dabei ist, nur Lebensmittel zu teilen, die man auch selbst essen würde“, erklärt Carmen Schwinghammer, Initiatorin des Projekts. Nicht in den FAIRteiler dürfen selbst zubereitete Speisen, Alkohol, rohes Fleisch, roher Fisch, selbst gesammelte Pilze sowie Rohmilch- oder Roh-Ei-Produkte.

Jeder darf zugreifen: Familien, Senioren, Studenten und alle, die Freude dabei haben, Lebensmittel zu retten.

Kufsteinblick, 18.01.2023

„Schulstraßen“ sollen Weg zur Schule sicherer machen

KUFSTEIN. Mit 1. Oktober 2022 wurde eine gesetzliche Einführung von Schulstraßen in ganz Österreich festgelegt. Das bringt auch in Kufstein die Erhöhung der Sicherheit für Schulkinder mit sich. Der aktive Autoverkehr am Morgen und um die Mittagszeit führte in Kufstein bereits zu einigen brenzligen Situationen.

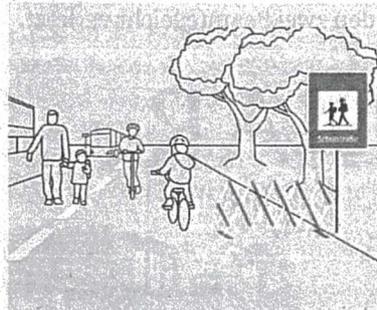
Mit der 33. Novelle der österreichischen Straßenverkehrsordnung ist seit Oktober letzten Jahres die Regelung für Schulstraßen vereinheitlicht worden. Jedoch ist das Prinzip einer Schulstraße nicht neu.

Nun neues Verkehrszeichen

Bis zum Sommer 2022 wurde die Schulstraße durch Fahrverbote mit zeitlicher Begrenzung auf einer Zusatztafel

gelöst. Nun gibt es ein neues Verkehrszeichen, welches auf eine Schulstraße hinweist.

Das Ziel der Schulstraße ist es, Eltern und Kinder zu ermutigen, den Weg zur Schule klimafreundlich und mobil zu gestalten, damit der Verkehrsandrang an den Schulen zu den Stoßzeiten reduziert wird. Es gilt seit 1. Oktober 2022 auf den Schulstraßen im Bereich der Volksschule Zell (Kleinholzweg und Herzog-Erich-Straße) und der Volksschule Sparchen (Sterzinger Straße) von 07:30 Uhr bis 08:00 Uhr und von 11:00 Uhr bis 13:00 Uhr ein Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge, mit Ausnahme von Einsatzfahrzeugen und Anrainerverkehr im Schritttempo. Auch das Radfahren ist in Schrittgeschwindigkeit erlaubt.



Nun gibt es ein neues Verkehrszeichen für die Schulstraßen.

Foto: BMK



Schulstraßen sollen mehr Sicherheit für Kinder bieten.

Symbolfoto: Neumayr

Bezirksblatt Kufstein, 18.19.01.2023

3CON's Tag der offenen Tür für Lehrstelleninteressierte

Über 180 Besucher im Hauptsitz Ebbs

„Entdecke 3CON's High-Tech-Welt für deine Karriere mit Lehre“ - mit diesem Aufruf lud das Unternehmen am 13. Jänner zur Firmenbesichtigung ein.

Das Team 3CON präsentierte mit viel Enthusiasmus und Stolz die hochautomatisierten Produktionslagen, die für die Fertigung u. a. von Türen und

Instrumententafeln für Autos wie BMW, Mercedes, Tesla und Co. entwickelt werden.

Mehr als 180 Lehrstelleninteressierte folgten der Einladung, die die 5 verschiedenen Lehrberufe ganz genau unter die Lupe nahmen. 3CON bietet eine Lehre in den Bereichen Elektrotechnik, Metalltechnik, Mechatronik, Betriebslogistik und erstmalig auch in der Konstruk-



Reges Interesse der Jugendlichen und ihrer Eltern an den Ausbildungsmöglichkeiten bei 3CON. Fotos: 3CON Anlagenbau GmbH

tionstechnik. Derzeit bildet das Unternehmen 25 Lehrlinge aus. Ziel sind 40.

(Lehr-)Berufe mit Zukunft - „So wie jedes neue Automodell völlig neu durchdacht ist, sind es auch die Produktionsanlagen dafür - keine Maschine gleicht der anderen. Das bedeutet für die Techniker:innen bei jedem Projekt neue, individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen. Deshalb bekommen unsere Lehrlinge von Anfang an, zusätzlich zur soliden technischen Grundausbildung, im Besonderen auch die Fähigkeit zum eigenständigen und kreativen Denken vermittelt. Diese beiden Eigenschaften sehen wir als eine der Wichtigsten, damit unsere Schützlinge in ein erfolgreiches Berufsleben voller Möglichkeiten starten können“, so der diplomierte 3CON-Lehr-



3CON-Lehrlingsausbilder Daniel Rusch

lingsausbilder Daniel Rusch. Bei einem positiven Lehrabschluss kann jede/r Jungtechniker:in bei 3CON fix mit einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis rechnen.

Für alle Interessierten: Jetzt für eine Lehre bewerben auf <https://www.3con.com/karriere> oder per E-Mail an bewerbung@3con.com.

- Anzeige -

MEINBEZIRK.AT/KUFSTEIN

180 besuchten „3Con“ bei Firmenbesichtigung in Ebbs

EBBS. „Entdecke 3Cons High-tech-Welt für deine Karriere mit Lehre“ – mit diesem Aufruf lud das Unternehmen am 13. Jänner zur Firmenbesichtigung in Ebbs ein. Das Team von 3Con eröffnete Besuchern einen Einblick in die hochautomatisierten Produktionslagen. Das Unternehmen hat sich auf die Herstellung von Teilen für die Automobilindustrie spezialisiert. Hergestellt werden beispielsweise Türen und Instrumententafeln für Autos wie BMW, Mercedes, Tesla und Co. Fünf verschiedene Lehrberufe gab es dabei zu erkunden, über 180 Lehrstelleninteressierte folgten der Einladung. 3Con bietet eine Lehre in den Bereichen Elektrotechnik, Metalltechnik, Mechatronik, Betriebslogistik und erstmalig auch in der Konstruktionstechnik. Derzeit bildet das Unternehmen 25 Lehrlinge aus. Insgesamt sollen des letztendlich 40 werden, so das Ziel.

So wie jedes neue Automodell völlig neu durchdacht ist, seien es auch die Produktionsanlagen dafür – keine Maschine gleiche der anderen, erklärt der diplomierte 3Con-Lehrlingsausbilder Daniel Rusch.

„Das bedeutet für unsere Techniker*innen, bei jedem Projekt neue, individuelle Lösungen zu finden und umzusetzen. Deshalb bekommen unsere Lehrlinge von Anfang an, zusätzlich zur soliden technischen Grundausbildung, im Besonderen auch die Fähigkeit zum eigenständigen und kreativen Denken vermittelt. Diese beiden Eigenschaften sehen wir als eine der wichtigsten, damit unsere Schützlinge in ein erfolgreiches Berufsleben voller Möglichkeiten starten können“, so Rusch. Bei einem positiven Lehrabschluss kann jede/r Jungtechniker*in bei 3Con fix mit einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis rechnen.



Viele interessante Gespräche durfte 3Con-Lehrlingsausbilder Daniel Rusch mit den Jugendlichen führen.

Foto: 3CON Anlagenbau GmbH



Karten gibt es an der Abendkasse um 8 Euro.

Foto: Birgit Schwaighofer

Ebbser Faschingsball in der Freisingerhalle

2 EBBS. D'Schneetoia Plattler laden herzlich zum Faschingsball am Samstag, den 4. Februar 2023, ab 20 Uhr in der Freisingerhalle in Ebbs (Wildbichler Str. 1a) ein. Für Stimmung und Unterhaltung sorgt JUHE aus Tirol. Es erwarten euch eine große Bar, eine Weinschenke, eine Weißbierbar usw. Natürlich dürfen auch ein Auftanz und eine Mitternachtseinlage nicht fehlen. Einlass ab 16 Jahren, Vorverkauf 6 Euro und Abendkasse 8 Euro.

TT 07.02.2023

Cobra-Einsatz nach schwerer Nötigung

Ebbs – Ausgerüstet mit waffenähnlichen Gegenständen sollen Sonntagabend gegen 22 Uhr in Ebbs mehrere Personen in die Wohnung eines 19-jährigen Bosniers eingedrungen sein. Der junge Mann gab gegenüber der Polizei an, von diesen gefährlich bedroht worden zu sein. Die Unbekannten sollen einen vierstelligen Bargeldbe-

trag gefordert haben, weitere Personen hätten noch vor der Wohnung gewartet. Als der 19-Jährige kein Geld herausgab, flüchteten die Täter mit einem weißen Kastenwagen. Die Polizei rückte mit mehreren Streifen sowie den Sondereinheiten Cobra und „Schnellen Reaktionskräften“ aus, die Fahndung verlief jedoch negativ. (np)

TT 07.02.2023

Mit Schusswaffen in Wohnung gestürmt

In Ebbs soll es zu einem brutalen Überfall auf einen 19-Jährigen gekommen sein

Szenen wie einst in Chicago sollen sich in der Nacht auf gestern im ansonsten idyllischen Ebbs abgespielt haben! Als ein Bosnier (19) seelenruhig in seinen vier Wänden verweilte, drangen offenbar plötzlich mehrere bewaffnete Personen in die Wohnung ein. „Laut Angaben des 19-Jährigen waren die Unbekannten teils mit Sturmgewehren bewaffnet“, erklärt Wolfgang Weninger, Stv. Bezirkspolizeikommandant von Kufstein, der „Krone“. Weitere Männer sollen derweil vor der Wohnung gewartet haben.

Die Eindringlinge sollen den Bosnier bedroht haben und von ihm meh-

rere Tausend Euro gefordert haben. Die Hintergründe, die zu dem Zwischenfall geführt haben sollen, seien laut Weninger bislang noch unklar.

Unbekannte flüchteten mit weißem Kastenwagen

Als der 19-Jährige sich aber weigerte, Geld herauszurücken, ergriff die Bande angeblich in einem weißen Kastenwagen die Flucht. Verletzt wurde niemand. Gegen 22.45 Uhr erstattete der Bosnier dann Anzeige bei der Polizei. Sofort rückten mehrere Streifen und das Einsatzkommando Cobra aus. „Die Fahndung verlief aber negativ“, so die Ermittler. Samuel Thurner



Fotos: ZOOM, TIROL

Polizei und Rettung rückten sofort aus (li.). Auch ein gepanzertes Fahrzeug der Cobra (re.) kam zum Einsatz.

Nach Schüssen festgenommen

Ein 52-jähriger Unterländer löste einen Cobra-Einsatz aus und drohte mit dem Umbringen.

Rettenschöss – Aus einem Wohnhaus in Rettenschöss seien Geräusche und wohl auch Schüsse zu hören: Das war der Inhalt eines Notrufs, mit dem ein Nachbar in der Nacht zum Dienstag einen massiven Polizeieinsatz auslöste.

Sein Anruf ging um 1.10 Uhr ein, wenig später trafen zwei Polizeistreifen vor dem Wohnhaus in Rettenschöss ein. Zu diesem Zeitpunkt wussten die Beamten bereits, dass gegen den mutmaßlichen Schützen ein Waffenverbot besteht. Es war also Vorsicht geboten. Den Polizisten gelang es kurz, Kontakt zum Verdächtigen aufzunehmen. Doch dann verschanzte sich der 52-Jährige in seiner Wohnung.

Die Polizisten forderten Verstärkung an. Und die kam auch – je eine Streife der Cobra und der „Schnellen Interventionsgruppe“ trafen in Rettenschöss ein. „Der Einsatz hat dann etwa zwei Stunden gedauert“, berichtet Polizeisprecher Christian Viehweider. Nachdem weitere Kontaktversuche ohne

Wirkung blieben, brachen die Cobra-Beamten gegen 3.20 Uhr die Eingangstür auf und stürmten in die Wohnung. Im Schlafzimmer stießen die Polizisten auf den 52-Jährigen,



Foto: zeitungsfoto.at

„In einem Balken an der Decke wurden Löcher entdeckt, die vermutlich von den Projektilen stammen.“

Christian Viehweider
(Polizeisprecher)

der in der Folge festgenommen wurde. „Der Mann befand sich allein in der Wohnung“, so Viehweider weiter.

Bei der Durchsuchung der Wohnung stießen die Beamten nicht nur auf ein Kleinkaliber-Gewehr, sondern auch auf Munition. Und auf Geschosshülsen, die die Aussage des Nachbarn bestätigten – tatsächlich dürften Schüsse

gefallen sein. „Wir gehen davon aus, dass er in der Wohnung herumgeschossen hat“, vermutet der Polizeisprecher: „In einem Balken an der Decke wurden Löcher entdeckt, die vermutlich von den Projektilen stammen.“ Die Untersuchung sei aber noch nicht abgeschlossen. In der Küche fanden die Beamten außerdem eine geringe Menge Marihuana.

Nach dem Ende des Einsatzes wurde der 52-Jährige von den Beamten abtransportiert. Dabei bedrohte der aufgebrachte Unterländer zwei Polizisten mit dem Umbringen. Den Rest der Nacht verbrachte der Mann in Polizeigewahrsam. „Dort befindet er sich immer noch“, bestätigte Viehweider am Dienstagnachmittag: „Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Das Motiv für die Schüsse und das Verhalten des 52-Jährigen war zunächst unklar. Allerdings dürfte auch Alkohol eine Rolle gespielt haben, der Unterländer war bei der Festnahme offenbar nicht mehr ganz nüchtern. (tom)

Bewaffnete Personen drangen in Wohnung

EBBS. Am 5. Februar gegen 22:45 Uhr drangen bisher unbekannte Personen in Ebbs in die Wohnung eines 19-jährigen Bosniers ein. Die Personen waren bewaffnet und bedrohten den jungen Mann. Sie forderten von diesem einen vierstelligen Bargeldbetrag. Vor der Türe standen noch weitere Personen, die dort warteten. Der 19-Jährige gab kein Geld heraus, worauf die unbekannt Täter mit einem weißen Kastenwagen flüchteten. Es wurde sofort eine Fahndung mit zahlreichen Streifen eingeleitet, welche jedoch negativ verlief.



Ein 19-Jähriger wurde in Ebbs mit einer Waffe bedroht. Foto: ZOOM.Tirol

SV Niederndorf:

Ebbs gewinnt Hallen- Fußballturnier



In Niederndorf fand am Wochenende der Reserve KM/II Hallencup statt. Die Beteiligung war gut und auch die Zuschauerränge waren bestens gefüllt. Zwölf Mannschaften haben am Turnier teilgenommen. Die KM2 aus der Nachbargemeinde Ebbs besiegt im Finale den SV Walchsee A mit 2:1. Der dritte Podestplatz ging an den SC Kundl 2, gefolgt vom SV Walchsee B und dem SV Thiersee. Torschützenkönig wurde Fabian Fahringer vom SV Walchsee. -be-



Spannende Spiele beim Hallenturnier in Niederndorf

Foto: SV Niederndorf

TT 17.02.2023

Kurzmeldungen

Im Sekundenschlaf gegen Fahrbahnteiler

Ebbs – Am Donnerstag kurz nach 14 Uhr war ein 51-jähriger Italiener auf der Inntalautobahn im Gemeindegebiet von Ebbs in Richtung Innsbruck unterwegs, als er kurz einnickte. In der Folge fuhr er auf einen Fahrbahnteiler auf. Der Mann konnte sich aus dem schwer beschädigten Pkw befreien, musste aber ins BKH Kufstein gebracht werden. (TT)



Der italienische Lenker wurde unbestimmten Grades verletzt.

Foto: zoom.tiro1

TT 24.02.2023

774.910 Liter Diesel umgeleitet

1,5 Mio. Euro flossen zurück, je 15 Monate bedingte Haft und 7200 Euro Geldstrafe für Duo.

Von Reinhard Fellner

Innsbruck – Wie kommt man als Lkw-Fahrer eines Tanklagers auf die Idee, für einen Tankstellenbesitzer praktisch ohne Gegenleistung knapp 775.000 Liter Diesel zu veruntreuen? Eine Frage, die der 51-jährige Erstangeklagte beim gestrigen Veruntreunungsprozess am Landesgericht selbst nicht ansatzweise schlüssig beantworten konnte. Im Gegenzug für eine Strafandrohung von bis zu zehn Jahren Haft hatte der Unterländer für das Umleiten des Sprits im Wert von 764.528 Euro lediglich sein Auto kostenfrei auftanken dürfen. Dazu gab es vom mitangeklagten Tankstellenbetreiber (56) zum Dank einmal einen Satz Reifen und von 2016 bis zum März 2021 ein paar „Hunderter“. Verteidiger Thomas Kraft beantwortete die eingangs gestellte Frage vor dem Schöffensenat: „Mein Mandant hat gesagt, dass er da nur dumm war – und das stimmt einfach!“ Ein mögliches Motiv für eine der bislang größten Treibstoffveruntreungen

in Tirol lieferte der 51-Jährige vor Richter Paul Menardi aber trotzdem: „Dazu sagte er mir in Gesprächen halt auch hin und wieder, dass ich einmal die Transportsparte der Firma übernehmen könne, wenn er sich zurückzieht. Da dachte ich mir, ich müsse schauen, dass es der Firma gut geht.“ Das Wohl des Arbeitgebers blendete der Tankwagenfahrer jedoch aus und war wohl selbst erstaunt,

dass die Spritveruntreuung weder im Tanklager noch im eigentlich zu beliefernden Logistikzentrum jemals jemandem aufgefallen war. So entdeckte der Seniorchef des Tanklagers im März 2021 rein zufällig, dass ein Mitarbeiter mit dem Tankwagen vor dem Ziel noch zu einer Tankstelle abbog. Frühe Geständnisse und Berechnungen deckten dann auf, dass dies in der Vergangenheit wohl mindestens

111-mal so gewesen war. Der Tankstellenbetreiber biss darauf in den sauren Apfel und wollte mit überkompletter Schadenswiedergutmachung allenfalls über das Rechtsinstrument der „tätigen Reue“ straffrei bleiben. So wechselten Anfang Mai 1,5 Millionen Euro von der Tankstelle hin zum geschädigten Tanklager. Staatsanwalt Markus Grüner blieb skeptisch: „Wenn die tätige Reue gebührt, dann beiden, in diesem Fall aber keinem!“ Laut Grüner hatte die Polizei zum Überweisungszeitpunkt schon Ermittlungen in Richtung der Angeklagten angestellt und Zeugen vernommen, Somit sei die Schadensgutmachung nicht mehr rechtzeitig.

Dieser Rechtsmeinung schloss sich auch der Senat an und verhängte rechtskräftig je 15 Monate bedingte Haft und 7200 Euro Geldstrafe. Beim 51-Jährigen war die Bedrohung seiner Ex-Lebensgefährtin in die Strafe eingeflossen. Er hatte unter Kommentierung eines Femizids vor ihr ein Messer in den Tisch gestochen.



Die Diesel-Veruntreuer mit den Verteidigern Thomas Kraft und Christian Dillersberger: Beide Angeklagten blieben bei ihren Geständnissen. Foto: Böhm

12 LOKALES

51-Jähriger prallte gegen Fahrbahnteiler

EBBS. Am 16. Februar nach Mittag war ein 51-Jähriger mit seinem Firmenauto auf der Inntalautbahn A12 in Richtung Innsbruck unterwegs.

Gegen 14:00 Uhr prallte der Autofahrer mit seinem Auto gegen einen Fahrbahnteiler. Nach Angaben des 51-jährigen Autofahrers war Sekundenschlaf dafür verantwortlich. Der Mann befreite sich selbst aus dem stark beschädigten Auto. Er wurde dann vom Rettungsdienst mit Verletzungen unbestimmten Grades in das Bezirkskrankenhaus Kufstein gebracht.



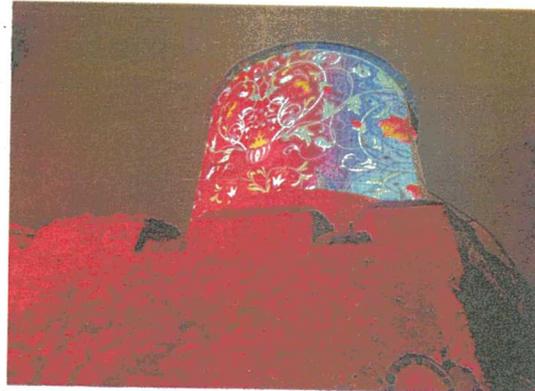
Laut dem Mann sei er in Sekundenschlaf verfallen. Foto: ZOOM.Tirol

6.000 hörten die Stimme der Burg

Insgesamt mehr Besucher bei zweiter Auflage des Kufsteiner Lichtfestivals, aber geringere Gesamtauslastung.

BARBARA FLÜCKINGER

KUFSTEIN. Rund 230 Shows hat das Lichtfestival Kufstein in seinem zweiten „Spieljahr“ 2022/23 nun hinter sich. Von 27. Dezember bis 29. Jänner flackerten wieder Lichtprojektionen über die Gemäuer der Festung, umrahmt von der „Stimme der Burg“ alias Regina Lemnitz, der deutschen Synchronstimme von Whoopi Goldberg. Dabei zog das Spektakel rund um Rückblicke in die Geschichte und Botschaften der Burg laut dem Stadtmarketing insgesamt rund 6.000 Besucherinnen und Besucher in seinen Bann. Das bei 33 Tagen, an denen das



Rund 6.000 Personen besuchten in der Saison 2022/23 das Lichtfestival in Kufstein, so die Bilanz des Stadtmarketings.

Foto: Flückinger

Lichtfestival durchgeführt wurde, und einer maximalen Gruppengröße von 40 Personen. Bei insgesamt 9.200 möglichen Besucherinnen und Besuchern liegt die Gesamtauslastung da-

mit bei zwei Dritteln, also rund 66 Prozent. In der vorigen Saison 2021/22 war die Gesamtauslastung mit 75 Prozent höher gewesen. Allerdings fanden dort mit 300 Führungen mehr

Shows statt, dies coronabedingt mit Gruppengrößen von maximal 25 Personen. Die Besucherzahlen lagen damals absolut bei rund 5.500 von insgesamt 7.500 möglichen Besuchern. Im Vergleich gab es damit in der jüngsten Saison 2022/23 also prozentuell gesehen eine geringere Gesamtauslastung als in der vorigen Saison, es besuchten aber insgesamt mehr Menschen das Lichtfestival.

Bei der Durchführung des Festivals setzte man seitens der Veranstalter dabei auch auf eine Zusammenarbeit mit dem Stadttheater und den Austrian Guides, die zum überwiegenden Teil als Burgwächterinnen und Burgwächter durch das Lichtfestival führten.

Stadtmarketing ist zufrieden
Seitens des Stadtmarketings Kufstein zeigt man sich mit dem Ergebnis zufrieden. Man

habe einige Kleinigkeiten im Ablauf im Vergleich zum Vorjahr verändert, welche sich sehr bewährt hätten. „Unser Ziel war es, ein attraktives Angebot zu schaffen, und das ist definitiv gelungen“, erklärt Thomas Ebner vom Stadtmarketing Kufstein gegenüber den REGIONALMEDIEN KUFSTEIN. Er verweist dabei auf die Schaffung eines attraktiven Veranstaltungsgeschehens in der Innenstadt – dies im Jänner, einer Jahreszeit, in der aus touristischer Sicht kaum Veranstaltungen geboten werden. „Es ist dies eine Komplettierung der Kette an Events, und das funktioniert“, so Ebner. Auch das internationale Medienecho, das man aufgrund des Festivals verzeichnen konnte, sei gut.

Auch 2023/24 geplant
Die Veranstalter (Tourismusverband Kufsteinerland und Stadtmarketing Kufstein) hat-

ten 2022/23 mit dem Verzicht auf die großflächige Talprojektion die Weichen auf „Energiesparen“ gesetzt. Zudem ging man mit einer überarbeiteten Inszenierung und einer neu gestalteten Station in die Saison. Stattfinden soll das Lichtfestival jedenfalls auch 2023/24 – grundsätzlich in gleicher Form, man spreche derzeit aber auch wieder über mögliche inhaltliche Anpassungen, erklärt Ebner.

UMFRAGE

Mehr dazu und eine Umfrage finden Sie auf meinbezirk.at/kufstein/



KRONE 24.02.2023

Berny Blanks zweiter Streich

Schlag auf Schlag geht es in der Solokarriere von Bernhard Anker, alias Berny Blank, weiter. Nun kommt ein „Meisterwerk“.

Der 26-jährige Singer und Songwriter Berny Blank geht mit seiner zweiten Single „Meisterwerk“ neue Wege. Sein Weg führte ihn von der klassischen Ausbildung am Konservatorium in Innsbruck über die Militärmusik hin zum selbstständigen Berufsmusiker. Bei verschiedenen Bands und als Studiomusiker machte er sich einen Namen. Die Single „Meisterwerk“, produziert von Erfolgsproduzent Manuel Stix, erzählt von der Geschichte, die viele in ihren Beziehungen schon einmal kennengelernt haben. Man lernt die Eltern seiner Freundin kennen und bittet um das Vertrauen für die Beziehung. Bei Mädchen

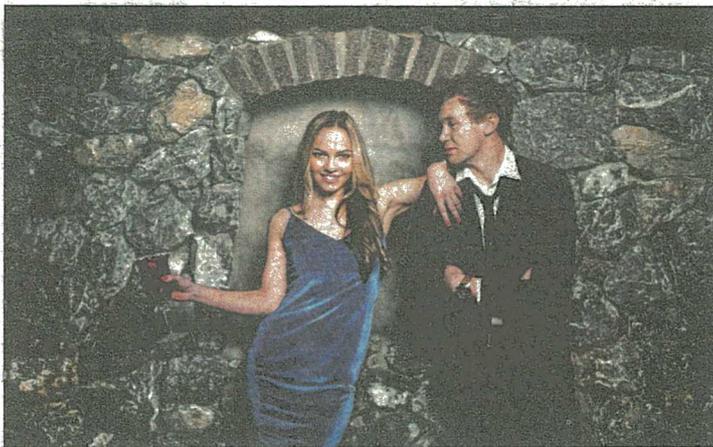


Foto: Angelo Lair

Berny Blank singt eine Ode auf das zarte Geschlecht

sind bekanntlich die Väter gerne mal etwas vorsichtiger, wem sie ihre Tochter, ihr „Meisterwerk“, anvertrauen. Zusammen mit sei-

nem „Mentor“ Gregor Glanz wurde ein starkes Musik-Video dazu gedreht, bei dem Musik und Ton für sich selbst sprechen.

Weniger Gäste hörten die Burg

TT, 21.02.2023

Politischer Schlagabtausch über Subvention des TVB-Lichterfestivals auf der Festung Kufstein. Nur knapp 65 Prozent Auslastung in dieser Saison.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Es sollen Bilder als Werbung erzeugt werden und für TVB-Obmann Georg Hörhager ist es „eine Veranstaltung im Jahresverlauf, die das Gesamtangebot abrundet“. Daher habe das Lichterfestival seine Berechtigung im Kufsteinerland. Die reinen Besucherzahlen haben auch einiges an Luft nach oben: 65 Prozent Auslastung, in Zahlen knapp über 6000 Gäste konnten in dieser Saison (27. Dezember bis 29. Jänner) bei den 231 Shows verbucht werden. Dabei hatte man die mit Lichtprojektoren auf die historischen Festungsmauern gezeichnete Geschichte der Festung für das zweite Jahr eigens noch einmal überarbeitet.

Die Zahlen sind auch weit davon entfernt, was man sich 2021, als das Lichterfestival „Die Stimme der Burg“ für heftige Diskussionen im Gemeinderat sorgte, noch erhofft hatte. Damals sprach man ganz optimistisch von bis zu 16.000 Besuchern pro Saison. Bereits 21/22 waren es letztlich 5500 von möglichen 7500. Der Start der Shows wurde jedoch von Corona stark gebremst.

Von Anfang an sorgten die Kosten von bis zu einer Million Euro für drei Saisonen für Diskussionen. Die Finanzierung sei auch weiterhin gesichert, sagt TVB-Obmann Hörhager auf Anfrage der TT. Nach der Saison 23/24 wird man die Veranstaltung evaluieren und entscheiden, wie es weitergeht. Ob dann nochmals die Stadt Kufstein als einer der Hauptfinanziers mit an Bord ist, wird sich noch zeigen. Für die ersten drei Saisonen schießt sie 280.000

Euro zu, der gleiche Betrag kommt vom TVB, außerdem zahlen noch andere Gemeinden und das Land mit. Den Stadtbeitrag hat StR Richard Salzburger (Kufsteiner Volkspartei – Die Stadtpartei) bereits vor zwei Jahren kritisiert und legt nun angesichts der mageren Auslastung noch einmal nach. Er rechnet vor, dass die öffentliche Hand über „30 Euro pro Besucher aufzahlt“, so Salzburger. Da er keinen Mehrwert für die Stadt sieht, „muss diesem Irrsinn ein Ende gesetzt werden. Wenn von Seiten des Stadtmarketings und des Kulturreferenten die Veranstaltung als positiv bewertet wird, frage ich mich schon, ob überall die richtigen Personen sitzen“, fügt er bissig an.

Erwartungsgemäß sorgen die Aussagen für einen heftigen Konter aus dem Lager der Parteifreien, die den Kulturreferenten Klaus Reitberger stellen: „Wäre es nach Salzburger gegangen, hätte es in den letzten zwölf Jahren praktisch keine Investitionen und keine Großveranstaltungen gegeben. Entgegen

seinem Ansatz braucht es laufend neue Ideen und Impulse für Kufstein, die Fehlbesetzung liegt daher keinesfalls bei unseren Leuten, sondern wohl eher bei ihm. Ein Politiker, der gar nichts bewegt in so vielen Jahren, kann nicht jene kritisieren, die dauernd etwas bewegen.“ Krumschnabel erinnert daran, dass die Besucher auch Geld in die Stadt bringen. Der Zuschuss der Stadt für drei Jahre bleibe unabhängig der Besucherzahl gleich, beruhigt er hinsichtlich einer weiteren Finanzspritze der Stadt.

Für Kulturreferent Klaus Reitberger ist aufgrund der auch internationalen Berichterstattung in der kommenden Saison mit mehr Besuchern zu rechnen, daher werde auch die Pro-Kopf-Subvention sinken. Und man dürfe nicht auf die emotionale Komponente vergessen. „Die Stimme der Burg hat viele Menschen – und auch viele KufsteinerInnen – stolz und glücklich gemacht. Ein Feuerwerk kann jeder. Wir haben hier etwas Einmaliges geschaffen“, sagt Reitberger.



Mit beeindruckenden Bildern erzählt die Burg ihre Geschichte. Besucher sind begeistert, die Kommunalpolitik über die Subvention weniger. Foto: Otter



V. l.: Peter Mayer (Panorama Royal), Helmut Naschberger (TVB-Aufsichtsratsvorsitzender), Sabine Mair (TVB-GF), Georg Hörhager (TVB-Obmann), Anton Habicher (Land Tirol, Abteilung Tourismus) sowie Thomas Ebner (GF Stadtmarketing Kufstein) Foto: TVB Kufsteinerland

GF Sabine Mair feierte 25-jähriges Jubiläum beim TVB Kufsteinerland

Am 19. Februar 1998 war ihr erster Arbeitstag. Seitdem hat Sabine Mair, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Kufsteinerland, die Entwicklung der Tourismusregion wesentlich mitgeprägt.

Ihr Dienststart im Tourismus begann am Info-Counter des damaligen Tourismusverbandes Kufstein, noch lange vor der Fusionierung. Schon bald stieg

Mair in Führungspositionen auf und zeichnete vor allem für die kaufmännischen Belange und das Personalwesen im Verband verantwortlich. Seit Oktober 2022 steht sie an der Spitze des Tourismusverbands Kufsteinerland und setzt sich mit ihrer Erfahrung für ein Umdenken im touristischen Lebensraum hin zu mehr Nachhaltigkeit und bewusstes Urlaubserleben ein.

Kufsteinblick, 01.03.2023

FPN fordert Abfahrverbot in Niederndorf

Die Liste FPN (Freiheitliche und Parteifreie Niederndorf) hat bei der Gemeinderatssitzung am 16. Februar einen Dringlichkeitsantrag für ein Abfahrverbot eingebracht. „Wir nehmen die Sorgen unserer Bürger und Anrainer der Ausweichstraßen ernst und möchten hiermit für Entspannung auf den Seitenstraßen sorgen. Insgesamt hat sich die

Verkehrszunahme in Niederndorf um 15 Prozent seit 2009 gesteigert. Dies bedeutet, dass wir vor einer neu zu bewertenden Verkehrssituation in unserer Gemeinde stehen“, argumentiert GV Thomas Lorenz.

Für die FPN habe das Fahrverbot von Erl keinen Effekt, deshalb will man die Gemeinde Niederndorf auffordern, bei

den zuständigen Stellen auf Landesebene ein Abfahrverbot für den Durchzugsverkehr zu erwirken.

„Darüber hinaus fordern wir ein Abfahrverbot der Autobahnausfahrten Kufstein Nord und Süd für den Durchzugsverkehr, da bei einem Rückstau die Fahrzeuge über Ebbs und Niederndorf ausweichen“, so Lorenz abschließend.

Lichtershow im Politik-Visier

Kufstein – Für viele war die Lichtershow „Stimme der Burg“ auf der Festung Kufstein ein künstlerischer und werbemäßiger Erfolg. Der Run auf die Eintrittskarten blieb im zweiten Aufführungsjahr aber mit rund 65 Prozent Auslastung eher bescheiden. Angesichts der hohen Beteiligung der Stadtgemeinde (280.000 Euro für drei Jahre) gab und gibt es weiter

Kritik aus der Kommunalpolitik. NEOS-Gemeinderätin LA Birgit Obermüller hat das Projekt von Anfang an abgelehnt: „Faktum ist, dass Kufstein und seine Umgebung nicht das Potenzial haben, ausreichend Gäste zum Besuch zu bewegen, welche die Kosten rechtfertigen würden.“ Noch dazu, da eine versprochene Wertschöpfung nicht belegt ist. „Nach

Ablauf des 3-Jahresvertrages 2024 sollten doch alle in sich gehen, ob es nicht sinnvoller wäre, sich auf 3D-Fassadenmapping mit tollen Bild- und Klangwelten zu beschränken. Würden dafür auch Gebäude in der Stadt in Betracht gezogen werden, könnte auch das Zentrum wiederbelebt werden und die tatsächliche Wertschöpfung könnte eintreten“, meint sie. (TT)

TT, 03.03.2023

Tempolimit in Kufstein fällt

Ab Mitte März wird nur noch bei Blockabfertigung in Kufstein bei der Einreise das Tempo auf der Autobahn auf 30 km/h gedrosselt. So lange, bis die Rechtslage klar ist.

Von J. Hrdina und A. Heubacher

Kufstein – Am 13. März steht die nächste Lkw-Blockabfertigung an. 24 werden es im ersten Halbjahr des Jahres sein. Bei Kufstein Nord bei der Einreise nach Tirol werden Lkw nach einem Dosiersystem abgewickelt. Dazu braucht es eine Mischung aus Videokameras, Ampeln und Überkopfwegweisern.

Allen Autofahrern ist das Bild bekannt. Der gesamte Verkehr wird auf 30 km/h gedrosselt. Allerdings nicht nur, wenn Lkw-Blockabfertigungen stattfinden, sondern immer. Stets steht ein verwaister Container samt Blaulicht auf der Autobahn, an dem sich täglich Pkw wie Lkw vorbeischieben. Damit ist vorerst Schluss. Nach dem 13. März werden der Container und die Geschwindigkeitsbeschränkung verschwinden. Bis zur nächsten Blockabfertigung am 26. April.

Zurzeit laufen Gespräche zwischen Land, dem Straßenerhalter Asfinag und dem Verkehrsministerium. „Wir brauchen einen praktikablen und dauerhaften Weg zur Aufstellung des Containers in Kufstein, weil dieser für die wichtige Arbeit der Polizistinnen und Polizisten unbedingt notwendig ist“, sagt SPÖ-Verkehrslandesrat René Zumtobel. Das Land will die Tempobremse beibehalten. Um rasch reagieren zu können, soll auch der Container bleiben.

Hintergrund dieses ganzen Manövers ist, wie berichtet, ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes. Dieser hat einem Autofahrer Recht gegeben und die permanente Tempobremse so ins Wanken gebracht. Tempolimits könnten nur bei Elementarereignissen wie Unfällen oder Bränden und nur vorübergehend verhängt werden, argumentiert der Verfassungsgerichtshof. Der Autofahrer hatte das Tempolimit, das für die Covid-Ausreisestellungen in Kufstein verhängt worden war, missachtet und geklagt.



Für die Corona-Grenzkontrollen wie hier im Februar 2021 wurden zwei Container aufgestellt. Der linke zur Einreise nach Tirol blieb danach für die Lkw-Blockabfertigung samt ständigem 30-km/h-Limit bestehen. Foto: Hrdina

„Wir brauchen einen praktikablen und dauerhaften Weg zur Aufstellung des Containers in Kufstein.“

René Zumtobel
(Verkehrslandesrat, SPÖ)

Man befürchte keine weiteren Klagen, sagt Zumtobel. Was den Landesrat so sicher

macht? Der Radarkasten neben dem Container dürfte wohl nur selten bis gar nicht aktiviert sein. Die Geschwindigkeit werde nicht dauernd kontrolliert, heißt es aus der Verkehrsabteilung. Das Land will jedenfalls rechtlich auf Nummer sicher gehen und erst dann wieder eine permanente Tempobremse einziehen. Die Kosten für das Wechselspiel „Container-weg-und-wieder-her“ trage vorerst der Straßenerhalter, so das Land.

Nur marginale Auswirkungen auf die Straßen im verkehrsgeplagten Kufstein erwartet sich BM Martin Krumschnabel. Das große Problem seien nicht die Container.

„Die deutschen Grenzkontrollen konterkarieren alle Maßnahmen, die wir in Tirol setzen.“

Martin Krumschnabel
(Bürgermeister Kufstein)

Durch Vignettenbefreiung, Abfahrverbote und Dosierrampen gelinge es merklich, den Verkehr auf die A12 zu verlagern, doch die deutschen Grenzkontrollen „konterkarieren alle Tiroler Maßnahmen“. Die Tempobremse auf 10 km/h für die „völlig überflüssigen weil nur überblicksmäßig durchgeführten Kontrollen“ (Krumschnabel) bleibt. Samt den üblichen

Folgen. Speziell an Frei- und Samstagen, wenn sich zu Transit und Alltagsverkehr Urlauber und (Ski-)Tagesausflügler mischen, staut es ordentlich auf der Inntalautobahn – teilweise bis Wörgl zurück. Lenker weichen dann auch auf Empfehlung der Navigationssysteme auf die Ortschaften aus.

Durch Staus enternerte Bewohner kennt Hajo Gruber auch auf bayerischer Seite. Der Bürgermeister von Kiefersfelden bringt es auf den Punkt: „Alles, was den fließenden Verkehr auf der Autobahn hindert, ist nicht förderlich. Egal, ob es ein Tempolimit, die Blockabfertigung oder ein herumliegender Autoreifen ist.“ Der Verkehr müsse auf die Schiene verlagert werden, das gelte auch für Tagesausflüge. Tiroler Skigebiete sollten mehr Verantwortung in der Debatte um Anreisemöglichkeiten mit dem Zug übernehmen. Für Tiroler Maßnahmen zeigt er insgesamt Verständnis: „Die Tiroler Landesregierung kämpft auch für die Lebensqualität im bayerischen Raum.“ Der Container habe auch positive Seiten, denn Tempolimits führen auch zu Lärmreduktion, so Gruber.

Die Staus auf Tiroler Seite führten in den vergangenen Jahren zu etlichen Auffahrunfällen, dabei gab es mehrere Todesopfer. Die Asfinag warnt im Staubereich mit diversen Tafeln, Anzeigen und Warnleitanhängern. Was den Container betrifft, lasse man die Situation nun ebenfalls evaluieren, heißt es auf Anfrage. Die rechtliche Begutachtung beinhalte auch eine Analyse über etwaige Auswirkungen auf den restlichen Betrieb bzw. sonstige Verkehrsführungen.

Weit über tausend demonstrierten

Innsbruck, Kufstein, Landeck – „Morgen ist zu spät!“ Ein riesiges Transparent mit dieser Warnung führte gestern den beeindruckenden Zug an, der von der Uni über den Südring bis zum Landhausplatz zog. Zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten waren dem Ruf von Fridays For Future gefolgt, um auch in Innsbruck für den Klimaschutz einzutreten – 1500 waren es laut den Organisatoren, 1100 zählte die Polizei.

Einer war Valentin aus St. Jodok: „Ich bin hier, um ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass auch ich eine Stimme habe“, erklärte der junge Mann. Weiter vorne demonstrierte mit Christine und Antonia ein Mutter-Tochter-Gespann. Christine hielt ein Schild mit der Frage „Opa,

was ist ein Schneemann?“ in die Höhe. „Ich möchte nicht, dass mir meine Enkel einmal in 20 Jahren diese Frage stellen“, erklärte sie. Obwohl es überall Überschwemmungen oder Dürren gebe, ändere sich bei den Menschen und bei der Politik nichts, begründete Lisa aus Völs, warum sie gekommen war.

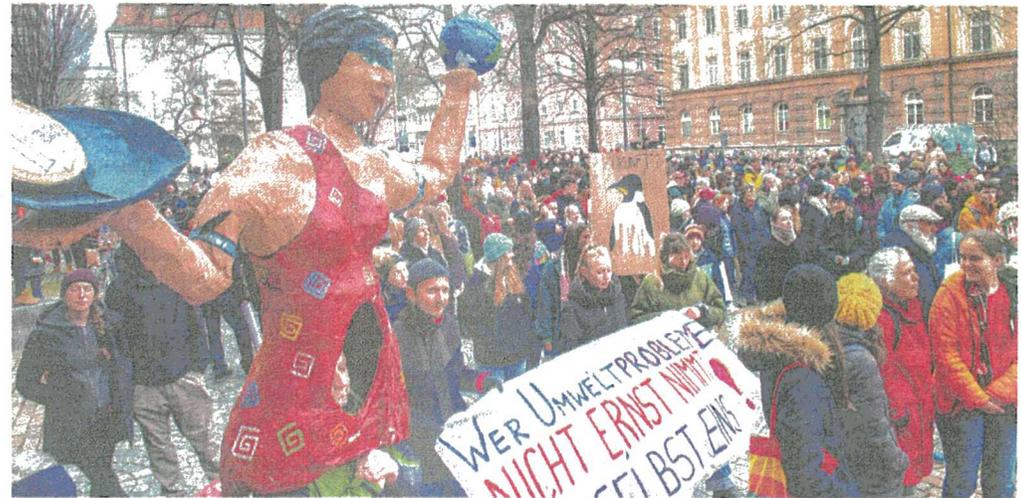
TeilnehmerInnen hielten Schilder hoch. Botschaften wie „Das Ende ist nah!“, „Wir haben keinen Planeten B“, „Aussterben = uncool“ oder „Mama, mein Schneemann schmilzt“ waren zu lesen. Die Demonstration verlief laut Polizei friedlich. Einen Rettungswagen mit Blaulicht ließ der Zug am Innrain unverzüglich passieren.

Unter den Demonstranten befand sich auch Bürgermeister Georg Willi: „Es



In Kufstein folgten mehr als 200 Teilnehmer dem Aufruf und von FFF und zogen lautstark durch die Innenstadt.

Foto: Hrdina



Auch in Innsbruck ging man in den Klimastreik. Am Nachmittag demonstrierten weit über tausend.

Foto: Falk

braucht dieses Zeichen der Straße, damit sich in der Politik etwas ändert. Das Umsetzungstempo ist zu niedrig“, erklärte er. Wenn 30 der Demonstranten im Gemeinderat sitzen würden, wären viele Projekte schon umgesetzt.

Zufrieden mit der Zahl der TeilnehmerInnen und dem Ablauf waren die Organisatorinnen Anna Perktold und Melanie Lechner. Sie forderten ein Klimaschutzgesetz, einen Klimacheck für Gesetze und Verordnungen in Tirol. Klimaschutz solle in der Verfassung verankert werden.

Auch in Kufstein machten mit mehr als 200 TeilnehmerInnen mehr Menschen denn je ihrem Unmut über die demnach zu lasche, aber dringend notwendige Kli-

mapolitik Luft. „Mama, was sind Gletscher?“ las man auf einem Schild. Vor allem Schüler und Erwachsene ab 40 Jahren säumten das Bild beim Demozug durch die Innenstadt und der Kundgebung im Stadtpark, auch BM Martin Krumschnabel schaute vorbei. Die Politik auf Gemeindeebene müsse sich ebenso engagieren, forderte Paula Schickh von FFF Kufstein. Als eine der „Omas For Future“ spazierte Thea Barth mit. Gerade in den Bezirken sei es wichtig, auf die Straße zu gehen, „weil hier die ÖVP meist die Mehrheit hat“, sagte die Kufsteiner Künstlerin. Neben der Volkspartei wurden in Reden die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammer als „Ver-

hinderer eines wirksamen Klimaschutzgesetzes“ angeprangert.

Ein älterer Herr am Straßenrand schüttelt den Kopf. „Sie haben alles und wollen auf nichts verzichten“, hat er wenig Verständnis für die Kundgebung. „Unsere Möglichkeiten, selbst etwas zu tun, sind ja begrenzt“, findet Lea Dengel, 16-jährige Schülerin aus Kufstein. „Jeder in der Politik weiß über die Krise Bescheid, keiner tut was.“

In Landeck rief die Kulturinitiative „Alls Guat“ mit Obmann Johannes Tilg zu einer Fotoaktion auf. Vor den Klima-Plakaten nahm allerdings nur Tilg selbst Platz. Ausgezahlt habe es sich trotzdem, es gehe „um jedes einzelne Zeichen“. (mr, jazz, veo)

Schulden der GemNova könnten weiter anwachsen

Verrechnungen werfen Millionen-Fragen auf. Möglicherweise muss Bilanz adaptiert und die GemNova mit weiteren vier Mio. Euro belastet werden.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Für das Dienstleistungsunternehmen des Tiroler Gemeindeverbands GemNova mit seinen Zweigfirmen wird es eine entscheidende Woche sein. Schließlich benötigt das Dachunternehmen dringend frisches Geld, mindestens zwei Millionen Euro. 1,5 Millionen sollen aus dem Gemeindeausgleichsfonds kommen, 500.000 Euro will der Gemeindeverband selbst beisteuern. Mittwoch sollen die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung vorliegen, danach die weiteren Weichenstellungen erfolgen. Das Land könnte sich bekanntlich an der GemNova beteiligen. Knüpft daran aber Bedingungen.

Das 2010 gegründete Kernunternehmen, die GemNova Dienstleistungsgesellschaft, sowie weitere vier ihrer Firmen (Fuhrpark, Bildungspool, Personalmanagement, Aus- und Weiterbildungs GmbH) hatten 2021 Verbindlichkeiten von rund zehn Mio. Euro. Davon 4,2 Mio. Euro mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Allein die Dienstleistungs GmbH wies Schulden von 4,9 Mio. Euro und ein negatives Eigenkapital von 1,7 Millionen Euro auf.

Jedenfalls beginnen sich die Nebel zu lichten: Denn offenbar soll die GemNova schon Anfang 2020 finanziell schwer angeschlagen gewesen sein. Danach folgte die Corona-Krise. Recherchen der TT haben ergeben, dass sich ab dieser Zeit die Rück-



Am Mittwoch liegt der Kassasturz vor, danach wird entschieden, wie es mit der GemNova weitergeht. Foto: imago

stände beim Finanzamt, was die Abgaben betrifft, massiv angehäuft haben. Mitte 2022 soll sich die Situation dann dramatisch zugespitzt und die Abgabenschuld sich auf mehr als eine Million Euro erhöht haben. Intern ist sogar von zwei Millionen Euro die Rede. Mit der Finanz wurde daraufhin eine Ratenzahlung vereinbart.

Der Finanzbedarf von aktuell zwei Millionen Euro könnte, wie es heißt, aber noch deutlich anwachsen. Zum einen geht es um erhoffte Corona-Förderungen vom Bund, für die allerdings kaum noch Hoffnung besteht bzw. es bereits nega-

tive Rückmeldungen gibt. 680.000 Euro an Corona-Förderungen hat die GemNova beantragt, doch dieses Geld dürfte nicht fließen.

Andererseits werfen Verrechnungen zwischen der Dienstleistungs GmbH und der Bildungspoolgesellschaft, die augenblicklich wirtschaftlich wichtigste Einnahmenquelle der GemNova, im wahrsten Sinne des Wortes Millionen-Fragen auf. Am Ende könnten nämlich dadurch die Verbindlichkeiten der GemNova Dienstleistungs GmbH noch um weitere vier Millionen anwachsen, zugleich müssten die Bilanzen für die Vor-

jahre entsprechend adaptiert werden.

Jedenfalls dürfte die Wirtschaftsprüfung den akuten Handlungsbedarf bei der GemNova bestätigen.

Unabhängig davon wurde bereits ein zweiter Geschäftsführer für den kaufmännischen und wirtschaftlichen Bereich ausgeschrieben. Sollte sich das Land am Unternehmen des Gemeindeverbands beteiligen, dürfte es wohl zu einer umfassenden Organisationsreform kommen und die Firmenvielfalt wohl der Vergangenheit angehören. Bisher führt Alois Rathgeb die GemNova als alleiniger Geschäftsführer.

Auf Vorkaufsrecht für Freizeitwohnsitz verzichtet

Aufregung in Neustift im Stubaital: Gemeinde ließ ihr in den 1960er-Jahren eingeräumtes Vorkaufsrecht im Wert von 1260 Brotlaiben (!) löschen.

Von Peter Nindler

Neustift – Es ist eine kuriose Geschichte, allerdings mit einem ernsten Hintergrund. Schließlich geht es um Freizeitwohnsitze. 16.365 genehmigte gibt es in Tirol, die Dunkelziffer der illegal genutzten wird mittlerweile auf 10.000 geschätzt. In Neustift im Stubaital scheinen offiziell 27 Freizeitwohnsitzwidmungen für Immobilien auf, für ein Anwesen ließ sich die Gemeinde bereits 1967 ein Vorkaufsrecht einräumen.

In den 1960er-Jahren hat Neustift im Ortsteil Kampfl Einheimischen Grundstücke für Eigenheime zur Verfügung gestellt. Dafür ließ sich die Gemeinde schon damals ein Vorkaufsrecht einräumen. Um später eine mögliche Spekulation damit zu verhindern. Ein Wohnhaus erhielt jedoch eine Freizeitwohnsitzwidmung und gehört einer gebürtigen Neustifterin, die jedoch seit vielen Jahren in den Niederlanden lebt.

Das Vorkaufsrecht wurde zu einem Fixpreis vereinbart. Wie hat ihn die Gemeinde vor 50 Jahren berechnet? Bei Ausübung des Vorkaufsrechts wäre sie berechtigt gewesen, das Wohnhaus zu einem Kaufpreis von 1260 Brotlaiben Schwarzbrot zu erwerben. Umgerechnet würde das heute eine Summe von rund 6500 Euro ergeben, wie eine Berechnung im Neustifter Gemeinderat ergab.

Besagter Freizeitwohnsitz wird seit Jahren auf Vermietungsplattformen für einen Urlaub im Stubaital angepriesen, bereits 2019 hat die Eigentümerin die Gemeinde ersucht, auf ihr Vorkaufsrecht zu verzichten. Der Gemeinderat lehnte ab, weil das Grundstück innerhalb der Familie



Auch genehmigte Freizeitwohnsitze können Diskussionen auslösen. So wie in Neustift, wo die Gemeinde auf ein günstiges Vorkaufsrecht bei einer möglichen Veräußerung verzichtet hat.

Foto: Széchenyi

weitergegeben werden sollte. Im Sommer des Vorjahres erfolgte ein neuerlicher Anlauf. Das entfachte im Gemeinderat dann eine intensive Debatte, schließlich hatte sich der neue Gemeindevorstand dafür ausgesprochen.

Die Besitzerin will nämlich einen Teil ihres Hauses an ihren in den Niederlanden ansässigen Sohn zur Nutzung für Freizeit Zwecke übergeben. Das dürfte aber noch nicht passiert sein. Bürgermeister Andreas Gleirscher argumentiert damit, dass die Gemeinde bei vorherigen Übergaben stets auf das Vorkaufsrecht verzichtet und der Löschung zugestimmt hatte.

Der Steuerberater und Gemeinderat Othmar Schönherr sieht das heute hingegen nach wie vor völlig anders. „Es bestand überhaupt keine

„ Es bestand keine Notwendigkeit, das Vorkaufsrecht für den Freizeitwohnsitz zu löschen.“

Othmar Schönherr
(Gemeinderat)

Notwendigkeit, das Vorkaufsrecht zu löschen.“ Schönherr hat einen Vermögensschaden für die Gemeinde von rund 200.000 bis 300.000 Euro berechnet. „Die Gemeinde verschenkt damit Vermögen“, kritisiert der Gemeinderat.

Der Vermögensnachteil wird schlagend, sollte das Anwesen veräußert werden. „Die Übergabe des Hauses oder eines Teiles davon an den Sohn wäre auch bei Aufrechterhaltung des Vorkaufsrechts möglich gewesen“, ist sich Schönherr sicher. Über den

Wert gebe es zwar verschiedene rechtliche Auffassungen, „doch zumindest ist das Vorkaufsrecht eine Hürde“. Schlussendlich spricht sich Othmar Schönherr dafür aus, die Freizeitwohnsitzwidmung an Personen zu binden und nicht an Objekte.

In Neustift rumort es, zumal laut Grundbuch offensichtlich noch keine Übergabe an den Sohn der Eigentümerin stattgefunden hat. Jetzt sei einem lukrativen Verkauf Tür und Tor geöffnet, man könne gespannt sein, wann und zu welchem Preis dieses Grundstück den Besitzer wechseln werde, heißt es. Und: Die Gemeinde hätte diese Liegenschaft im Falle einer Veräußerung zu überschaubaren Kosten kaufen und wohnungssuchenden Einheimischen zum Kauf anbieten können.

IHS: Freizeitwohnsitze bringen 2,5 Mrd. €

Projektentwickler wehren sich gegen „negative Darstellung“ von Freizeitwohnsitzen. Diese würden zwar oft Immobilien vor Ort verteuern, aber auch für eine hohe Wertschöpfung und Jobs in den Gemeinden sorgen.

Wien – Freizeitwohnsitze bringen Jobs und sorgen für Wertschöpfung in der Region. Das ist das Ergebnis einer Studie des IHS im Auftrag der Vereinigung Österreichischer Projektentwickler (VÖPE). Der VÖPE wolle darauf reagieren, „dass dieses Thema fast immer negativ dargestellt wird“, wie VÖPE-Präsidiumssprecher Andreas Köttl bei einer Pressekonferenz erklärte.

Mit der Erhebung wollen die Projektentwickler „die Diskussion versachlichen“ und zeigen, dass die Freizeitwohnsitze „eine ökonomisch relevante Größe darstellen“. Die Studie beziffert die lokalen volkswirtschaftlichen Effekte durch den Bau, den laufenden Betrieb und die touristischen Ausgaben im Zusammen-

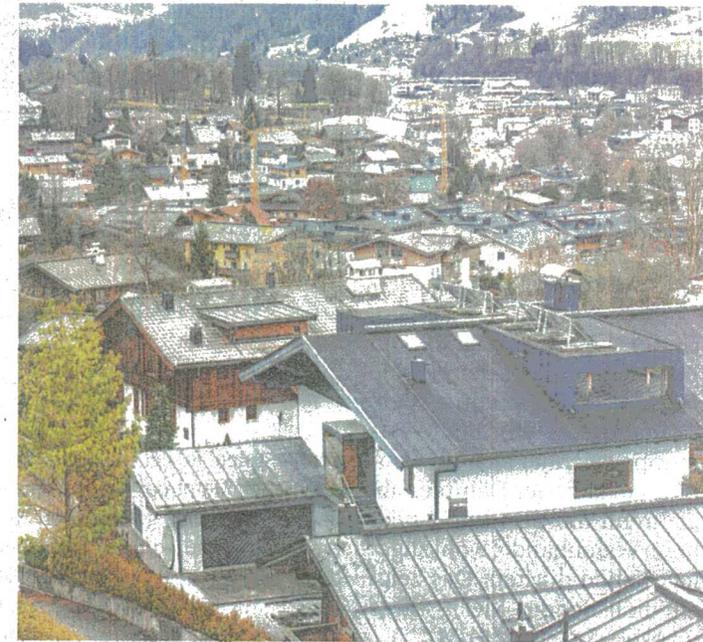
hang mit Freizeitwohnsitzen für Tirol mit rund 300 Mio. Euro, für ganz Österreich mit rund 2,5 Mrd. Euro. Tirolweit würden demnach knapp 3800 Jobs von den Freizeitwohnsitzen abhängen, rund 24.700 in ganz Österreich. Auch für die Gemeindekassen würden sich diese laut IHS bezahlt machen. Land Tirol und die Gemeinden haben demnach 2022 rund 36 Mio. Euro an Steuereinnahmen mit den Freizeitwohnsitzen lukriert. Werden die Freizeitwohnsitze auch beruflich genutzt, etwa mit Home-Office und als Domizil am Ausbildungsort, würden die volkswirtschaftlichen Effekte auf 3 Mrd. Euro steigen, heißt es in der Studie.

Es gebe natürlich Hotspots, räumte Köttl auch mit Blick

auf Tiroler Gemeinden ein, wo sich die Einheimischen die Immobilien nicht mehr leisten können. Alleine in Tirol zählte das Land zuletzt rund 16.000 Freizeitwohnsitze. Die Dunkelziffer dürfte aber weit höher sein. Die Studie geht von rund 26.000 aus. Hotspot ist in Tirol demnach der Bezirk Kitzbühel mit rund 5700 Freizeitwohnsitzen, vor Kufstein (2850) und Schwaz (2300). Nicht erhoben wurden vom IHS die Auswirkungen auf die Grundstückspreise vor Ort, ebenso wenig wie hoch die Wertschöpfung bei einem höheren Anteil von Hauptwohnsitzen in den stark betroffenen Regionen wäre.

„In manchen Gemeinden ist die Neuerrichtung von Freizeitwohnsitzen sehr umstritten“, bekräftigte Studi-

en-Autor Alexander Schnabl. Der VÖPE wolle aber zu einer „Win-win-win-Situation“ kommen, sagte Köttl mit Blick auf die Gemeinden, die lokale Bevölkerung sowie die Wirtschaft, die Projektentwickler und ihre Kunden. Er verwies auf Projekte, bei denen in Kooperation mit Gemeinden günstigere Wohnungen für Einheimische gemeinsam mit Freizeitwohnsitzen errichtet werden. Zudem stehe beim VÖPE die Sanierung von Bestandsobjekten im Fokus, um Flächenfraß zu vermeiden. Die VÖPE mit ihren 46 Mitgliedern ist laut Köttl „der festen Überzeugung“, dass Städte und Gemeinden von professionell geplanten Projekten „umfassend und nachhaltig profitieren können“. (ecke)



Der Bezirk Kitzbühel ist der Hotspot bei Freizeitwohnsitzen in Tirol. Das IHS schätzt deren Wertschöpfung vor Ort auf bis zu 72 Mio. Euro. Foto: TT/Th. Bohm



Die neuen Energiekostenzuschüsse des Landes greifen ab April.

Foto: iStock

Neue Zuschüsse für Heizen und Wohnen

Tiroler Energiekostenzuschuss wird verlängert und auf 30 Mio. Euro aufgestockt. Tiwag-Boss im Ausschuss.

Innsbruck – Der Ende März auslaufende Energiekostenzuschuss des Landes wird verlängert und ausgebaut. Das gab gestern LH Anton Mattle (ÖVP) nach der Sitzung des Anti-Teuerungsrates, der sich aus Sozialpartnern, Landesregierung und Experten zusammensetzt, bekannt. Der neue, insgesamt 30 Millionen Euro schwere „Tirol-Zuschuss“ besteht aus einem Wohnkostenzuschuss und einem Heizkostenzuschuss und greift ab April, gab das Land bekannt. Mindestsicherungsbezieher, die bereits über die Mindestsicherung Energie- und Wohnkosten abgegolten bekommen, können ebenfalls einen Wohnkostenzuschuss beantragen, nicht aber den Heizkostenzuschuss.

Die Höhe der Zuschüsse richtet sich nach Haushaltsgröße und ist nach Einkommen gestaffelt – bis zu einer gewissen Einkommensgrenze.

Der Wohnkostenzuschuss ist in mehrere Stufen unterteilt. Laut Berechnung des Landes könne eine vierköpfige Familie mit einem monatlichen Einkommen unter 2300 Euro mit dem Tirol-Zuschuss für Heiz- und Wohnkosten 900 Euro zusätzlich erhalten. Ein Zweipersonen-Haushalt mit einem monatlichen Einkommen unter 1700 Euro erhalte insgesamt 700 Euro. „Mit dem Tirol-Zuschuss unterstützen wir treffsicher jene, die es besonders schwer haben, und Familien bis in den Mittelstand hinein“, erklärt LH Mattle.

Die Antragstellung für diesen neuen Tirol-Zuschuss soll zudem einfacher werden. Mindestsicherungsbezieher sowie jene, die bereits 2022 einen Zuschuss beantragt haben, erhalten einen bereits vorausgefüllten Antrag zugeschickt. Neue Antragsteller können ab 14. März über einen Tirol-Zuschuss-Rechner

auf der Homepage des Landes die Höhe ihres Zuschusses berechnen lassen und werden dann zu den entsprechenden Anträgen weitergeleitet. Für den bisherigen, noch bis Ende März laufenden Heiz- und Energiekostenzuschuss habe es fast 38.000 Anträgen gegeben, 9,4 Mio. Euro flossen.

Im Beteiligungsausschuss des Landes soll Tiwag-Chef Erich Entstrasser gestern erneut bekräftigt haben, dass eine Entscheidung über die neuen Stromtarife bis Ende März fallen werde. Wie berichtet, war die Tiwag nach einem AK-Gutachten hinsichtlich der geplanten Erhöhung unter Druck geraten. Im Ausschuss, so heißt es, sei ein Betrag von 23 Cent genannt worden. Zudem könnte auch der von der GemNova für die Gemeinden ausverhandelte Stromvertrag noch einmal unter die Lupe genommen werden, wird berichtet. (mas, mami)

Tirol kämpft weiter gegen Teuerung

Land erweitert Zuschuss für erhöhte Energiekosten um 30 Millionen Euro

Unter Vorsitz von Tirols LH Anton Mattle (ÖVP) tagte gestern der Anti-Teuerungsrat. Dabei wurde eine Nachfolgeregelung und Weiterentwicklung des Energiekostenzuschusses beschlossen. Für die aktuelle Heizsaison können bis Ende März noch bis zu 500 Euro abgeholt werden. Ab April gibt es mehr Geld für mehr Haushalte. „Mit dem Zuschuss für Heiz- und Wohnkosten erhält eine vierköpfige Familie, die besonders unter der Teuerung leidet, bis zu 900 Euro zusätzlich“, rechnet der Landeschef vor. Neu ist, dass Bezieher einer Min-

destsicherung, die darüber schon Energie- und Wohnkosten abgegolten bekommen, ebenfalls einen Zuschuss beantragen können. Laut Mattle werde nicht mit der Gießkanne ausgeschüttet, es sei „Treffsicherheit garantiert“. Bisher wurden rund 9,4 Millionen Euro für den Heiz- und Energiekostenzuschuss in die Hand genommen und 38.000 Anträge damit bewilligt. Bezüglich der Neuberechnung des Strompreises der Tiwag versichert Mattle, dass bis 1. Juni „der günstigste Tarif Österreichs“ gesichert sei. ms

Infos: [tirol.gv.at/entlastung](https://www.tirol.gv.at/entlastung)

Frust über die Aus-Taste bei Live-Übertragung in Jenbach

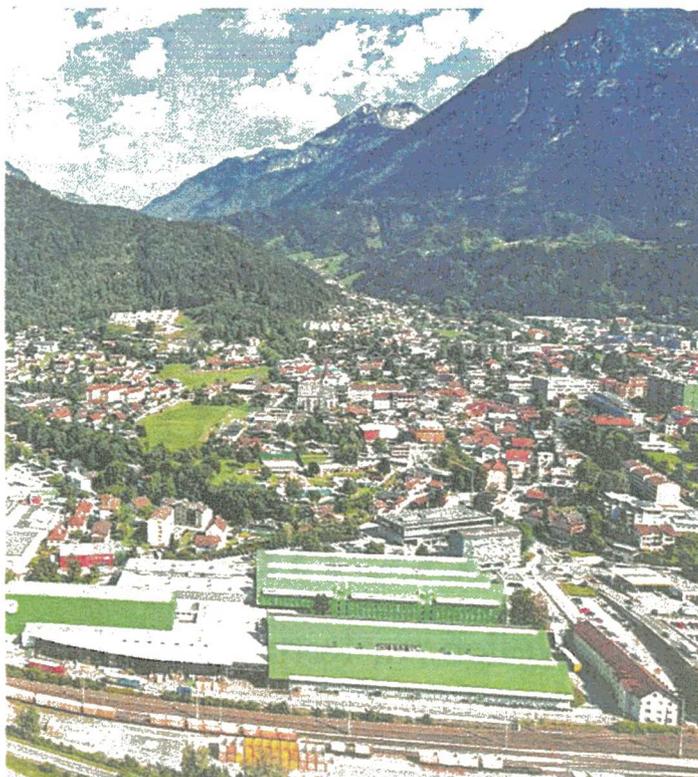
Die Online-Übertragung der Sitzung spaltet den Gemeinderat: Die einen sehen die Chance zu mehr Transparenz, die anderen ein zu teures Gerät.

Von Eva-Maria Fankhauser

Jenbach – Spannung liegt in der Luft. Im Sitzungssaal ist auf der einen Seite des langen Tisches Frustration und Ungeduld zu spüren. Auf der anderen Seite blickt man in teils gleichgültige Mienen. Alle wissen, was kommt, die Abstimmung wird keine Überraschung. Fast ein Jahr ist es her, dass der Antrag zur Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen in Jenbach eingebracht wurde. Doch erst vor Kurzem stand er zur Abstimmung auf der Tagesordnung. Ein Ärgernis, das manchen Fraktionen schon öfter sauer aufgestoßen ist. „Vor allem ist der Antrag beispielgebend für so viele andere Anträge. Denn auch heute werden SPÖ und ÖVP wieder einen guten Antrag ablehnen, und das war's dann“, sagt GV Barbara Wildauer (Alternativliste Jenbach/ALJ).

Eine absolute Mehrheit gibt es in Jenbach nicht. Von 19 Mandaten hat die ÖVP als stärkste Fraktion acht Sitze inne, gefolgt von der SPÖ mit vier Sitzen. Die restlichen sieben Mandate verteilen sich auf je zwei für MFG und ALJ sowie je ein Mandat für Grüne, NEOS und FPÖ. Während sich die kleineren fünf Fraktionen oftmals einig wären, ziehen sie bei Abstimmungen den Kürzeren ohne ÖVP oder SPÖ.

Im Sitzungssaal entbrannte eine Diskussion, wo der Antrag war, wer zuständig war oder nicht, ob er dort falsch deponiert wurde usw. Eine Diskussion, die nirgendwo



Wer in Jenbach eine Gemeinderatssitzung miterleben will, muss vor Ort im Sitzungssaal dabei sein.

Foto: Gemeinde Jenbach

hinführt. Denn die ÖVP hat sich bereits klar positioniert und lehnt eine Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen in Jenbach ab. „Wir haben das Konzept dafür errechnet und die Gerätschaften kämen auf 40.000 Euro. Das steht in keinem Verhältnis zum Nutzen“, sagt BM Dietmar Wallner.

Für Kevin Ladstätter (NEOS) ist klar, dass die Zahl der Zuschauer online nicht „ins Unermessliche“ steigen werde, aber: „Es ist ein Angebot, das man in der heutigen Zeit von einer Marktgemeinde schon erwarten kann. Vor allem ist es auch eine Möglichkeit, den

Bürgern Transparenz anzubieten“, sagt Ladstätter. Weiters würden Studien zeigen, dass das Interesse von jungen Menschen an Politik wieder steige, und Live-Streams aus den Sitzungen seien laut ihm eine Chance, auch die Jenbacher Jugend abzuholen und das Interesse für kommunale Politik zu wecken.

Während die SPÖ vor einem Jahr noch für die Live-Übertragung war, schwenkt man nun um. „Wir haben unsere Meinung geändert, weil jeder die Sitzungen besuchen kann und die Protokolle ja veröffentlicht werden“, erklärt VBM Christian Wir-

tenberger. Auch BM Wallner sieht mit den Protokollen auf der Website und den öffentlichen Sitzungen genügend Transparenz geschaffen. „Ich bin ja nicht grundsätzlich gegen eine Live-Übertragung, aber im Moment ist es unverhältnismäßig“, sagt er.

Da konnte GR Daniel Sporer (ALJ) nur den Kopf schütteln und müde lachen: „Man sieht heute das Protokoll, das fünf Monate und einen Tag alt ist. Also aktuell ist das nicht.“ Laut Amtsleiter sei es anders nicht möglich – die Protokolle können erst online gestellt werden, wenn sie von allen Mandataren in der nächsten Sitzung bestätigt wurden. Für Sporer sind die Kosten relativ, immerhin sei das Gerät multifunktional einsetzbar: „Wir könnten künftig auch Verkehrsplaner live dazuschalten oder andere Experten kostengünstig digital herholen.“ Laut GV Wildauer ist das Gerät zudem transportabel und beispielsweise auch im Veranstaltungszentrum oder anderen Einrichtungen einfach zu nutzen.

Für ÖVP-Gemeindevorstand Reinhard Macht stehe so ein Gerät nicht auf der Prioritätenliste fürs Budget: „Da sind mir andere Sachen wichtiger.“ BM Wallner betonte, die Preisentwicklung beobachten zu wollen. Dem Vorschlag der MFG, das Gerät fix im nächsten Budget einzuplanen, konnte er aber nichts abgewinnen.

Die sieben Für-Stimmen der fünf Fraktionen wurden von SPÖ und ÖVP aufs Abstellgleis verfrachtet.

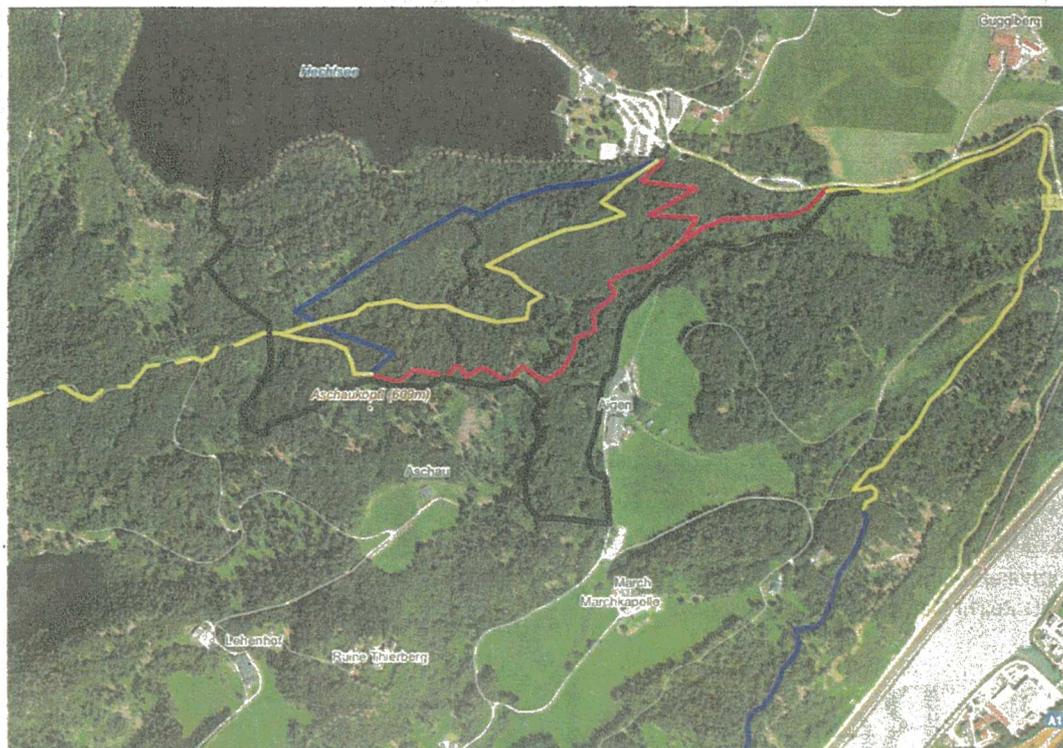
Bike-Trail am Hechtsee schlägt hohe Wellen

Grundbesitzer entlang der geplanten Trail-Strecken in Kufstein gehen auf die Barrikaden. Planer beruhigen: „Noch ist nichts entschieden.“

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Den Argumenten dafür konnte man einiges abgewinnen: Statt im Naturschutzgebiet im Süden der Stadt Kufstein auf den Wanderwegen sollen die Biker künftig auf eigenen Trailstrecken im Norden auf rein städtischem Grund durch den Wald fahren. Und die Community der Biker, die auch gerne über Stock und Stein unterwegs ist, wird immer größer. So präsentierten Umweltreferent Thomas Fiesel (Grüne) und Sportreferent Thomas Krimbacher (Wir Kufsteiner, VP) ihre Pläne für Trailstrecken oberhalb des Hechtsees. Der Gemeinderat genehmigte die entsprechenden Planungskosten (die TT berichtete).

Nur wenig Freude lösen diese Pläne jedoch bei den Anrainern rund um das geplante Gebiet aus, darunter bekannte Unternehmerfamilien. Sie schickten einen geharnischten Brief. Im Inhalt zeigen sie die drastischen Folgen und ebenfalls nicht von der Hand zu weisenden Probleme eines solchen Projektes auf. Die drei geplanten Trailstrecken befinden sich demnach nicht nur im Schutzgebiet, sondern auch teilweise im Schutzwald, der nicht gerodet werden darf, daher ist eine Sondergenehmigung für jedes Bauwerk notwendig. Zudem gibt es eine große Population an geschützten Feuersalamandern in diesem Gebiet. Weiters kreuzen die Strecken die Wanderwege und „der Betrieb durch die



So sollen die Trailstrecken (farbige Linien) im Hechtsee-Gebiet angelegt werden.

Foto: Stadt Kufstein/Land Tirol

Stadtgemeinde Kufstein wäre ein Wahnsinn, da die Kosten für Wartung und sicheren Betrieb enorm wären“. Das Ganze für eine Anlage, die aufgrund der Lage darüber hinaus wenig attraktiv für Biker sei. Besonders die Grünen nehmen die Kritiker dabei ins Visier und werfen ihnen vor, Natur zu zerstören statt zu schützen.

Selbst der Kufsteiner Seniorenrat hat sich mit dem Thema beschäftigt und Bedenken aufgrund des Wandergebiets am und rund um den Hechtsee angemeldet.

Mittlerweile habe es Gespräche mit den Kritikern und Zweiflern gegeben, berichten Fiesel und Krimba-

cher auf Nachfrage. Es wird auf alle Fälle weitergeplant. Aber die Einwände sollen dabei einfließen. „Die Grundbesitzer regen sich über ein Projekt auf, das es noch gar nicht gibt. Es benötigt ohnedies ein Genehmigungsverfahren“, sieht Fiesel den Aufschrei in der derzeitigen Phase als viel zu früh an. Krimbacher wiederum freut sich auch über die Debatte, „da können viele wichtige Hinweise und eventuell ein ganz anderer Vorschlag herauskommen“, versucht er der Aufregung etwas Positives abzugewinnen. Was die Sinnhaftigkeit des Projekts aus sportlicher Sicht anbelangt, verlässt er sich auf die Beratung durch Profis.

„Wenn sich herausstellt, das wird nichts Gescheites, dann lassen wir es“, verspricht Fiesel. Daher werden parallel zu der Planung am Hechtsee nun auch Alternativen überprüft. Die wären am Zeller Berg und die Trasse unterhalb des Kaiserliftes. Letzteres sieht der Umweltreferent aber kritisch, da es im Naturschutzgebiet liegt und die Vegetation äußerst empfindlich ist. Laut Bürgermeister Martin Krumschnabel (Parteifreie) muss man alle Einwände ernst nehmen. „Ich halte es aber für legitim, dass die Stadt ein Projekt auf eigenem Grund zumindest einmal prüft“, fügt der Bürgermeister an.

GemNova benötigt drei bis vier Mio. Euro frisches Geld

Landeshauptmann Mattle erhielt gestern ersten Einblick in finanzielle Lage. Bericht der Wirtschaftsprüfung wird heute im Gemeindeverband diskutiert.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Das größte finanzielle Problem hat die Mitte 2010 gegründete GemNova Dienstleistungs GmbH. Das Dienstleistungsunternehmen des Gemeindeverbands hatte Ende 2021 Schulden in Höhe von 4,9 Millionen Euro. Gemeindefeuerer und Landeshauptmann Toni Mattle (ÖVP) wurde gestern ein zahlenmäßiger Gesamtüberblick über die aktuelle Situation der GemNova mit ihrem Firmengeflecht präsentiert. Damit soll sich Mattle dem Vernehmen nach noch nicht ganz zufrieden gezeigt haben, wenngleich er etwa positive Entwicklungen wie bei der Bildungspool GmbH anerkennt. Er drängt auf vollständige Transparenz.

Schließlich geht es um das finanzielle und firmentechnische Beziehungsgeflecht der Sub-Betriebe u. a. Fuhrpark, Bildungspool, Personalmanagement, Aus- und Weiterbildungs GmbH mit dem Kernunternehmen. Auch über die Ratenzahlungen an das Finanzamt verlangt Mattle Klarheit. Die Antworten darauf sollen im abschließenden Bericht des Wirtschaftsprüfers aufscheinen, der heute intensiv im Vorstand des Gemeindeverbands diskutiert wird. Von seiner Beurteilung und den daraus resultierenden Entscheidungen macht der Landeshauptmann letztlich die Hilfe des Landes abhängig.

Denn indes ist klar, dass die GemNova mehr als die bisher genannten zwei Millionen Euro an Liquidität benötigt. Zwischen drei und vier Mio. Euro frisches Geld werden gebraucht, um die GemNova zu



Landeshauptmann Mattle (r.) erwartet sich nach der heutigen Sitzung von Gemeindepräsident Ernst Schöpf Klarheit über die GemNova. Foto: Axel Springer

sanieren. Die Restrukturierung bzw. -dimensionierung wurde zwar bereits eingeleitet, doch an einer grundlegenden strukturellen Änderung führt offenbar kein Weg vorbei.

Insgesamt ist von Schulden in Höhe von acht Millionen Euro die Rede, wobei der größte Teil davon auf die Dienstleistungs GmbH entfallen dürfte. Ob das Land einen finanziellen Rettungsschirm über die GemNova spannt, sich generell daran beteiligt oder nur an der Bildungspool GmbH, die Freizeitbetreuung, Schulassistenz, Hort- und Ferienbetreuung sowie Sprachberatung in Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen anbietet,

wird sich nach den Beratungen des Gemeindeverbandsvorstands weisen. Zuletzt hatte sich die Wirtschaftskammer mit Präsident Christoph Walser dezidiert gegen eine finanzielle Rettung durch das Land ausgesprochen. Geholfen werde jedenfalls den Gemeinden und nicht dem Verband, verlautet aus dem Land.

In der Vergangenheit gab es aus dem Gemeindeausgleichsfonds insgesamt zweimal Liquiditätsspritzen: 320.000 Euro im Jahr 2012 und im Vorjahr 950.000 Euro über den Umweg der Gemeinden. Damals verpackt in einen Regierungsbeschluss „Mehrkosten Schulerhalter“ im Zusammenhang mit der dritten Ausschüttung

der Bedarfszuweisungen. Damals hieß es: „Außerdem bekommen die Schulerhalter (Bildungspool Tirol) den Mehraufwand aufgrund der Covid-19-Pandemie refundiert. Dafür werden 955.306,00 Euro bei dieser Ausschüttung angewiesen.“ Der Gemeindeverband übernahm seinerseits 2019 eine Patronatserklärung über 825.000 Euro.

Trotzdem: Ende 2021 hatte die GemNova große Probleme, die Gehälter pünktlich zu zahlen. Geschäftsführer Alois Rathgeb erklärte dies intern damit, dass die Außenstände wieder ins Unermessliche wachsen würden und die Gemeinden kein Geld hätten. Sein Stuhl wackelt massiv, für die wirtschaftlichen Belange wird ohnehin ein kaufmännischer Geschäftsführer gesucht. Rathgeb selbst versucht in einem Schreiben an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wegen des Finanzierungsbedarfs und der Schulden guten Wind zu machen. „Es werden schnell Schuldige dafür gefunden und man wird schnelle Lösungen dafür parat haben. Jede und jeder von uns weiß, dass die Dinge nie so einfach sind und dass alles mehrere Seiten hat und immer in Zusammenhänge gebracht werden muss.“ Es liege deshalb an ihnen, Entscheidungen zu treffen.

Zuletzt forderte Gemeindeverbandsvizepräsident Christian Härting jedoch unverhohlen den Rückzug Rathgeb's. Eine spannende Sitzung im Gemeindeverband zeichnet sich ab. Präsident Ernst Schöpf machte dem GemNova-Geschäftsführer in den vergangenen Jahren stets die Mauer.

GemNova-Chefs mit Supergagen

TT,
15.03.2023

Geschäftsführer Rathgeb muss gehen, Land knüpft weitere Bedingungen an Finanzhilfe für Gemeindeverbandsfirma.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die wirtschaftliche Lage des Dienstleistungsunternehmens mit acht Firmen und 700 Mitarbeitern ist dramatisch: Die GemNova-Gruppe wies im Vorjahr einen Bilanzverlust von acht Millionen Euro auf, die Schulden betragen ebenfalls so viel. Davon entfallen 2,7 Mio. Euro auf das Finanzamt und die Gesundheitskasse, 3,3 Mio. Euro sind Bankverbindlichkeiten. Der akute Liquiditätsbedarf wird mit 3,5 Mio. Euro beziffert. Bis auf eine Firma bilanzierten alle anderen 2022 negativ.

Die im Gemeindeverbandsvorstand präsentierte Wirtschaftsprüfung hat die bereits von Gemeindeverbandsvizepräsident Christian Härting kritisierten wirtschaftlichen Missstände vollinhaltlich bestätigt. „Ich habe stets auf die Probleme hingewiesen, aber

„Die wirtschaftlichen Missstände, auf die ich stets hingewiesen habe, wurden klar bestätigt.“

Christian Härting (Gemeindeverbandsvizepräsident)

das wurde ignoriert. Jetzt liegen die Fakten auf dem Tisch, die wirtschaftliche Schieflage lässt sich nicht mehr beschönigen.“ Trotzdem sei die Blockadehaltung auch am Dienstag spürbar gewesen, kann sich Härting einen Seitenhieb auf Gemeindepräsident Ernst Schöpf nicht verkneifen.

Der Telfer Bürgermeister war es auch, der schlussendlich die Abberufung von GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb beantragt hat. „Er hat das zu verantworten.“ Nur zwei Vorstandsmitglieder stimmten dagegen. Die Geschäftsführung wird neu ausgeschrieben und die GemNova restrukturiert. Ohne die Landeshilfe wird es laut Här-

ting nicht gehen. Drei Mio. Euro sind notwendig, sonst droht die Insolvenz. 500.000 Euro wird der Verband selbst aufbringen.

Schöpf verweist auf die Ver-

„Der Gemeindeverband hat Konsequenzen gezogen und kommt meinen Bedingungen nach.“

LH Toni Mattle/ÖVP (Gemeindereferent)

handlungen mit dem Land. Für Landeshauptmann und Gemeindereferent Toni Mattle (VP) ist „mit der Wirtschaftsprüfung der Weg frei für volle Transparenz. Die GemNova wird weiterführendes Zahlenmaterial vorlegen, damit eine Bewertung der einzelnen Geschäftsbereiche und deren Wettbewerbsfähigkeit möglich ist.“ Bei der Bildungspool-Gesellschaft könnte das Land einsteigen bzw. diese mehrheitlich übernehmen. Die Bauberatung, die Einkaufsplattform sowie das Fuhrparkmanagement für Gemeinden sollen ebenfalls bleiben.

Angesichts des Finanzdesasters sorgen auch die Gehälter der GemNova-Manager für Debatten: Alois Rathgeb soll monatlich rund 17.000 Euro brutto verdienen, der GemNova-Prokurist rund 13.000 Euro.

Reaktionen

FPÖ-Chef Markus Abwerzger: „Steuergelder dürfen niemals in eine marode Unternehmensstruktur fließen.“ Die Verantwortlichen müssten zuerst die politische Verantwortung für dieses Finanzdesaster übernehmen.

Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint: Für die Liste Fritz müssten zuerst alle Zahlen auf den Tisch kommen, bevor es Steuergeld geben könne. „Nun braucht es lückenlose Aufklärung und Konsequenzen.“

Gebi Mair, grüner Klubobmann: „Bisher wurde der GemNova aus verschiedenen Töpfen und unter undurchsichtigen Titeln Geld zugeschanzt. Der Umgang mit der GemNova wird auch zeigen, wie sparsam LH Anton Mattle es mit dem Steuergeld hält.“

NEOS-Klubchef Dominik Oberhofer: „Eine Rettung der GemNova mit Steuergeldmillionen kommt für uns nicht in Frage.“



Im Internet: Weitere Informationen finden Sie auf www.tt.com



Gemeindepräsident Ernst Schöpf (r.) wirkt nachdenklich, sein Vizepräsident Christian Härting hat jahrelang auf die Schieflage hingewiesen. Foto: Böhm

TT, 15.03.2023

Zwei Tage, 45 Bands: Kufstein feiert wieder

Am 16. und 17. Juni wird die Festungsstadt wieder zur Partyzone: Bis zu 40.000 Besucher werden beim Festival Kufstein unlimited erwartet.

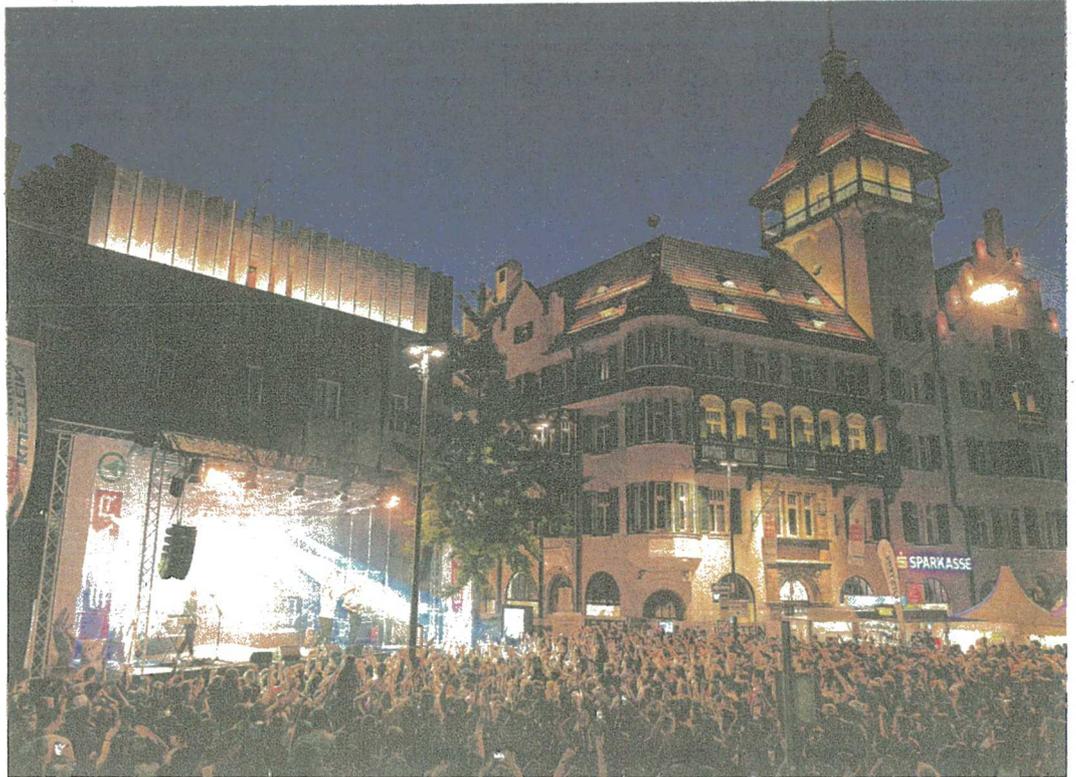
Kufstein – Es ist einfach ein lässiges Festl – so lautete der Tenor 2022, als Kufstein unlimited nach einer zweijährigen Pandemie-Pause wieder über die Bühne ging. 2023, also heuer, dürfte nicht weniger lässig werden. Am Freitag, 16. Juni, und Samstag, 17. Juni, verwandelt sich die Kufsteiner Innenstadt wieder in eine Partymeile, 45 Bands stehen abwechselnd auf mehreren Bühnen. Das Ganze zum Nulltarif für die Gäste.

Bis zu 40.000 Besucher erwartet sich Standortmarketing-Chef Thomas Ebner für heuer, wie er bei der Präsentation des Programms am Dienstag verriet. „Die ganze Stadt wird voller Menschen sein, die glücklich sind und Spaß haben“, erhofft er sich für die zwei Tage.

Kufstein unlimited ist die vergangenen elf Jahre seines Bestehens auch zu einem Sprungbrett für junge Bands geworden. Entsprechend groß ist jeweils der Ansturm. Heuer waren es 285 Bands und Musiker, die einen Platz auf den Unlimited-Bühnen ergattern wollten.

„Wir hatten die schwere Aufgabe, 45 Bands herauszufiltern“, berichtet Birgit Berger vom Organisationsteam. Letztlich war neben der Qualität auch die Regionalität wichtig. Berger freut sich auch darüber, dass „bei 54 Prozent der Bands Frauen dabei sind“. Etwas, das ihren Worten nach nicht selbstverständlich ist.

Als Top-Acts sind die Bands bzw. Musiker *Yatwa*, *Pure Chlorine*, *Frinc*, *Steaming Satellites*, *Jolphin*, *Oska*, *Doctor*



Mitreibende Musik und eine tolle Stimmung. 2022 war Kufstein unlimited ein voller Erfolg. 2023 verspricht das Programm wieder zwei Tage zum ausgelassenen Feiern.

Foto: un atimo Photographie

Victor, *Rian* und *Ina Regen* in den zwei Tagen mit dabei. Neben den Live-Bands sorgen auch DJs für Stimmung. Am Freitagnachmittag haben junge DJs beim Young Guns DJ Contest die Chance aufzulegen und damit auf sich aufmerksam zu machen bzw. noch bekannter zu werden. Als DJ-Headliner ist wieder DJ Medun mit an Bord. Kinderspielstraße und Aufführungen von Gauklergruppen komplettieren das Festival.

Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sind dabei nicht nur Schlagworte, sondern werden ernst genommen. Bereits 2017 wurde eine Crowdfunding-Aktion

gestartet, um auf ein Mehrwegbecher-System umzustellen und den Plastikmüll zu reduzieren. „In diesem Jahr wurde nun gemeinsam mit dem VVT eine koordinierte An- und Abreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gestaltet, welche erweiterte Kapazitäten in den Zügen bei der Verbindung Kufstein nach Innsbruck und bei den Nightlinern zwischen Kufstein und Kössen zum Unlimited-Wochenende beinhaltet“, berichtet Organisationschef Ebner.

Irgendwer muss das Ganze bezahlen. Immerhin stehen 300.000 Euro zu Buche. Trotz allgemeiner Teuerung konn-

te das Budget jedoch gehalten werden, auch weil „wir bereits im Vorjahr von drei auf zwei Tage verkürzt haben und so einsparen konnten“, berichtet Ebner. Zum Budget tragen laut ihm die Stadtkasse 100.000 Euro, der Tourismusverband 50.000 Euro, die Sponsoren 100.000 Euro bei, den Rest finanziert man mit Standmieten. Dafür bekommt die Stadt auch „ein Fest, bei dem für jeden etwas geboten wird, zu dem die ganze Familie hingehen kann“, freut sich Bürgermeister Martin Krumschnabel.

Das Programm im Detail ist im Internet auf kufsteinunlimited.at nachzulesen. (wo)

Kufstein Blick, 15.03.2023

Ganz Tirol radelt: Kilometer sammeln für den Klimaschutz

Ab 20. März heißt es wieder: Ganz „Tirol radelt“. Die Klimaschutz-Initiative von Klimabündnis und Land Tirol ruft zum Mitradeln auf. Allen Radbegeisterten, die ihre Kilometer online eintragen, winken attraktive Preise. Im letzten Jahr haben rund 7.000 Personen fast sechs Millionen Radkilometer gesammelt. Von St. Jakob bis Kufstein waren 132 Gemeinden dabei.

Mitradeln und gewinnen

Von der Alltagsradlerin über den Mountainbiker bis zur Genussradlerin – alle können sich ab sofort unter tirol.radelt.at anmelden. Die gefahrenen Kilometer werden mittels Handy-App automatisch aufgezeichnet oder im persönlichen Account manuell eingetragen. Gefragt sind nicht Tempo oder Höchstleistungen, sondern der Spaß am Radeln.



Das Besondere bei „Tirol radelt“: Die gesammelten Kilometer können einer Gemeinde, einem Arbeitgeber, einem Verein oder einer Schule gutgeschrieben werden. 364 Veranstalter waren im letzten Jahr mit dabei.

Von 20. März bis Ende September landen alle, die 100 Kilometer oder mehr geradelt sind, im Lostopf. Zu gewinnen gibt es allerhand: Von Kleinpreisen, wie Fahrradhelmen oder Trinkflaschen bis hin zu einem E-Bike, Reisegutscheinen oder Fold- und City-Rädern.

Obst- und Gartenbauverein Niederndorf und Umgebung:

Großes Interesse für heimischen Gartenbau



Rege Teilnahme war bei der Vollversammlung des Obst- und Gartenbauvereins Niederndorf und Umgebung zu verzeichnen. Bis auf den letzten Platz war der Saal im Gasthaus Gradl gefüllt.

Das Interesse am eigenen Obst- und Gemüseanbau ist in der Unteren Schranne seit jeher groß. Vor allem zeigen auch immer mehr junge Leute ihre Begeisterung und das nötige Verständnis für die Zusammenhänge, die gegeben sein müssen, damit die Bemühungen im Garten und am Balkon zum Erfolg führen. Dazu hielt Peter Köpke vom Hödnerhof in Ebbs einen Vortrag über bienenfreundliche Bepflanzung.

Jahresrückblick 2022

Im Vorjahr wurde die mobile Obstpresse geliefert und gleich eingesetzt. Die Auslastung von „Saftkaiser“, so wird der Anhänger liebevoll genannt, ist noch nicht optimal - doch Obfrau Margit Glarcher ist zuversichtlich, dass sich diese steigern wird. Durchschnittlich können mit dieser Presse aus 100 kg Obst rund 60 bis 70 Liter Saft gewonnen werden.

Nach den Tätigkeitsberichten folgte die von Bürgermeister Christian Ritzer geleitete Neuwahl des Vorstands. Obfrau bleibt weiterhin die Ebbserin Margit Glarcher und mit Stellvertreter Johann Fankhauser, Kassierin Gertraud Schwaighofer und Schriftführerin Magdalena Greiderer komplettieren drei Rettenschösser den neuen Vorstand.

Terminankündigungen

17.03.2023 – 19.30 Uhr Vortrag im Gemeindesaal Niederndorf zum Thema „Was die Alten noch wussten und die Jungen interessiert“ mit Referent Thomas Janscheck.

18.03.2023 – 13.30 bis 16 Uhr Wühlmausfangkurs, Anmeldung bei Margit Glarcher Tel. 0664 9431396.

01. & 03.04.2023 - Weidenflechtkurs, Anmeldung: 0664 9431396. *-be-*



Der neue und erweiterte Vorstand des OGV Niederndorf und Umgebung mit den Ehrengästen

Foto: OGV

Aufklärung zur GemNova gefordert

Über die Zukunft der finanziell angeschlagenen Firmen-Gruppe des Gemeindeverbands GemNova wird nächste Woche ausführlich im Landtag debattiert. Die Liste Fritz bereitet dazu eine Anfrage an Gemeindereferent und Landeshauptmann **Anton Mattle** (VP) vor. Die GemNova benötigt eine Liquiditätsspritze von 3,5 Mio. Euro, davon drei Mio. Euro vom Land. Eine Beteiligung wird ebenfalls geprüft. „Der Landtag wurde bisher noch nicht informiert,



Lochmann wird Leiter der Europaabteilung des Landes. Foto: Springer

obwohl schon seit Monaten verhandelt wird“, betont Liste-Fritz-Klubchef **Markus Sint**. Schließlich gehe es um Steuermittel, die der Landtag freigeben müsse. „Deshalb

braucht es ganz klare Bedingungen, unter welchen Bedingungen das möglich ist.“ Sint fordert ein Zurückstutzen der GemNova und Kontrollmöglichkeiten.

Vom Büro des Landeshauptmanns wird **Simon Lochmann** ab 1. April in die Abteilung Außenbeziehungen und Europaregion Tirol wechseln. Der ehemalige interimistische Leiter des Tirol-Büros in Brüssel wird **Fritz Staudigl** als Leiter nachfolgen. Staudigl geht in Pension.

Das Grünen-Klubobmann **Gebi Mair** die schwarz-rote Regierung auffordert, zur Transit-Entlastung des Wipptals mehr Schienen-Alternativen aufzubauen, lässt VP-Verkehrssprecher **Florian Riedl** nicht so stehen. Die Grünen hätten zehn Jahre das Verkehrsressort innegehabt. Die Gesamtärmstudie sei aber nicht umgesetzt. Riedl fordert Mair auf, bei Verkehrsministerin **Leonore Gewessler** Druck für das Gesamtverkehrskonzept zu machen. (pn, mami)

TT, 17.03.2023

Hilfe, wenn die Gewalt regiert

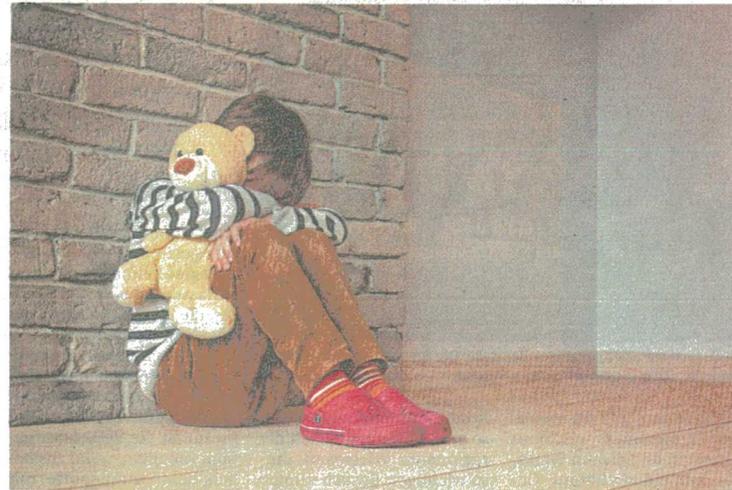
Die Stadt Kufstein hat ein einzigartiges Projekt für den Schutz von Kindern gestartet. Bürgermeister Krumschnabel schlägt zudem ein Kinderheim für die Festungsstadt vor.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Die Situation ist frustrierend. Es fehlt an Betreuungsplätzen für Kinder, wenn es zuhause nicht mehr geht. Wenn die Faust, Gewalt und Angst regieren oder Eltern ganz einfach mit der Erziehung überfordert sind, sodass die Kinder notorisch Schule schwänzen oder gar ins Drogenmilieu abdriften oder kriminell werden.

Gewalt an Kindern und in der Familie geschieht zu oft. Laut Bundesverband der Österreichischen Kinderschutzzentren ist jedes zehnte Kind von sexualisierter Gewalt betroffen und jede vierte Frau von häuslicher Gewalt – die Hälfte davon hat Kinder, die mitbetroffen sind: direkt oder indirekt. Nachzulesen auf der Verbandshomepage www.oekinderschutzzentren.at

Angesichts dieser Fakten und des eingangs erwähnten Umstands der fehlenden Betreuungsplätze bringt Bürgermeister Martin Krumschnabel Kufstein als Standort für ein Kinderheim „oder wie immer das dann heißen soll“ ins Spiel. „Es hilft nichts, wenn alles aufgezeigt wird und am Ende kann man dem Kind nicht helfen, weil es außer zuhause keinen Platz für eine Unterbringung gibt“, erklärt Bürgermeister Krumschna-



Verzweiflung und Trauer bei Kindern: In Kufstein will man genau auf die Hintergründe schauen. Foto: iStock/olctum

bel. Er verweist beispielhaft auf die Einrichtung Turntable in der Stadt; in der Jugendlichen aus der Krise geholt werden kann. „Kufstein könnte ein Standort für ein Heim im Tiroler Unterland sein“, schlägt Krumschnabel vor.

Die Festungsstadt soll auf alle Fälle ein guter Platz für Kinder werden und sein. „Es geht um einen sicheren Platz“, gibt Georg Mitterer vom Netzwerk Vielfalt die Marschrichtung für ein au-

sgewöhnliches Projekt vor. 2022 wurden 30.000 Euro von den politischen Gremien in Kufstein genehmigt, um mit den privaten und öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen Schutzkonzepte zu erarbeiten. Dabei geht es um Gewaltprävention auf allen Ebenen, wie Christine Karrer vom Netzwerk Vielfalt erklärt. 85 Prozent der eingeladenen Einrichtungen machen mit, Ziel von Bürgermeister Krumschnabel sind 100 Prozent. Daher soll das

Projekt weiterlaufen und aktualisiert werden. Und eventuell auf weitere Schulstufen (derzeit sind die Volksschulen und die Kindergärten erfasst) ausgeweitet werden. Eines Tages, wenn die Konzepte in den Schulen stehen, könnte man auch Vereinen die Erarbeitung eines Schutzkonzeptes anbieten.

Die Arbeit des Netzwerks kommt an, das kann Susanne Anker vom Kindergarten Arkadenplatz Kufstein nach den ersten Monaten bestä-

tigen: „Man wird noch achtsamer, schaut genauer hin. Und es ist eine Handlungsplanung da: Was tue ich wirklich, wenn sich Kolleginnen, Mitarbeiterinnen, Eltern oder Kinder Sorgen machen? Das gibt Sicherheit, denn unser Blick geht auf das Kind. Wie es dem geht, ist für uns die wichtigste Frage.“

Auch für Vizebürgermeisterin Brigitta Klein „ist es wichtig, ein Auge auf die Kinder zu haben. Jedes Kind, auf das geschaut werden kann, ist wichtig. Und wenn wir nur eines retten können, ist viel getan. Aber wir versuchen natürlich, so viel wie möglich hinzuschauen und vielen Kindern zu ermöglichen, einen guten Weg zum Erwachsensein gehen zu können.“

Das Österreichische Komitee für UNICEF würdigt das Vorgehen Kufsteins und appelliert an andere Gemeinden oder Institutionen, in denen sich Kinder bewegen, diese zu sicheren Orten zu machen. „Wir alle sind dafür verantwortlich, darauf hinzuwirken, dass durch Kinderbeschutzzentren und entsprechende Bewusstseinsbildung hohe Qualitätsstandards im Sinne der jungen Menschen und ihrer Rechte eingehalten werden“, lautet der Aufruf von Geschäftsführer Christoph Jünger.

TT 28. MÄRZ 2023

Neue politische Liste aus den Trümmern der MFG

Kufstein – Es begann mit der Liste „Menschen, Freiheit, Grundrechte“ (MFG), die sich am Höhepunkt der Auseinandersetzungen rund um die Pandemie bildete und auf der Welle der Unzufriedenheit der Österreicher zum politischen Erfolg surfte. Auch in Kufstein fand sich eine Gruppe rund um Lukas Blunder zusammen, die bei den Gemeinderatswahlen auf Anhieb zwei Mandate machte, nur knapp das dritte verfehlte, aber auch einen Stadtratsitz erhielt. Das war im Februar 2022. Nur vier Monate später kam der Bruch. Die Kufsteiner MFG-Mitglieder traten aus der Bewegung aus. Allerdings blieb aufgrund der Bestimmung der Tiroler Gemeindeordnung (TGO) die Listenbezeichnung weiterhin MFG, obwohl sich die Mandatäre als parteilos bezeichneten.

Stadtrat Lukas Blunder und seine MitstreiterInnen verwischen jetzt ihre politische Vergangenheit noch weiter. Sie hoben die Kufsteiner Bürgerliste (kurz KBL) aus der Taufe. Es sei eine „politische, bürgernahe Vertretung, oh-

ne Schubladendenken, ohne Klientelpolitik und frei von engstirniger Ideologie“, wie Blunder sagt.

Die Liste ist für jeden offen und veranstaltet Fraktions-sitzungen, wo jeder mitreden kann. Die nächste findet am Donnerstag um 19 Uhr im Goldenen Löwen statt, so Blunder. Zudem möchte man auch bei speziellen Problemen eigene Bürgergespräche organisieren.

Die KBL ist nach den Worten von Blunder dringend notwendig, da die Kufsteiner Gemeindepolitik derzeit „links ideologisiert“ sei und nicht im Interesse der Bevölkerung

handle. Er kritisiert damit die Grünen und Parteifreien, die eine Mehrheit im Kufsteiner Gemeinderat haben. Diese betreiben seiner Meinung nach auch eine „ideologiegetriebene Verkehrspolitik“, durch die Zigtausende Euro für ein Verkehrsgutachten ausgegeben werden, „nur um irgendwie die Innenstadt autofrei zu bekommen“.

Dabei sei es völlig illusorisch, dass der Obere Stadtplatz durchgängig für den Verkehr gesperrt werden könnte. Für die KBL wäre das Geld besser zur Unterstützung der Bevölkerung angelegt. (wo)



Werner Rofner, Clemens Stoll und Lukas Blunder (v.l.) bei ihrem Austritt aus der MFG, jetzt gründeten sie die Kufsteiner Bürgerliste (KBL). Foto: Otter

Kufstein will beim

Bus Ausbau

Onlineumfrage von Kufstein mobil zeigt: Bevölkerung wünscht sich Angebotsausbau für Kufsteiner Stadtbus.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Rund 1.600 Personen nahmen an einer Umfrage der Genossenschaft „Kufstein mobil“ von November 2022 bis Anfang Jänner 2023 teil. Der Ort: Kufstein. Das Thema: das Öffi-Angebot durch den Stadtbus Kufstein. Das Ergebnis: Kufsteinerinnen und Kufsteiner wollen einen Ausbau des Bus-Angebots in der Stadt.

Abgewickelt wurde die Befragung mittels einer Onlineumfrage, über die die Bevölkerung durch Postwürfe in Kufstein und Eichelwang (Ebbs), aber auch Aufrufe in Sozialen Medien informiert wurde. Wer teilnahm, konnte Fragen rund um die Nutzung des Stadt-

busses beantworten und diesen bewerten, aber auch Meinungen, Ideen oder Kritik einbringen. Die letztere Möglichkeit nutzten viele Teilnehmer: So wurden über 2.000 Eingaben in offene Textfelder gemacht.

Grundsätzlich fahren relativ viele, nämlich 61 Prozent, der Umfrage-Teilnehmer regelmäßig mit dem Stadtbus. Ein gutes Zeugnis erhielten das Haltestellen-Netz und die Pünktlichkeit: 82 Prozent der regelmäßigen Stadtbusnutzer stufen die Entfernung zur nächsten Haltestelle als eher positiv bis sehr positiv ein, 80 Prozent bewerteten die Zuverlässigkeit des Stadtbusses als eher positiv bis sehr positiv. Schlechte Noten vergaben die Befragten an die Verbindungen am Abend und in der Nacht. 69 Prozent bewerteten diese als eher negativ bis sehr negativ. Aber auch am Wochenende gibt es laut den Umfrage-Teilnehmern noch Nachholbedarf: Die Verbindungen

am Sonntag und an Feiertagen werden mit 53 Prozent als eher negativ bis sehr negativ bewertet.

Diese Haltung zieht sich durch weitere Umfrageergebnisse. So gaben 34 Prozent der Befragten an, den Stadtbus nicht zu nutzen, weil die Häufigkeiten der Verbindungen am Abend und in der Nacht zu gering sind. 28 Prozent fahren nicht mit dem Stadtbus, weil die Verbindung von A nach B schlecht ist. Als weitere Gründe für das Nichtfahren wurden die geringe Häufigkeit der Verbindungen am Wochenende und an Feiertagen (27 Prozent), die zu geringe Taktung (26 Prozent) und die Nicht-Erreichbarkeit von Zielen mit dem Stadtbus (26 Prozent) genannt.

Hechtsee schwer erreichbar

Bei der Befragung nannten Teilnehmer auch konkrete Orte in der Stadt, die mit dem Stadtbus bzw.



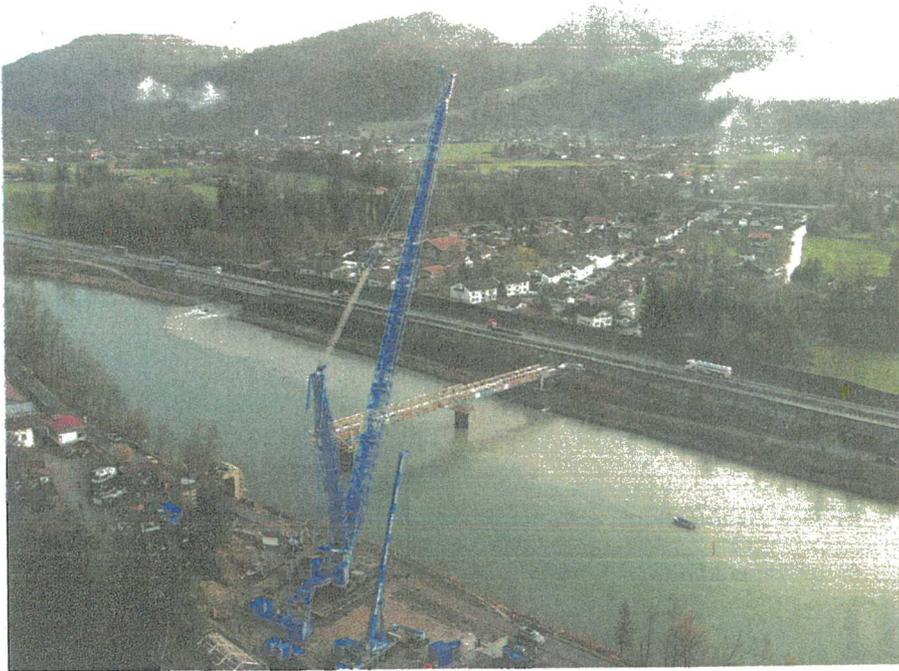
Auch die Fahrzeuge des Kufsteiner Stadtbusses sollen ein neues Design bekommen. Laut Umfrage ist ein breiteres Angebot gewünscht. Foto: Kufstein mobil

Öffis nur schwer erreichbar sind. Dazu gehören laut ihren Angaben der Hechtsee, Morsbach und Thierberg. Als gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen werden das Zentrum und Weissach gesehen. Was Anregungen und Wünsche für eine Ausweitung betrifft, so gab es hier die meisten Nennungen, nämlich 253. Weitere 116 Nennungen wurden für eine Ausweitung des Angebots am Abend, an Wochenenden und Feiertagen und 103 Nennungen für eine generelle Ausweitung

der Taktung eingebracht. Neben diesem Thema der Angebotsausweitung wurde vor allem das Verhalten der Busfahrer im positiven wie im negativen Sinne angesprochen (106 Nennungen).

Kufstein mobil arbeitet nun gemeinsam mit dem VVT und der Stadtpolitik an der Ausarbeitung eines neuen Stadtbuskonzepts. Die Umfrageergebnisse sollen eine Basis für die anstehenden Entscheidungen sein. (Alle Umfrageergebnisse auf <https://k-mobil.eu/>).

Bezirksblatt Kufstein, 29. / 30. 03. 2023



Spektakuläre Bilder: Der 800 Tonnen schwere blaue Kran, mit dem das Tragwerk eingehoben wurde (links). Nächtlige Schwerarbeit (rechts): Der Aushub des alten Innstegs musste wie andere Arbeiten nachts durchgeführt werden, da die L209 zur Sicherheit gesperrt war. Fotos: Land Tirol/Christianell

Wie die Heinzelmännchen: Brücke über Nacht gebaut

Spektakuläre Arbeiten für neue Innbrücke im Erler Ortsteil Zollhaus. Mit 800-Tonnen-Kran wurde nachts die Brückenkonstruktion eingehoben.

Erl – Bereits die Anlieferung war nicht zu übersehen, Lkw um Lkw fuhr im Erler Ortsteil Zollhaus vor. Und als das stählerne blaue Unge-
tüm aufgebaut war, sorgte es für Staunen: Ein 800 Tonnen schwerer Raupenkran war notwendig, um das neue Brückentragwerk für die seit knapp zwei Jahren gesperrte Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Inn zwischen Tirol und Bayern einzuheben.

Dabei war der nun entfernte Zollhaus-Steg zwischen Erl und dem bayerischen Oberaudorf erst in den Jahren 1991/1992 errichtet worden. Aber bei einer routinemäßigen Brückenhaupt-



Mittels Kran wurde auch das Dach des neuen Innstegs eingehoben.

überprüfung im Juli 2021 war entdeckt worden, dass der Zahn der Zeit ganz heftig am Bauwerk genagt hatte. So sehr, dass die Brücke umgehend gesperrt und nun

komplett erneuert werden musste.

Das Land Tirol investiert rund 2,2 Millionen Euro für den neuen Fußgänger- und Radfahrersteg. „Die Demon-

tage der alten Konstruktion und die Montage der neuen Brücke waren eine große Herausforderung“, erzählt Jürgen Wegscheider, Leiter des Baubezirksamts Kufstein. Alle Arbeiten erfolgten von Tiroler Seite aus und wurden in der Nacht durchgeführt, da die Erler Straße (L209) aus Sicherheitsgründen für den Verkehr gesperrt werden musste. Gleich am Anfang der Arbeiten gab es jedoch Probleme: In der ersten Nacht musste aufgrund starken Windes das Ausheben der alten Brückenkonstruktion frühzeitig abgebrochen werden. In den drei Folgenächten verliefen die Arbeiten aber planmäßig und unfallfrei. (wo)

TT DIENSTAG, 04. APRIL 2023

Neue Brücke in Erl soll genau wie die alte sein

Die Holzfachwerkbrücke wird wegen Schäden neu gebaut. Dabei soll die Brücke exakt dem Altbestand entsprechen.

CHRISTIANE NIMPF

ERL. Die überdachte, 124 Meter lange Holzfachwerkbrücke in Erl soll neu gebaut werden. Denn im Zuge einer routinemäßigen Überprüfung des Innstegs zwischen Erl und Oberaudorf, im Sommer 2021, wurden massive Schäden festgestellt. Nun wurde das alte Brückentragwerk abgetragen und das neue eingehoben.

„Der Innsteg zwischen Erl und Oberaudorf ist eine wichtige Alltagsverbindung im Rad- und Fußgängerverkehr. Nachdem feststand, dass eine Sanierung

aufgrund der massiven Schäden nicht mehr zielführend ist, haben wir uns umgehend für einen Neubau dieser Verbindung entschieden“, erklärt Landeshauptmann-Stv. Josef Geisler.

Fertigstellung für Juni geplant

Die neue Brücke wird exakt wie der Altbestand sein – eine überdachte Konstruktion mit denselben Abmessungen. Widerlager, Pfeiler sowie Vorlandbrücken bleiben von der alten Brücke erhalten. Das Land Tirol investiert dabei 2,2 Millionen Euro. Fertigstellung ist für Juni geplant. „Die Demontage der alten Konstruktion und die Montage der neuen Brücke waren eine große Herausforderung“, so Jürgen Wegscheider, Leiter des Baubezirksamts Kufstein. Für die enorm gewichtigen Bauteile musste ein 800 Tonnen schwerer



Im Juni diesen Jahres soll die neue Brücke einsatzbereit sein. Foto: Land Tirol

Raupenkran eingesetzt werden. Die L 209 Erler Straße musste aus Sicherheitsgründen dabei gesperrt werden und die Arbeiten wurden nachts durchgeführt. In der ersten Nacht musste wegen starkem Wind vorzeitig abgebrochen werden. Planmäßig und unfallfrei verlief das Ausheben der alten Brückenkonstruktion aber in den drei folgenden Nächten.

BKH gewährt nun

Besucher blicken bei Hausführungen hinter die Kulissen des BKH Kufstein und lernen mehr über Abläufe.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Türen, die sonst für den normalen Besucher verschlossen bleiben, öffnen sich dieser Tage im Bezirkskrankenhaus (BKH) Kufstein. In rund einhalbstündigen Führungen gibt das BKH seit Jänner jeden Monat Einblicke in den Organisationsablauf im Krankenhaus.

Der Blick hinter die Kulissen beginnt im Pflege Campus Kufstein. Der anfängliche Rückblick und Infos rund um die Historie des Krankenhauses münden in spannende Einblicke direkt im Krankenhaus. Angefangen vom Schockraum, über den Schaltraum, CT und Hubschrauberlandeplatz bis hin

zur OP-Schleuse werden hier Besuchern und Besucherinnen rare Einblicke in die Krankenhauswelt geboten.

Hier zeigt sich schnell: Die Organisation ist immens, das Kufsteiner Krankenhaus gleicht einer „Stadt im Kleinformat“, wie es Richard Kapfinger-Putz (Lehrender am Pflege Campus Kufstein) bei einer Führung durchs Haus formulierte.

Personalmangel und Rückstau

Zu erzählen hat das Krankenhaus in Kufstein freilich viel. Nach der Umsiedlung in den heutigen Gebäudekomplex im Jahr 1999 erfolgte zuletzt 2019 die Eröffnung des Pflege Campus, wo die zukünftigen Pflegekräfte ausgebildet werden – und derer gibt es dieser Tage nicht viele. „Wir haben vor fünf bis sechs Jahren noch 100 Bewerber für 25 Kursplätze gehabt und heute haben wir Klassen mit sieben Leuten“, erklärt der Lehrende. Man könne derzeit von neun



Blicke auf die Funktionsweise des BKH können Besucher nun wagen.

Operationssälen nur fünf betreiben. Das bedeute einen Rückstau.

Längerer Aufenthalt

Das Problem ist dabei aber vielschichtig. So können Patienten dieser Tage oft nicht in einem Zeitraum wie in vergangenen Jahren aus dem Krankenhaus entlassen werden, weil sie kein soziales Netz haben, das sie auffangen kann. Altenwohnheime haben nicht genug Personal, um mehr

Blick hinter Türen



Der Organisationsablauf wird direkt vor Ort erklärt. Fotos (2): Fluckinger

Pflegebedürftige aufzunehmen und auch der Sozialsprengel ist am Anschlag und hat keine personellen Ressourcen, um weitere Menschen zu Hause zu versorgen. „Das bedeutet: Sie bleiben bei uns da“, erklärt der Lehrende und gibt zu bedenken, was hier an Kosten entsteht. Dabei sei der Rückstau in den Krankenhäusern bereits „voll da“, wie Kapfinger-Putz betont. Das gelte nicht nur fürs Krankenhaus in Kufstein.

Offensive des BKH

Das Angebot an Führungen stellt also eine Offensive dar, was das Verständnis für das System Krankenhaus und die Rekrutierung von zukünftigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen angeht. „Ich glaube nicht, dass man das verschlafen hat, aber man hat nicht damit gerechnet, dass es so schnell geht“, sagt Kapfinger-Putz zum Thema Personalmangel. Seit Jänner macht das Bezirkskrankenhaus also in Kufstein sein System zum Thema und ist mit diesem Vorstoß ein Vorreiter in ganz Tirol. Neben den Führungen werden auch Eltern-Kind-Nachmittage oder die Teddybären-Ambulanz angeboten, während am 4. April die „Lange Nacht der Pflege“ stattfinden soll. Man wolle in der Zukunft auch eine Veranstaltung in Kufstein abhalten, bei der das Thema Gesundheit in der ganzen Stadt – in einer Art Festival – präsent ist, verrät Kapfinger-Putz.

Weitere Termine

Die weiteren Hausführungstermine 2023 im BKH Kufstein finden immer mittwochs statt.

26. April um 14:00 & 15:30 Uhr

24. Mai um 14:00 & 16:00 Uhr

28. Juni um 14:00 & 16:00 Uhr

26. Juli um 14:00 & 16:00 Uhr

23. August um 14:00 & 16:00 Uhr

27. September um 14 & 16:00 Uhr

25. Oktober um 14 & 16:00 Uhr

29. November um 14 & 16:00 Uhr

13. Dezember um 14 & 16:00 Uhr

VIDEO

Mehr dazu und ein Video finden Sie auf [meinbezirk.at/kufstein!](https://meinbezirk.at/kufstein/)



Lange Nacht bot Einblick in Pflege

Eine Nacht voller Information rund um die Pflege gab's für Interessierte.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Was passiert in der Unfallambulanz und wie geht man dort mit einem medizinischen Notfall um? Wie funktioniert Dialyse oder Hauskrankenpflege? Antworten auf diese Fragen und Informationen rund um das Thema Pflege konnten Interessierte am Dienstag, den 4. April am Pflege Campus Kufstein erhalten.

Im Rahmen der „Langen Nacht der Pflege“ gab's mehr als zehn Impulsvorträge zu verschiedenen Themen aus der Welt der Pflege. Die Vortragenden behandelten dabei Themen wie Stomapflege, die Pflege und der Ablauf in der Ambulanz oder Palliativpflege. „Unser Ziel ist, dass man die Pflege als etwas Positives darstellt. Man sieht heute auch, wie viele verschiedene Bereiche es in der Pflege gibt“, erklärt der pflegerische Leiter des Simulati-



Ein besonderes Highlight für die Besucher und Besucherinnen: Die erstmalige Präsentation des Simulationszentrums BKH Kufstein. Foto: Barbara Flückinger

onszentrums Markus Zott. Man höre immer nur, wie gejammt werde, merke aber auch im Haus, dass viele Menschen wieder zeigen wollen, dass der Beruf etwas Schönes und Sinnvolles darstelle. „Wir wollen heute die Facetten der Pflege aufzeigen und was Pflege alles kann“, so Zott.

Besonders interessiert zeigten sich die Besucher bei der „Demonstration Simulation“, die zweimal stattfand. Dabei wurden

zwei Szenarien durchgespielt, die zeigten, wie realistisch medizinische Notfallsituationen am Campus simuliert werden und wie Pflegekräfte im Umgang mit ihnen geschult werden. Damit wurde zum ersten Mal das Simulationszentrum des BKH Kufstein öffentlich präsentiert. Abseits der Vorträge warteten auch Infostände rund um diverse Aufgaben des Pflegepersonals auf die Besucher.

KUUSK: Gemeinsam Biogasanlagen nutzen

Langkampfen erhebt gemeinsam mit KUUSK-Gemeinden potenzielle gemeinschaftliche Biogasanlagen.

BARBARA FLUCKINGER

LANGKAMPFEN, BEZIRK. Biogas aus Wirtschaftsdünger herstellen – mit diesem Leitgedanken will man in einem KUUSK-Projekt die Zukunft besser gestalten. Die KUUSK-Region (Kufstein und Umgebung - Untere Schranne - Kaiserwinkl) hat zum Projekt „Biogas in der Region KUUSK“ nun die Auftaktveranstaltung für Langkampfen und seine Umgebung abgehalten, eine weitere soll in Kürze in Ebbs für die Untere Schranne und den Kaiserwinkl folgen.

Die Idee: Aus Mist und Gülle soll Biogas in gemeinschaftlichen Biogasanlagen entstehen. Welches Potenzial es dafür in der Region gibt, das will man nun feststellen. Als Auftakt für die Potentialerhebung fand am Donnerstag, den 30. März, eine erste Veranstaltung mit den Landwirtinnen und Landwirten aus Langkampfen und der Umgebung statt. Der gemeinsamen Einladung der Gemeinden, der KEM KUUSK und der LK Tirol sind über dreißig Landwirtinnen und Landwirte gefolgt.

Acht Gemeinden sind dabei Ein Blick auf den im vergangenen Jahr festgelegten Energieleitplan der Region KUUSK zeigt, dass der Ressource Biogas eine wichtige Rolle zukommen soll. „Durch die größere Betriebsstruktur der Landwirtschaft in Langkampfen besteht hier, aber auch in anderen Gemeinden, ein hohes Potenzial an Bio-



Über dreißig Landwirtinnen und Landwirte folgten der Einladung zur Auftaktveranstaltung des Projektes „Biogas in der Region KUUSK“.

Foto: KUUSK

gas aus Wirtschaftsdünger“, sagt Katharina Spöck, KEM-Managerin der Region KUUSK, die am Leitplan mitgearbeitet hat.

Deswegen hat die Gemeinde Langkampfen mit acht Nachbargemeinden – Kufstein, Angath, Thiersee, Schwoich, Ebbs, Niederndorf, Erl und Walchsee – die Untersuchung möglicher gemeinschaftlicher Biogasanlagen in der Region in Auftrag gegeben.

„Es gibt im Ausland große landwirtschaftliche Betriebe, die eigene Anlagen haben. Alle miteinander als Gesellschaft sind wir angehalten, die Zukunft zum Besseren zu gestalten – dies ist ein Versuch“, so Bürgermeister Andreas Ehrenstrasser bei der Auftakt-Veranstaltung in Langkampfen. Der Zeitpunkt für das Projekt sei ein guter, wie Simon Hörbiger,

Bezirksstellenleiter der LK Tirol, betonte. So wurde im Ministerrat im Februar das Erneuerbare-Gas-Gesetz (EGG) beschlossen und ist aktuell in Begutachtung. Demnach wäre bis 2030 eine verpflichtende Grün-Gas-Quote bei Gasversorgern vorgesehen. Der Anteil von erneuerbarem Gas am österreichischen Gasabsatz würde ebenfalls stark erhöht. „Ich sehe es auch als Chance, den Begriff ‚Gülle‘ besser zu besetzen und diese nicht nur als geruchsintensives Düngemittel zu sehen“, so Hörbiger.

Ein Landwirt betont, „wenn man eine Biogasanlage auf die Füße stellt, wäre das eine großartige Sache – es muss sich aber rechnen!“ Auch das wird in der geplanten Studie bis Mitte 2023 untersucht. Das Projekt wird vom Land und der EU (EFRE) gefördert.



Anlässlich des 30 Jahr Jubiläums des Obst- und Gartenbauvereins wurden vom Vorstand heuer spezielle Angebote für die Mitglieder und Interessierte erstellt. Mitte März war Thomas Janscheck aus Oberbayern zu Gast und referierte zum Thema „Was die Alten noch wussten und die Jungen wieder interessiert“. An zahlreichen Beispielen ging er auf die Veränderungen im Gartenbau der vergangenen Jahrzehnte ein und schilderte, warum diverse

Pflanzen so wichtig sind und man diese weiterhin pflegen sollte. Das alte Gartenwissen soll den Jungen vermittelt werden – das ist sein Anliegen.

Am 3. April fand ein Kurs für Weidenflechten statt. Das Interesse war so groß, dass die Referentin Irmi Kurz diesen in zwei Gruppen durchführen musste. Dabei wurden wunderschöne Dekorationen angefertigt, wie man sie gerne beim Hauseingang platziert. -be-



Referent Thomas Janscheck mit Obfrau Margit Glarcher Foto: Eberharter



Bei zwei Kursen wurden Weiden-Dekorationen angefertigt

Foto: OGV

Der Erler Innsteg sollte bis Juni fertiggestellt sein:

Neues Brückentragwerk eingehoben



Bei einer routinemäßigen Überprüfung des Innstegs zwischen Erl und Oberaudorf im Sommer 2021 traten massive Schäden zutage, die Brücke musste gesperrt werden. Eine Sanierung war nicht zielführend so entschloss sich das Land Tirol, die Brücke neu zu errichten. Die Kosten dafür belaufen sich auf 2,2 Mio. Euro.

In den vergangenen Wochen scharften sich etliche Zuschauer rund um die Baustelle in Erl. Anfangs war es der riesige 800 Tonnen Raupenkran, dessen Aufbau die Aufmerksamkeit erregte. Dann erfolgte die Demontage der alten Brücke. Die neue überdachte Holzfachwerkbrücke ist 124 Meter lang und die Firma Bodner und die Zimmerei Schwaighofer aus Erl haben bereits Monate vorher Pläne erstellt und an dem Werk gearbeitet.

Die besondere Herausforderung lag auch daran, dass die Kranarbeiten nur nachts

erfolgen konnten, denn die Erlerstraße musste dafür aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Sämtliche Arbeiten wurden von der Tiroler Seite aus durchgeführt. Auf der kleinen Anhöhe neben der Straße haben die Mitarbeiter der Zimmerei die Teile zusammengebaut, die dann mit dem Kran eingehoben wurden. Andreas Schwaighofer ist stolz auf seine Mitarbeiter, denn die Arbeiten erforderten ein hohes Maß an Präzision. Besonders zu schaffen machte den Arbeitern der Wind, der manches verzögerte, denn die großen Brückenteile konnten ab einer gewissen Windstärke weder abgetragen noch neu eingesetzt werden. „Die ausführenden Firmen haben hervorragende Arbeit geleistet“, bedankt sich Jürgen Wegscheider, Leiter des Baubezirksamtes Kufstein.

Sowohl von den zahlreichen Beobachtern dieser Arbeiten als auch vom Land Tirol wurden unzählige Filme der gesamten Arbeiten

erstellt und sind in den sozialen Netzwerken verfügbar, ebenso auf dem YouTube-Kanal des Landes Tirol. Bis zum Juni soll die Brücke fertiggestellt sein und dann den Fußgängern und Radfahrern wieder das ungehinderte Überqueren des Inns ermöglichen. -be-



Innerhalb von drei Nächten wurde die Brücke in drei Teilen wieder eingehoben

Foto: Land Tirol/Cristanell



In kürzester Zeit wurden die alten Teile abgetragen und die neuen eingefügt



Neben der Straße haben die Zimmerer die vorgefertigten Teile zusammengebaut

Fotos: Eberharter

Ein nachträgliches Okay

Kufsteiner Gemeinderat genehmigt im Nachhinein „Schwarzbau“ beim Einkaufszentrum Kiss.

BARBARA FLÜCKINGER

KUFSTEIN. Eine begehbare Terrasse mit Überdachung des Tiefgaragenabganges beim Einkaufszentrum (EKZ) Kiss sorgte im Kufsteiner Gemeinderat für Diskussionen. Mehr als ein gewöhnliches, in der Sitzung abzuhandelndes Projekt ist die Terrasse deswegen, weil diese „schwarz“ gebaut wurde.

Gebaut wurde dabei im Bereich des Tiefgaragenabganges ins EKZ an der Ecke Marktgasse/Fischergras. Begonnen wurde ein Zwischenpodest mit Zugangstreppe für das neue „Sushi Restaurant Hao“, jedoch ohne vorliegende Baubewilligung. Die Stadtgemeinde untersagte, nachdem sie davon Kenntnis erlangte, im August 2022 weitere Bauarbeiten per Bescheid. Der Bauwerber brachte dann Ende August ein Bauansuchen ein, allerdings stellte sich heraus, dass die Überdachung mit der begehbaren Terrasse nicht zulässig ist, weil sie um bis zu rund vier Meter über die festgelegte Baufluchtlinie ragt. Hinzu kommt, dass man sich mit dem Bau in der Kufsteiner Schutzzone nach dem Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetz (SOG) befindet. Auch hier hätte es also eine Bewilligung gebraucht.

Die Baubehörde sagte „Nein“ zum Ansuchen, woraufhin der Antragsteller das bereits Errichtete abmontieren hätte müssen. Nach dessen Einspruch kam es zu einer Besprechung im Rathaus. Das Ergebnis: Wenn der Antragsteller einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes stelle, könne man das Bauvorhaben möglicherweise in einen zulässigen Zustand „überführen“.

Diskussion im Gemeinderat

In der jüngsten Kufsteiner Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 3. Mai, ging es nun darum zu entscheiden, wie es nach dem Vorliegen des geänderten Bebauungsplanes mit dem begonnenen Bauvorhaben weitergeht. „Es gibt gesetzliche Regelungen, an die sich der kleine Bürger genauso zu halten hat wie der große Unternehmer“, betonte GR Christopher Ranzmaier (FPÖ). Es sei dem Bauwerber bewusst gewesen, dass dort noch die ein oder andere Sache geklärt hätte werden müssen, bevor man mit dem Bau beginne. Man solle sich gut überlegen, welches Signal man im Gemeinderat nun sende und wie man „derartige Ausrutscher“ von Bauherren künftig behandle.

SR Richard Salzburger (VP - Die Stadtpartei) betonte, dass es Verfehlungen auf verschiedenen Seiten gegeben habe. Es sei aber kein Fall, „wo jemand unterstellen kann, er habe still und heimlich versucht (...), an einem der prominentesten Plätze ein Bauwerk



Der Kufsteiner Gemeinderat sprach in seiner letzten Sitzung über einen Schwarzbau am Einkaufszentrum Kiss.

Foto: Flückinger

hinzustellen, obwohl er nicht seine Genehmigung hat“, so Salzburger. Der damalige Bauausschuss habe sich bereits im September 2018 mit dem Projekt befasst. Der Bauwerber sei davon ausgegangen, dass eine Bauanzeige reichen würde und dass es kein Bauansuchen brauchen würde, da es sich nur um eine Terrasse handle, erklärte Salzburger. Der Bauwerber habe auch das Bauamt im Juli verständigt, dass mit den Bauarbeiten begonnen werden würde. Tatsächlich gestartet habe er diese auch erst nach einer straßenpolizeilichen Genehmigung. „Hätte der Bauwerber gewusst, dass das so nicht geht, hätte er nicht angefangen“, so Salzburger.

„Es ist für mich ein Unding, dass man einfach ohne Bewilligung baut“, sagte indes Vize-Bgm. Stefan Graf (Kufsteiner Grüne), der keine Verfehlung seitens der Stadt sah. Er drückte nun seine Zustimmung aus, die Terrasse müsse jedoch so errichtet werden, dass

sie zur Hauptfassade passe. Auch Bgm. Martin Krumschnabel erklärte, dass die Lösung für das Lokal an sich letztendlich gut, der Weg dorthin aber nicht der „elegante“ gewesen sei.

Ehemalige MFG sagt „Nein“

Der Gemeinderat stimmte mit zwei Gegenstimmen der ehemaligen MFG-Mandatare für den geänderten Bebauungsplan. SR Lukas Blunder (freier Mandatar, ehemalige MFG) hielt fest, dass man mit der Ablehnung ein unmissverständliches Zeichen setzen wolle, „dass es klare Bauverfahren gibt, unabhängig von der Geschichte, die einem vermeintlich ‚unabsichtlichen‘ illegalen Baubeginn zugrunde liegt. Als Behörde besteht die Pflicht, ein gewisses Maß an Konsequenz zu demonstrieren und nicht den Eindruck zu erwecken, dass man im Nachhinein alles über die Vorschriften hinweg mit Absprachen wieder korrigieren könne“, so Blunder.

Bezirksrat, 10.11.05 2023

Die Wasserrettung Kufstein braucht eine neue Zentrale, und es gab bereits zweimal eine Lösung für dieses Problem. Zuerst wurden € 1,1 Mio. vom Land Tirol, der Stadt Kufstein und den zehn Gemeinden der Wasserrettung Kufstein und Umgebung für einen Neubau direkt am Inn in Kufstein zugesagt. Doch die zuletzt gestiegenen Preise in der Baubranche bereiteten dem Projekt ein jähes Ende, die Kosten hatten sich auf € 1,7 Mio. erhöht. „Die Stadt Kufstein hat sofort beschlossen, dass sie 60 % der Mehrkosten übernimmt“, so Bgm. Krumschnabel. Doch weder das Land Tirol noch die anderen Gemeinden hätten sich bereit erklärt, mehr zu zahlen. „Wir haben unsere Bemühungen nicht aufgegeben. Nachdem das Rote Kreuz eine neue Bezirksstelle errichten will, habe ich vorgeschlagen, sich mit ihnen zusammenzutun und ich würde mich dafür einsetzen, dass die € 1,1 Mio. mitgenommen werden können in das neue Projekt“, so Krumschnabel weiter. Doch Anfang April 2023 stand fest: Auch daraus wird kurzfristig nichts, da das Rote Kreuz dieses Bauvorhaben auf Eis gelegt hat. Die Zeit drängte, denn die Wasserrettung musste aus der ehemaligen Zentrale im ÖBB-Gebäude ausziehen. Drei Monate

suchte die Wasserrettung ohne Erfolg nach einer neuen Unterkunft. Wieder kam der Bürgermeister zur Hilfe und gab der Wasserrettung Bescheid, dass die Bergrettung neue Räumlichkeiten bezieht und die bisherigen frei werden.

Als letzten Ausweg bezog die Wasserrettung dieses Gebäude an der Wendlingerkreuzung, welches sich allerdings als nicht ideal herausstellte, da es keine Duschen für die Taucher gibt und sich das Gebäude selbst in einem desolaten Zustand befindet. Die Miete für die Unterbringung übernimmt wie bereits vorher die Stadt Kufstein. Dazu kommt noch, dass auch dieses Gebäude wohl in drei Jahren im Zuge der Kasernenareal-Bebauung abgerissen wird.

Anfang April entstand die Idee, den ursprünglichen Plan in einer Holzbauweise umzusetzen. Doch statt einer Rückmeldung, wieviel das Projekt in dieser Version kosten würde, kam ein E-Mail vom Bürgermeister, dass das Grundstück nicht mehr zur Verfügung stehen und man weiter auf die Lösung zusammen mit dem Roten Kreuz setzen würde. „Alternativ müsste sonst eine andere Gemeinde einen Grund zur Verfügung stellen“, hieß es abschließend im E-Mail. Um ihren Unmut kundzutun,

veröffentlichte die Wasserrettung auf Facebook einen Artikel, in dem sie sich über die neue Unterbringung beschwerte und entsprechende Fotos postete. Dazu, dass das Grundstück sechs Monate nach dem Aus des Projektes nicht mehr zur Verfügung stand, postete die Wasserrettung: „Eine persönliche Meinung zu diesen Aussagen behalten wir hierzu bei uns.“

Krumschnabel: „Jetzt beschwert sich die Wasserrettung, wie mies das Lokal ist. Ausgesucht haben sie es sich selber, bezahlt wird es von uns. Es ist mir in 13 Jahren noch nie passiert, dass ein Verein, weil er nicht sofort bekommt, was er will, dermaßen auf die Politik losgeht, insbesondere gegen meine Person, wo ich noch am Samstag zuvor auf der Festung dem Chef der

Wasserrettung Tirol das Ehrenzeichen der Stadt Kufstein verliehen habe und ich gesagt habe, wir werden gemeinsam eine Lösung finden.“

Facebook-Posting nicht beleidigend

„Wir sind der Stadtgemeinde dankbar und wir wissen auch, dass sie sich immer für uns eingesetzt hat, es war nicht unsere Intension, jemanden zu beleidigen“, versucht Andrea Stockmüllner, Obfrau der Wasserrettung Kufstein und Umgebung zu beschwichtigen. „Wir haben am 25. April erfahren, dass das Grundstück nicht mehr zur Verfügung steht, das hat bei uns diesen Unmut ausgelöst und so ist das Facebook-Posting entstanden. Wir haben eine Odyssee hinter uns und es hat mehr Rückschläge als Fortschritte gegeben und das seit 2017. Wir werden jetzt schauen, ob es irgendwo einen Grund gibt und wir vielleicht doch noch bauen können“. Obfrau-Stv. Alexander Rossmair ergänzte: „Wir waren für alle Unterstützungen immer dankbar. Das Posting war meines Erachtens nicht beleidigend, sondern Tatsachen.“

Die Wasserrettung ist ein Verein mit 33 aktiven Mitgliedern und seit 45 Jahren in Kufstein ansässig. Im Schnitt hat man zwei Einsätze im Monat.

Dicke Luft zwischen Wasserrettung Kufs

Stadtführung und tein und Umgebung

Verärgert reagierte Bgm. Martin Krumschnabel (Parteifreie) auf die Anfrage von Gemeinderätin Birgit Obermüller (NEOS) zur aktuellen Situation der Wasserrettung bei der Gemeinderatssitzung am Mittwoch, 3. Mai, in Kufstein. Er bezeichnete ein Facebook-Posting des Vereins als Frechheit und überlegte laut, prüfen zu lassen, ob die Aufgaben der Wasserrettung die Stadtfeuerwehr übernehmen könnte.



V. l.: Obfrau Andrea Stock-Müllner und Stv. Alexander Rossmair: „Mit dem Posting wollten wir unseren Unmut ausdrücken.“ **Foto: Pierzinger**

Meinung

Beiße nie die Hand, die dich füttert

Die Arbeit der Wasserrettung ist freiwillig und eine anstrengende. Nicht nur, dass man auch bei kalten Temperaturen ins Wasser muss, ist es bei der Bergung von Menschen eher die Ausnahme, dass die Person noch lebt. So etwas unentgeltlich zu machen, gebührt Respekt.

Auf der anderen Seite ist die Wasserrettung ein Verein, und dass das Land Tirol, die Stadt Kufstein und die zehn betreuten Gemeinden € 1,1 Mio. für einen Verein mit 33 Mitgliedern aufgebracht hätten, zeigt auch, dass die Wertschätzung entsprechend hoch ist. Dazu kommt noch die Übernahme der Mietkosten (aktuell € 15.000,- im Jahr), die die Stadt Kufstein schon seit vielen Jahren alleine zahlt.

Gerhard Pierzinger
Redaktion



Sich jetzt öffentlich über den Bürgermeister, der sich jahrelang für den Verein eingesetzt hat, zu beschweren, kann man nur mit einer Überreaktion erklären. Dass die Wasserrettung selbst angibt, dass die ganze Vereinsführung das Posting abgesegnet hat, macht es nur noch schlimmer. Und dass alles, weil man eine Nachricht über den Verkauf eines Grundstückes erst nach 20 Tagen erhalten hatte – obwohl man eigentlich damit hätte rechnen müssen, nachdem das Projekt im November 2022 gestorben war. Ob hier noch weitere Gespräche möglich sind, steht in den Sternen.

Schreiben Sie mir Ihre Meinung:
gerhard@kufsteinblick.at

TT, 18.05.2023

Politkrach

Innsbrucks Bildungsstadträtin schäumt: Beschluss für mehr Kindergartenkräfte verzögert sich. Teuerung bleibt Aufreger.

Innsbruck – Das geplante Antiteuerungspaket und die brisante Personalsituation an den Kindergärten: Das sind nur zwei der Themen, die vor dem nächstwöchigen Gemeinderat für heftige Debatten in der Innsbrucker Stadtpolitik sorgen.

Kindergärten: „Erstaunt und entsetzt“ zeigte sich Bildungsstadträtin Elisabeth Mayr (SPÖ) nach der gestrigen Stadtsenatssitzung. Angesichts der höchst angespannten Personalsituation in den Kindergärten hat die Stadt, wie berichtet, mit Beschlüssen im April-Gemeinderat eine Personaloffensive gestartet. Nächster Schritt wäre nun gewesen, 14 weitere Vollzeit-Dienstposten (das sind bis zu 28 „Köpfe“) für Assistenzkräfte im Bereich Sprachförderung zu schaffen, sagt Mayr. Sie sollen das pädagogische Personal entlasten, der Bedarf sei hoch.

Eigentlich hätte dies nächsten Donnerstag im Gemeinderat beschlossen werden sollen. Der Stadtsenat habe aber leider mehrheitlich befunden, dass die ganze Sache erst dem Personalausschuss

zugewiesen werden müsse, ärgert sich Mayr, mit dem für sie „hanebüchenern Argument, das sei immer so gewesen und für einen ‚sauberen‘ Ablauf nötig“.

Nun sei zu befürchten, dass sich die Aufstockung für das nächste Kindergartenjahr nicht mehr ausheht: Der Beschluss könne nun frühestens im Juli-Gemeinderat erfolgen, Ausschreibungsfristen seien zu beachten, zahlreiche Bewerbungsgespräche zu führen. Mayr sieht „Zynismus und Blockadehaltung“ von ÖVP, Für Innsbruck (FI) und FPÖ zulasten der Familien. „Dabei trägt das Land bis zu 100% der Kosten“, ergänzt Mayr.

BM Georg Willi (Grüne) nannte es ebenfalls „ärgertlich, dass hier so gebremst wird“.

Antiteuerungspaket: Die Abfederung der Inflation wird den Gemeinderat nächste Woche mehrfach beschäftigen. Zum einen schließt sich die Stadt dem vom Land beschlossenen Wohnpaket – Ausbau von Wohn- bzw. Mietzinsbeihilfe – an. Statt bislang 11 Mio. Euro könne man – durch

wegen Assistenzkräften



Assistenzkräfte im Bereich Sprachförderung sollen das pädagogische Personal in den Kindergärten insgesamt entlasten. Symbolfoto: iStock

Ausweitung der Zumutbarkeitsgrenzen und des anrechenbaren Wohnbedarfs – bei der Mietzinsbeihilfe in Innsbruck ab 1. Juni 15 Mio. Euro ausschütten, freut sich Willi. Während das Land die Wohnbeihilfe alleine trägt, ist bei der Mietzinsbeihilfe ein Gemeindeanteil von 20% zu stem-

men: Für die Stadt schlägt sich das mit ca. 800.000 Euro mehr zu Buche – das ist nun zu beschließen.

Für deutlich mehr Diskussionen dürfte freilich ein zweiter Aspekt der Antiteuerungspläne sorgen – ein 1,6-Mio.-Euro-Paket zur Entlastung gemeinnütziger Vereine in Bereichen wie Soziales, Kultur,

Sport, Kinderbildung, Jugendarbeit und Integration. Diese stöhnen vielfach unter stark steigenden Miet- und Betriebskosten. Im Finanzausschuss gab es nach langen Diskussionen eine knappe Mehrheit für den Vorschlag (Zustimmung: Grüne, SPÖ, ÖVP; Enthaltung: FPÖ und FI). Im Gemeinderat

dürfte es aber spannend werden – getrennte Abstimmungen für einzelne Bereiche sind noch nicht vom Tisch. Kulturstadträtin Uschi Schwarzl (Grüne) sandte gestern den dringenden Appell aus, diese Töpfe zu beschließen – auch für den Kulturbereich, der für Innsbruck so wichtig sei. (md)

AK bringt

Weiterhin viel Zündstoff um die Strompreise in Tirol: Die Arbeiterkammer fixierte eine Musterklage gegen die Tiwag.

Innsbruck – Zuletzt hatte es einen heftigen Preis-Streit der AK mit mehreren heimischen Energieversorgern gegeben, darunter auch mit der landeseigenen Tiwag. Jetzt bringt die AK eine Musterklage bezüglich der Preiserhöhung der Tiwag aus dem Vorjahr ein. Obwohl das kürzlich vorgelegte Stromgutachten der AK Tirol und ein Urteil des Handelsgerichts Wien gegen den Verbund Transparenz in der Geschäftsgebarung der Energieunternehmen einfordern, wolle man bei der Tiwag davon nichts wissen, kritisiert AK-Präsident Erwin Zangerl. Mit der Musterklage über den Verein für Konsumenteninformation (VKI) wolle man nun „Licht ins Dunkel“ bringen. „Bei der Musterklage der AK Tirol gegen die Tiwag geht es um wichtige Grundsatzfragen sowie unter anderem auch um Auskunft und Informationen zu den tatsächlich zu tragenden Beschaffungskosten. Das ist das,

was wir nun im Sinne der Stromkundinnen und -kunden klären werden“, so Zangerl. Auch in den neuerlich von der Tiwag verschickten Preisanpassungen sei die Transparenz nicht gegeben, so Zangerl. Davon könnten sich 300.000 betroffene Stromkundinnen und -kunden selbst überzeugen. Die Klage der AK solle jetzt letztlich auch klären, wie sich das auf die aktuelle Preiserhöhung auswirkt. Die Preisanpassung im Juli 2022 sei im Wesentlichen mit der Entwicklung des Österreichischen Strompreisindex (ÖSPI) begründet worden. Dies, obwohl die Tiwag der größte Stromerzeuger aus Wasserkraft in Tirol ist. „Es braucht die erforderliche Transparenz, wir werden uns jetzt genau ansehen, wie die Tiwag die letztjährige Preiserhöhung rechtfertigt bzw. argumentiert“, sagt Zangerl. In diesem Zusammenhang werde sie wohl auch ihre Kostenstruktur sowie ihre tatsächlichen

Tiwag-Klage ein



AK-Präsident Erwin Zangerl (links) im Clinch gegen Tiwag-Chef Erich Entstrasser. Fotos: Böhm (2), Spinger

Beschaffungskosten offenlegen müssen. Denn dies sei bis dato verweigert worden. „Es ist weiterhin nicht klar, woher der Strom kommt, wie es mit der viel zitierten heimischen erneuerbaren Energie aussieht und welche Kosten bei der Tiwag wirklich dazu führen, dass der Strompreis bereits 2022 erhöht werden musste.“ Für die notwendige Transparenz müssen jetzt die Gerichte sorgen, da die Tiwag mit ihrer „unnachgiebigen Haltung“ dazu nicht bereit gewesen sei. (TT)

Europas Atomstaaten blockieren Gesetz

Brüssel – Die finale Abstimmung unter EU-Staaten über ein zentrales EU-Gesetz im Kampf gegen die Klimakrise liegt vorerst auf Eis. Einige Mitgliedsländer, allen voran das Atomland Frankreich, seien unzufrieden mit der erzielten Einigung, heißt es aus EU-Diplomatenkreisen. Die genaueren Forderungen sind noch unklar. Hintergrund dürfte ein Streit über die künftige Rolle von Atomkraft sein. Dieser wird in dem EU-Gesetz eine relativ kleine Rolle eingeräumt. Neben Frankreich sind auch die Slowakei, Ungarn, Polen, Tschechien, Bulgarien und Rumänien gegen das Gesetz. (APA)

TT, 18.05.2023

Viel Kritik an Tiwag und Strompreis

Thema: „Eigene Stromlösung für Völser Siedlung nötig“, Leserforum, TT, 14.5., „Hunderte Euro Mehrkosten durch Strom und Gas“, TT, 13.5.

In der Völser Seesiedlung müssen wir seit 50 Jahren mit Strom heizen. Aus diesem Grunde wurde seinerzeit das Pilotprojekt von Tiwag und Gemeinde aus der Taufe gehoben. Eine andere Heizungsart ist bei Strafe verboten. Uns wurde verboten, einen Notfall-Kamin einzubauen. Mir ist nicht bekannt, dass Verträge automatisch nach 50 Jahren auslaufen. Ich kann den Leserbrief von Mag. Franz Rauter nur vollinhaltlich unterstützen.

Hofrat Josef Kleißl,
6176 Völs

Das lockere Argument von Landeshauptmann Anton Mattle, dass die meisten Tiroler eine Preiserhöhung von 10 Eu-

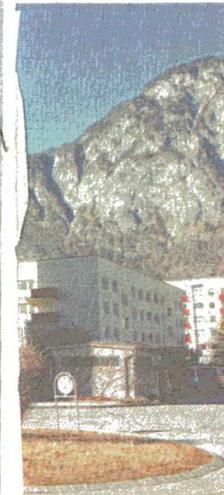


Die Menschen, die in der Völser Seesiedlung wohnen, fühlen sich

ro im Monat hätten, empfinde ich als Hohn gegenüber der Seesiedlung. Seit 40 Jahren müssen wir mit Strom heizen, alles andere war/ist strafbar. Wir konnten nie wählen. Nun sollen wir wieder einfach

alles hinnehmen.

Ich bin eine alleinstehende Pensionistin, 78 Jahre. Ich habe mit dem Geld auf meinem Sparbuch vor Jahren eine Hausdämmung finanziert, um die Heizkosten



von Tiwag verraten. Foto: Domang

zu reduzieren. Weitere Sparmaßnahmen sind: Ich benütze nur zwei Nachtspeicheröfen, heize im Wohnzimmer nie über 19 Grad, in den restlichen Räumen herrschen um die 16 Grad. Mehr sparen

geht leider nicht. Ich habe einen Jahresverbrauch von 10.000 kWh, und das ist wenig für ein Haus. Mit Familie können es auch 20.000 kWh sein. Davon entfallen zwei Drittel auf den Nachtstrom, der laut Tiwag nun auch gestrichen wird.

Für uns wird der Strom mehr als dreimal so teuer und die Tiwag spricht von einem attraktiven Angebot, wenn man sofort unterschreibt! Was nützt uns da viel eine Stromkostenbremse von 2900 kWh?

Ich erwarte von einem Landeshauptmann einen hoffentlich für alle nachvollziehbaren Strompreis.

Ella Egg, 6176 Völs

Alle jene Strombezieher, welche keinen Vertrag mit dem jeweiligen Anbieter haben, (Mieter, Untermieter etc.) haben nach derzeitiger Regelung kein Anrecht auf den gedeckelten Strompreis für 2900 kWh.

Diese Ungleichheit sollte möglichst schnell aus der Welt geschafft werden.

Die Landeshauptmänner als Vertreter der Bürger in Tirol, und auch im Vorstand der Tiwag, hätten die Verpflichtung, dieses Unrecht zu beseitigen und allen Strombezieher, ob mit oder ohne Vertrag, den gedeckelten Strompreis zukommen zu lassen.

Dies zu regeln, ist einfach. Man fragt nach, ob beim Strombezieher weitere Abnehmer abgeschlossen sind, ist dies der Fall, wird dem Strombezieher mit Vertrag für jeden weiteren Abnehmer pro kW der gedeckelte Preis (netto 9 Cent) bis zu einer Abnahme von 2900 kWh vorgeschrieben.

Eine technische Lösung wäre sicherlich nicht unmöglich. Ein Dankeschön an die Stromversorger von den betroffenen Bürgern wäre ihnen sicher.

Helmut Pedevilla,
6176 Neustift

Meinert meint



CLAUS MEINERT

Meist kommt es auf die Taktik an

Den Gegner im Vorfeld zu beobachten und eine gute Taktik zu wählen, ist in vielen Bereichen wichtig. Oft die Voraussetzung dafür, um an ein Ziel zu gelangen. Wir kennen das vom Sport. Etwa bei Fußballspielen, die nicht selten von „fader“ Taktik beider Mannschaften geprägt sind. Gelingt dann einem Team doch ein Tor, ist es mit der Taktik des Gegners schon wieder vorbei, hat er wohl die falsche gewählt, muss schnellst eine neue her, sonst droht eine bittere Niederlage.

Ob der Landesenergieversorger Tiwag eine kluge Taktik gewählt hat, indem er seinen rund 300.000 Stromkunden neue Verträge unter dem Motto „friss' oder stirb Vogel!“ zugesandt hat, die selbst juristisch gebildete Menschen kaum verstehen, diese Frage wird nur das dortige Management beantworten können.

Die nun eingereichte Klage der AK Tirol war abzusehen, kam alles andere als aus heiterem Himmel. So wie nach dem Sturmlauf eines Teams oft wenig überraschend ein Tor fällt. Für den mächtigen Landesenergieversorger könnte sich der „AK-Treffer“ aber fatal auswirken, fast schon wie eine Art Eigentor anfühlen, denn es hätte zuletzt einige Möglichkeiten gegeben, deren Anrennen zumindest einzubremsen. Nun aber hat der Disput zwischen AK Tirol auf der einen und Tiwag auf der anderen Seite eine neue Dimension erlangt. Ein Unentschieden wird hier wohl nur mehr schwer möglich sein. Eine Seite wird bitter verlieren – nicht nur vor Gericht, sondern auch, was das eigene Image betrifft.



„Man hat aus dem Strompreis eine Steuer gemacht“, kritisiert AK-Präsident Erwin Zangerl

„Robin Hood“ fordert

INTERVIEW Kampf der Giganten in Tirol: Der mächtige AK-Präsident Erwin Zangerl legt sich mit dem Landesenergieversorger Tiwag an. Das nächste Jahr AK-Wahlen anstehen, dürfte nur einer der Gründe sein!

Spartanisch eingerichtet ist das Büro des Tiroler AK-Präsidenten im zweiten des vierstöckigen Gebäudes: Schreibtisch, kleine lederbezogene Sitzbank mit Tisch, Fernseher, ein Bild und eine Aussicht auf die Alte Post und das Landesgericht.

Herr Präsident, wir wollen mit einer – zugegeben etwas provokanten – Frage beginnen: Sehen Sie sich als moderner „Robin Hood“, der den reichen Energiekonzernen nimmt und den ausgebeuteten Tirolern gibt?

Nein. Ich bin kein „Robin Hood“. Ich orientiere mich ausschließlich an Zahlen, Daten und Fakten. Diese sprechen eine deutliche Sprache – gegen die Energieproduzenten. Und die Energie ist nun mal einer der Haupttreiber der Teuerung. Einmal zahlt man für den Strom mehr,

dann in der Bäckerei für die Semmel. Wasser gehört Land und den Gemeinden, aber insgesamt auch wieder Land und Leuten. Da verstehen die Menschen nicht, dass jetzt in einer schwierigen Situation der Preis in die Höhe getrieben wird. Die Eigenproduktion in Tirol ist ja nachweislich vorhanden.

Die Erzeuger werben ja auch damit. Und die Leute fragen sich: Ja wo ist denn der Strom dann? Der Verdacht liegt nahe, dass der irgendwohin ins Ausland verschwindet und dann wieder zugekauft werden muss zu einem Preis X, den man dann wieder jenen verrechnet, die den Strom brauchen – nämlich den Haushalten.

Aber Tirol hat auch nach der geplanten Erhöhung im

österreichweiten Vergleich einen günstigen Tarif. Sagt zumindest die Tiwag.

Das habe ich auch jahrzehntelang geglaubt. Jetzt stellt sich heraus, dass auch dieser billigste Strom von den Kunden überzahlt wurde. Weil man könnte alle Haushaltskunden mit den Laufkraftwerken versorgen, zumindest neun Monate im Jahr. Nach meinen Informationen kostet die Produktion bei den Laufkraftwerken drei bis vier Cent, also weniger als ein Viertel des derzeitigen Tarifs. Jetzt lesen wir im „Krone“-Interview mit LH Mattle, dass 130 Millionen Dividende ans Land fließen, damit wird Gesundheit, Bildung und zwar von den Tiwag-Kunden, und zwar ausschließlich von diesen. Das kann doch beim besten Willen nicht



Tiroler Stromlösung



AK-Präsident Erwin Zangerl mit „Krone“-Chefredakteur Claus Meinert (links) und Redakteur Philipp Neuner (re.)

sein, dass man aus dem Strompreis de facto eine Steuer macht! Denn im Endeffekt ist es derzeit eine Steuer zum Decken von irgendwelchen Ausgaben.

Gutachten hat gezeigt: Erhöhung nicht zulässig

Sie fordern damit nicht weniger als eine Neuaufstellung der Tiroler Energiewirtschaft, die im europäischen Verbund eingebettet ist.

Die Problematik besteht ja darin, dass die Stromanbieter die Transparenz des

wegen verweigern, weil man dann draufkommen könnte, dass der kompletter Strom verkauft wird. Und zwar nicht nur Spitzenstrom. Und dann müssen wir wieder Strom zurückkaufen, der aber nicht aus erneuerbaren Quellen kommt. Deswegen bringen wir zur Vollversammlung einen Antrag ein, dass die Tiwag-Satzung geändert wird. Derzeit wird mit keinem Wort die Versorgung der Tiroler Bevölkerung mit Energie

als Aufgabe erwähnt. Als ich bei der jüngsten Sitzung mit Tiwag und Land darauf aufmerksam gemacht habe, antwortete der Tiwag-Vorsitzende, wir sind eine Aktiengesellschaft und nur dem Gewinn verpflichtet. Da bin ich aufgestanden.

Was empfiehlt der AK-Präsident den Tausenden Tiroler Haushalten, die den Tiwag-Brief noch nicht unterschrieben haben?

Unterschreiben, was bleibt denn anderes übrig? Die Tiwag wählt eine Vorgangsweise unter dem Motto „friss' oder stirb.“ Der Bonus ist ein Lockangebot. Wir werden beginnend mit der ersten Klage auch noch weitere Auseinandersetzungen führen und zeigen, dass die Erhöhungen gar nicht zulässig waren. Unser Gutachten dazu hat die Büchse der Pandora geöffnet, das ist gar keine Frage. Das ist für keinen lustig, auch nicht für uns. P. Neuner/C. Meinert

Lesen Sie morgen Teil zwei des Zangerl-Interviews!

FEHLENDE TRANSPARENZ

Paukenschlag: AK Tirol reicht Klage gegen die Tiwag ein

Mittwoch um 9.15 Uhr ließ die Arbeiterkammer Tirol ihren Anklagen auch Taten folgen: Sie geht gegen den Tiroler Landesenergieversorger Tiwag gerichtlich vor, bringt eine Musterklage ein. Ausbleibende Transparenz habe dazu geführt, dass man sich zu diesem Schritt gezwungen sah, betonte AK-Präsident Erwin Zangerl. Obwohl das Stromgutachten der AK Tirol und ein Urteil des Handelsgerichts Wien gegen den Verbund Transparenz in der Geschäftsgebarung der Energieunternehmen einfordern, blieb die Transparenz seitens der Tiwag nach Ansicht der AK bisher weiter aus. Dies wurde nun zum Anlass genommen, gegen den Energieversorger zu klagen.

„Bei der Musterklage der AK Tirol gegen die Tiwag geht es um wichtige Grundsatzzfragen sowie unter anderem auch um Auskunft und Informationen zu den tatsächlich zu tragenden Beschaffungskosten – Stichwort Transparenz. Das ist das, was wir nun im Sinne der Stromkunden klären werden“, begründet Zangerl. Man wolle sich nun die vorjährige Preiserhöhung zum 1. Juni genau ansehen. In diesem Zuge müsse man auch die Kostenstruktur sowie die tatsächlichen Beschaffungskosten offen legen. Dies wurde bis dato verweigert. Es ist weiter unklar, woher der Strom kommt, wie es mit der viel zitierten heimischen erneuerbaren Energie aussieht und welche Kosten bei der Tiwag wirklich dazu führen, dass der Strompreis bereits 2022 nach oben angepasst werden musste. Auch bei den neuerlichen Preisänderungen sei die Transparenz nicht gegeben. Rund 300.000 Stromkunden seien davon betroffen.

Martin Oberbichler

Die Arbeiterkammer hat die Macht und auch die Mittel, die Energieversorger im Notfall vor Gericht zu zerren und will das ja jetzt auch tun. Was ist der Sinn hinter dieser Musterklage?

Es geht um die nötige Transparenz, die wir dringend einfordern, die uns aber bisher vorenthalten wurde. Die Tiwag hat nun vier Wochen Zeit, dagegen Einspruch zu erheben. Dann sehen wir, wie sie ihre Vorgangsweise begründet. Es geht nicht darum, notwendige Preiserhöhungen zu verhindern. Es geht darum, dass die Tiwag offen sagt, aufgrund welcher zusätzlicher Kosten sie die Preise erhöhen muss. Es geht darum, dass die Tiwag zeigt, weswegen sie den Preis erhöhen muss. Der springende Punkt ist die Transparenz. Und diese scheuen die Energieversorger wie der Teufel was Weihwasser.

Ist die AK Tirol jetzt Vorreiter mit der Klage? Denn eigentlich müsste ja die Bundes-AK alle Landesenergieversorger an die Kandare nehmen. Die haben ja teils noch höhere Preise.

Jeder, auch ich, ist bis jetzt der Argumentation auf den Leim gegangen, dass Tirol den günstigsten Strompreis hat. Jetzt stellt sich heraus, dass die Tiwag mit ihren Preisen bisher schon sehr gut verdient hat. Und dass das nur dazu gedient hat, Gewinne zu machen, die dann irgendwo landen. Ja, wir sind Vorreiter in dieser Frage. Die anderen Bundesländer warten jetzt wohl erst einmal ab, wie das in Tirol ausgehen wird.

„Werden dem Druck ganz sicher nicht nachgeben“

Kann sich eigentlich noch jemand auskennen bei der Strompreisbildung – außer vielleicht AK-Experten?

Es waren interne und auch externe Experten nicht imstande, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu erklären. Es fanden sich ursprünglich drei Möglichkeiten, wie die Tiwag die Preise

erhöhen konnte. Das waren unsere Ausgangspunkte. Dann haben wir das Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war wenig überraschend, selbst der Gutachter hatte Probleme, die Strompreiserhöhungen nachzuvollziehen. Aufgrund der fehlenden Transparenz sind die Strompreiserhöhungen gar nicht zulässig. Anstatt das einzusehen, wurde seitens der Energieanbieter teilweise versucht, die eigenen Mitarbeiter gegen die AK aufzubringen. Das lässt tief blicken. Da liegt schon einiges im Argen. Und jetzt versucht man mit aller Gewalt, die Transparenz zu verhindern und probiert sogar, die AK unter Druck zu setzen. Dem werden wir aber sicher nicht nachgeben.



INTERVIEW

AK-Zangerl: „Die Tiwag scheut Transparenz wie Teufel das Weihwasser“

Tirols AK-Präsident mutmaßt, dass Tiwag-Kunden schon in den vergangenen Jahren einen erhöhten Strompreis zahlen mussten



AK-Präsident Zangerl im Gespräch mit Philipp Neuner und Claus Meinert (re.)

Es wurde seitens der Energieanbieter versucht, eigene Mitarbeiter gegen die AK aufzubringen. Das lässt schon tief blicken.

Landeshauptmann Anton Mattle als Eigentümervertreter sagt, das Aktienrecht verhindere ein Eingreifen bei der Tiwag-Strompreisbildung. Dabei könnte der Aufsichtsrat das doch jederzeit tun.

Natürlich. Das ist jetzt ein Prozess, der langsam greift und der zu Veränderungen führen wird.

Jetzt werden die Stadtwerke Hall und Wörgl gefeiert dafür, dass sie mit dem Strompreis runtergehen. Sie

liegen aber immer noch über dem, was die Tiwag auch nach der Erhöhung verlangt.

Das Grundproblem der Gemeindekraftwerke liegt auch wieder im Bereich der Tiwag, weil sie den meisten Anbietern den Strom zu Marktpreisen verkauft. Und das ist der Grund, warum ich sage, wir brauchen eine Tiroler Stromlösung, die tirolweit vernünftige Strompreise sicherstellt. Diesen Antrag werden wir neben jenem der Tiwag-Statutenänderung bei der Vollversammlung kommende Woche einbringen und nach Beschlussfassung ans Land weiterleiten. Dann liegt es am Landtag, einmal der Satzungsänderung und einmal der Tiroler Stromlösung zum Durchbruch zu verhelfen.

Es funkt zwischen der AK und der Tiwag! „Aufgrund der fehlenden Transparenz sind die Strompreiserhöhungen gar nicht zulässig“, glaubt AK-Präsident Erwin Zangerl.

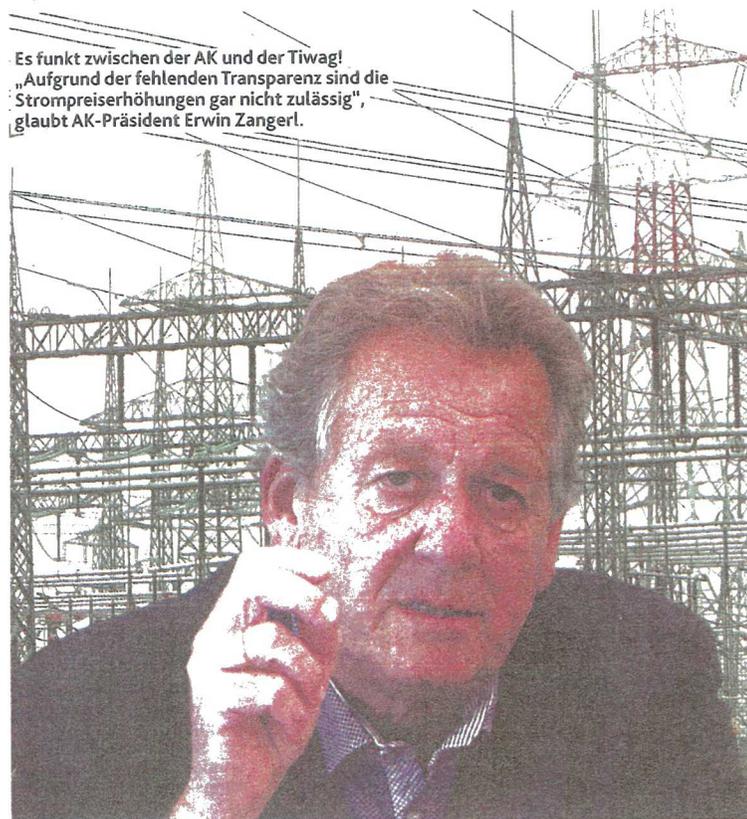


Foto: Christof Birbaumer

Wie viele Anbieter gibt es denn eigentlich in Tirol?

Das ist auch eine Tiroler Besonderheit, dass wir sehr viele Anbieter haben. Deshalb brauchen wir eine Stromlösung unter Einbindung aller Anbieter. Darum kämpfen wir auch.

Sie haben massiv die „Gierflation“ kritisiert. Welche Reaktionen haben Sie denn erhalten?

Man hat ja an der Reaktion auch der Bundespolitik gesehen, dass die glauben, dass wir alle in Saus und Braus und Luxus leben und auf alles verzichten können. Übersehen wird aber dabei, dass teilweise die Menschen nur noch die Auswahl haben zwischen Essen oder Heizen. Das ist die bittere Realität. Und

Die Menschen haben teilweise nur noch die Auswahl zwischen Essen oder Heizen. Das ist leider die bittere Realität.

mit den Zuschüssen ist es so, dass diese leider auch inflationssteigernd wirken. Entscheidend ist, die Preise zu senken. Und Energie ist nun einmal der Haupttreiber neben den Mieten und Lebensmitteln. Wenn man das nicht in den Griff bekommt, wird sich die Inflation auch nicht absenken. Es ist jetzt höchst an der Zeit, dass etwas gemacht wird und passiert. Es müssen Eingriffe erfolgen.

Warum legt sich die AK auf die Strom- und Gaspreise fest und lässt außer Acht, dass etwa der Spritpreis auch nicht in dem selben Ausmaß sinkt wie der Ölpreis?

Wir haben bei den Pellets die Bundeswettbewerbshörde eingeschaltet, die seit über einem Jahr ermittelt. Wir haben interveniert, was die Fernwärme betrifft. Wir werden auch die Gaspreise unter die Lupe nehmen. Es geht nicht, losgelöst von allem einfach die Preise zu erhöhen und das in einer Krise, in der den Leuten das Wasser bis zum Hals steht. Und ich garantiere allen: Wir werden weiter mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln diese Ungerechtigkeiten bekämpfen.

Philipp Neuner/Claus Meinert

Meinert meint



CLAUS MEINERT

Sticht Zangerl in ein Wespennest?

Es sind heftige Verbalattacken, die Tirols AK-Präsident gegenüber der Tiwag reitet. Nehmen wir nun an, Zangerl hat auch nur im Ansatz recht und es ist tatsächlich so, dass die Tiwag den aus der Tiroler Wasserkraft erzeugten sauberen Strom um gutes Geld verkauft, dann an der Börse Strom einkauft (vielleicht sogar teils erzeugt in Atom- und Kohlekraftwerken) und diesen wiederum den Tiroler Kunden zu satten Preisen verkauft. Um ein Ziel zu erreichen: Eine millionenschwere Dividende, die das Land dringend braucht bzw. schon früher dringend benötigte. Beispielsweise um das einstige Miss-Management der Tiroler Landesbank Hypo auszugleichen, wo das Land mehr als 100 Millionen Euro zuschießen musste, um die Bank zu retten. Oder wie jetzt, wo eine Dividende von 130 Millionen Euro ans Land fließt, die ins Gesundheitswesen, die Bildung etc. investiert werden. Investitionen, die letztlich die rund 300.000 Tiwag-Kunden „stemmen“, in dem sie laut Zangerl seit Jahren überhöhte Strompreise zahlen. Da beißt sich die Katze sozusagen in den Allerwertesten.

Nicht ausgeschlossen ist, dass Zangerl mit seinen Mutmaßungen in ein Wespennest gestochen, oder wie er es nennt, „die Büchse der Pandora geöffnet“ hat, also nachgewiesen wird, dass Schaden angerichtet wird. Sollten Gerichte feststellen, dass Zangerls Vorwürfe stimmen, ist nicht nur der gesamte Tiwag-Aufsichtsrat, der das duldet, rücktrittsreif. Dann wird es auch in der Landespolitik ordentlich rumpeln.

Existenz von Verband steht auf dem Spiel

Sanierungsplan und Quote von 80 Prozent für GemNova akzeptiert. Aber massive Unruhe im Gemeindeverband.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Es knirscht an allen Ecken und Enden im Gemeindeverband. Mittlerweile geht es auch um seine Existenz. Bis 30. September muss der Sanierungsbetrag von 80 Prozent der anerkannten Schulden von 5,4 Millionen Euro der insolventen Gemeindeverbandsfirma GemNova auf dem Tisch liegen. 117 Gläubiger haben dem Sanierungsplan zugestimmt, einzig die Gesundheitskasse stimmte dagegen. Das Land schießt 1,5 Mio. Euro für die Rettung zu, für den Rest muss der Gemeindeverband aufkommen. Über eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von zwei Euro pro Einwohner oder insgesamt 1,1 Mio. Euro jährlich in den nächsten zehn Jahren.

Das sorgt für Unmut, einige Bürgermeister legen sich quer. Wie der Thaurer Gemeindechef und Wirtschaftskammerpräsident Christoph Walser. Er lehnt die Erhöhung ab und droht sogar mit dem Austritt aus dem Verein „Tiroler Gemeindeverband“. Das haben andere Gemeinden ebenfalls vor, die ganz und gar nicht mit dem Krisenmanagement von Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf beim Dienstleistungsunternehmen GemNova einverstanden sind. Der Haller Bürgermeister Christian Margreiter tritt beispielsweise gegen eine Rettung auf.

Die Firmengruppe hat acht Mio. Euro an Schulden angehäuft. Mit Millionen von Land- und Gemeindeverband wurde das Mitte 2010 gegründete Unternehmen mehrmals finanziell unterstützt. Manche Bürgermeister verknüpfen ihre Zustimmung mit Schöpf's Rücktritt als Gemeindever-



Gemeindepräsident Ernst Schöpf warb gestern Abend bei den Bürgermeistern um den Sanierungsplan für die insolvente GemNova. Foto: Böhm

bandspräsident. Der ÖVP-Klubchef und Bürgermeister von Umhausen Jakob Wolf bestätigt, „dass die Stimmung gegenüber dem Präsidenten sehr kritisch ist“.

Gestern Abend trommelte Schöpf deshalb die BürgermeisterInnen des Landes in einer Video-Konferenz zusam-

quote aufnehmen kann, sondern um den Verband selbst. Ein Konkurs der GemNova würde ihn mit in den Abgrund reißen. Außerdem wurde offen eine Strukturreform im Verband gefordert.

Dass Jakob Wolf vor einer Spaltung des Gemeindeverbands warnt, lässt die Alarmglocken schrillen. „Für uns ist es wesentlich, dass der Gemeindeverband als starke und einheitliche Interessenvertretung zwischen Land und Bund bestehen bleibt. Eine Zersplitterung des Gemeindeverbands hätte schwerwiegende Konsequenzen und könnte zu einer Schwächung der politischen Durchsetzungskraft aller Kommunen in Tirol führen.“ Die Bürgermeister sollten hier nicht leichtfertig handeln, Wolf bezeichnet das Austreten aus dem Verein als „keine Alternative“.

Detail am Rande zum Sanierungsplan: Das Arbeitsmarktservice verlangt rund eine Mio. Euro von der GemNova an Förderungen für die „administrative Assistenz“ zurück. Das wird jedoch vom Sanierungsverwalter bestritten.



Foto: Axel Springer

„Austreten ist keine Alternative. Eine Zersplitterung des Gemeindeverbandes hätte schwerwiegende Konsequenzen.“

Jakob Wolf/ÖVP (Klubchef)

men. Tenor der mehr als 130 Teilnehmer: Beim Gemeindegtag am 10. Juli geht es nicht nur um die notwendige Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, damit der Verband ein Darlehen zur Finanzierung der Sanierungs-

7. Jänner Zeitung, 29.05.2023

SANIERUNGSPLAN

GemNova: Gläubiger für 80-Prozent-Quote

Am Landesgericht Innsbruck nahmen die Gläubiger den Sanierungsplan für die GemNova GmbH an. Er sieht laut Kreditschutzverband 1870 eine Quote von 80 Prozent vor, zu zahlen ist bis 30. September. 115 Gläubiger haben in Summe Forderungen von rund 7,7 Millionen Euro angemeldet.

TT, 29.05.2023



12 Prozent Tirols oder knapp 1600 km² sind Dauersiedlungsraum. Rund ein Viertel davon ist bereits durch Gebäude, Verkehr, Unternehmen etc. in Anspruch genommen.

Foto: Rika Falk

„Nur für gefördertes Wohnen widmen“

Großer Kampf um wenig Platz: Raumordnungsexperte Arthur Kanonier (TU Wien) plädiert dafür, Bauland nur noch für geförderten Wohnbau zu widmen, gehortetes Bauland rückzuwidmen und überörtliche Planung zu stärken.

Von Max Strozi

Innsbruck – Noch mehr Bauland widmen und einfach mehr bauen, dann sinken die Immobilienpreise von alleine. Diese Rechnung ist in Tirol so nicht aufgegangen und wird auch künftig nicht so einfach aufgehen, fürchtet Arthur Kanonier. Der Raumordnungs- und Baulandexperte an der TU Wien hat unter anderem auch an der Österreichischen Bodenstrategie mitgearbeitet. „Der automatische Reflex, dass man gegen die steigenden Immobilienpreise immer mehr widmet und baut, geht in die falsche Richtung“, sagt Kanonier. „Viele Tiroler Regionen sind derart attraktiv, dass halb Europa darum konkurriert.“ Das „immer mehr bauen“ stoße an seine Grenzen. „Man kann nicht die ganze Landschaft zupflastern.“

1 Nur für geförderten Wohnbau widmen. Tirol sei mit den Widmungen „langsam am Ende angelangt“, meint Kanonier. „Man sollte neues Bauland nur noch für den geförderten Wohnbau widmen“, meint der Fachmann. Das würde sich dämpfend auf die Bodenpreise auswirken. Entsprechend sollte auch eine eigene Sonderwidmung



eingeführt werden. Denkbar wäre für ihn auch, Widmungsgewinne abzuschöpfen. „Ich würde aber den Fokus voll auf den geförderten Wohnbau legen“, sagt Kanonier. In Tirol können Gemeinden derzeit Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnbau ausweisen. Gleichzeitig müssten Baulandüberhänge aktiviert werden, worüber in Tirol seit Jahren heftig diskutiert wird. In Tirol sind 35 Mio. Quadratmeter Bauland ungenutzt. Das Land will eine Baulandabgabe einführen in der Hoffnung, dass

brach liegende Baureserven bebaut werden. Die Ausgestaltung der Abgabe ist noch unklar.

2 Mobilisieren oder rückwidmen. Auch für altes, immer noch brach liegendes Bauland sei eine strikte Baubefristung nötig. „Entweder mobilisieren oder rückwidmen“, sagt Kanonier. Das sei eine haarige Angelegenheit, räumt er ein: „Mich schmerzt es aber, dass man reflexartig sagt, bei altem Bauland könne man nichts tun. Das ist zwar ein heikles Thema, aber ich

finde, das muss man rechtlich ausloten.“

3 Kompetenzen. Soll die Widmungskompetenz in den Gemeindestuben verbleiben? „Ich finde es nicht ideal, dass über Widmungen, bei denen es sich zu 80 bis 85 Prozent um rechtliche Fragen dreht, in erster Linie politisch entschieden wird“, sagt Kanonier. Die Kompetenz könnte etwa von Beginn an zur Bezirkshauptmannschaft wandern. „Das wäre nicht ganz verkehrt, weil die BH kein politisches Gremium ist“, meint der Experte. Problematisch dabei wäre aber eine möglicherweise geringere Einbindung der Bürger. Denn diesbezüglich seien die Gemeinden „schon sehr stark“. Gleichzeitig aber sei gerade diese Nähe ebenfalls problematisch, meint Kanonier, weil in den Gemeinden rasch einmal jeder jeden kenne. „Mein Hauptansatz wäre es, den Ermessensspielraum der Gemeinden zu verringern und die überörtliche Planung zu stärken.“ Bedarfsprüfungen, ob und wo es überhaupt Bauland benötigt, müssten stärker überregional abgestimmt sein.

4 Bodenbeschaffungsgesetz. Die Stadt Innsbruck hat das Bodenbeschaffungsgesetz aus der Kreisky-Ära im Vorjahr

wiederentdeckt. In diesem bislang „toten Recht“ aus den 1970er-Jahren sieht Kanonier einen möglichen Hebel für viele Gemeinden, um Bauland zu aktivieren. Sinn des Bodenbeschaffungsgesetzes ist es, den Gemeinden die Beschaffung von unbebauten Baugrundstücken für die Wohnraumschaffung zu erleichtern. Und zwar über Vorkaufsrecht der Gemeinde bis hin zur Enteignung des Grundbesitzers. „Wenn das Bodenbeschaffungsgesetz aktiviert wird, ist es gleichzeitig auch ein Signal, dass man nicht untätig zuschaut“, sagt Kanonier. „Aktivieren“ müsste es laut Gesetzestext die Landesregierung auf Antrag der Gemeinde.

5 Zweitwohnsitze, Ferienvohnsitze etc.: „Die verfügbaren Flächen müssen dem dauerhaften Wohnen vorbehalten sein“, betont Kanonier. Als Beispiel nennt er auch die umstrittenen Investorenmodelle im Tourismus, bei denen

Anleger Wohnungen kaufen, die über einen Hotelbetreiber an Urlauber vermietet werden. „Wir hätten ein Parifizierungsverbot für solche Objekte empfohlen“, schildert Kanonier. Denn sollte sich ein Hotelbetrieb nicht rentieren, sei die Frage, was mit den Wohnungen passiert.

Zur Person



Foto: TU Wien

Arthur Kanonier ist Professor an der TU Wien. Seine Schwerpunkte sind Boden- und Raumordnungsrecht bzw. -politik, Wechselwirkung zwischen Planungsrecht und raumordnerischer Praxis, Baulandmobilisierung, leistbares Wohnen.

Neues Online-Portal zum Bodenverbrauch

Wien – Der Marktforscher Branchenradar hat ein neues Portal gestartet, das Daten zu Flächenverbrauch und Flächenversiegelung bis auf Gemeindeebene liefert (www.flaechenversiegelung.at). Damit wolle man „einen Beitrag zur Objektivierung“ leisten, wie Branchenradar-Chef Andreas Kreuzer ausführte. In Tirol etwa nimmt das Gebirge 47 Prozent der Landesfläche

von rund 12.640 km² ein. Rund 1573 km² davon sind Dauersiedlungsraum. Ein Viertel davon, konkret 398 km², sind bereits von Gebäuden, Verkehrsflächen wie Straßen, Bahn oder Parkplätzen, von Betrieben, für Freizeitareale und Abbaufächen (Deponien) in Anspruch genommen. 996 km² sind landwirtschaftliche Flächen, der Rest Wälder, Gewässer und Berge. (mas)

44%
der Tiroler Miethaushalte haben einen befristeten Mietvertrag. Die durchschnittliche Dauer der Befristung ist 3,5 Jahre.

9,9 Euro
Quadratmeter-Miete samt Betriebskosten zahlt der durchschnittliche Wohnungsmieter in Tirol. Nur Vorarlberg ist knapp teurer.

Um 11%
wurden Wohnungen und Häuser in Tirol von 2021 auf 2022 im Schnitt teurer. Die Kaufpreise schwanken je nach Gebiet enorm.

5568
Wohnungen wurden im vergangenen Jahr in Tirol neu bewilligt. Das ist der niedrigste Wert seit mehr als zehn Jahren.

Quelle: Statistik Austria

TT, 01.07.2023

LEADER-Regionen nun in ganz Tirol präsent

Die neue LEADER-Förderperiode 2023 bis 2027 startet mit flächendeckenden LEADER-Regionen in Tirol.

TIROL. Landeshauptmann Anton Mattle zeigte sich sichtlich erfreut: „Mit dem Start der neuen zwei LEADER-Regionen Schwaz und Innsbruck-Land ist Tirol das erste Bundesland, das flächendeckende LEADER-Regionen geschaffen hat und dadurch das Maximum an EU-Förderungen abholt.“ Insgesamt werden bis 2027 41,5 Mio. Euro zur Verfügung stehen. „Die 41,5 Millionen Euro Gesamtbudget gilt es, in den kommenden fünf Jahren möglichst effizient zu nutzen. Nun gilt es, kreative Ideen und zukunftsfähige Projekte einzureichen sowie Förderungen zu beantragen“, ruft Mattle Organisationen, Vereine, Firmen, aber auch Privatpersonen auf, Projektideen einzubringen, „denn LEADER bedeutet, Zukunftsthemen anzugehen und umzusetzen“, so Mattle.

Zehn Regionalmanagements

Die Umsetzung des LEADER-Programms und damit der konkreten Projekte wird von den insgesamt zehn Regionalmanagements in Tirol koordiniert – sie fungieren gemeinsam mit den Planungsverbänden als Ent-

wicklungsagenturen für die Gemeinden. „Durch die Vergabe der Fördermittel und Umsetzung der Projekte über die Regionalmanagements schaffen wir eine breite regionale Einbindung. Statt von oben herab zu entscheiden, ist eine Vielzahl von lokalen Akteurinnen und Akteuren in den Prozess eingebunden und kann sich aktiv einbringen, um die Heimatregionen weiterzuentwickeln. Schließlich können die Verantwortlichen vor Ort am besten einschätzen, welche Projekte die Region nachhaltig fördern“, erklärt Mattle.

Bezirk Schwaz startet durch

Bereits vor fünf Jahren wurde das Regionalmanagement Schwaz gegründet. „In dieser Zeit haben wir eine effektive und in der Region eingebettete Struktur aufgebaut. Wir sind seitens vorbereitet, um in der LEADER-Region voll durchzustarten“, erklärt der Obmann des Regionalmanagements Schwaz und Bezirkshauptmann Michael Brandl, der sich freut, ab 1. Juli mit zusätzlichen EU-Mitteln etliche Projekte umsetzen zu können. Die Schwerpunkte bis 2027 liegen in den Bereichen Energie, Kultur, Mobilität sowie im Klimawandel.

Neu auch Innsbruck-Land

Mit 165.000 Einwohnern ist ab Juli der Bezirk Innsbruck-Land



Landeshauptmann Anton Mattle und BH Michael Brandl Foto: Krabichler

die größte LEADER-Region Österreichs. „Neun Planungsverbände und über 120 Personen – von den Gemeinden über Wirtschafts- und Sozialpartner bis hin zur Caritas – sind im Regionalmanagementverein beteiligt und haben alles vorbereitet, damit ab sofort zahlreiche Förderprojekte bearbeitet und umgesetzt werden können“, erklärt Regionalmanagement-Obmann und Bezirkshauptmann Michael Kirchmair. Zu den Schwerpunkten im Bezirk zählen die Förderung der Mobilität zwischen Stadt und Land, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus sowie der Ausbau der Kinderbetreuung. (sik)

Alle Infos zu den LEADER-Regionen in Tirol, zu den Förderungen und zu den Regionalmanagements finden Sie auf meinbezirk.at/tirol

Bezirksblatt Ruffstein
05.106.07.2023

Banken zweifeln an der Verlässlichkeit

TT, 08.07.2023

90 Prozent müssen GemNova-Rettung zustimmen. Nur dann übernimmt Land Ausfallhaftung über Gemeindefonds für Entschuldungskredit von 5,2 Mio. €.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Ereignisse vor der Gemeindeverbandsversammlung am Montag über die Sanierung der Tochtergesellschaft GemNova überschlugen sich: Schließlich sehen viele Gemeinden die Rettung kritisch, sie soll über eine Anhebung ihrer jährlichen Mitgliedsbeiträge um 1,1 Mio. Euro finanziert werden. Donnerstagabend gab es ein weiteres Krisengespräch. 6,7 Millionen Euro an Schulden müssen beglichen werden, davon übernimmt das Land 1,5 Mio. Euro. Um die Sanierungsquote von 5,2 Mio. Euro zu bedienen, muss der Gemeindeverband ein Darlehen aufnehmen.

Doch dafür fordern die Banken zusätzliche Garantien. „Wir müssen aufgrund der aktuellen Herausforderungen

erkennen, dass die Banken an der Verlässlichkeit des Tiroler Gemeindeverbands zweifeln und ohne Besicherung wohl keine Finanzmittel zur Verfügung stellen werden“, haben deshalb jetzt Gemeindefe-

” Wir müssen aufgrund der aktuellen Herausforderungen erkennen, dass die Banken an der Verlässlichkeit des Tiroler Gemeindeverbandes zweifeln.“

Gemeinsames Schreiben an die BürgermeisterInnen

rent und Landeshauptmann Anton Mattle (VP) sowie das Präsidium des Gemeindeverbands mit Präsident Ernst Schöpf und seinen Stellvertretern Christian Härting, Thomas Öfner und Franz Hau-

ser den Gemeinden in einem Schreiben mitgeteilt. Fakt sei, dass die Schicksale der GemNova und des Gemeindeverbands eng miteinander verbunden seien. Sollte die Sanierung der GemNova scheitern und es keine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge geben, drohe die Insolvenz des Vereins, wird an die BürgermeisterInnen appelliert.

Einmal mehr muss jetzt allerdings das Land in die Breche springen und für den Verband haften. Aber nicht direkt, sondern über den Gemeindeausgleichsfonds (GAF), den die Landesregierung für die Gemeinden verwaltet. Jedoch mit einer klaren Einschränkung: Nur bei einem Beschluss der Gemeinden, mit dem der Sanierung der GemNova zugestimmt wird, gibt es eine Zusicherung des Landes für eine Ausfallhaftung in Form

„einer möglichen Finanzierung des Verbands durch die für Gemeindeangelegenheiten zweckgebundenen GAF-Mittel“, heißt es. Sollten beispielsweise die Zahlungen der Gemeinden eingestellt werden und die Rückzahlung des Darlehens deshalb nicht mehr gewährleistet sein, springt der Gemeindeausgleichsfonds ein.

Doch es gibt noch eine zweite Bedingung für die Ausfallhaftung: Eine Sanierung und damit eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um zwei Euro auf 3,35 Euro pro Einwohner benötigt eine Zustimmung von zumindest 90 Prozent aller Mitgliedsgemeinden des Gemeindeverbands, die gleichzeitig zumindest 90 Prozent der „zahlungspflichtigen“ Einwohner repräsentieren müssen. Kommt eine solche doppelte Quote nicht zustande, gilt der Beschluss über den Sanierungsplan und die damit verbundene Erhöhung als abgelehnt.

Damit ist eine Zitterpartie programmiert, weshalb es im Vorfeld zu Zu- bzw. Eingeständnissen an die Gemeinden kommt. Das aktuelle Bild, das der Gemeindeverband abgibt, sei seiner Rolle als Interessenvertretung keinesfalls würdig, wird in dem Brief offen zugegeben. „Es ist uns daher ein gemeinsames Anliegen, dass wir uns inhaltlich, aber auch personell neu ausrichten.“ Aus der Sicht Mattles und der Verbands Spitze ist es daher selbstverständlich, dass nach dem außerordentlichen Gemeindefest am Montag ein weiterer mit Neuwahlen vorbereitet werde. Um dem Verband eine Zukunft zu geben.



Ungewisser Blick in die Zukunft: Ernst Schöpf (l.) und Toni Mattle hoffen auf Zustimmung der Gemeinden. Foto: Böhm

Das Land

TT, 09.07.2023

Scheitert am Montag Sanierung der GemNova und bricht der Gemeindeverband auseinander, könnte es eine gesetzliche Neugründung geben.

Von Peter Nindler

Innsbruck, Zirl – Beim außerordentlichen Gemeindetag am Montag in Zirl ist alles möglich. Mit ihrem gemeinsamen Appell an die 276 Mitgliedsgemeinden des Tiroler Gemeindeverbands hoffen Landeshauptmann Toni Mattle (VP) sowie das Verbandspräsidium je-

„**Ein klarer Schnitt, ein geordneter Konkurs und eine personelle Neuaufstellung im Verband ist das Gebot der Stunde.**“

Markus Abwerzger/FPÖ (Partelobmann)

doch, die Gemeinden für eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um jährlich 1,2 Mio. Euro gewinnen zu können. Damit die mit 6,7 Mio. Euro verschuldete GemNova gerettet werden kann. Wie berichtet, würde das Land über den Gemeindeausgleichsfonds

die Haftung für das Bankdarlehen in Höhe von 5,2 Mio. Euro übernehmen. Das haben die Banken gefordert.

Zugleich wurde in dem Brief an die Bürgermeister auch ein Gemeindetag mit Neuwahlen im Herbst angekündigt. Darauf soll vor allem der Landeshauptmann gedrängt haben. Dem Verband solle dadurch eine Zukunft gegeben werden, wie es heißt. Dass Präsident Ernst Schöpf wieder kandidiert, ist unwahrscheinlich.

Sollten allerdings nicht 90 Prozent der BürgermeisterInnen zustimmen, wird der Bürgermeisterkonferenz ein weiterer Beschlussantrag vorgelegt: Dabei geht es ebenfalls um die Erhöhung der Beiträge, um damit einen Haftungsfonds für die zu erwartenden Klagen und Rechtskosten nach einer Insolvenz der GemNova-Firmengruppe zu finanzieren. Erhält auch dieser nicht die notwendige Zustimmung, gibt es eine

denkt bereits an „Plan B“



Am Montag stimmen die BürgermeisterInnen über die GemNova und die Zukunft des Gemeindeverbands ab.

Fotos: Böhm

dritte Variante: Nein zur Sanierung der GemNova und keine Anhebung der Mitgliedsbeiträge, was laut Antrag „eine kurz- bis mittelfristige Insolvenz des Tiroler Gemeindeverbands wahrscheinlich machen würde“.

Das Land bereitet für diesen Fall bereits einen „Plan B“ vor: Die Bildungspoolgesellschaft der GemNova soll aufgefangen und der Gemeindeverband neu gegründet werden. Ein Rechtsrahmen wie für

Bezirkskrankenhaus- oder Abwasserverbände wird hier angedacht.

Kritik kam am Samstag von der Opposition: „GemNova, es ist vorbei! Unter solchen Voraussetzungen kann keinem Bürgermeister empfohlen werden, diesen Knebelbeschluss zu unterstützen“, betont FPÖ-Chef Markus Abwerzger. Die Verantwortlichen, allen voran Ernst Schöpf, hätten es innerhalb von wenigen Jahren geschafft, eine vom

Land ständig subventionierte Gesellschaft in den Ruin zu treiben.

Noch im Landtag habe LH Anton Mattle hoch und heilig versprochen,

„**Mit dieser Salomitaktik-Strategie will Mattle Landtag und Bevölkerung hinter Licht führen.**“

Gebi Mair/Grüne (Klubchef)

mit den 1,5 Millionen Euro vom Land für die GemNova sei der Plafond erreicht. „Zwei Tage später ist nun die Rede von weiteren Garantien über 5,2 Millionen Euro“, kritisiert der grüne Klubchef Gebi Mair. Mattles Restglaubwürdigkeit sei damit dahin. Die Mittel aus dem Gemeindeausgleichsfonds würden allen Gemeinden, inklusive Innsbruck, gehören. „Und nun sollen alle Gemeinden haften. Das ist unzulässig.“

TT, 10.07 2023

GemNova-Sanierung auf der Kippe

Entscheidung im Gemeindeverband: wichtige Gemeinden gegen höhere Mitgliedsbeiträge.

Innsbruck, Zirl – Die Stimmung im Gemeindeverband ist schlecht, doch Alternativen gibt es kaum: Die Tochtergesellschaft des Gemeindeverbands GemNova hat 6,7 Mio. Euro Schulden, wovon im gerichtlichen Sanierungsverfahren 5,4 Mio. anerkannt wurden. Dazu kommen jedoch noch Verbindlichkeiten der anderen Firmen der GemNova-Gruppe: Bei der Bildungspool GmbH dürften sie Ende Juli auf 3,2 Mio. Euro anwachsen, die weiteren Unternehmen weisen Schulden in Höhe von 690.000 Euro auf. Mit einem Darlehen von 5,2 Mio. Euro und dem Zuschuss von 1,5 Mio. Euro vom Land soll die GemNova-Gruppe saniert werden.

Doch dafür muss der Ge-



Das Haus der Tiroler Gemeinden wackelt gehörig, die in die Pleite geschlitterte GemNova könnte den Gemeindeverband mit in den Abgrund reißen. Foto: Böhm

meindeverband ein Darlehen aufnehmen, das über eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge der Gemeinden um jährlich 1,1 Mio. Euro für zehn Jahre finanziert werden soll.

Das ist jedoch in vielen Ge-

meinden umstritten, es gibt u. a. negative Beschlüsse in Kitzbühel, Kufstein und Zirl. „Fakt ist, dass das Schicksal der GemNova und des Tiroler Gemeindeverbands eng miteinander verbunden

sind“, appellierte deshalb das Verbandspräsidium am Freitag an die 276 BürgermeisterInnen. Es braucht eine Zustimmung von 90 Prozent, ansonsten scheidet die Sanierung und dem Gemeindeverband droht die Insolvenz, denn er hat schlichtweg nicht das Geld.

Bei der Bürgermeisterkonferenz heute in Zirl entscheidet sich deshalb nicht nur das Schicksal der GemNova mit rund 600 Mitarbeitern, sondern auch die Zukunft des Gemeindeverbands. Sollte er ebenfalls in die Insolvenz schlittern, käme es wohl zu einer Neugründung. Aber nicht mehr als Verein, vielmehr als Organisation mit einer ähnlichen Struktur, wie etwa ein Planungsverband. (pn)



Blankes Entsetzen herrschte in einer Gemeinde im Großraum Innsbruck, nachdem der heimtückische Internetbetrug entdeckt wurde. Symbolfoto: iStock

Gemeinde als Opfer von Betrügern

Eine Mitarbeiterin überwies
rund 8000 Euro auf ein falsches
Bankkonto. Zuvor war ein lokaler
Unternehmer gehackt worden.

TT, 11.07.2023

Innsbruck-Land – Nicht nur „normale“ KonsumentInnen fallen auf die immer fieseren Tricks von Internetbetrügern herein – auch die öffentliche Hand kann zum Opfer werden. Das zeigt nun der Fall einer Gemeinde im Großraum Innsbruck. Dort überwies eine Gemeindemitarbeiterin rund 8000 Euro auf das Konto eines unbekanntes Täters.

Die Mitarbeiterin hatte einen lokalen Unternehmer per Mail um Ergänzungen zu einer Rechnung ersucht. Doch dessen E-Mail-Konto wurde gehackt, die Antwortmail abgefangen und mit einer anderen Kontonummer versehen, wie der Bürgermeister bestätigt. Der Mitarbeiterin fiel diese Manipulation nicht auf, es kam zur Fehlüberweisung.

Der Betrug kam erst auf, als der Unternehmer bei der Gemeinde nachfragte, warum das Geld noch nicht überwiesen sei – und zur Antwort erhielt, dass die Überweisung schon vor Wochen getätigt wurde.

In seiner jüngsten Sitzung beschloss der Gemeinderat nun einstimmig, keine Schadenersatzansprüche gegen

über der Mitarbeiterin geltend zu machen. Der Dienstnehmer hafte bei einer Schädigung des Dienstgebers nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit, erklärte der Bürgermeister in der Sitzung. Von beidem sei hier keinesfalls auszugehen. Die Mitarbeiterin sei „hundertprozentig verlässlich“, bekräftigt der Ortschef im TT-Gespräch. „So etwas sollte nicht passieren, aber es kann passieren.“

Dass die Mitarbeiterin keinen Verdacht schöpfte, lag laut Bürgermeister wohl auch daran, dass der oder die Täter eine inländische IBAN (Internationale Bankkontonummer) verwendeten. Zudem hätten sich durch regionale Bankfusionen zuletzt „überall die IBAN geändert“.

Die Gemeinde hat den Betrug natürlich angezeigt, das betreffende Konto wurde aber längst geleert. „Laut Auskunft der Bank könnte möglicherweise über die Staatsanwaltschaft der Kontoinhaber ausgeforscht werden“, sagt der Ortschef, viel Hoffnung bestehe aber nicht: Für die Gemeinde könne die Lehre nur sein, „künftig noch genauer hinzuschauen“. (md)

LH Toni Mattie (VP): „Die Entscheidung war in den Händen der Gemeinden als Mitglieder des Gemeindeverbands. Das Ergebnis des Gemeindetages ist, dass die GemNova in Konkurs geschickt wird. Das Land hat sich mehr eingebracht, als es müsste, weil uns die Unterstützung der Gemeinden und die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GemNova am Herzen liegen. Heute wurde die Entscheidung vom Tiroler Gemeindeverband gefällt und damit ist das Kapitel GemNova für das Land geschlossen. Denn eine Rettung der GemNova gibt es nicht um jeden Preis.“

LHStv. Georg Domauer (SPÖ): „Es braucht eine Lösung für die betroffenen Mitarbeiter, dafür werden wir sorgen. Für mich gilt allerdings auch, weiter eine starke Interessenvertretung der Gemeinden sicherzustellen.“

FP-Chef Markus Abwerzger: „Was als gute Idee begonnen hat, wurde von Politgründen zerstört. Der gesamte Vorstand muss zurücktreten, für die betroffenen Mitarbeiter benötigt es einen Sozialplan.“

Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint: „Es ist ein Millionendeckel für die ÖVP und eine krachende Niederlage für LH Mattle. Es bleibt ein finanzieller und politischer Scherbenhaufen, der noch im Detail aufzuarbeiten sein wird.“

Klubchef Gebi Maier (Grüne): „Nun wird zu prüfen sein, ob Konkursverschleppung vorliegt und wer aller daran beteiligt war. Es braucht Alternativen für die Beschäftigten, Konsequenzen für die Verantwortlichen.“

NEOS-Landessprecher Dominik Oberhofer: „Die GemNova schlittert ohne Vorbereitung und ohne Plan in die Insolvenz und die Mitarbeiterinnen müssen die Unfähigkeiten ausbaden und die Konsequenzen tragen.“

ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf: „Heute haben die Gemeinden entschieden, und das soll die Opposition akzeptieren. Es geht auch um die Frage, wie der unabhängige Gemeindeverband wieder zur gewohnten Stärke zurückfindet.“



Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister lauschten gestern den einleitenden Worten von Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf.

Foto: Thomas Böhm

Der Tag der Abrechnung

Tirols Gemeinden schicken die GemNova in Konkurs, wollen ihren Verband aber retten. Einfach wird das nicht, darüber sind sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einig.

Von Benedikt Maier

Zirl – Sie sind aus allen Tiroler Bezirken nach Zirl gereist. Ab 9.30 Uhr Montagvormittag schreiten immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Veranstaltungszentrum. Meist grüppchenweise, Aktentaschen im Arm, Handys am Ohr. Hände werden geschüttelt, ein „Servus“ da, ein „Griß enk“ dort. Viele hier kennen sich. Der Anlass für das Wiedersehen



„In zwei Monaten werden wir erneut diskutieren. Bis dahin erwarte ich mir umfassende Informationen.“

Victoria Weber (Bürgermeisterin von Schwaz)

ist aber kein freudiger, nachdenkliche Mienen überwiegend. „Heute wird abgerechnet“, sagt einer der Ortschefs. Und meint damit das Schulden-Fiasko um die GemNova. „Wird spannend, keiner weiß, was kommt“, meint ein anderer. Um kurz nach 10 Uhr werden die Türen des Saales geschlossen, die Konferenz beginnt.

Bald entscheiden die Vertreter der Kommunen über die Zukunft des insolventen Dienstleistungsunternehmens des Tiroler Gemeindeverbandes. Gegen 11.15 Uhr steht fest: Die gesamte GemNova-Gruppe wird in Konkurs geschickt. Eine weitere Stunde später bricht das Präsidium die Sitzung nach einer Reihe von Wortmeldungen und angeregter Diskussion ab. Im September soll es wieder ein Treffen geben, dann um Fragen über den Verband als Ganzes zu klären. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister strömen ins Freie.



„Die GemNova war nicht mehr zu retten, mit dem Gemeindeverband müssen wir das aber schaffen.“

Walter Zobl (Bürgermeister von Namlos)

Eine davon ist Victoria Weber. „Was die GemNova betrifft, wurde meiner Meinung nach die richtige Entscheidung getroffen“, sagt das Schwazer Stadtoberhaupt. „Ich habe aber von den Kolleginnen und Kollegen auch ein klares Bekenntnis zum Gemeindeverband vernommen. In zwei Monaten werden wir erneut diskutieren. Bis dahin erwarte ich mir umfassende Informationen.“ So weitermachen wie bisher sei undenk-

bar, betont Weber. „Es muss etwas passieren.“

Nur was? „Was die nächsten Wochen auf uns zukommt, ist schwer abzuschätzen“, erklärt Christoph Walsler, Bürgermeister von Thaur. „Eine starke Vertretung der Gemeinden braucht es aber jedenfalls, wir wollen den Verband erhalten.“ Ähnlich sieht das der Namloser Dorfbauer Walter Zobl. „Die GemNova war nicht mehr zu retten“, sagt er. „Mit dem Gemeindeverband müssen wir das aber schaffen. Damit das gelingt, gehört aber das für die Misere verantwortliche Gremium ausgetauscht.“ Zobl meint damit das Präsidium des Gemeindeverbandes.

In diesem sitzt auch Thomas Öfner. Der Ortsvorsteher von Zirl will nach vorne blicken und „den Schwierigkeiten ins Auge sehen. Wir dürfen Dinge nicht weiter schönreden, die einfach nicht funktioniert haben.“ Eine ähnliche Meinung vertritt der Telfer Bürgermeister Christian Härting. „Es wur-

de versucht, die Fehler der Vergangenheit auszubügeln. Wie wir jetzt sehen, ist das gescheitert. Alles muss versucht werden, um die Vereinsstruktur des Gemeindeverbandes zu halten.“

Dazu bekennt sich auch Martin Krumschnabel. Der Kufsteiner Stadtchef möchte, dass der Verband „auch in Zukunft rechtsgeschäftliche Erklärungen unterzeichnen kann.“ Ob das gelingt, „werden wir bald wissen“, sagt er.



„Es wurde versucht, die Fehler der Vergangenheit auszubügeln. Wie wir jetzt sehen, ist das gescheitert.“

Christian Härting (Bürgermeister von Telfs)

„Mein Bedarf an Hinterfotzigkeit ist gedeckt“

Ernst Schöpf kündigt seinen Rückzug als Gemeindeverbands-Präsident an und holt bei „Tirol Live“ zum Rundumschlag aus.

Innsbruck – Nachdem die Rettung der GemNova gescheitert ist, haut Ernst Schöpf den Hut drauf – und noch einmal ordentlich auf den Tisch. Der Präsident des Gemeindeverbandes erklärte gestern, nicht mehr für dieses Amt kandidieren zu wollen. Bei „Tirol Live“ holt er zum Rundumschlag aus.

„Dass der heutige Tag für den Schöpf Ernst kein Festtag ist, dürfte nachvollziehbar sein“, sagt Schöpf. Bis zuletzt habe er auf die Sanierung des Dienstleistungsunternehmens des Tiroler Gemeindeverbandes

gehofft. Denn ihren ureigenen Auftrag, die Kommunen zu unterstützen, habe die GemNova erfüllt. Pannen seien aber passiert. „Konstruktionsfehler gab es in der Gründung. Und in unserer Euphorie haben wir uns auf Zuruf in Geschäftsfelder begeben, wo nichts daraus wurde“, erklärt Schöpf im Gespräch mit TT-Chefreporter Peter Nindler. „Die Fehler sind aber längst eingestanden und korrigiert worden. Es hätte ein gutes Zukunftsszenario gegeben.“

Der gestern in Zirl endgültig besiegelte Konkurs hätte

abgewendet werden können, glaubt der scheidende Präsident des Gemeindeverbandes. Die aufgeregte Stimmung innerhalb der Reihen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, „war ich aber nicht mehr in der Lage einzufangen“. Schuld daran gewesen sei – neben von ihm vermuteten Komplotten innerhalb des Verbandes, vorangetrieben vom Telfer Ortschef Christian Härting – auch die Berichterstattung der Tiroler Tageszeitung.

Schöpf hört als Präsident auf. Das war's. Dass es trotz der Kritik an seiner Person von den Bürgermeistern viel Rückendeckung für den Gemeindeverband gab, habe ihn gefreut. Jetzt sei es an der

Zeit für einen Wechsel. „Ein Neubeginn, ein Neustart, eine Neuausrichtung ist mit alten Köpfen schlecht möglich“, erklärt er seine Ent-

scheidung. Zudem hätten ihm die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate zu schaffen gemacht. „Mein Bedarf an Inträgen,

Hinterfotzigkeit und Vertrauensbruch in den eigenen Reihen ist nachhaltig gedeckt.“ Für das Tagesgeschäft, welches in seiner Funktion auf ihn warte, fehle ihm einfach die Energie, weshalb nichts anderes übrig bleibe, als zu sagen: „Adieu, ich nehme den Hut. Es ist Zeit, dass Schöpf Ernst vom Acker geht – nicht direkt vom irdischen, aber von dem des Gemeindeverbandes.“ Er selbst müsse nicht Präsident sein. „Ein Christian Härting, und davor warne ich eindringlich, darf es nicht werden.“

Als Bürgermeister von Sölden möchte Schöpf weiterhin bleiben. Vielleicht auf anderen Ebenen.“ (b/fk)



„Adieu, ich nehme den Hut“, sagt Ernst Schöpf, denn für das Tagesgeschäft im Gemeindeverband reiche seine Energie nicht mehr. Foto: Thomas Böhm

Das Video dazu finden Sie auf www.tt.com



tirol live

TT, 11.07.2023

„Bedarf an Hinterfotzigkeit ist

Ein Schuldenberg von knapp 9 Mio. Euro, dazu unklare Haftungen: Die Bürgermeister zogen in Zirl die Notbremse.

Auch alte Rechnungen wurden beglichen!

Der Tiroler Landtag hatte in der Vorwoche noch die Rutsche gelegt für eine Rettung der GemNova, einer Tochtergesellschaft des Gemeindeverbandes, die in finanzielle Schieflage geraten war. 1,5 Mio. Euro Landesgeld wären geflossen, wenn auch die Bürgermeister ihrerseits einer temporären Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zugestimmt hätten, wie im Insolvenzverfahren vorgesehen.

Doch dazu kam es gestern in Zirl nicht mehr. Beim außerordentlichen Gemeindegtag waren nicht 90% der Bürgermeister anwesend. Es kam daher zu keiner Abstimmung. Die GemNova,



die als gemeinsame Einkaufsplattform der Gemeinden 2010 gegründet worden war, ist damit Geschichte. Der Schuldenberg von knapp 9 Millionen Euro jedoch bleibt, zumindest vorerst. Unklarheit bestand ges-

tern in Zirl bezüglich der Haftungen, die der Gemeindeverband für seine nun in Konkurs geschlitterte Tochter eingegangen ist. Christian Härting, Stellvertreter und Widersacher von Gemeindeverbands-Präsident

Ernst Schöpf, warnte vor einem „Fass ohne Boden“.

Tag der Abrechnung im Tiroler Gemeindeverband

Eine Insolvenzgefahr für den Gemeindeverband sah Schöpf nicht, das Gremium

zung. Die GemNova ist Geschichte, die Vergangenheit gehört aufgearbeitet.

Sie selbst sind als Vorstand beziehungsweise als Stellvertreter von Ernst Schöpf Teil dieser Vergangenheit.

Ich habe immer darauf hingewiesen, dass es sich hier um ein Fass ohne Boden handelt. Ich habe gefordert, dass man mehr Einblick erhalten und einen Aufsichtsrat installieren sollte. Das ist immer verweigert worden.

Wer trägt jetzt den Schuldenberg ab?

Nach den Wortmeldungen der Bürgermeister wird man auch in Zukunft zusammenstehen. Man wird aber nicht 100% oder 80% der Quote erfüllen können.

Herr Christian Härting, was ist bei der Versammlung genau schiefgelaufen?

Leider ist das Quorum nicht zustande gekommen, d. h. die 90%-Anwesenheit der Bürgermeister-Kollegen ist nicht erreicht worden. Das ist schade, weil ich glaube, dass es schon eine Abstimmung gebraucht hätte.

Hätte die GemNova gerettet werden können?

Ich glaube, wir hätten die 90% Zustimmung zum Erhalt der GemNova nicht erreichen können. Die Stimmung war sehr, sehr schlecht. Ich selbst hätte natürlich auch dagegen gestimmt. Aber man muss den Gemeindeverband jetzt stärker als Interessensvertre-



Der Telfer Bürgermeister Christian Härting im Gespräch mit „Krone“-Redakteur Philipp Neuner (re.) beim Gemeindegtag in Zirl.

„Die Stimmung war sehr, sehr schlecht“

INTERVIEW Gemeindeverbands-Vize Härting warnte vor Fass ohne Boden

für mein ganzes Leben gestillt“

Das Land Tirol hat sich mehr eingebracht, als es müsste, weil uns die Unterstützung der Gemeinden und die Zukunft der Mitarbeiter am Herzen liegen.

LH Anton Mattle (ÖVP)

nengelernt.“ Härting sagte mit Blick auf Herbst: „Mit Personalien habe ich mich noch nicht beschäftigt.“

Opposition fordert Sozialplan für Mitarbeiter

Die FP forderte gestern den „Rücktritt des Gemeindeverbandsvorstandes“. Es brauche einen Sozialplan für die Mitarbeiter der GemNova, rund 700 an der Zahl. „Dieses Ergebnis hätte man auch früher haben können“, orteten die Grünen Konkursverschleppung. Der Bildungspool müsse sofort in die Bildungsdirektion eingegliedert werden, so die Neos. Die Liste Fritz sieht „nur Verlierer übrig“. Ph. Neuner



Das Land werde einem Mitarbeiter des GemNova-Bildungspools ein Angebot machen, versprach LH Mattle BM Schöpf beim Gemeindegtag.

werde sich nach dem Sommer neu aufstellen. Er stehe dafür nicht mehr zur Verfügung. „Nach getaner Arbeit mache ich mich vom Acker“, sagte er im „Krone“-Gespräch (siehe Interview unten). Schöpf setzte

zu einer heftigen Abrechnung mit seinen Kritikern im Verband an. „Mein Bedarf an Hinterfotzigkeit, Intrigen und Vertrauensbruch ist nachhaltig gestillt. Für mein gesamtes restliches Leben“, erklärte das

ÖVP-Urgestein, seit mehr als 30 Jahren Bürgermeister von Sölden. Über Härting sagte er: „Der Ernst Schöpf muss nicht Präsident sein. Aber Härting darf es nicht werden. Diesen Charakter habe ich ausreichend ken-

Herr Verbandspräsident Ernst Schöpf, haben Sie den Konkurs kommen sehen oder war es letztlich doch eine Überraschung?

Es hat in den vergangenen Tagen schon alle möglichen Unkenrufe und Wahrnehmungen von mir gegeben. Dass es jetzt am Ende so gekommen ist, das bedaure ich selbstverständlich.

Wird das Insolvenzverfahren nun abgekürzt und wie geht das rechtlich weiter?

Das Präsidium wird dem Geschäftsführer, der sich in der Kündigungsphase befindet und im Hintergrund den Prozess gut begleitet, mitteilen, dass er den Verfahrensanwalt beauftragt, das Konkursverfahren einzuleiten.

Schöpf kündigt für Herbst Rückzug an

INTERVIEW GemNova-Vater Schöpf nimmt Stellung zur Pleite der „Tochter“



Söldens Bürgermeister Ernst Schöpf kündigte gestern den Rückzug als Präsident des Gemeindeverbandes für Herbst an.

Wird es eine Nachfolgeorganisation geben?

Das glaube ich nicht. Das ist Geschichte.

Die Ursprungsidee einer Einkaufsplattform für Gemeinden war ja anerkannt. War das eine einzigartige Konstruktion in Österreich?

Ja. Die anderen schauen neidvoll. Südtirol baut es jetzt nach, Vorarlberg hat den Bildungspool übernommen. Wenn in den vergangenen zehn Jahren 98% der Gemeinden mit der Firma zusammengearbeitet haben, dann geschah das ja nicht zum Selbstzweck von mir.

Was passiert jetzt mit dem Gemeindeverband?

Bei der Neuausrichtung werde ich nicht an Bord sein.

TT, 12.07.2023

GemNova mit 9,3 Mio. Euro Schulden in Konkurs

Insolvenz wird für gesamte Firmengruppe des Gemeindeverbands beantragt. Millionen-Nachzahlungen drohen wegen falscher Gehaltseinstufungen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Nach der gescheiterten Sanierung des Dienstleistungsunternehmens GemNova werden jetzt auch alle Töchter der Firmengruppe in den Konkurs geschickt. Diese Kettenreaktion war erwartet worden. Die (finanziellen) Konsequenzen sind noch nicht absehbar, die Höhe der Verbindlichkeiten von derzeit 9,3 Mio. Euro könnte in den nächsten Wochen ebenfalls noch anwachsen. Schließlich drohen der gemeinnützigen Bildungspoolgesellschaft, die vorwiegend Personal für die Schullassistenten sowie Freizeitpädagogen bereitstellt, Nachzahlungen von mehreren Millionen Euro.

Die Schulden: Bei der Kerngesellschaft, der GemNova Dienstleistungs GmbH, wurden bekanntlich 5,4 Millionen Euro an Schulden anerkannt. Die vier kleineren GemNova-Gesellschaften weisen Verbindlichkeiten von rund 690.000 Euro auf, bei der Bildungspool GmbH dürften die Außenstände bis Ende Juli auf 3,2 Mio. Euro anwachsen, heißt es in internen Berechnungen.

GemNova-Gruppe

700 Mitarbeiter. 2010 wurde die GemNova Dienstleistungs GmbH gegründet, ab 2016 weitere Gesellschaften. Rund 700 Mitarbeiter sind in den sechs Firmen beschäftigt.

GemNova Gemeinnützige Bildungspool
Mitarbeiter: 597
Schulden: 3,2 Mio. Euro



GemNova Fuhrparkmanagement
Mitarbeiter: 1
Schulden: 293.325 Euro

GemNova Dienstleistungs GmbH
Mitarbeiter: 66
Schulden: 5,4 Mio. Euro

GemNova Gesundheit und Pflege
Mitarbeiter: 2
Schulden: 158.196 Euro

GemNova Personalmanagement
Mitarbeiter: 0
Schulden: 149.999 Euro

GemNova Aus- und Weiterbildung
Mitarbeiter: 21
Schulden: 88.700 Euro

Hinter den finanziellen Verwicklungen der einzelnen GemNova-Unternehmen steht außerdem ein großes Fragezeichen. Denn die in der Bildungspool gebundene Liquidität wurde über Jahre konzernweit als Cash-Pool-Abwicklung genutzt. So sind hohe Beträge an die Dienstleistungsgesellschaft geflossen, die der Bildungspool deshalb 2,7 Mio. Euro schuldet.

Dass die rund 600 Bildungspool-Mitarbeiter nicht

nach dem Arbeitskräfteüberlassungskollektivvertrag entlohnt wurden, sondern nach jenem der Sozialwirtschaft Österreich, könnte ebenfalls zum Bumerang werden. Die Gewerkschaft hat bereits im Mai darauf hingewiesen, Nachforderungen sind nicht auszuschließen.

Die Masse: Für die sechs GemNova-Gesellschaften werden sechs Masseverwalter bestellt, die dann das Vermögen sichten und Ansprüche anmelden. Spannend wird, welche gegenseitigen Forderungen (Intercompany-Rechnungen) gestellt werden. Gegenüber zwei Banken haftet der Gemeindeverband übrigens für ein Darlehen in Höhe von 240.000 Euro sowie mit einer Patronatserklärung über 825.000 Euro.

Prozesse, Haftungen, Verfahren: Mit dem Konkurs erfolgt zugleich eine juristische Aufarbeitung, schließlich geht es generell um Haftungen und einen möglichen Durchgriff auf die Organe des Gemeindeverbands, den Geschäftsführer und die Mitglieder, wie Johanna Schumacher vom Alpenländischen Kreditorenverband betont. Sie spricht die Ver-

antwortlichkeit für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an. „Da gibt es eine Reihe von Fragen zu klären wie etwaige Versäumnisse der Entscheidungsträger, allfällige Haftungen, Insolvenzverschleppung, Außerachtlassung der gesellschaftsrechtlichen Regeln, nicht zuletzt der Kapitalerhaltungsvorschriften oder ob die kaufmännische Sorgfaltspflicht nicht beachtet wurde.“

„Mit dem Konkurs erfolgt jetzt eine Aufarbeitung von möglichen Versäumnissen bei der GemNova.“

Johanna Schumacher (Alpenländischer Kreditorenverband)

Verband benötigt Geld: Um sich für die Zivilverfahren, Haftungen und die Konkurs-Abwicklung zu wappnen, sind zusätzliche Geldmittel notwendig. Es ist die Rede davon, dass die in Wertpapieren angelegten Rücklagen des Gemeindeverbands aufgelöst werden. Aber das wäre nicht zum Vorteil des Verbands. Im Herbst dürfte es deshalb eine neuerliche Erhöhung des Mitgliedsbeitrags um 600.000 Euro – also einen Euro pro Einwohner – geben.



Das notwendige Quorum der BürgermeisterInnen wurde am Montag nicht erreicht und damit die Insolvenz der GemNova-Gruppe besiegelt. Fotos: Bohm



Foto: Christof Birbaumer

Der Innsbrucker Gemeinderat arbeitet heute eine breite Themenpalette ab

Gibt die Stadt heute 2 Mio. € für GemNova her?

Stadt Innsbruck größter Kunde: Betrag wäre für Schulhelfer
fällig, zahlbar an ebenfalls konkursreife Bildungspool-GmbH.

Viele Sitzungen sind es nicht mehr, die der total zersplitterte Innsbrucker Gemeinderat in dieser Konstellation absolvieren muss. Zur Wahl im April 2024 sind es noch sechs Termine. Außer, man einigt sich auf Sondersitzungen zu besonders heißen Themen, wie zuletzt beim Strompreis in Innsbruck. BM Georg Willi muss nun binnen 14 Tagen einen Termin festsetzen.

Dabei wird das heikle Thema bereits heute im Rahmen einer Aktuellen Stunde abgehandelt. Es geht um die Frage, ob die Innsbrucker Kommunalbetriebe „ein kundenorientierter Energieversorger oder doch nur ein gewinnorientiertes Unternehmen sind. Strompreise, die sich die Bürger von Innsbruck nicht mehr leisten können“, lautet die Themenvorgabe der Innsbrucker FPÖ. VP-Klubchef Christoph Appler forderte eine Info-Kampagne: Viele IBK-Kunden seien verunsichert, welche Stromtarife jetzt tatsächlich in der Stadt gelten.



PHILIPP NEUNER

Tiroler Politik kurz notiert

Der Baby-Bier-Affäre sei Dank können sich die 40 Gemeinderäte dann einen Vortrag der Suchthilfe Tirol zum Thema „Alkohol“ zu Gemüte führen. Da könnte so manche(r) ins Staunen kommen, ab wie viel Bier täglich der Alkohol zum Problem wird...

Die Neupflasterung der Altstadt ist eine jener „never ending stories“, die die Stadt seit Jahren verfolgt. Uschi-Schwarzl-Kritiker sehen sie in der Verantwortung für Verzögerungen. Es gibt auch wieder einen Antrag auf Ressortentzug gegen sie, eingebracht von Team-Gerechtig GR Gerald Depaoli. Beim

letzten Mal fehlten nur zwei Stimmen auf die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit (27 von 40 Stimmen). Die Wiederherstellung der Altstadt-Pflasterung nach den 2019 (!) begonnenen Kanalbauarbeiten beginnt erst 2024 und dauert drei Jahre. Kosten: 10 Mio. €. Wie parallel dazu die ebenso teure Boznerplatz-Neugestaltung hätte abgewickelt werden sollen, bleibt ein Geheimnis von Grün-StR Schwarzl.

Spannend wird die Frage, ob der Gemeinderat 1,96 Millionen Euro für die GemNova freigibt, nachdem die GmbH samt ihrer Tochtergesellschaft in die Pleite geschlittert ist.

Als Schulerhalterin ist die Stadt verpflichtet, Schulhelfer für Schüler zu stellen, die eine Unterstützung in der sozialen Teilhabe benötigen. 40 Prozent dieser Kosten werden vom Land refundiert. Nun wird beraten, den Betrag einstweilen auf ein Treuhandkonto zu überweisen, damit er nicht vorschnell in der Konkursmasse landet.

TT, 13.07.2023

Kufstein droht großes Finanzloch

3,7 Millionen Euro minus im zweiten Quartal wegen steigender Ausgaben.

Kufstein – In Kürze beginnen bereits die Vorgespräche für das Budget 2024 in Kufstein. Und die Finanzabteilung im Rathaus bremst jetzt schon ein: So sei Zurückhaltung bei den „Budgetwünschen“ angebracht. Der Grund für die Warnung ist der Bericht zur Haushaltslage für das zweite Quartal. Der 73 Millionen Euro hohe Jahresvoranschlag baut natürlich auf entsprechende Einnahmen, und die sind im Vergleich zum Vorjahr um 8 Prozent rückläufig. Andererseits explodieren die Ausgaben. So ist im Posten Verkehr eine Zahlung an Kufmobil, der Genossenschaft, mit der Verkehrsaufgaben abgewickelt werden,

mit 200.000 Euro aufgeschlagen, Schulen und Kindergärten kosten bereits jetzt um 45.000 Euro mehr und für Kulturveranstaltungen müssen 50.000 Euro mehr bezahlt werden, um einige Punkte aufzuzählen.

Für Stadtrat Richard Salzburger (Volkspartei) durchaus eine bedenkliche Entwicklung, da der Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben im Vergleichszeitraum des Vorjahres „plus 600.000 Euro betrug und nun, ein Jahr später, beträgt das Minus 3,7 Millionen Euro“. Er ruft zu radikalen Schritten bei den Ausgaben auf, um einzusparen.

Bürgermeister Martin Krumschnabel (Parteifreie)

macht sich derzeit noch keine Sorgen, man dürfe allerdings auch nichts ausgeben, was nicht geplant ist. Er könne keine Entwarnung geben, „aber ich sehe es nicht so schwarz. Derzeit ist es möglich, die Liquidität zu halten. Es gibt aber nichts zu beschönigen: Das Quartal ist nicht so, wie wir es uns erträumt haben.“ Krumschnabel erinnerte daran, dass man derzeit keine zusätzlichen

Schulden mache und innerhalb von drei Jahren 7,5 Mio. Euro eingespart habe. „Es wird kein Großprojekt angegangen, sondern wir zahlen jährlich 2,5 Mio. Euro zurück und hätten mit Jahresende den Schuldenstand wie vor zehn Jahren.“ Die Finanzabteilung warne übrigens immer, „selbst wenn die Kasse übergeht – aber diesmal ist es berechtigt“, räumt Krumschnabel ein. (wo)

Millionen für die GemNova auf Eis

Stadt Innsbruck war bislang bester Kunde der Bildungspool GmbH

Die meisten der 700 Mitarbeiter der in die Pleite geschlitterten GemNova waren bei der 100%-Tochter Bildungspool angestellt. Von dieser wurden gemäß Kooperationsvertrag mit der Stadt monatlich rund 400 Schulassistenten und Freizeitpädagogen gestellt. „Da die Budgetierung bereits im Dezember '21 für den Voranschlag 22/23 erfolgte, sind entsprechend der Anzahl und aktuellen Teuerung insgesamt erhöhte Finanzmittel (1,96 Mio. €) für die Schulassistenten notwendig“, heißt es in einem Antrag auf einen ent-

sprechenden Nachtragskredit von SP-Bildungs-StR Elisabeth Mayr. Sie beantragte die Zuweisung der erhöhten Geldmittel auf die entsprechende Position im Budget. Doch der Gemeinderat nahm den Punkt von der Tagesordnung: Es sollten zuerst die weiteren Entwicklungen bei der GemNova abgewartet werden. LH Mattle (VP) hatte ja eine Auffanglösung für die 600 Bildungspool-Mitarbeiter angekündigt. Seit gestern ist auch offiziell ein Konkursverfahren gegen die GemNova anhängig, über ihre Töchter (noch) nicht.

Wer Wohnungen leer stehen lässt

In Innsbruck stehen laut Leerstandsmonitoring 3071 Wohnungen leer. Frustrierte Vermieter oder solche, die lieber kurz, aber öfter vermieten, sind mögliche Ursachen.

Die Immobilienbranche hält Leerstand bis fünf Prozent für wichtig.

TT, 14.07.2023



Von Anita Heubacher

Innsbruck – Vierteljährlich legt Manfred Hirsch vor, wie viele Wohnungen in Innsbruck leer stehen. Letzte Woche waren es 3071, eine Leerstandsquote von knapp neun Prozent. Hirsch leitet das Referat Gebäude- und Wohnungsregister, kurz GWR. Alles andere als kurz ist das Vorgehen des Referats, um zum Ergebnis beim Leerstandsmonitoring zu kommen.

Baurecht, Grundbuch und Melderegister werden abgeglichen. Die Mitarbeiter des Referats schwärmen aus, um zu kontrollieren, ob aus einem Keller oder einem Dachschloß eine Wohnung geworden ist, wer wo gemeldet ist und ob eine Wohnung mehr als sechs Monate leer steht. Was hier in wenigen Zeilen zusammengefasst ist, erklärt Hirsch detailliert in der Langfassung. Fazit seiner und der Arbeit des Teams: „Die Zahlen sind gut begründet.“ Kontrol-

liert wurden nur jene Wohnungen, in denen kein Haupt- und kein Nebenwohnsitz gemeldet ist. 3071 leer stehende Wohnungen entsprechen laut Hirsch dem Wohnungsbestand des Stadtteils Saggen. Wenn auch jene Wohnungen berücksichtigt würden, in denen kein Hauptwohnsitz gemeldet ist, dafür aber viele Nebenwohnsitze gemeldet sind, entspräche der Leerstand dem Wohnungsbestand des Olympischen Dorfes, sagt er. Seit 2019 gibt es das Referat. Innsbruck ist damit Vorreiter. Denn ähnlich wie die Kontrolle der Freizeitwohnsitze ist die des Leerstandes aufwändig und personalintensiv. „Andere Städte schauen sich an, wie wir das machen.“

Wer lässt denn nun seine Wohnung leer stehen und warum? Hirschs Erfahrung nach sind es in den meisten Fällen Vermieter, die schlechte Erfahrungen mit

Foto: Stadtmagazin



„Die meisten Vermieter, die eine Wohnung leer stehen lassen, geben schlechte Erfahrungen mit den Mietern als Grund für den Leerstand an.“

Manfred Hirsch (Leiter Gebäude- und Wohnungsregister, GWR)

Foto: Die Fotografen



„Das Geschäftsmodell, Wohnungen leer stehen zu lassen und auf die Wertsteigerung zu setzen, funktioniert seit dem letzten Jahr nicht mehr.“

Philipp Reisinger (Fachgruppenobmann Immobilienhandel)

Foto: Ralf Falk



„Leerstand ist nur in Ausnahmefällen erlaubt, ansonsten ist eine Leerstandsabgabe zu bezahlen – oder noch besser, die Wohnungen kommen auf den Markt.“

Georg Willi, Grüne (Innsbrucker Bürgermeister)

weiß von Anlegern, die ihre Wohnungen leer stehen lassen und auf den Wertzuwachs setzen. „Das Geschäftsmodell funktioniert seit dem letzten Jahr nicht mehr“, sagt Reisinger. Bei den Preisen sei Leerstand unrentabel, wirtschaftlich nicht abbildbar. Leerstand sei vielleicht für jene leichter zu verkaufen, die mehr Wohnungen am Markt haben.

Die letzte Gruppe unter denen, die Wohnungen leer stehen lassen, sind jene, die kurzfristig vermieten und etwa auf die Buchungsplattform Airbnb setzen. Da wiederum gibt es in Innsbruck eine eigene Taskforce, die bei Hirschs Leuten angesiedelt ist. Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi ist von seiner Idee des Leerstandsmonitorings überzeugt. „Leerstand ist nur in Ausnahmefällen erlaubt, ansonsten ist eine Leerstandsabgabe zu bezahlen – oder noch besser, die Wohnungen kommen auf den Markt.“

Mietern gemacht haben. Für diese Gruppe hätte das Land eigentlich das Projekt „Sicher Vermieten“ ins Leben gerufen. Das war im März 2021, bisher blieben große Lebenszeichen der Projektgruppe aber aus. Das Vorhaben scheint versandete zu sein. Vorreiter bei „Sicher Vermie-

ten“ ist Vorarlberg. Das Land hilft über einen gemeinnützigen Wohnbauträger den Vermietern beim Vermieten. Nach Startschwierigkeiten werfe das Projekt inzwischen an die 300 bis 400 Wohnungen auf den Markt, heißt es aus Vorarlberg. Bei der Tiroler Wirtschaftskammer hält man die Leerstandsabgabe eher für einen

Tropfen auf den heißen Stein. Die Zahlen der Monitoring-Gruppe zweifeln die Immobilienvertreter Philipp Reisinger und Arno Wimmer an. Zudem sei ein Leerstand von drei bis fünf Prozent nötig, „um den Immobilienmarkt am Laufen zu halten, sonst könnte man ja nie umziehen“, sagt Wimmer. Die Wirtschaftskammer

Wien pocht auf Bundeslösung

Wien – In der Bundeshauptstadt Wien wollte man schon in den 1980er-Jahren gegen Spekulanten auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wien führte eine Leerstandsabgabe ein. Doch diese wurde vom Verfassungsgerichtshof durch ein Erkenntnis vom 12. März 1985 aufgehoben, weil so eine Abgabe nicht zur Kompetenz eines Bundeslandes gehöre. Eine Leerstandserhebung gab es in Wien nie, weil dies in der Millionenstadt zu aufwändig sei, hieß es hierzu aus dem Büro der zuständigen Vizebürgermeisterin und Stadträtin Kathrin Gaál (SPÖ).

Im Bereich des geförderten Wohnbaus, beim Gemeindebau, gibt es in Wien (abseits von kurzen Zeiträumen des Umzugs oder der Renovierung) laut Auskunft des Büros der Stadträtin nahezu keinen Leerstand.

Die Wiener Wohn-Stadträtin begrüßt Tiroler und Salzburger Initiativen für eine neuerliche Leerstandsabgabe. Es sei hier aber eine Bundeslösung nötig, glaubt Gaál mit Verweis auf das VfGH-Urteil. „Der Stadt Wien geht es um die Mobilisierung von leer stehendem Wohnraum und nicht um das Einheben eines netten Körbergelds. Der Leerstand

muss wieder dem Markt zugeführt werden, um eine preisdämpfende Wirkung gegenüber den steigenden Mietpreisen im privaten Sektor zu erreichen. Dieses Ziel ist länderübergreifend und parteienübergreifend. Die Bundespolitik ist hier in der Verantwortung. In Wien findet die Bundesregierung bei der Suche nach einer Lösung einen starken Partner mit einem hohen Grad an Expertise. Im Endeffekt brauchen wir eine Lösung für die Menschen – und gegen den Leerstand“, teilte Vizebürgermeisterin Gaál gegenüber der *Tiroler Tageszeitung* mit. (misp)

Salzburg hofft auf Innsbruck

Salzburg – „Innsbruck ist unter dem grünen Bürgermeister Georg Willi schon viel weiter als Salzburg“, heißt es von KPÖ plus. Die Salzburger Kommunisten haben im Wahlkampf verstärkt auf den überhitzten Wohnungsmarkt hingewiesen. Bei der heurigen Landtagswahl erreichten sie in der Stadt Salzburg über 20 Prozent Stimmenanteil. KPÖ plus fordert eine Leerstandsabgabe, will eine Erhebung des Leerstandes. In der Festspielstadt wird im nächsten Jahr gewählt. Und KPÖ-plus-Chef Kay-Michael Dankl dürfte die Kommunisten in die Wahl führen.

In der bürgerlich dominierten Stadt geht die Angst um. Denn Dankl und der KPÖ wird eine Wahl-Sensation zugetraut.

Politisch zuständig für Wohnen ist in der ÖVP-geführten Stadt Andrea Brandner. Die Stadträtin ist Sozialdemokratin. Doch aus ihrem Büro war nur so viel zu hören: Man blicke gespannt nach Innsbruck, und ja, auch in Salzburg wünsche man sich eine Leerstandserhebung. Die SPÖ will dies im Gemeinderat durchbringen. Doch so weit ist man noch nicht.

Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslau-

er (ÖVP) schätzte selbst für die Stadt Salzburg den Leerstand von 10.000 Wohnungen. Er verlangte vor einem Monat gemeinsam mit seinen Amtskollegen und Parteifreunden Markus Wallner (Vorarlberg) und Anton Mattle Maßnahmen des Bundes. Bei einer „Veränderung“ der Wohnpolitik könnte man besser gegen den Leerstand vorgehen. Beim Katalog an den Bund ging es allerdings mehr um Eigentum. Gefordert wurde eine gelockerte Kreditvergabe sowie der Wegfall der Grunderwerbssteuer und der Grundbuchgebühr beim ersten Eigentum. (misp)

Neuer Inspektionskommandant bei der Polizeiinspektion Niederndorf

Mit 1. Juni wurde der in Kirchbichl wohnhafte KontrInsp Josef Stöfan zum neuen Inspektionskommandanten der PI Niederndorf bestellt. Landespolizeidirektor Mag. Helmut Tomac nahm am 12. Juni gemeinsam mit dem Bezirkspolizeikommandanten von Kufstein, Mjr Karl Kraus, die Ausfolgung des Bestelldeskretes vor und gratulierte dem Beamten zu seiner neuen und verantwortungsvollen Führungsaufgabe.

Stöfan trat am 1. Dezember 2005 in die Bundesgendarmerie ein und vollendet im Dezember sein 18. Exekutivdienstjahr. Nach Abschluss des Grundausbildungslehrganges verrichtete der Beamte seinen Dienst auf der

PI Söll als eingeteilter Beamter. Von September 2011 bis Ende Mai 2012 absolvierte der Beamte den Grundausbildungslehrgang zum dienstführenden Beamten beim Bildungszentrum Wien und kehrte anschließend wieder auf die PI Söll zurück, wo er als Sachbearbeiter arbeitete. Zwischenzeitlich erfolgte eine mehr als einjährige Zuteilung zum Landeskriminalamt Tirol. Am 1. Juni 2015 wechselte Stöfan als Sachbearbeiter zur PI Kufstein, am 1. Mai 2018 wurde er 1. Stellvertreter des Inspektionskommandanten in der PI Niederndorf.

Stöfan folgte als Inspektionskommandant KontrInsp Gottfried Lindtner nach, der mit 31. Mai in den Ruhestand trat.



V. l.: Landespolizeidirektor Mag. Helmut Tomac, KontrInsp Josef Stöfan und Bezirkspolizeikommandant Mjr Karl Kraus

Foto: LPD Tirol/Gruber

Bürgermeister will Wasserretter ausbremsen

Nach Kritik der Kufsteiner Organisation an Bürgermeister Krumschnabel entzieht er ihr das Vertrauen. Feuerwehr soll künftig einspringen.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Wasserrettungsobfrau Andrea Stock-Müllner ist gekränkt, Bürgermeister Martin Krumschnabel beleidigt. So sehr, dass der Kommunalpolitiker hinkünftig jegliche Zusammenarbeit mit der Blaulichtorganisation ablehnt. Mehr sogar, „die Aufgaben soll die Feuerwehr übernehmen“, teilte er bei der Sitzung des Gemeinderates am Mittwochabend mit.

Auslöser der tiefgehenden Differenzen ist der Neubau bzw. Nichtneubau der Einsatzstelle. Wie berichtet, hätte die Organisation mit kräftiger monetärer Hilfe der Stadt (Grundstück und bis zu 380.000 Euro Kostenanteil) sowie des Landes und der weiteren neun von ihr betreuten Gemeinden eine neue Zentrale am Ufer des Inns bauen wollen. Dann erwischte die Wasserretter die Teuerung und die Baukosten kletterten von 1,1 Millionen auf 1,7 Millionen Euro. Damit war das Projekt gestorben.

Hoffnung flackerte noch auf, als ein wesentlich kos-



Die neue Unterkunft für die Einsatzstelle ist ein Provisorium, wie unschwer zu erkennen ist. Foto: Otter

tengünstigeres Holzbauprojekt ins Spiel kam. Und nun begannen die Probleme zwischen der Stadtführung und der Organisation. Projektleiter Michael Stock forderte Bürgermeister Krumschnabel in einer Mail auf, einer weiteren Prüfung Zeit zu geben. Die Antwort war ernüchternd. Er teilte Stock in einer Mail mit, dass er, „um dir und auch mir leere Mäntel zu ersparen“, dem Stadtrat und Techniker im Haus den Vorschlag vorgelegt hatte. Die Resonanz sei nicht

positiv gewesen. Außerdem sei das Grundstück ohnedies so gut wie an die Stadtwerke verkauft, die dort einen Parkplatz errichten wollen. Der Verein solle sich also um eine gemeinsame Lösung mit dem Roten Kreuz im Rahmen eines Blaulichtzentrums bemühen oder sich in einer anderen Gemeinde umschauchen. Die Folge war öffentliche Aufregung und Kritik in den sozialen Medien.

Für die Ehrenamtlichen ist die Situation tatsächlich fatal. Die bisherige Einsatzzentrale

mussten sie räumen, das vorläufige Ausweichquartier ist indes suboptimal, wie Stock-Müllner sagt. Es sei feucht, kalt und es fehlen Duschen. Und es steht nur für drei Jahre zur Verfügung. „Wir sind monatelang umsonst gerannt, bis uns das mit dem Grundstück mitgeteilt wurde“, erklärt die Obfrau den Grund für die Verärgerung. Trotzdem hoffe man auf weitere Gespräche. GR Birgit Obermüller (NEOS) brachte die Causa in den Gemeinderat. Nachdem sie und alle anderen MandatarInnen Tage zuvor von Vertretern der Organisation zu einem Lokalaugenschein geladen worden waren, stellte sie eine Anfrage dazu. „So etwas ist mir noch nicht untergekommen“, ärgerte sich der Bürgermeister über die Kritik des Vereins. Sie sei unverdient, da er und der Stadtrat jahrelang versucht hätten zu helfen.

Hinter die Wasserrettung stellte sich Stadtrat Luka Blunder: „Ich will nicht, das die Wasserrettung jetzt beschädigt wird, weil dein Eitelkeit verletzt war.“



Mitglieder der Wasserrettung beim Reinigen der neuen Einsatzzentrale, die laut Vereinsführung nur als Übergang geeignet ist. Foto: Wasserrettung Kufstein

TT 17.07.23

Bär im Wald beobachtet

Langkampfen, Breitenbach am Inn – Wieder ein Bär, wieder im Unterland. Am Samstag beobachtete ein Wanderer in einem Wald bei Langkampfen eines der Raubtiere, bereits Donnerstagnachmittag gab es eine Sichtung im 15 Kilometer entfernten Breitenbach. „Wir werden jetzt versuchen, jemanden in die Region zu schicken, der nach Trittsiegeln, Haaren oder Losungen sucht“, sagt eine Sprecherin des Landes Tirol. (bfl)

Mehr auf Seite 5

Ein Bär streift durchs Unterland

Nach der Sichtung in Breitenbach wurde nun auch in Langkampfen ein Tier beobachtet.

Langkampfen, Breitenbach am Inn – Im Tiroler Unterland zieht derzeit offenbar ein Bär umher. Zuerst begegnete eine Reiterin in Breitenbach einem Beutegreifer, zwei Tage später wurde im nur 15 Kilometer entfernten Langkampfen wieder ein Tier gesichtet. Dass es sich dabei um dasselbe Individuum handelt, ist zwar nicht bestätigt, liegt aber nahe. Die Behörden wollen nun in der Region nach Spuren suchen.

Ein Wanderer meldete, dass er am Samstag in einem Waldstück unweit von Langkampfen aus einer Entfernung von zirka 100 Metern einen Bären beobachtet hat. „Weit weg vom besiedelten Raum“, sagt eine Sprecherin des Landes Tirol. „Das Tier verhielt sich auch unauffällig. Wir werden jetzt versuchen, jemanden in die Region zu schicken, der nach Trittsiegeln, Haaren oder Losungen sucht.“

Bereits am Donnerstag gab es, wie berichtet, einen Zwischenfall auf einem Forstweg

im Gemeindegebiet von Breitenbach am Inn. Nachmittags traf dort eine Frau, die gerade ihr Pferd ausritt, auf einen Beutegreifer. Dieser soll sich laut Erzählungen der Reiterin aufgerichtet und sie kurz verfolgt haben.

„Lustig ist das nicht. Wir werden uns aber alle miteinander noch öfter mit dem Thema beschäftigen.“

Andreas Ehrenstrasser
(Bürgermeister Langkampfen)

Publik gemacht hat diese Begegnung Adi Moser. Der Breitenbacher Vizebürgermeister erklärt gegenüber der TT, dass er damit keine Panik verbreiten, aber die Bevölkerung warnen wollte. Die Menschen „sollten auf alle Fälle vorsichtig sein“, sagt Moser, denn in der Gegend seien unter anderem viele Wanderer unterwegs.

Auch Andreas Ehrenstrasser, Bürgermeister von Langkampfen, ruft dazu auf, bei

Ausflügen in der Natur aufmerksam zu sein. „Aufpassen und sich über Verhaltensregeln informieren ist immer gut. Denn obwohl der Bär grundsätzlich scheu ist, streift er bei uns umher“, meint Ehrenstrasser. „Wenn er jetzt auch noch in die Nähe von Dörfern kommt, dann wird

sich jemand was überlegen müssen. Lustig ist das alles jedenfalls nicht“, sagt der Bürgermeister. „Wir werden uns aber alle miteinander noch öfter mit dem Thema beschäftigen.“ Denn die Beutegreifer seien streng geschützt und solange das so sei, „gibt es keine Handhabe“. (bfl)



Der Bär in Langkampfen habe sich unauffällig verhalten, sagt eine Sprecherin des Landes Tirol.

Foto: APA/dpa/Weigl

KRONE 06. MAI 2013

Handzahn und um Ausgleich bemüht, „damit man sich wieder auf einer Gesprächsebene treffen könne“, zeigten sich Donnerstagabend Obfrau Andrea Stock-Müllner und ihr Stellvertreter Alexander Rossmair von der Wasserrettung Kufstein und Umgebung bei einem von ihnen einberufenen Mediengespräch. Im Vorfeld dieser „Aussprache“ stand wie berichtet, das Debakel rund um den nicht zustande gekommenen Neubau einer Dienst-Einsatzstelle des Unterländer Rettungsvereins. Im Zuge dessen bezichtigten die Wasserretter der Festungsstadt ihren Bürgermeister Martin Krumschnabel in einem öffentlichen Facebook-Posting des Wortbruchs.

Aktuell ist der gut 30 Mitglieder zählende Verein in ein temporäres Ausweichquartier umgezogen, dessen Miete (rund 15.000 Euro pro Jahr) von der Stadt bezahlt wird. Die ehemalige Kfz-Werkstatt diente schon der Bergrettung und der Feuerwehr als Ausweichquartier. Für Stock-Müllner stellt sie aber nicht das „Gelbe vom Ei“ dar, wie sie betont: „Es ist feucht und kalt, zudem fehlen Duschköglichkeiten“. Auf die Frage, warum sie dann dieses Objekt gewählt hätten, lautet

Die Wasserretter sind in Kufstein bald arbeitslos

Nach Facebook-Eklat ersucht Bürgermeister Krumschnabel die Stadtfeuerwehr, dass sie die Aufgaben künftig alleine wahrnimmt



Obfrau Andrea Stock-Müllner (links) und Alexander Rossmair (Bild oben). Ein Rettungsboot der Stadtfeuerwehr Kufstein im Einsatz (Bild rechts).

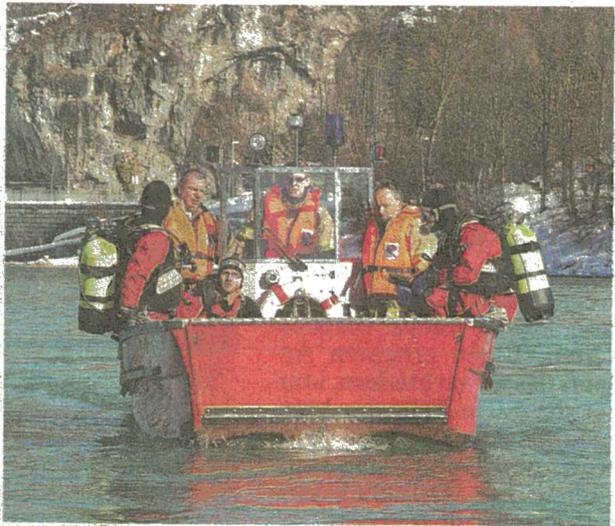


Foto: Hubert Berger

die Antwort: „Es gibt keine andere Alternative“. Das übereilte und aus Enttäuschung getätigte Facebook-Posting wird jetzt, im Nachhinein, bedauert. Für Bürgermeister Krumschnabel ist der „Zug mit der Wasserrettung“ jedoch abgefahren. Er lehnt jede weitere Zusammenarbeit mit dem Verein

ab und erklärt gegenüber der „Tiroler Krone“: „Das Vorgehen des Vereins in dieser Angelegenheit ist unverdient. Der Stadtrat und ich haben sie jahrelang unterstützt und ihnen geholfen. Meinerseits ist hier das Vertrauen abhandengekommen und ich lehne die weitere Zusammenarbeit mit ihnen

ab“. Einspringen wird hier laut Krumschnabel nun die Stadtfeuerwehr Kufstein, welche seit 1992 – und das äußerst erfolgreich – einen eigenen Dienst am und unter Wasser vorweisen kann. Eine Zukunft für die Wasserrettung in der Stadt Kufstein hingegen steht in den Sternen... Hubert Berger

Tempolimit in Kufstein bleibt doch

An Tagen ohne Blockabfertigung hätten die 30 km/h auf der Autobahn bei Kufstein fallen sollen. Jetzt kommt ein 80er.



In Kufstein sollen zwei Spuren eingerichtet werden, auf denen Lkw und Pkw an Tagen ohne Blockabfertigung schneller passieren können. Foto: Gruber

Der 30er bei Kufstein fällt

77
28.05.2023

Kufstein – Ab dieser Woche sollen Auto- und Lkw-Fahrer an Tagen ohne Blockabfertigung die Grenze bei Kufstein auf der Autobahn mit 60 bzw. 80 km/h passieren dürfen. Das seit Langem geltende Tempolimit von 30 km/h will das Land aus rechtlichen Gründen streichen. Es gibt Bedenken, dass das dauerhafte Tempolimit nicht verfassungskonform sein könnte. Nur an Tagen mit Blockabfertigung gilt der 30er wieder. (ahew)

Mehr auf Seite 5

Von Anita Heubacher

Kufstein – Noch immer wird der Verkehr auf der Autobahn bei Kufstein reguliert. Regelmäßig sorgt Deutschland mit seinen Grenzkontrollen für Staus auf der österreichischen Seite. Zwei deutsche Beamte schauen kurz nach der Grenze in das Wageninnere der vorbeischiebenden Autos, um etwaige illegal Einreisende zu erspähen. Aufgrund des Migrationsdrucks lässt Deutschland seine Grenze seit 2015 kontrollieren und will dies, wie bereits angekündigt, um weitere sechs Monate verlängern. Die Frage, ob das im Schengen-Raum rechtens



Foto: Böhm

„Wir reduzieren das Tempo weniger stark und hoffen, dass das nun verfassungskonform ist.“

Bernhard Knapp
(Vorstand Verkehrsabteilung)

ist, beschäftigt seit Kurzem das österreichische Innenministerium. Denn das lässt aus demselben Grund wie Deutschland die österreichische Grenze zu Slowenien und Ungarn kontrollieren. Slowenien will sich das nicht länger gefallen lassen und prüft nun seinerseits alle Optionen.

Sicher nicht rechtens war, auf der Inntalautobahn während der Covid-Krise dauerhaft das Tempo auf 60 km/h zu reduzieren, um an der Grenze Covid-Ausreisetests durchzuführen. Ein Tiroler war mit seinem Pkw ins Radar gefahren und hätte eine Strafe zahlen sollen. Stattdessen hat er geklagt und ging bis zum Verfassungsgerichtshof. Der gab ihm Recht. Nicht der Autofahrer muss

wegen Schnellfahrens eine Strafe bezahlen, sondern das Land 2856 Euro an den Autofahrer. Nur in Ausnahmefällen, wie beispielsweise bei einem Brand, dürfe das Tempo reduziert werden. Kurz, aber nicht dauerhaft, lautete die Begründung des Verfassungsgerichtshofs.

Genau das, nämlich das Tempo dauerhaft zu reduzieren, macht Tirol aber schon seit Jahren: Von Deutschland kommend wird der Verkehr auf der Autobahn kurz nach der Grenze auf zwei Spuren auf 30 km/h heruntergebremst. Das Land begründet die Temporeduktion mit den Lkw-Blockabfertigungen, die es an die 25-mal pro Halbjahr durchführt.

Für die Blockabfertigung braucht es Infrastruktur wie die Überkopfwegweiser oder auch eine Bucht, wo die Polizei die Lkw kontrolliert und einweist. Der dafür eingesetzte Container war zwar an Tagen ohne Blockabfertigung unbemannt, das Blaulicht auf dem Container allerdings im Einsatz. Weil die Infrastruktur bestehen blieb, blieb auch das Tempolimit. Das Land wollte es im März aufgrund der Rechtsunsicherheit durch das Corona-Urteil streichen. Man wolle Verkehrs- und Rechtssicherheit, argumentierte SPÖ-Verkehrslandesrat René Zumtobel damals.

Aus März wird nun Mai. Die Gespräche zwischen Land, Straßenerhalter Asfinag und Verkehrsministerium hätten sich gezogen. „Diese Woche soll die Verordnung kommen“, sagt der Vorstand der Verkehrsabteilung des Landes, Bernhard Knapp. Darin wird festgelegt, dass der Verkehr an Tagen ohne Blockabfertigung auf zwei Spuren, einmal mit 60 km/h und einmal mit 80 km/h, geführt wird. Das Tempo werde zwar reduziert, aber weniger stark. An Tagen mit Lkw-Blockabfertigung gilt die 30-km/h-Beschränkung wieder. „Wir hoffen, dass das verfassungskonform ist“, sagt Knapp.

GemNova-Pleite: „Hunderte bangen um ihr Einkommen“

Nach der Gewerkschaft versucht auch die Arbeiterkammer einen Schutzschirm für die rund 540 betroffenen Mitarbeiter der GemNova-Gruppe des Gemeindeverbands aufzuspannen. Die Dienstleistungs- und die Bildungspoolgesellschaft sind mit Verbindlichkeiten von 8,8 Mio. Euro insolvent. „Hunderte Menschen bangen um ihr Einkommen und ihre berufliche Zukunft. Wir können allen Betroffenen der GemNova-Pleite nur versichern, dass wir schnellstmöglich alle Anmeldungen und Anträge einbringen, damit sie zu ihrem Geld kommen“, sagt dazu AK-Präsident **Erwin Zangerl**.

Allen Beschäftigten wird dringend geraten, bei den Belegschaftsversammlungen direkt die Antragsunterlagen zu unterzeichnen. Wer nicht persönlich teilnehme, könne eine Vertrauensper-



Zangerl kündigt Unterstützung für die Betroffenen an. Foto: Falk

son dazu bevollmächtigen, die Unterlagen zu unterzeichnen. „Im Insolvenzverfahren können nur Forderungen jener Beschäftigten berücksichtigt werden, welche fristgerecht Antragsunterlagen eingebracht haben“, fügt Zangerl hinzu.

Die MitarbeiterInnen der Bildungspool GmbH seien zu lange vertröstet worden, übt NEOS-Abgeordnete **Birgit Obermüller** scharfe Kritik. „Dieses Selbstverständnis führte wohl auch dazu,

dass kein Frühwarnsystem eingeleitet wurde. Es lag anscheinend nicht in der Vorstellungskraft von Gemeindepräsident **Ernst Schöpf** und Geschäftsführer **Alois Rathgeb**, dass nicht nach ihrer Pfeife getanzt wird.“

Der Verein gegen Tierfabriken (VGT) hat am Donnerstag strafrechtliche Anzeigen gegen die Agrarreferenten der Länder angekündigt, die Wolfsverordnungen zum Abschuss der Tiere erlassen haben. Die Tierschützer werfen Zuständigen wie LHStv. Josef Geisler (VP) Amtsmissbrauch und Umweltschädigung vor. ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf konterte und sprach von „absurden Vorstellungen“ der heimischen Tierschützer, die einmal mehr zeigen würden, „wie weit fernab jeglicher Realität diese grünen Hitzköpfe leben“. (TT, pn)

TT, 28.07.2023

Ex-VP-Manager soll Innsbruck „retten“

ÖVP im Umbruch: Suche nach Gemeindepräsidenten, Spitzenkandidaten für Innsbruck und neuen Nationalräten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Tirols ÖVP-Chef und Landeshauptmann Anton Mattle steht vor großen personellen Herausforderungen: in Innsbruck, dem Tiroler Gemeindeverband und im Nationalrats-Team. Am meisten Zeit hat er für die nächstjährige Nationalratswahl, doch hier steht bereits fest: Von den bisherigen Akteuren dürfte lediglich Landwirtschaftskammerpräsident **Josef Hechenberger** wieder mit dabei sein.

Hermann Gahr und **Elisabeth Pfurtscheller** werden nicht mehr kandidieren, Wirtschaftsbundchef **Franz Hörl** wohl auch nicht. **Alexandra Tanda** (Innsbruck) und **Rebecca Kirchbaumer** (Innsbruck-Land) sind unter Mattle nicht mehr erste Wahl. **Kira Grünberg** verlegt ihren Wohnsitz nach Niederösterreich. Und wenn, dann wird sie von der Bundespartei auf der ÖVP-Bundesliste nominiert.

Staatssekretär **Florian Tursky** dürfte wohl Spitzenkandidat werden, Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** im Bezirk Lienz Spitzenkandidat und Nummer drei auf der Landesliste sein.

Apropos Tursky: Er wird nach wie vor als Bürgermeisterkandidat einer gemeinsamen Wahlplattform von Stadt-ÖVP und der ehemaligen Bürgermeisterliste „Für Innsbruck“ mit **Christine Oppitz-Plörer** gehandelt. Vizebürgermeister **Hannes Anzengruber** genießt von den ÖVP-Protagonisten die besten Beliebtheitswerte in der Bevölkerung, doch Stadtparteiobmann **Christoph Appler** und

Oppitz-Plörer legen sich quer. **Appler** hat es nicht geschafft, die zerstrittene Innsbrucker ÖVP zu einen, das Wort Parteifreund wird dort mittlerweile als gefährliche Drohung empfunden.

Um das Projekt „Rückeroberung des Bürgermeistersessels“ nicht zu vergeigen, soll jetzt ÖVP-Landesgeschäftsführer **Martin Malaun** als „Kümmerer“ vermitteln und

Hintergrund

koordinieren. Weil er mit allen Lagern kann. Sollte es keinen gemeinsamen Spitzenkandidaten geben, geht man in der ÖVP von einer Bürgermeister-Stichwahl zwischen dem amtierenden Stadtoberhaupt **Georg Willi** (Grüne) und Vizebürgermeister **Markus Lassenberger** (FPÖ) aus.

Im August werden jedenfalls die Würfel fallen, wer künftig Tirols Gemeinden anführt. Präsident **Ernst Schöpf**

kandidiert am 19. September in Zirl nicht mehr, der Gemeindegtag steht ganz im Zeichen der GemNova-Pleite. Favoritin ist die Bürgermeisterin von Mils bei Hall und Geschäftsführerin des Wirtschaftsbunds **Daniela Kampfl**. Der Vomper Ortschef **Karl-Josef Schubert** wird ebenfalls immer wieder genannt. Wie auch der Miederer Bürgermeister **Daniel Stern**. Der jetzige Vizepräsident **Christian Härting** ist noch nicht aus dem Rennen, SPÖ-Vizepräsident **Thomas Öfner** (Zirl) liebäugelt mit einer Bewerbung. Mit dem Steinacher Bürgermeister und ÖVP-Abgeordneten **Florian Riedl** tauchte zuletzt ein neuer Name auf. Eine in ÖVP-Kreisen diskutierte Rochade hat Wirtschaftskammerpräsident **Christoph Walser** dementiert. Der Thaurer Bürgermeister wechselt nicht die Fronten, will nicht Gemeindepräsident werden und Kammerchef bleiben.



Malaun war bis zum Herbst des Vorjahres ÖVP-Manager, jetzt soll er für Parteichef Mattle die bürgerliche Wahlplattform in Innsbruck aufstellen. Foto: APA/Groder

TT, 28.07.2023

Innsteg in Erl verbindet wieder

Nach zwei Jahren ist die 124 Meter lange Geh- und Radwegbrücke in Erl fertig.

CHRISTIANE NIMPF

ERL. Rund zwei Jahre warteten die Erlerinnen und Erler auf ihren neuen Innsteg, welcher eine Verbindung zu Oberaudorf darstellt. LHStv Josef Geisler hat nun am Freitag, den 2. Juni, den neuen Innsteg offiziell eröffnen dürfen. Die 124 Meter lange Geh- und Radwegbrücke dient als wichtige Alltagsverbindung zwischen den beiden Orten. „Erl und Oberaudorf, Tirol und Bayern, sind eng miteinander verbunden. Einmal mehr ist uns das bewusst geworden, als der Erler Innsteg 2021 aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste. Diese Brücke hat gefehlt, aber jetzt ist sie wieder geschlagen“, freut sich LHStv Geisler anlässlich der Eröffnung der neuen Brücke.

Einst mit massiven Schäden

Der Neubau war notwendig geworden, weil bei einer routinemäßigen Brückenhauptüberprüfung

im Sommer 2021 massive Schäden am Innsteg, welcher in den Jahren 1992/1993 errichtet wurde, entdeckt wurden. 2,3 Millionen Euro kostete das Projekt Neubau des Innsteges. Die Brücke wurde dabei exakt wie im Altbestand wiederhergestellt. Widerlager, Pfeiler sowie Vorlandbrücken blieben von der alten Brücke erhalten. „Um die einzelnen Tragwerksteile mit den großen Ausladungen ohne Hilfskonstruktionen und Inselschüttungen im Inn einzuheben, war ein 800 Tonnen schwerer Raupenkrane erforderlich“, schilderte Günter Guglberger, Leiter des Sachgebiets Brücken- und Tunnelbau beim Land Tirol. Alle Arbeiten erfolgten von Tiroler Seite aus.

„Für ein gutes Miteinander“

Bayern zeigte an dem Übergang kein Interesse mehr und das Land Tirol übernahm die Erhaltung der Brücke im Jahr 1990. Dadurch wurde in weiterer Folge eine Rad-



Am Freitag, den 2. Juni, wurde der Innsteg offiziell eröffnet.

Foto: Nimpf

und Fußgängerbrücke gebaut. Für die Kosten ist Tirol alleine aufgekommen. „Wir alle freuen uns, dass zur Urlaubssaison der kurze Weg von Bayern nach Tirol über die neue Brücke wieder möglich ist. Für das gute Miteinander rechts und links vom Inn im gesellschaftlichen und touristischen Bereich ist dieser Steg eine große Bereicherung“, freut sich auch der zweite Bürgermeister von Oberaudorf Alois Holzmaier.

ZUR SACHE

Weil die L209 Erler Straße aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste, erfolgten die Bauarbeiten in der Nacht. „Die historisch erste Brücke wurde von Erl im Jahr 1895 errichtet. Wir sind froh, dass es die Verbindung auch in Zukunft gibt“, berichtet Bgm. Aicher-Hechenberger. Bis in die 1980er-Jahre bestand dort eine Grenzbrücke samt Grenzstation und Zoll. Im Jahr 1977 wurde die Brücke im Bereich der Landesstraße von einem LKW so massiv beschädigt, dass sie für den Verkehr gesperrt werden musste. Das Jahrhunderthochwasser 1985 war dann schließlich zu viel für die Brücke und der einsturzgefährdete Übergang musste endgültig gesperrt werden.



Erls Bgm. ist froh über diese Verbindung in seiner Gemeinde.

Foto: Nimpf

Bezirksblätter

07.108. Juni 2023



Die Bürgermeister lehnten beim Gemeindegtag in Zirl am 11. Juli die Sanierung der GemNova ab. Foto: Böhm

Für alle Firmen die Insolvenz beantragt

Für weitere fünf Töchter der Gemeindeverbandsfirma GemNova wurde die Insolvenz beantragt. Die Anträge müssen aber wegen großer Mängel verbessert werden.

Innsbruck – Obwohl der Konkurs der gesamten GemNova-Gruppe schon längst erwartet wurde, so richtig rund läuft es nach wie vor nicht. Nicht einmal bei den beantragten Insolvenzen. Die Dienstleistungs GmbH und die Bildungspoolgesellschaft befinden sich bereits mit Verbindlichkeiten von 8,8 Mio. Euro in Konkurs. Die vier kleineren 100-Prozent-Töchter der GemNova (Fuhrparkmanagement, Aus- und Weiterbildungs sowie Gesundheits GmbH und Personalmanagement) haben Schulden von rund 690.000 Euro. Dazu kommt noch die Erlebnis-Filmgesellschaft, an der die GemNova mit 55 Prozent beteiligt ist. Sie weist Verbindlichkeiten von rund 200.000 Euro aus.

Für die fünf weiteren Firmen wurde jetzt ebenfalls Konkurs angemeldet, doch die Geschäftsführung erhielt einen Verbesserungsauftrag. Deshalb liegt die Insolvenz formell noch nicht vor. Es würden nämlich noch das Vermögensverzeichnis und die Gläubigerliste fehlen sowie der Kostenvorschuss in Höhe von 4000 Euro für das Verfahren. Das alles muss erst nachgereicht werden.

Indessen laufen hinter den Kulissen die Gespräche für eine Auffanglösung der rund 500 MitarbeiterInnen der Bil-

dungspoolgesellschaft. Masseverwalter Stefan Geiler und die Vertreter des Landes Tirol tauschen sich hier aus. Harsche Kritik gibt es an den Vertretern des Gemeindeverbands bzw. der GemNova-Führung, weil das Frühwarnsystem für die Mitarbeiter beim Arbeitmarktservice nicht schon am 11. Juli aktiviert worden sei. Damals scheiterte das gerichtliche Sanierungsverfahren, weil die BürgermeisterInnen nicht die notwendigen 5,2 Millionen Euro dafür zuschießen wollten. Die Schließung der Bildungspoolgesellschaft ist ebenfalls noch nicht erfolgt, weshalb es im Übergang von GemNova zum Land Tirol noch hakt.

Die Gemeinden wiederum wollen bereits wissen, wie es mit der Schulassistenten und den Freizeitpädagogen ab Schulbeginn im September aussieht. Die Struktur steht bereits, doch wegen der Verzögerungen bei der GemNova gibt es noch kein endgültiges grünes Licht. Für die betroffenen GemNova-Angestellten finden derzeit laufend Informationsveranstaltungen von Arbeiterkammer und Gewerkschaft statt. Sie bekommen ihre Gehälter für Juli und August von Insolvenzentgeltfonds, aber das dauert. Ein Sozialpaket wird deshalb gefordert. (pn)

TT, 29.07.2023

Tourismus gegen Wildwuchs von Freizeitwohnsitzen

Über die Freizeitwohnsitzpauschale sollen die Gemeinden künftig besser Freizeitwohnsitze kontrollieren können. Land stellt Daten zur Verfügung.

Von Peter Nindler und Max Strozi

Innsbruck – Allein in den vergangenen Wochen haben das Landesverwaltungsgericht und der Verwaltungsgerichtshof in Wien die Benützungsuntersagung von rund zehn illegal genutzten Freizeitwohnsitzen in Tirol bestätigt. Zum anderen wurden von den Behörden zuletzt deutlich höhere Verwaltungsstrafen verhängt. Bis zu 8000 Euro. Für die Verwaltungsgerichte ist entscheidend, ob die Wohnungen für die Befriedigung eines ganzjährigen Wohnbedürfnisses dienen und dort der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen ist. Wenn nicht, handelt es sich um einen illegalen Freizeitwohnsitz. Außer es gibt eine Widmung dafür.

16.300 genehmigte Freizeitwohnsitze gibt es im Land, dazu kommen noch rund 10.000 illegale. Für die nur in den Ferien und an den Wochenenden genutzten Immobilien wird eine Freizeitwohnsitzpauschale eingehoben. Die Einnahmen daraus betragen 2020 6,6 Mio. Euro, 2021 rund acht Millionen Euro und im Vorjahr 7,3 Millionen Euro. Die Daten dafür sollen jetzt der Schlüssel für verbesserte Kontrollen in den Gemeinden sein. Das kündigt Tourismuslandesrat Mario Gerber (ÖVP) gegenüber der *TT* an.

„Das Ziel ist es, illegale Nutzungen zu unterbinden und einen Wildwuchs zu verhindern, um verfügbaren und überwiegend leerstehenden Wohnraum jenen Menschen



16.300 genehmigte Freizeitwohnsitze gibt es in Tirol, viele Appartements werden jedoch illegal als Ferienimmobilien im Land genützt. Experten schätzen ihre Zahl auf 10.000.

Foto: Böhm

in Tirol zur Verfügung stellen zu können, die ihn als dauerhaften Wohnsitz benötigen“, betont Gerber. Deshalb habe er die Abteilung Tourismus im Land angewiesen, alle Daten, welche in Rahmen der Freizeitwohnsitzpauschale eingehoben werden, den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. „Es soll sichergestellt werden, dass alle Behörden konzentriert zusammenarbeiten, um illegale Freizeitwohnsitze noch besser ausforschen zu können. So einen Fall wie in Kitzbühel darf es aufgrund von fehlenden Daten nicht mehr geben.“

Die Tourismuswirtschaft kritisiert schon seit Jahren die



Foto: Falk

„Das Ziel ist es, illegale Nutzungen zu unterbinden und einen Wildwuchs im Land zu verhindern.“

LR Mario Gerber (ÖVP)
(Tourismusreferent)

„kalten Betten“ in den Gemeinden. Für Gerber muss die Message klar sein: „Nur mit einem Miteinander schaffen wir die künftigen Herausfor-

derungen in unserem Land – der Tiroler Tourismus bekennt sich zu diesem ‚Miteinander‘ mit der einheimischen Bevölkerung.“ Aus diesem Grund würden alle notwendigen Maßnahmen, welche in diesem Zusammenhang getroffen werden, unterstützt.

Gleichzeitig unterstreicht Gerber, dass alle Gäste in Tirol willkommen sind. „Wer in unserem schönen Land Urlaub machen will, kann dies in unseren qualitativ hochwertigen, familiengeführten Hotels machen und darf sich nicht an illegalen Freizeitwohnsitzen bedienen. Dafür habe ich und auch die Bevölkerung kein Verständnis.“

TT, 29.07.2023



MARKUS GASSLER

Tiroler Politik Inoffiziell

LH Anton Mattle muss seit Amtsantritt Krisenmanager spielen. Eine Baustelle ist die GemNova des Gemeindeverbandes von Ernst Schöpf.

Dass er am 25. Oktober 2022 Tiroler Landeshauptmann wird, damit hat Anton Mattle vor einem Jahr noch nicht gerechnet. Genauso wenig, dass er zahlreiche Baustellen erben würde. Hier ein Auszug aus dem nicht immer einfachen Erbe:

◊ 1. Wolf: Jahrelang war der Wolf ein Streitthema in Tirol, insbesondere mit den Grünen. Anfang des Jahres wurde eine Novelle des Jagdgesetzes beschlossen, die die Entnahme enorm erleichtert und weiter geht als in vielen anderen europäischen Regionen. Nun konnten schon zwei Problemwölfe entnommen werden. „Ich habe mich bei den Großraubtieren klar positioniert und schon immer eine Senkung des EU-Schutzstatus gefordert“, betont Mattle.

◊ 2. Transit: Lange Zeit haben Bayern und Tirol nicht mehr miteinander gesprochen, nun ziehen LH Mattle und Ministerpräsident Markus Söder beim Transit endlich wieder an einem Strang. „Gemeinsam mit Markus Söder und Südtirols LH Arno Kompatscher haben wir eine gemeinsame Erklärung für ein Lkw-Slot-System präsentiert. Es dürfte auch bald wieder zu einem Zusammentreffen zwischen Söder und mir kommen.“



Foto: Christof Birbaumer

Landeshauptmann Mattle und sein Baustellen-Erbe

Tiwag, GemNova, Matrei, Transit, Wolf und MCI etc. verlangen

Mattle viel ab. „Aber ich bin kein Schönwetter-Politiker“, sagt er.

◊ 3. Matrei/Osttirol: Die finanzielle Situation der Osttiroler Gemeinde war ein jahrelanges offenes Geheimnis, bei dem tatenlos zugehört wurde. Mattle hat nun eine 100%-Quote für die Gläubiger und einen Sparkurs in Matrei gefordert, damit ist die Sanierung auf Schiene. „Es fehlt nur noch die finale Zustimmung der Banken, die Gläubiger haben bereits zugestimmt“, resümiert Mattle.

◊ 4. Ferdinandeum: Lange wurde über den Umbau des Ferdinandeums diskutiert, im heurigen Frühjahr haben Teile der veralteten Klimaanlagen endgültig den Geist aufgegeben. Mattle hat den Umbau nun um 58,9 Millionen Euro aufgelegt und die Regierung hat auf seinen Antrag hin den Finanzierungsbeschluss gefasst.

◊ 5. Strompreis: Bei der Tiwag haben die Gespräche von LH Mattle Früchte getragen, damit ist der güns-

tigste Tarif aller Landesenergieversorger gesichert. Dem vorangegangen war viel öffentlicher Druck von AK, Medien (insbesondere der „Krone“) und Politik. „Damit man sich diese Diskussionen in Zukunft spart, lassen wir nun auch eine Änderung der Tiwag-Satzung prüfen“, erläutert der Tirols Landeshauptmann.

◊ 6. GemNova: Diese – an und für sich gute – Einrichtung ist laut Landeshauptmann von ganz alleine gescheitert. Sie gehört dem Tiroler Gemeindeverband, Mattle hat sich der Baustelle aber trotzdem angenommen: „Nun legt das Land einen Fokus auf die mehr als 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich habe den Auftrag erteilt, seitens des Landes weitere Schritte vorzubereiten und sich insbesondere mit den Auswirkungen des Wegfalls der Bildungspool Tirol GmbH auseinanderzusetzen.“

◊ 7. MCI: Auch das ist eines der faulen Eier, das Mattle geerbt hat. Doch darum hat sich mittlerweile SP-Obmann LHStv. Georg Dornauer gekümmert.

Mattles Fazit: „Mit einem neuen Amt erbt man auch offene Baustellen, wie die GemNova, die Tiwag oder Matrei. Das ist in der Politik ganz normal. Denn eine Periode ist kein geschlossener Zeitraum, wo man einfach auf Stopp drücken kann. Im Gegenteil, als Landeshauptmann sehe ich es als meine Aufgabe, diese Baustellen zu beenden. Ich bin kein Schönwetterpolitiker, im Gegenteil. Ich schrecke nicht davor zurück, unangenehme Dinge anzusprechen und anzugreifen. Diese Dinge gehören unaufgeregt gelöst. Für mich müssen die offenen Baustellen noch im ersten Jahr erledigt sein und da sind wir auf einem guten Weg“, erklärt Mattle auf „Krone“-Nachfrage.

Wenn Politiker die Gier packt

Immer mehr dubiose Immobilien-Deals von Bürgermeister Alfred Riedl werden bekannt. Wie er seine Position ausnutzte. Warum sich Gier, Geschäft und Politik nicht vertragen.

Die Zahl 70 steht wohl eindrucksvoll für die Gier des Alfred Riedl. 70-mal findet sich der Name des ÖVP-Bürgermeisters von Grafenwörth im Grundbuch seiner Heimatgemeinde. Dem Immobilien-Tycoon gehören Wälder, Wiesen, Baugründe, Weingärten, Wohnungen. Das hat die „Wiener Zeitung“ akribisch recherchiert. Bezahlt hat Riedl dafür oft nur einen Pappenstiel. Die Rendite dagegen war traumhaft, weil er seine Position als Bürgermeister nutzte, um Felder in Baugründe – also in Gold – umzuwidmen.

Zwar ist vieles legal, aber die Optik ist fatal

Zwar sei alles „juristisch legal“ abgewickelt worden, aber die Optik des gierigen Bürgermeisters ist fatal. Trotz lauter Rufe nach einem Rücktritt stellte er das Amt als Präsident des Gemeindebundes nicht zur Verfügung, sondern vorerst „nur“ ruhend. Schuldeinsicht null, obwohl Riedl etwa vor Steuern und Abgaben alleine mit den Verkäufen von vier Grundstücken im Zuge des Wohnbauprojekts „Sonnenweiher“ rund eine Million Euro verdiente. „Krone“ und



Krone KREATIV
Fotos: stock.adobe.com,
Christoph Birbaumer, Imre Antal

„profil“ deckten diesen Deal schon 2021 auf. Damals bestritt Riedl das frühe Insider-Wissen zu dem Projekt noch vehement.

Fakt ist aber, dass er zwei Grundstücke um mehr als 400.000 Euro über Wert ersteigerte und im Aufsichtsrat der Niederösterreichischen Versicherung sitzt, der wiederum 74 Prozent jener Bau-firma gehören, die das um-

strittene „Mini-Dubai-Projekt“ umsetzte.

Jahrelang ging Riedl auf die Barrikaden, damit die Flächenwidmungskompetenz den Bürgermeistern nicht entzogen wird. Warum wohl? Das hätte sein Geschäftsmodell zerstört.

Enttäuscht das nicht, hat das nicht Auswirkungen auf das Ansehen von Staat, Politik und Demokratie? „Abso-

lut“, sagt Politikanalyst Thomas Hofer. „Die Causa Riedl hat das Potenzial, alle Vorurteile über Gier in der Politik und den Eindruck, dass sich’s die da oben richten, zu bestätigen. Deshalb musste die ÖVP die Reißleine ziehen, sonst wäre das Thema Freunderlwirtschaft ein Jahr vor der Wahl zum Fortsetzungsroman geworden.“

N. Frings, I. Metzger

EX-POLITIKER, DIE ÜBER DIE GIER STOLPERTEN

Fotos: ORF, REUTERS,
Reinhard Holl

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Letzte Generation blockiert mittlerweile fast alles – außer unsere Regierung. Die blockiert sich nämlich selbst.



KARL-HEINZ GRASSER
Der Ex-Finanzminister beteuert seine Unschuld, das Urteil mit sieben Jahren Haft ist nicht rechtskräftig. Es geht um eine 2,4-Mio.-€-Provision zum Buwog-Deal.



ERNST STRASSER
Auch der Ex-Innenminister stolperte über ein Video, in dem ihm über zwei Lockvögel 100.000 Euro geboten wurden. Er büßte eine Haftstrafe ab.



HC STRACHE
Ein dickes Spesenkonto, ein Mietzuschuss von 2500 Euro. Das Ibiza-Video schadete Strache im Ansehen weniger als seine Spesenaffäre.

Ein Schnitzel mit dem Bürgermeister zieht nicht mehr

Ist die Jungbürgerfeier tot? Tirols Gemeindepräsident sagt Ja, in Innsbruck wird es heuer keine geben. In anderen Gemeinden funktioniert es.

Von Matthias Reichle

Innsbruck, Sölden, Matriel a. Brenner – „Jungbürgerfeiern sind aus der Zeit gefallen“ – so sieht es jedenfalls der Tiroler Gemeindepräsident und Söldner Bürgermeister Ernst Schöpf. Es gebe Dinge, die funktionieren nicht mehr. „Die Lebensrealität der Jungen ist eine andere geworden.“

Sind Jungbürgerfeiern antiquarisch? Diese Frage stellt sich nicht erst seit einigen Tagen – da wurde bekannt, dass die Gemeinde Zams ihr Fest vorläufig abgesagt hatte, nachdem sich nur etwas mehr als zehn Prozent der Geladenen angemeldet hatten. Im Netz wurde heftig diskutiert. „Gratis essen und trinken in guter Gesellschaft ist heutzutage leider kein Anreiz mehr“, meinte ein Leser. Ein anderer sah die Ursache darin, dass die Jungen „lieber TikTok-Videos machen“, „da müssten sie ja aufstehen und das Handy/die Playstation weglegen“, meinte ein dritter.

In Sölden habe man seit zehn Jahren keine Jungbürgerfeier mehr durchgeführt, so Schöpf. Er kann sich noch an seine eigene erinnern. „Bei uns war es klassisch“, es gab einen Vortrag und dann eine „schneidige Musik und einen heillosen Suff“. Heute gebe es bei den Jungen eine Sättigung. Ein Schnitzel mit dem Bürgermeister ziehe nicht mehr. Schöpf rät dazu, es sein zu lassen. Kollegen hätten schon alles Mögliche probiert.

Auch in der Stadt Innsbruck wird es heuer keine Jungbürgerfeier mehr geben. Vor Corona war das ein fixer Bestandteil. Aber nicht wegen



Die Jungbürgerfeier in Matriel tanzt aus der Reihe – sie kam richtig gut an bei den Jungen.

Foto: Gemeinde Matriel

mangelnder Teilnehmerzahlen, wie Stadträtin Christine Oppitz-Plörer erklärt. Man werde sich heuer vielmehr auf die Einrichtung des Jugendbeirats konzentrieren.

Die Jungbürgerfeier habe sich in den letzten 20 Jahren durchaus verändert – von einem Essen in der Messe über ein Musical im Landestheater bis hin zu Filmvorführungen im Metropol. Eine Herausforderung stelle dar, dass seit einigen Jahren auch die 16-Jährigen dazugekommen sind. Mit klassischen politischen Vorträgen erreiche man die Jugendlichen nicht mehr, sagt Oppitz-Plörer. In Innsbruck habe man auch Verlosungen

(etwa ein Freizeitticket) und Tombolas durchgeführt.

Ist die klassische Jungbürgerfeier nun tot? Könnte man meinen. Der Matrieler Bürgermeister Patrick Geir tritt den Gegenbeweis an. Das Programm seiner Jungbürgerfeier im vergangenen Jahr: Festmesse, Umzug, Rede von Alt-Caritas-Chef Georg Schärmer, Essen und Musik. Auch über das überreichte Tiroler Jungbürger-Buch hätten sich die Teilnehmer gefreut – und das, obwohl noch Landeshauptmann Günther Platter und nicht Toni Mattle darin abgebildet war.

Trotzdem sind in Matriel knapp 90 junge Gemeindebür-

ger der Einladung gefolgt. Geir ist klar, dass das Programm nicht „Tomorrowland Matriel am Brenner“ war – also topmodern. Der Fokus sei aber schon auf dem Partymachen gelegen. „Ganz konservativ war der Abend nicht.“

Auch aufgrund der Gemeindefusion im Vorfeld sei die breite Teilnahme ein schönes Zeichen gewesen. „Die einen waren in Lederhose und Dirndl, die anderen kamen in Baggy Jeans und bauchfrei.“ Die Gemeinden sollen sich weiter um die Jungbürgerfeier bemühen. Auch in Matriel habe es im Vorfeld einige Anstrengungen gegeben, sie gut zu bewerben.

TT, 31.07.2023

Opposition an Mattle: „Das ist politische Kindesweglegung!“

Dass der Landeshauptmann alle seine Probleme nur geerbt haben will, wollen Liste Fritz und FPÖ nicht so recht glauben

Der „Krone“-Bericht über die geerbten politischen Erben von LH Anton Mattle in der Sonntags-„Krone“ hat erwartungsgemäß für Diskussionen gesorgt. Nicht nur an den Stammtischen, auch innerhalb der Landespolitik. „Es ist geradezu frech, wenn sich Landeshauptmann Mattle jetzt als obersten Baustellen-Koordinator Tirols inszeniert und dabei verschweigt, dass seine ÖVP jede einzelne dieser Baustellen aufgerissen hat“, ärgert sich etwa Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Landtag.

Seit Jahrzehnten schaffe die ÖVP in der Tiwag an, seit Jahren hat sich der VP-Bauernbund gegen eine Entschärfung der Wolfsproblematik gewehrt, für die millionenteuren Finanz-Desaster in Mauterndorf und bei der GemNova sind ÖVP-Langzeitbürgermeister wie Andreas Köll und Ernst Schöpf hauptverantwortlich. „Sie sind Täter und die ÖVP-dominierte Landesregierung und der Landeshauptmann sind



Fotos: Christof Birbaumer

Sint (oben) und Abwerzger sehen Mattle als Mitschuldigen

Mittäter“, ist Sint überzeugt. Das System ÖVP habe Transparenz blockiert und auf die notwendige Kontrolle gepfiffen. „Sonst kann es nicht sein, dass beispielsweise die GemNova zwölf Jahre lang nie einen Aufsichtsrat und nie einen Betriebsrat hatte, bei mehr als 600 Mitarbeitern! Für diese ÖVP-Misswirtschaft zahlen jetzt die Tiroler die Zeche“, sagt Sint.

FPÖ-Chef Markus Abwerzger spricht von politischer Kindesweglegung“ –

es klinge so, als wäre Mattle erst seit Oktober 2022 politisch aktiv. Mattle sei am Tiwag-Desaster vielmehr mitschuldig. „Er soll jetzt keine politische Kindesweglegung betreiben, denn er war Tiwag-Aufsichtsratsvorsitzender in einer Zeit, wo sich die dramatische Entwicklung am Strommarkt längst abgezeichnet hat“, sagt Abwerzger, der vermutet, dass Mattle auch über die drohenden GemNova-Misere Bescheid wusste. Markus Gassler

Bär im Unterland: Abschuss nicht auszuschließen

Jäger und Bürgermeister mit klarer
Haltung. Land nimmt Sorgen ernst.

Groß dürfte der Schock bei der Reiterin gewesen sein, die vergangene Woche in Breitenbach auf einen Braunbären gestoßen war. Wenig später gab es auch eine Meldung über eine Sichtung im unweit entfernten Langkampfen. „Ich bin unter den Leuten gewesen und die Beunruhigung spürt man auf jeden Fall. Das Tier gehört nicht hier her“, stellt BM Andreas Ehrenstrasser klar. Bereits 2022 hatte man eine ähnliche Situation und auch „Bruno“ machte vor einigen Jahren Halt.

Einen Schritt weiter denkt Landesjägermeister Anton Larcher: „Wenn sich Bären an den Menschen gewöhnen, gibt es bei uns kaum mehr Plätze, wo er in Ruhe leben kann. Dann kann es ein gefährliches Tier werden.“ Er betont zudem, dass es wichtig sei, die Vermehrung der in Tirol ansässigen Bären und auch Wölfe zu managen, um Konflikte zwischen ihnen und Menschen zu

vermeiden: „Denn was sonst passiert, haben wir im Trentino gesehen.“

Land nimmt Sorgen ernst, Abschuss möglich

Auch dem Land Tirol blieb die aktuelle Meldung nicht verborgen. Auf Nachfrage heißt es, dass man bei „unklaren Bärensichtungen versucht, mit den Beobachtern Kontakt aufzunehmen, um ein möglichst genaues Bild über die Begegnung zu bekommen.“ Weitere Sichtungen aus der Region gäbe es bis dato keine.

Ob es, wie beim Wolf, zum Abschuss kommt, hält LHStv. Josef Geisler offen: „Wir nehmen die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst und beobachten die Lage. Sollte sich abzeichnen, dass von einem Bären eine unmittelbare Gefahr für Menschen ausgeht, werden wir eine Abschussverordnung erlassen.“ Zugleich gibt er zu bedenken, dass die FFH-Richtlinie dem Land hier noch engere Fesseln anlegt als beim Wolf. M.O.

Bär verfolgte eine Reiterin

Von Wolfgang Otter

Breitenbach a. I. – Dramatische Minuten erlebte am Donnerstag eine Reiterin aus dem Unterland auf einem Forstweg in Breitenbach. Die Frau war gegen 15 Uhr im Bereich der Jocher Kapelle, östlich des Berglsteinersees, unterwegs. Das Gebiet ist bei Wanderern, aber auch bei Reitern sehr beliebt. Dem Breitenbacher Vizebürgermeister Adi Moser hat die Unterländerin den Vorfall geschildert, wie er erzählt. „Ihr Pferd ist plötzlich stehen geblieben und wollte nicht mehr weitergehen.“ Es habe einen bestimmten Punkt im Unterholz fixiert. Als die Frau die Stelle genauer beobachtete, sah sie zu ihrem Schreck den Bären.

„Sie drehte ihr Pferd um, als sich der Bär aufrichtete und zu fauchen begann“, berichtet Moser weiter. Daher trieb die Unterländerin ihr Pferd an und ergriff die Flucht, wobei sie einige Zeit vom Bären verfolgt wurde, wie sie dem Vizebürgermeister erzählt habe. „Sie hatte dann Arbeit, dass sie ihr Pferd halten konnte, weil es zu steigen begann“, erzählt Moser.

Ursprünglich war in Breitenbach von einer jungen Wanderin die Rede gewesen, die vom Bären überrascht worden und dann davongelaufen sei.

Dass der Vorfall überhaupt bekannt wurde, ist ebenfalls Adi Moser zu verdanken. Er hat eine Veröffentlichung auf der Homepage der Gemeinde

TIROL

Von Bär verfolgt. Eine gefährliche Begegnung mit einem Bären hatte eine Reiterin in Breitenbach. Als sie flüchtete, verfolgte er sie. **Seite 10**



In Breitenbach ist ein Braunbär unterwegs. Symbolfoto: Böhm

Im Bereich Berglsteinersee kam es zu einer gefährlichen Begegnung: Plötzlich stand ein Bär vor einer Reiterin.



Ein Braunbär ist im Bereich Berglsteinersee unterwegs.

Foto: Symbolfoto: iStock/Henk Bogaard

veranlasst, samt Hinweisen für richtiges Verhalten bei einer Begegnung. „Ich wollte keine Panik verbreiten, aber die Leute warnen. Sie sollten auf alle Fälle vorsichtig sein.“ Immerhin wird das Ge-

biet stark von Wanderern und Reitern frequentiert.

In Breitenbach war es die erste Bärensichtung, wie Moser erzählt. Es seien bislang auch keine Nutztiere durch einen Beutegreifer zu Schaden

gekommen.

Bislang war ein Bär in Brandenburg gesichtet und nachgewiesen worden. Der dürfte jetzt in Richtung Inntal marschiert und dabei der Reiterin begegnet sein.

TT 16. Juli 2023

Mit Kaiserweis ist „alles Käse“

Die Region Kaiserwinkl und Untere Schranne sollen zur „Käseregion“ werden.

CHRISTIANE NIMPF

BEZIRK. In den Regionen Kaiserwinkl und Untere Schranne gibt es 15 käseproduzierende Betriebe. Diese enorme Dichte an Käsereien ist einzigartig in Österreich. Nicht nur deshalb hat man die „Käseregion Kaiserweis“ ins Leben gerufen. In Kooperation mit dem Regionalmanagement KUUSK und den beiden Tourismusverbänden (Kufsteinerland und Kaiserwinkl) hat man es sich zum Ziel gesetzt, einen gemeinschaftlichen Auftritt und eine Kooperation der einzelnen Betriebe zu ermöglichen. Der Auftakt-Workshop zu dem Projekt fand bereits im Juni statt. Finanziell gefördert wird der Aufbau der „Käseregion“ durch Land, Bund und die Europäische Union. „Dieses Zusammenspiel aller regionalen Akteure ist ein bedeutender Mehrwert der Käseregion“, betont Josef Ritzer, Obmann des Regionalmanagements KUUSK. Denn nicht nur die Käsebetriebe, sondern auch die Konsumenten, die Gastronomie sowie auch die Tourismuswirtschaft würden von der Heumilch geprägten Heimat profitieren, so Ritzer.

Käse und Kultur

In der „Käseregion“ gibt es eine kulinarische Landkarte. Diese besteht aus Haubenküchen, Hausmannskost und erlesenen Bioprodukten. „Kultur



Ein gemeinschaftlicher Auftritt und die Kooperation der einzelnen Betriebe sind das Ziel der „Käseregion“.

Foto: Nimpf

und Kulinarik lassen sich nicht trennen“, sagt Sabine Mair, Geschäftsführerin des TVB Kufsteinerland. So sei für Mair eine ehrlich gelebte Kulinarik jene Esskultur, die sich nicht davorscheut, sich neu zu erfinden und dennoch untrennbar mit der Bergwelt verbunden bleibt, aus der sie hervorgeht. Vor allem auch durch den einzigartigen Heumilchkäse und die Innovationskraft der regionalen Produzenten habe sich das Thema Kulinarik zu einem Schwerpunkt in der touristischen

Wahrnehmung in der Region entwickelt, ergänzt Thomas Schönwalder, Geschäftsführer des TVB Kaiserwinkl.

Hoher Exportwert

Auch der wirtschaftliche Aspekt ist ein großer, den das Produkt Käse in der „Käseregion“ darstellt. „Die Käsewirtschaft ist direkt mit jener der Milch verbunden und deshalb ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der heimischen Landwirtschaft“, unterstreicht Michael Jäger, Vorstand im Verein „Kaiserweis“. So würde neben dem hohen Pro-Kopf-Konsum von Käse innerhalb der Landesgrenzen der Käse einen Exportwert von 661,5 Millionen Euro verzeichnen. Damit sei das Produkt Käse das wichtigste Außenhandelsprodukt, insbesondere am deutschen Markt, ergänzt Jäger. Zudem wird mit den kurzen Transportwegen innerhalb der Region die Nachhaltigkeit schon seit jeher gelebt.



„Kultur und Kulinarik lassen sich nicht trennen“, so Mair.

Foto: Nimpf

Polizeiinspektion ist unter neuer Führung

NIEDERNDORF. Die Polizeiinspektion Niederndorf und deren Führung liegt nun in den Händen des neuen Inspektionskommandanten Josef Stöfan. Landespolizeidirektor Helmut Tomac übergab am 12. Juni 2023 gemeinsam mit dem Bezirkspolizeikommandanten von Kufstein, Mjr Karl Kraus, das Bestellungsdekret. Gleichzeitig gratulierten die beiden dem Beamten zu seiner neuen und verantwortungsvollen Führungsaufgabe. KontrInsp Josef Stöfan trat am 1. Dezember 2005 in die Bundesgendarmerie ein und vollendet im Dezember 2023 sein 18. Exekutivdienstjahr.



H. Tomac, J. Stöfan und K. Kraus (v.l.) freuen sich. Foto: LPD Tirol/Gruber

Drei Gewinner dank der Sanierung prämiert



Josef Ritzer, Katharina Spöck, Anton Baumgartner (1. Preis), Clemens Bretterklieber (2. Preis) und Stefan Haas (3. Preis v.l.). Foto: Regionalmanagement KUUSK

KUFSTEIN, BEZIRK. Kürzlich ging der erste Sanierungswettbewerb der Region KUUSK über die Bühne. Dazu hat die Klima- und Energiemodellregion (KEM) am 6. Juni die drei Preisträger ausgezeichnet. Zudem erhielten dabei rund 25 Interessierte, welche ihre Eigenheime in naher oder ferner Zukunft sanieren möchten, bei der Preisverleihung Tipps und fachliches Wissen zum Thema Sanieren von Experten.

Drei Sieger-Projekte

Im Zeitraum von Dezember 2022 bis März 2023 konnten die verschiedenen Sanierungsprojekte per Fragebogen bei der KEM KUUSK eingereicht werden. Anschließend wurden die eingereichten Projekte von einer Fach-Jury, bestehend aus Energieagentur Tirol, FH Kufstein, Architekturbüro Melichar und Planungsbüro Lusser, begutachtet und bewertet. Drei Einfamilienhäuser aus den Gemeinden Niederndorferberg, Langkampfen sowie Kufstein wurden mit Preisen ausgezeichnet. Das Haus des Erstplatzierten wurde im Jahr 1900 erbaut und 2021 umfassend und thermisch saniert. „Viele Gewerke wirken effektiv zusammen. Wir haben exzellente Professionisten in der Unteren Schranne, die unsere Sanierung sehr kompetent umgesetzt haben“, betont der Preisträger Anton Baumgartner aus Niederndorferberg.

„Warten auf Sanierung“

„Energetische Standards, die bei Neubauten bereits selbstverständlich sind, werden im Bestand bei Weitem nicht erreicht. Der Sanierungswettbewerb zeigt, wie

dieser wichtige Beitrag für unser Klima und die eigene Wohn- und Lebensqualität umgesetzt werden kann“, betont Josef Ritzer, Obmann der KEM und des Regionalmanagements KUUSK. „Vor allem Gebäude, die zwischen 1960 und 2000 errichtet worden sind, warten aktuell darauf, saniert zu werden“, bestätigt Christian Huber, Studiengangleiter der FH Kufstein. Sollte man sich nun die Frage stellen, ob zuerst das Gebäude gedämmt oder die Heizung getauscht werden sollte, dann gilt folgender Grundsatz: Die Gebäudedämmung begünstigt den Heizungsaustausch. Dass dieses Projekt nicht mit einem einfachen Weg verbunden ist, wissen die Preisträger des Wettbewerbes.

Sanierungsförderungen

Die erhöhten Sanierungsförderungen des Bundes stellen in diesem Jahr einen besonderen Anreiz dar. Mit der aktuellen Kampagne des Klimaschutzministeriums „Österreich ist nicht ganz dicht“ werden Bundesförderungen in der Höhe von bis zu 14.000 Euro angeboten. Falls neben der thermischen Gebäudesanierung auch das fossile Heizsystem durch ein klimafreundliches ersetzt wird, so kann dafür ein extra Antrag für „Raus aus Öl und Gas“ gestellt werden. Außerdem gibt es die bestehenden Förderungen für Sanierungen und Heizungstausch über die Tiroler Wohnhaussanierung abzuholen. Bei einer umfassenden thermisch-energetischen Sanierung gibt es so beispielsweise einen Ökobonus von 8.800 Euro oder beim Einbau eines klimafreundlichen Heizsystems 3.000 Euro.

Mit ‚2 FLOW‘ in den

„2 FLOW“ heißt das neue Sommerprogramm für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 16 Jahren.

CHRISTIANE NIMPF

KUFSTEIN, BEZIRK. Viele Kinder und Jugendliche freuen sich diesertags ganz besonders, denn die Sommerferien stehen vor der Tür. Diese können schon so manches Mal „zu lange“ sein, vor allem oft für die Eltern. Deshalb gibt es jetzt ein neues Kinder- und Jugendprogramm „2 FLOW“ in der KUUSK-Region. Mit den verschiedenen Workshops können Kinder und Jugendliche zwischen sechs und 16 Jahren in den Sommer starten. Neben Altbewährtem, wie Trickfilm, Upcycling und Schreibwerkstatt, kommen Themen wie Digitalisierung, Biodiversität, Wirtschaft und viele weitere dazu.

Früher „sommer:KIK“

„2 FLOW“ heißt das Nachfolgeprojekt von „sommer:KIK“. Mit dem neuen Namen soll jetzt terminlich und inhaltlich größer gedacht werden. Schon früher hat sich der große Bedarf an außerschulischen Aktivitäten gezeigt. Weil sich damals schon herausgestellt hatte, dass auch die umliegenden Gemeinden nach einer Ferienbetreuung suchen, hat man mit „2 FLOW“ das Einsatzgebiet auf die gesamte KUUSK-Region ausgedehnt. Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied im Regionalmanagement Birgit Obermüller weiß, dass das Programm schon bei „sommer:KIK“ immer vielfältiger geworden ist. „Oft haben die jungen Menschen bei den Workshops auch versteckte Talente entdeckt. Im besten Fall finden sie Gefallen an handwerklichen Lehrberufen und Fertigkeiten“, erzählt Obermüller. Die Workshops werden nun fächerübergreifender

stattfinden und auch Digitalisierung soll verstärkt eingebaut werden. So soll ein komplett neuer Bildungsansatz ausprobiert werden.

Pädagogischer Ansatz

Projektleiter von „2 FLOW“ ist Peter Holzknicht. Mit dieser Funktion hat er die Aufgabe, Programm und Team für die Umsetzung in den Jahren 2023 und 2024 aufzustellen. Der Imker arbeitet seit nunmehr acht Jahren als Lehrer und für ihn ist der pädagogische Ansatz besonders wichtig. Im Rahmen von „sommer:KIK“ hat er auch schon einige Workshops mit Bienen veranstaltet, was bei den jungen Menschen sehr gut angekommen sei, wie er erzählt. „Es braucht zusätzlich zu unserem Schulsystem ein vernünftiges Programm, bei dem Kinder und Jugendliche mit den Händen selbst etwas leisten können. Kein theoretischer Ansatz, sondern ein

Sommer starten

praktischer. Zudem geht es dabei auch sehr viel um soziale Kompetenz, das Arbeiten miteinander“, so Holzknicht. An die Erfolgsgeschichte von „sommer:KIK“ will man natürlich anknüpfen.

„Dabei sollen Wissen und Fähigkeiten der Teilnehmenden ausgebaut werden, um ihnen bereits Einblicke in spätere Berufsfelder geben zu können“, ergänzt Markus Gwiggner, Obmann des Vereins Innovationsplattform Kufstein, der das Projekt ebenfalls unterstützt.

Zukunftspläne von „2 FLOW“

Die Workshops werden altersgruppengerecht eingeteilt und mit verschiedenen Aufgabenfelder bearbeitet. Gefördert wird „2 FLOW“ zu 70 Prozent über das Leader-Programm von Land, Bund und EU. Angedacht wäre es zudem, dass die Workshops nicht mehr nur im Sommer stattfinden, sondern als Nachmittagsbetreu-



„2 FLOW“ (früher „sommer:KIK“) wird das neue Sommerprogramm in der KUUSK-Region für Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 16. Foto: Nimpf

ung etabliert werden sollen.

„Wünschenswert wäre es, wenn wir in Kufstein den Grundstein legen, dass man aus diesem Programm ein wachsendes, sinnvolles Nachmittagsprogramm entwickeln kann, bei dem das Interesse der Schüler geweckt wird und sie für das Leben auch etwas mitnehmen können“, erzählt Markus Gwiggner über die Zukunftspläne von „2 FLOW“. Geplant sind weitere Workshops im Frühling und im Herbst.

Anmeldungen

Die Kurse starten am 8. Juni und sind bis 25. August geplant. Das Programm soll laufend erweitert werden, voraussichtlich werden bis spätestens drei Wochen vor Beginn des Workshops die Termine online bekannt gegeben. Die Kursbeiträge variieren je nach Dauer und liegen zwischen 25 und 45 Euro. Anmeldungen per Mail an kik@rm-kuusk.at. Weitere Informationen und Termine gibt es auf der Webseite www.rm-kuusk.at.

Mit Dienst viermal

Bei der Generalversammlung des SGS Untere Schranne wurden die Leistungen des letzten Jahres aufgezeigt.

CHRISTIANE NIMPF

EBBS. Der Sozial- und Gesundheitssprengel (SGS) Untere Schranne hielt vor Kurzem seine ordentliche Generalversammlung im Seniorentageszentrum Ebbs ab. Dabei wurden alle Teilnehmer der Versammlung, darunter auch die Bürgermeister von Ebbs, Niederndorferberg, Erl und Retenschöss, über die Aktivitäten, Entwicklungen, Herausforderungen und die Finanzgebarung des Vereins informiert.

Zahlen im vergangenen Jahr

Knapp 20.000 geleistete Pflege- und Betreuungsstunden verzeichnete der Sozialsprengel allein im



Der neue Vorstand inklusive Rechnungsprüfer des Sozial- und Gesundheitssprengels Untere Schranne.

Foto: Sozialsprengel Untere Schranne

letzten Jahr. Derzeit werden 217 Klienten betreut. Mit dem Dienstfahrzeug wurde so etwa vier Mal die Erde umrundet, was einer Summe von 160.000 gefahrenen Kilometern entspricht. Die Angebote des Seniorentageszentrums haben zirka 1.450 Besucher in Anspruch genommen. 18.600 Portionen Essen wurden im letzten Jahr im Bereich „Essen auf Rädern“ im Zustellgebiet Untere Schranne ausgeliefert, was ausschließlich durch ehrenamtliche

Mitarbeitern erfolgt. „Wir sind in der glücklichen Lage, auf 67 ehrenamtliche und 41 hauptamtliche, verlässliche und engagierte Kollegen zugreifen zu können. So können wir an 365 Tagen im Jahr ein zuverlässiges und professionelles Angebot anbieten“, so GF Alexander Ganster.

Ein vielfältiges Angebot

Das Pflegen und die Betreuung der Menschen sind die Kernkompetenz des SGS Untere Schranne.

um die Erde

Zudem betreibt dieser seit 2010 auch ein Senioren-Tageszentrum. Seit 2014 engagiert man sich im Bereich des betreuten Wohnens. Dafür hat man die Betreuung mit Jänner 2023 intensiviert, umgestellt und erweitert. Auch drei „Community Nurses“ sind seit dem letzten Jahr Teil des Teams. Sie sind Gesundheits- und Pflegefachberater, die vorsorglich und beratend der zu pflegenden Zielgruppe, aber auch deren Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Neuwahl des Vorstandes

Bei der Generalversammlung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Franz Bittersam steht weiterhin als Obmann zur Verfügung und wird durch Helga Glaser vertreten. Burgi Neuschmid wurde zur Schriftführerin gewählt, ihre Stellvertreterin Irem Koca. Als Kassierin fungiert für eine weitere Funktionsperiode Silvia Hauser,

mit Hubert Leitner als Stellvertreter. Außerdem wurde im Zuge der Generalversammlung Dr. Andrea Ganster als ärztliche Vertretung in den Vorstand bestellt. Josef Hallinger wurde gemeinsam mit Johann Georg Miller zum Rechnungsprüfer gewählt. Darüber hinaus wurde Peter Kitzbichler zum Ehrenmitglied ernannt.

Jubiläen

Auch die Jubiläen fanden bei der Generalversammlung ihren Platz und wurden würdig zelebriert. So wurden ehrenamtliche und hauptamtliche Kollegen für 10-jährige, 15-jährige und 20-jährige Zugehörigkeit geehrt. „Wir können sehr stolz auf unseren Sprengel sein. Der beeindruckende Leistungsbericht zeigt die vielfältigen Aufgaben und Einsatzbereiche des Sprengels“, freute sich auch der Bgm. der Standortgemeinde Ebbs, Josef Ritzler, über die erbrachten Leistungen des SGS.

Neuwahl beim Sozial- und Gesundheitssprengel Untere Schranne

Kürzlich fand die ordentliche Generalversammlung des Sozial- und Gesundheitssprengels Untere Schranne in den erweiterten und umgebauten Räumlichkeiten des Seniorentageszentrums in Ebbs statt. Die Teilnehmer wurden über die Aktivitäten, Entwicklungen, Herausforderungen sowie die Finanzgebarung des Vereins informiert. Beim Sprengel wurden im vergangenen Jahr knapp 20.000 Pflege- und Betreuungsstunden geleistet, aktuell werden 217 Klienten betreut. Mit den Dienstfahrzeugen des Sprengels wurden in Summe ca. 160.000 Kilometer gefahren, ca. 1.450 Besucher nahmen die Angebote des Seniorentageszentrums in Ebbs in Anspruch. Im Bereich „Essen-auf-Rädern“ wurden 18.600 Portionen Es-



Der neue Vorstand des Sozial- und Gesundheitssprengel Untere Schranne. Foto: Sozialsprengel Untere Schranne

sen im Zustellgebiet der Unteren Schranne ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeiter ausgeliefert.

Im Zuge der Generalversammlung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. So steht Franz Bittersam weiterhin als Obmann zur Verfügung und wird durch Helga Glaser vertreten. Zur Schriftführerin wurde Burgi Neuschmid mit ihrer Stellvertreterin Irem

Koca für die neue Funktionsperiode gewählt. Silvia Hauser fungiert als Kassierin mit ihrem Stellvertreter Hubert Leitner. Im Zuge der Generalversammlung wurde Dr. Andrea Ganster als ärztliche Vertretung in den Vorstand bestellt.

Zudem wurde Peter Kitzbichler für sein jahrzehntelanges Engagement zum Ehrenmitglied ernannt.



Die Projektpartner und die Käseproduzenten setzen auf die „Käseregion Kaiserweis“. Foto: Wundara

Kaiserweis forciert gemeinsame

Käseregion

Ziel des Vereins Kaiserweis mit seinen knapp 60 Mitgliedern ist es, Betriebe der Region bei der Präsentation und der Vermarktung von hochwertigen, regionalen Produkten und Leistungen zu unterstützen, vorhandene Ressourcen zu bündeln und Gastronomie, Tourismus und Konsumenten zu vernetzen. Jetzt soll zusätzlich die „Käseregion Kaiserweis“ etabliert werden.

Käse hat in den Regionen Kaiserwinkl und Untere Schranne im Kufsteinerland eine lange Tradition, 15 Betriebe produzieren Käse und stellen insgesamt mehr als 60 verschiedene Käsesorten her. In Kooperation mit dem Regionalmanagement KUUSK sowie den Tourismusverbänden Kufsteinerland und Kaiserwinkl wird jetzt eine gemeinsame Käseregion forciert. Die Teilnehmer des Auftakt-Workshops im Juni definierten dabei ein klares Ziel: Einen gemeinschaftlichen Auftritt sowie eine Kooperation der Betriebe. Am Beispiel von Kaiserweis wird mit der Käseregion ein Netzwerk für die gemeinsame Vermarktung geschaffen, ohne die Individualität der einzelnen Sennereien und käseproduzierenden Betriebe einzuschränken. „Dieses Zusammenspiel aller regionalen Akteure ist ein bedeutender Mehrwert der

Käseregion“, betont der Ebbser Bgm. und RM-KUUSK-Obmann Josef Ritzer: „Denn nicht nur die Käsebetriebe, sondern auch die Konsumenten, die Gastronomie und die Tourismuswirtschaft sowie Einheimische und Gäste profitieren von der durch die Heumilchwirtschaft geprägten Heimat.“ Aus diesem Grund unterstützen sowohl die zwölf Gemeinden des RM KUUSK als auch die beiden Tourismusverbände das Projekt. „Wir haben eine irrsinnig große Dichte an Kleinkäsereien, Käse ist in unserer Region ein Kulturgut“, freut sich Evi Lechner, zuständig für Koordination & Entwicklung des Verein Kaiserweis, auf das Projekt. „Der Kaiserwinkl wird alles unternehmen, um dieses Projekt zu unterstützen. Vor allem durch den einzigartigen Heumilchkäse und die Innovationskraft der regionalen Produzenten hat sich das Thema Kulinarik auch zu einem Schwerpunkt in der touristischen Wahrnehmung in der Region entwickelt“, so Thomas

Schönwälder, GF TVB Kaiserwinkl.

Michael Jäger, Bezirksobmann der LK Tirol/Kufstein, Vorstand im Verein Kaiserweis und gleichzeitig Käseproduzent, unterstreicht zudem den wirtschaftlichen Faktor, den das Produkt Käse für die Region darstellt: „Die Käsewirtschaft ist direkt mit jener der Milch verbunden und deshalb ein wichtiger Wirtschaftsfaktor der heimischen Landwirtschaft. Neben dem hohen Pro-Kopf-Konsum von Käse

innerhalb der Landesgrenzen ist das Produkt Käse mit einem Exportwert von € 661,5 Mio. das wichtigste Außenhandelsprodukt, insbesondere am deutschen Markt.“

Für die „Käseregion Kaiserweis“ stehen insgesamt € 90.000,- (Personal und Marketing) zur Verfügung. Finanziert wird das Projekt mit einer 70-prozentigen Leader-Förderung sowie 30 % Eigenmittel (jeweils 1/3 TVB Kufsteinerland, TVB Kaiserwinkl sowie die Gemeinden der Kuusk-Region).

KUFSTEINBLICK 26. Juli 2023

Bedarf an Kinderbetreuung? Funkstille in 26 Kommunen

34 Gemeinden ließen Landes-Frist für gesetzliche Bedarfserhebung verstreichen, acht davon meldeten jedoch nach. WKÖ-Boss Mahrer in Kritik.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Über die Gründe kann derzeit bestenfalls spekuliert werden. Fakt ist: Auch Tage nach Ablauf jener Frist, welche das Land den 277 Tiroler Gemeinden gesetzt hatte, um ihren künftigen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen in den Dörfern, Märkten und Städten zu melden, herrschte bis Dienstag dieser Woche in 26 Fällen lediglich eine Funkstille. Die Frist war am 7. August ausgelaufen – der Aufruf, die Bedarfserhebung heuer gemäß den Bestimmungen im Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz durchzuführen, war bereits mit Jänner ergangen. Säumig waren am Montag ursprünglich noch 34 Kommunen – acht reichten ihre Meldungen jedoch bis Dienstag nach.

Ferienbedingter Personal- mangel in den Amtsstuben, Probleme beim Rücklauf oder der Auswertung der Eltern- Fragebögen oder einfach nur Desinteresse? Eine Rückfrage nach den Gründen für ihre Säumigkeit ist bei den betroffenen Gemeinden nicht möglich – das Land bestätigt lediglich die Gesamtzahl der Säumigen. Namen werden keine genannt. Zu hören ist jedoch, dass kleine Kommunen genauso darunter sein sollen wie einwohnerstarke.

Der mögliche Umkehr- schluss, dass jene 26 Gemein- den schlicht und einfach keinen Bedarf haben werden, ist unzulässig. Auch Nullmel- dungen müssten im Land- haus abgegeben werden.

Die gesetzliche Pflicht ist das eine – das andere, dass Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) die kommunalen Prognosezahlen weit dringender für eine andere Aufgabe benötigten würde: nämlich die Umsetzung des im Regierungspakt zwischen Schwarz-Rot vereinbarten Rechtsanspruchs auf Kinder- betreuung. In einem ersten Schritt für alle Kinder ab dem zweiten Lebensjahr. Aktuell checkt eine im Landhaus ein- gesetzte Arbeitsgruppe die dafür nötigen Rahmenbedin-



Per Landesgesetz sind die Gemeinden verpflichtet, ihren künftigen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen dem Land zu melden. Zahlen, die für das Land nicht unerheblich sind – auch mit Blick auf den Rechtsanspruch. Foto: Domang

gungen. Die Bedarfszahlen aus den Gemeinden bilden dafür ein zentrales Grundgerüst. Schließlich wird es auch um die Frage regionaler Gemeindekooperationen gehen, damit nicht eine jede Gemeinde für sich selbst stündteure Infrastruktur bereithalten und Personal anwerben muss.

Hagele war gestern für eine Stellungnahme urlaubsbeding- t nicht zu erreichen.

Kinderbetreuung, selbe Baustelle, andere Front: Dass Wirtschaftskammer-Öster- reich-Präsident Harald Mahrer (VP) am Dienstag öffent- lich ausgeritten ist, um den Ausbau der Kinderbetreu- ung voranzutreiben, sorgte gestern für politische Nach- wehen. Mahrer hatte, wie berichtet, auch einen Stufen- plan bis 2030 vorgelegt. ÖGB- Vizepräsidentin Korinna Schumann erinnerte gestern daran, dass die Sozialpartner und die Industriellenvereini- gung bereits 2020 konkrete Maßnahmen auf den Tisch gelegt hätten. Die UNOS ort- net bei Mahrer Hörschwäche: „Den Aufschrei gibt es schon seit Jahren.“

Stadt Innsbruck lagert Bildung nicht aus

Innsbruck – Geschmiedet wurden die Pläne bereits vor dem Ausbruch der Corona- Pandemie. Doch erst die GemNova-Pleite und mit ihr jene der für viele Tiroler Gemeinden zur Abdeckung des Personalbedarfs im Bil- dungsbereich (Schulassis- tenz, Freizeitbetreuung) essentiellen Tochtergesell- schaft, der Bildungspool GmbH, ließ die Idee im Innsbrucker Stadtmagistrat wieder aufleben.

Die Rede ist davon, dass die Landeshauptstadt ihre gesamte Bildungs-Agen- da hatte auslagern wollen. Und zwar in eine eigene Gesellschaft. Ähnlich jener Konstruktion der Innsbrucker Immobilien GmbH (IIG): Eine derartige Gesell- schaft sollte den gesamten städtischen Kinderbetreu- ungsbereich abdecken – vom Kleinkind bis hin zu den Jugendzentren. Nicht

einfach so, sondern zu- kunftsfit. Und eigenständig. Also ohne die Bildungspool. Innsbruck war eine der größten Auftraggeberinnen der einstigen Tochter des Gemeindeverband-Unter- nehmens.

Besonders die Tatsache dass unklar war, ob die Bil- dungspool schließen muss (Anm.: ist bereits erfolgt) und ob es eine Nachfolgelö- sung geben wird (Anm.: das Land will eine eigene Auf- fanggesellschaft gründen), befeuerte den städtischen Ausgliederungsansatz. BM Georg Willi (Grüne) bestä- tigt, dass die Idee wieder „in der Pipeline“ gewesen sei. Bildungsstadträtin Eli- sabeth Mayr (SP) merkt aber an, dass Willi stets einen „ergebnisoffenen Pro- zess“ hierfür eingefordert hat. Mangels Mehrheit sei das Projekt nun aber ad ac- ta gelegt. (mami)

TT, 10.08.2023

Politik in Kürze

10 Mio. Euro Schulden – große Pleite droht

Der Konkurs der **GemNova-Gruppe** mit sechs Firmen könnte auch den Gemeindeverband als Eigentümer mitreißen. Das befürchtet jedenfalls der Alpenländische Kreditorenverband (AKV). Am Mittwoch wurde auch noch über die letzten Tochtergesellschaften der insolventen GemNova Dienstleistungs GmbH, und zwar die GemNova Personalmanagement GmbH und die GemNova Gesundheits- und Pflege GmbH, das Konkursverfahren eröffnet. Die Verbindlichkeiten be-

tragen rund zehn Millionen Euro. „Die Konkursverfahren zielen auf die Liquidation der einzelnen Gesellschaften ab“, sagt **Johanna Schumacher** vom AKV.

Mit der gescheiterten Sanierung der Muttergesell- schaft und den sich abzeich- nenden Prozessen droht laut Schumacher möglicher- weise dem Gemeindever- band die Insolvenz, sofern die Gemeinden nicht bereit sein sollten, durch Anhe- bung der Mitgliedsbeiträge die finanzielle Ausstattung des Verbands deutlich zu

verbessern. Das soll am Ge- meindetag am 19. Septem- ber erfolgen. Für die Sanie- rung der GemNova lehnten die Bürgermeister eine Erhö- hung ab. 5,2 Mio. Euro wären notwendig gewesen.

Nach diesem „Debakel“ ist für den grünen Klubchef **Gebi Mair** die strafrechtli- che und die haftungsrecht- liche Verantwortung schnell zu prüfen. Weder Präsident Ernst Schöpf (ÖVP) noch der bisherige Geschäftsführer der GemNova Alois Rathgeb könnten sich einfach so da- vonstehlen. (prr)

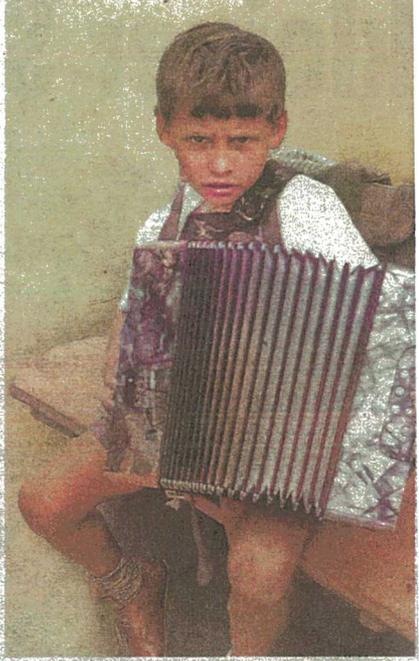


Gemeindepresident Schöpf tritt am 19. September ab. Foto: Böhm

Vor Kurzem besuchte Franz Posch (links) das Weinfest Kufstein, wo er vorab mit TVB-Obmann Georg Hörhager aufs Jubiläum anstieß. Der kleine „Franzl“ mit der „Quetschn“ auf der Bank vor dem elterlichen Bauernhof in Hall/Heiligkreuz (rechtes Bild).



Foto: Hubert Berger



Ikone der Volksmusik ist 70

Franz Posch begeistert seit 35 Jahren mit seiner „Liabsten Weis“ ein Millionenpublikum.

Anbei ein Rückblick auf die prägenden Lebensstationen des beliebten Vollblutmusikers.

Von der Veranda des Gasthofes Bogner im Wallfahrtsort Absam wurde am 30. Jänner 1988 die erste „Mei liabste Weis“ übertragen. Am Konzept dieses Fernsehformates hat sich bis heute, 35 Jahre und knapp 180 Sendungen später, so gut wie nichts geändert. Die in allen Bundesländern sowie in Südtirol und Bayern aufgenommenen und gesendeten Bilder vermitteln gemütliche Gasthausstimmung. Zufriedene Gäste sitzen an gedeckten Tischen und die Musikantinnen und Musikanten stammen allesamt aus der Umgebung. Ein schlüssiges Konzept, um der großen Zuherschaft die regionalen Besonderheiten und Unterschiede, welche die alpenländische Volksmusik aufweist, näher zu bringen und diese kennen zu lernen.

Zudem kann das Publikum Musikwünsche äußern, die dann live gespielt werden. Die „Väter“ dieser Sendung sind die Regisseure



Franz Poschs erste „Liabste Weis“ Sendung, Absam 1988.

Heinz Fechner und Peter Moser und ihr Moderator Franz Posch. Posch und die Musik weisen seit seiner frühesten Kindheit – und das bis heute – eine tiefe gegenseitige Symbiose auf.

Geboren am 12. August 1953 in Hall in Tirol. Aufgewachsen in bäuerlichen Verhältnissen in Heiligkreuz, dem dörflichen Stadtteil der alten Salinenstadt, kam er durch eine Lungenentzündung, die ihn einen Winter

lang ins Zimmer „fesselte“, mit vier Jahren zur Musik. Aus kindlicher Langeweile heraus brachte er sich kurzerhand selbst das Ziehharmonikaspielen bei. Dies weckte seinen Ehrgeiz. So griff er, als er wieder gesundet war, auf der Bank vor dem Elternhaus sitzend, zur Harmonika und spielte auf „Teufel komm raus“. Vorbeikommende Spaziergänger bestaunten das musizierende Kind und einige steckten ihm auch hin und wieder wohlwollend ein paar Schillinge zu.

Ein Leben, welches auch immer aus Lernen besteht

Mit zwölf Jahren hatte das musikalische Wunderkind seine ersten Rundfunk-Aufnahmen im ORF Tirol. 1969 war er erstmals im Fernsehen zu Gast und das in dem damaligen Quotenbrecher der Fernseh-Sendung „Guten Abend am Samstag“, die von Heinz Conrads moderiert wurde. Mit 15 Jahren begann Franz

Posch Trompete zu spielen und nach der Matura am Franziskanergymnasium in Hall verbrachte er 14 Monate bei der Militärmusik Tirol als Flügelhornist.

Auf seine „musikalische Wehrdienstzeit“ folgte ein Musik- und Sportstudium an der Universität Innsbruck. 1986 promovierte er zum Doktor der Philosophie. Von 1977 bis 1990 unterrichtete Franz Posch am Akademischen Gymnasium in Innsbruck. Zudem lehrte er am Konservatorium diatonische Ziehharmonika. Seit einiger Zeit besucht er als Studierender die Kompositionsklasse von Professor Franz Baur am Landeskonservatorium. Das bedeutet aber nicht, dass er nun auch als Komponist tätig sein will. Dieser Weg ist für den ewig Wissbegierigen und Neugierigen ein Muss, um sich der zeitgenössischen Musik anzunähern. Auf diesem Weg wünschen wir dem Jubilar weiterhin das Allerbeste! Hubert Berger

Judo-Trainingscamp in Matrei/Osttirol

Unter der Leitung von BKR Markus Pircher und BKR Dominik Pircher nahmen vier Judo-ka vom Judoclub Volksbank Tirol-Kufstein beim 18. internationalen Judo-Trainingscamp von 3. bis 6. August in Matrei/Osttirol teil. Franziska Seissl, Franziska Krunpholz, Theodor Pavlov und Noah Sabljo konnten in intensiven Trainingseinheiten



neue Techniken erlernen, Erfahrungen sammeln und sich auf die bevorstehenden Herbstmeisterschaften vorbereiten.

Die neuen Techniken wurden im Randori auf internationaler Matte von 200 Teilnehmern erprobt. Zusätzliche sportliche Herausforderungen gab es beim Rafting und im Hochseilgarten.



Foto: Judoclub

Rufstein Beck, 23.08.2023

Feinste Kulinarik und Edelbrände beim Auftakt der „kaiser.kulinarik“

Mit großer Begeisterung und einem exquisiten Menü startete die Auftaktveranstaltung der „kaiser.kulinarik“ Reihe im Bierol taproom in Schwoich. Unter dem Motto „Feinste Speis von Kaiserweis“ erlebten über 40 Gäste einen genussvollen Abend, der die regionalen kulinarischen Köstlichkeiten und erlesene Edelbrände in den Mittelpunkt stellte.

Der Verein Kaiserweis präsentierte die talentierten Edelbrand-Sommeliers Eveline Weingartner vom Hermon's Hof und Juliane Bliem von der Brennoase. Ihre Expertise und Leidenschaft für hochwertige Edelbrände bereicherten den Abend und sorgten für unvergessliche Geschmackserlebnisse. Das Highlight des Abends war zweifellos das Mehrgang-Menü, kreierte vom Haubenkoch Thomas Moser und seinem Team vom Bierol Taproom.

Evi Lechner, Koordinatorin des Vereins Kaiserweis, betont die Bedeutung der Zusammenarbeit mit regionalen Produzenten: „Die Auftaktveranstaltung der „kaiser.kulinarik“ Reihe ist ein beeindruckendes Zeugnis für die außerordentliche Qualität und Vielfalt unserer regionalen Erzeugnisse. Wir sind stolz darauf, eng mit unseren Produzenten zusammenzuarbeiten, um einzigartige Genusserlebnisse zu schaffen und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu fördern.“

Auch Sabine Mair, GF TVB Kufsteinerland, zeigte sich zufrieden mit dem gelungenen Auftakt und richtete den Blick bereits auf den nächsten Termin. „Am 6. Oktober wird die kaiser.kulinarik Veranstaltungsreihe im Wirtshaus Zur Schanz in Ebbs fortgesetzt.“

Weitere Infos unter www.kufsteinerland.com/kaiserkulinarik



V. l.: Sabine Mair (TVB Kufsteinerland), Juliane Bliem (Brennoase), Evi Lechner (Kaiserweis), Eveline Weingartner (Hermon's Hof) sowie das Bierol Taproom-Team rund um Haubenkoch Thomas Moser und Carolline Bichler

Foto: TVB Kufsteinerland

Kufstein Blick, 23.08.2023

„Klima im Wandel

Bei der LK-Bezirksrunde in Thiersee wurde erklärt, wie sich der Klimawandel auf die Landwirtschaft auswirkt.

CHRISTIANE NIMPF

THIERSEE, BEZIRK. Dieses Jahr beschäftigen sich die Spitzen-Vertreter der Landwirtschaftskammer (LK) im Rahmen ihrer Bezirksrunde mit dem vielschichtigen Thema Klimawandel. So ist derzeit nicht nur der Bezirk Kufstein von immer wiederkehrenden Trockenperioden oder anderen extremen Wetterereignissen betroffen. Viele Land- und Forstwirtschaftsbetriebe werden deswegen immer öfter vor große Herausforderungen gestellt. Aus diesem Grund lautet das heurige LK-Jahresmotto auch „Klima im Wandel – wir (re)agieren“. Ziel dabei ist es, Raum für Austausch über mögliche Ein-

dämmungs- und Anpassungsstrategien zu schaffen. Dieses Jahr war der Braunhof in Thiersee, betrieben von Familie Gruber, der Treffpunkt im Bezirk.

Nach einem heftigen Unwetter kann es schon einmal vorkommen, dass man bei einem Waldspaziergang über den einen oder anderen gefallenen Baum steigen muss. Was für Spaziergänger höchstens „lästig“ ist, bedeutet für die Landwirtschaft viel Arbeit. Dieses Holz sollte in jedem Fall so schnell wie möglich aus dem Wald entfernt werden, damit der Borkenkäfer keine Chance hat, wie LK-Präsident Josef Hechenberger erklärt. Besonders für eine Gebirgsregion wie Tirol würde dies eine sehr gefährliche Entwicklung darstellen. So sind nämlich 75 Prozent aller Wälder in Tirol Schutzwälder. Diese üben eine wichtige Funktion für die Gesellschaft aus und schützen vor Muren oder Lawinen. Doch auch den wirtschaft-

lichen Aspekt sollte man dabei nicht außer Acht lassen. Für die Bauern entsteht so ein massiver wirtschaftlicher Schaden.

Es geht nur gemeinsam Gerade die Landwirtschaft ist jene Branche, die besonders von Wetter und Umwelt abhängig ist. Die Landwirtschaft kann jedoch viel dazu beitragen, dass der Klimawandel gebremst wird. Allerdings nur in der Kombination mit den Konsumenten, bringt es Hechenberger auf den Punkt. So würden Lebensmittel, die in der Region produziert, gekauft und konsumiert werden, dazu führen, die Transportwege zu minimieren. „Die beste Antwort auf die Frage, wie jeder den Klimawandel bremsen kann: regional einkaufen und konsumieren“, lautet der Appell des LK-Präsidenten. Landesbäuerin Helga Bruntschmid möchte mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass die Landwirtschaft

- wir (re)agieren“



Josef Hechenberger, Helga Bruntschmid, Christine Lintner, Sepp, Stefan und Bianca Gruber und Bezirksobmann Michael Jäger (v.l.). Foto: Nimpf

keineswegs zu den „Klimasündern“ zählt. „Entscheidend ist, dass die Produktionskreisläufe geschlossen sind wie etwa bei der standortangepassten, kleinstrukturierten Landwirtschaft“, betont Bruntschmid. In Österreich seien nur rund zehn Prozent der Emissionen auf die Landwirtschaft zurückzuführen. bei Lebensmitteln ist dieser Tage für viele ein Kriterium beim Einkauf. Seit der Teu-

erungswelle habe man aber feststellen müssen, dass der Großteil der Konsumenten auf billigere Produkte zurückgreift, erzählt Bruntschmid. Eine jahrelang geförderte Vermarktung und Produktion in kleinen Einheiten hätten demnach sehr darunter gelitten. „Jeder und jede kann einen Beitrag leisten“, der zählt. Auch dürfen wir nicht müde werden, als Vorbilder immer wieder darauf hinzuweisen, dass regional und saisonal

einzukaufen ein wichtiger Schritt in Sachen Klimaschutz ist“, betont Bezirksbäuerin Christine Lintner.

Bodenkoffer

Um einen weiteren Akzent zum Thema Klimawandel zu setzen, hat die LK in Zusammenarbeit mit der KEM (Klima- und Energiemodell-Region) ein Projekt entwickelt, bei dem das Augenmerk besonders auf den Erhalt der Bodenqualität gelegt wird – den sogenannten Bodenkoffer. „Der Druck auf die landwirtschaftlichen Flächen ist enorm. Daher muss auch die Qualität noch mehr in den Fokus rücken“, so Bezirksobmann Michael Jäger. Deshalb habe man im Bezirk Kufstein nun fünf Bodenkoffer angekauft, mit denen die Qualität der eigenen Böden einfach überprüft werden kann. Diese sind im Bezirk verteilt und können nach Bedarf ausgeliehen werden, um unkompliziert zu ermitteln, was der eigene Boden benötigt.



Sebastian Kolland
Landtagsabgeordneter, Ebbs

Appell für mehr Zuversicht

Teuerung, Ukrainekrieg, Rezession, Terror, illegale Migration - phasenweise hat man das Gefühl, dass einen die Flut an schlechten Nachrichten fast erschlägt. Manche Medien scheinen das Verbreiten von depressiver Weltuntergangsstimmung geradezu zum Geschäftsmodell erhoben zu haben. Auf Dauer hinterlässt das bei den Menschen Spuren und Pessimismus und Zukunftsangst machen sich breit. Das merkt man auch im Alltag. Auf jeden optimistischen Gedanken bekommt man schnell ein „Ja, aber...!“ als Antwort. Dabei haben wir jeden Grund, zuversichtlich zu bleiben. Das Wohlstandsniveau ist hoch, das soziale Netz dicht geknüpft und die Arbeitslosigkeit niedrig. Natürlich gibt's große Aufgaben und Herausforderungen, aber das war schon immer so. Generationen vor uns mussten sich ungleich größeren Krisen stellen und haben sich trotzdem nicht entmutigen lassen. Diese Zuversicht brauchen wir auch heute. Menschen, die glauben, dass sie etwas schaffen, aber auch jene, die glauben, dass sie etwas nicht schaffen, behalten am Ende des Tages meistens recht. Deshalb: Lassen wir uns unseren Optimismus nicht nehmen! Wir alle schaffen so viel mehr, als wir manchmal glauben!

Ich freue mich über Meinungen, Anregungen und auch Kritik an sebastian.kolland@tirol.gv.at

*Trufstein Blick,
04.10.2023*

Museum und Kulturraum in Wörgl feierlich eröffnet

Im Mai 2021 beschloss der Wörgler Gemeinderat, das alte, sanierungsbedürftige Musikschulgebäude in der Brixentalerstraße zu verkaufen. Dafür erhielt die Stadtgemeinde vom Wörgler Unternehmen „T&T Immobilien GmbH Projektentwicklung und Verwaltung“ ein immerwährendes Fruchtgenussrecht über 486 m², untergebracht wurde jetzt u. a. ein Museum sowie ein Kulturraum.

Im generalsanierten Kirchenwirt-Gebäude im Zentrum



Der Kulturraum Wörgl kann ab sofort über die Stadtgemeinde Wörgl gemietet werden.

Wörgls konnte die Stadtgemeinde vergangenen Mittwoch, 27. September, das Wörgler Museum feierlich eröffnen. Auf 190 m² sind Exponate von der Ur- und Frühgeschichte über Stadt-, Kriegs- und Wirtschaftsgeschichte, Volkskultur, Handwerk & Haushalt bis hin zum Zahlenraum mit den Themen Aristo, Kerbhölzer und Freigeld in vier Räumen zu besichtigen. Dem Heimatmuseumsverein werden die barrierefrei zugänglichen Räumlichkeiten im 1. Stock kostenlos zur Verfügung gestellt. Oberhalb des neu gestalteten Museums wurde ein neuer Kulturraum errichtet. Dieser soll ab sofort u. a. für Seminare, Proben, Sitzungen, Bewegungseinheiten und Vorträge vermietet werden - wöchentlich nutzt z. B. das Wörgler Kammerorchester diese Räumlichkeit. Ebenfalls stehen



Offizielle Eröffnung des Museums: Bgm. Michael Riedhart, Kulturreferent Sebastian Feiersinger, Veronika Spielbichler, LA Michael Jäger, Pfarrprovisor Christian Hauser sowie Stadtbaumeisterin Ing. Melanie Partoll (v. l.)
Fotos: Wundara

der Stadtgemeinde Wörgl ein Lagerplatz, ein Vorraum, ein Raum für das Stadtarchiv sowie ein Raum für den Landesverein für Höhlenkunde zur Verfügung. Die Eröffnungsausstellung ist im Rahmen der „Langen Nacht der Museen“ kommenden

Samstag, 7. Oktober von 18 bis 1 Uhr, wöchentliche Öffnungszeiten bis Weihnachten: Donnerstag von 17 bis 20 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr. Für die Einrichtung investierte die Stadt Wörgl rund € 70.000,-, dazu kommen € 30.000,- vom Land Tirol.



Das Wörgler Museum wird dem Heimatmuseumsverein kostenlos zur Verfügung gestellt.

Dufstein Beck, 04.10.2023

Bisherige Bilanz zur GemNova-Insolvenz

Der Kreditschutzverband (KSV) veröffentlicht einen zusammenfassenden Bericht zum Insolvenzverfahren der GemNova-Gruppe. Die Sanierung scheiterte, da die Finanzierung der angenommenen Quote über den Tiroler Gemeindeverband nicht aufgebracht wurde. Klaus Schaller, Regionalleiter des KSV1870: „Die Gläubiger kommen aus vielen unterschiedlichen Bereichen. Ein wesentlicher Teil der Forderungen entfällt auf Dienstnehmer, welche über den Insolvenzentgeltsicherungsfonds abgesichert sind. Daneben finden sich Banken, Leasinggesellschaften und Lieferanten in den gerichtlichen Gläubigerverzeichnissen.“ Neben diesen Forderungen gibt es auch Forderungen der GemNova-Dienstleistungs GmbH gegen den TGV. „Im Moment weigert sich der Tiroler Gemeindeverband, eine Zahlung, welche im Rahmen der Fortführung des Betriebes schriftlich dem Insolvenzverwalter zugesagt wurde, zu leisten“, so das Schreiben des KSV1870.

Bezirksblatt Kufstein, 04.10.2023

Edelbrandsommeliers öffneten Türen

Im Rahmen der Tiroler Brenn- und den Brennern bei ihrer Arbeit über die Schultern zu schauen. Punkte öffneten am 14. Oktober die Tiroler Edelbrandsommeliers ihre Pforten und gaben Interessierte die Gelegenheit, exklusive Einblicke in die Welt der Edelbrände zu erhalten

und den Brennern bei ihrer Arbeit über die Schultern zu schauen.

Highlight war auch heuer wieder der sogenannte „Signum“, ein Gemeinschaftsprojekt der Tiroler Edelbrandsommeliers.



Viel Interesse für den Edelbrand in Langkampfen: Auf dem Bild v. l.: Johannes Bliem, Juliane Bliem, LA Michael Jäger sowie Juliana Bliem

Foto: Tina Atzl

Reifstein Beck, 25.10.2023

Biogaspotential in Langkampfen und Umgebung erhoben



V. l.: Daniel Gruber (GF Stadtwerke Kufstein), Mag. Martin Grubhofer (GF Tigas), NR Ing. Josef Hechenberger (Präsident LK Tirol), Bundesminister Mag. Norbert Totschnig MSc., Bgm. Andreas Ehrenstrasser sowie DDipl.-Ing. Frank Holczik (GF H-CON)

Foto: Wundara

Auf Initiative der Gemeinde Langkampfen wurde in Kooperation mit neun umliegenden Gemeinden eine Machbarkeitsuntersuchung für gemeinschaftliche Biogasanlagen in der Region in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse zeigen, dass mit dem vorhandenem Wirtschaftsdünger zwei Biogasanlagen wirtschaftlich betrieben werden könnten.

Lt. Mag. Norbert Totschnig MSc., Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, braucht es österreichweit 80 bis 100 neue Biogasanlagen, um das Ziel des Erneuerbaren-Gas-Gesetzes (EGG) bis 2030 zu erreichen. Zwei Anlagen könnten in der Region Langkampfen und Umgebung entstehen: Im ersten Halbjahr wurde vom Ingenieurbüro für Verfahrenstechnik H-CON in enger Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement KUUSK, der Landwirtschaftskammer Tirol, dem Maschinenring, den Stadtwerken Kufstein und Gemeinden die gezielte Nutzung des Biogaspotentials aus Wirtschaftsdünger untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem im Bereich Langkampfen aufgrund der hohen Betriebsdichte und der konventionell dominierten Landwirtschaft eine Biogasanlage als wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll eingestuft werden kann. „Es ist ein Nutzen für die Landwirtschaft, ein Nutzen für den Energieverbraucher und ein Nutzen für die Energiewende“, erklärt Langkampfens

Bgm. Andreas Ehrenstrasser. Ab ca. 1.500 Großvieheinheiten bzw. ca. 26.000 Tonnen Gülle pro Jahr wäre lt. Studie die Wirtschaftlichkeit vorhanden. Voraussetzung dafür ist, dass genügend landwirtschaftliche Betriebe ihre Gülle bzw. ihren Mist liefern. Nach einzelnen Treffen mit Landwirten ortete Frank Holczik (GF H-CON) zwar großes Interesse, die Logistik stelle aber eine Herausforderung dar. Wenn das erzeugte Biogas zu Biomethan aufbereitet und in das öffentliche Gasnetz eingespeist wird, be-

trägt das Energiepotential bis zu 10.000 MWH pro Jahr, das entspricht einen Gasverbrauch von rund 430 Einfamilienhäusern.

Um eine Rechts- und Finanzierungssicherheit zu gewährleisten, muss jedoch im Herbst das EGG in Kraft treten - dafür ist im Parlament eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Anschließend setzt sich Ehrenstrasser zum Ziel, alle Beteiligten und Interessenten an einen Tisch zu holen, um so schnell wie möglich mit der Umsetzung beginnen zu können.

KUTSTEIN BLKK 30. August 2023

Bodenanalysen einfach gemacht

KAISERWINKL, BEZIRK. Ab sofort stehen fünf „Bodenkoffer“ in der Klima- und Energiemodellregion KUUSK (Kufstein, Untere Schranne, Kaiserwinkl) zur Verfügung, um den eigenen landwirtschaftlichen Boden zu untersuchen. Die Klima- und Energiemodellregion (KEM) KUUSK setzt in Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Tirol heuer einen besonderen Fokus auf die landwirtschaftlichen Böden in der Region. „Unsere landwirtschaftlichen Böden sind für die Lebensmittelproduktion unheimlich wichtig, aber auch im Zuge der fortschreitenden Flächenversiegelung als Wasserspeicher“, betont Josef Ritzer, KUUSK-Obmann. Ein intakter, fruchtbarer Boden stelle eine Win-Win-Win-Situation für Landwirte, Umwelt und Bevölkerung dar. „Der Bodenkoffer ist ein gutes Werkzeug, um sich mit der Ressource Boden wieder intensiver auseinanderzusetzen“, so Ritzer weiter.

Ergebnisse kommen per Mail

In dem Koffer sind alle „Werkzeuge“ untergebracht, die für die Bodenchecks benötigt werden. Die Untersuchungsergebnisse können am Feld in einer eigenen App festgehalten werden und eine schriftliche Auswertung wird per E-Mail zugesandt. Michael Jäger, Bezirksobmann der Bezirkslandwirtschaftskammer Kufstein, kann sich eine Ausweitung des Projektes auf den ganzen Bezirk Kufstein vorstellen. „Es freut mich, dass wir mit dem Projekt Bewusstsein für den Wert unserer landwirtschaftlich genutzten Böden schaffen. Je mehr Menschen sich daran beteiligen können, desto besser“, meint Jäger.



Die Bodenkoffer sind jetzt bereit zum Ausleihen.

Foto: Regionalmanagement KUUSK

Grüne Energie aus

Potenzial für Biogasanlagen in der KUUSK-Region ist vorhanden, die richtigen Rahmenbedingungen noch nicht.

BARBARA FLUCKINGER

LANGKAMPFEN, BEZIRK. Das Potenzial ist da – so lautet das Ergebnis der im ersten Halbjahr 2023 gestarteten Machbarkeitsuntersuchung in der Leader-Region Kufstein Umgebung – Untere Schranne – Kaiserwinkl (KUUSK).

Gemeinsam mit verschiedenen Stakeholdern wurde geprüft, inwieweit Biogas aus Wirtschaftsdünger in der Region zur Energiegewinnung genutzt werden kann: Aus Mist und Gülle soll also Energie gewonnen werden. Bei einer Pressekonferenz am Mittwoch, den 23. August, präsentierten nun Vertreter aus Politik, Landwirtschaft und dem Energiesektor in



Am 23. August wurden in Langkampfen die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung für Biogas aus Wirtschaftsdünger präsentiert. Foto: Fluckinger

Langkampfen die Ergebnisse zum Thema „Biogas aus Wirtschaftsdünger in der Region“. Anwesend war dabei auch Bundesminister Norbert Totschnig.

Grundsätzlich gibt es bereits heute viel Biogas in Österreich, jedoch landet wenig davon im Gasnetz. Genau das sollte aber mit Biogasanlagen in der Region erreicht werden, ganz im Sinne der Energiewende und Emissionsreduktion. Was brachte nun aber die Un-

tersuchung in der KUUSK-Region? Sie zeigt, dass im Untersuchungsgebiet mit dem vorhandenen Wirtschaftsdünger zwei Biogasanlagen wirtschaftlich betrieben werden könnten. Dafür müssten aber genügend Bauern Mist und Gülle liefern. Damit sich eine Anlage rechnet, müssten also rund 1.500 sogenannte „Großvieheinheiten“ bzw. rund 26.000 Tonnen Gülle pro Jahr erreicht werden. Die Vorteile dieses Biogases: Es ist

Gülle der Region

speicherbar und transportierbar. Besonders Langkampfen weist ein hohes Potenzial für den Betrieb einer Biogasanlage auf, in Ebbs und Niederndorf ist das Potenzial geringer, weil dort die Bewirtschaftungsformen unterschiedlicher sind. Im Idealfall könnten die Weichen in der Zukunft also auf die Errichtung von gemeinschaftlichen Biogasanlagen in der Region – vor allem in Langkampfen – stehen.

Die Voraussetzung dafür ist, dass das erzeugte Biogas zu Biomethan aufbereitet und in das öffentliche Gasnetz eingespeichert wird. Das Energiepotenzial beträgt laut Untersuchung 10.000 MWh pro Jahr, was einem Gasverbrauch von 430 Einfamilienhäusern entspricht. Ein weiteres Plus: Die bei der Energieerzeugung entstehende Biogasgülle würde rückgeführt und für die Landwirte eine bessere Düngewirkung sowie weniger Geruchsbelastung bringen.

Einige Hürden

Frank Holczik ist Geschäftsführer des Ingenieurbüros H-CON, das die Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt hat. Das Potenzial und die Bereitschaft seitens der Landwirte als Lieferanten seien da, fasst er die Ergebnisse der Studie zusammen. Allerdings gibt es für eine Umsetzung einer Biogasanlage noch einige Hürden, die zu bewältigen sind. Ein Problem stellt die Logistik dar, der Betrieb sei außerdem „noch mit Risiken behaftet“, so Holczik weiter. So sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Betrieb einer solchen Biogasanlage noch ungewiss. Im Februar wurde zwar das „Erneuerbare-Gas-Gesetz“ (kurz EGG) im Ministerrat beschlossen, es muss aber noch im Parlament eine Zweidrittelmehrheit „finden“. Eine weitere Hürde: Solche Biogasanlagen müssen sich im Betrieb rechnen. Es müsste also eine gewisse Quote erreicht werden,

die die Erdgasnetzbetreiber an Biomethan einspeisen – nämlich die oben genannten rund 1.500 „Großvieheinheiten“. Hinsichtlich der Frage danach, wann die frühestmögliche Umsetzung einer Anlage stattfinden könnte, gaben sich die anwesenden Vertreter in Langkampfen beim Pressegespräch noch bedeckt. Der erste Schritt wäre jedenfalls die Gesetzesgrundlage mit dem Beschluss des „Erneuerbare-Gas-Gesetzes“.

UMFRAGE

Den Beitrag in voller Länge und eine Umfrage gibt's auf meinbezirk.at/kufstein!



Beiratsblätter 30./31. August 2023

AUFTAKT 5

ZUR SACHE

Am Mittwochabend wurden die Ergebnisse der Untersuchung auch im Langkampferer Gemeindegemeinschaftsaal der Öffentlichkeit präsentiert. Als Basis für das Projekt diente der Energieleitplan, der 2022 für die KUUSK-Region erstellt wurde. Damals stellte man ein Potenzial für Biogas aus Wirtschaftsdünger fest. Hauptinitiator der aktuellen Untersuchung war die Gemeinde Langkampfen, die auf eine hohe Dichte an landwirtschaftlichen Betrieben blicken kann. Sie hat in Kooperation mit den neun umliegenden Gemeinden Angath, Kirchbichl, Schwoich, Kufstein, Thiersee, Ebbs, Erl, Niederndorf und Walchsee das Projekt für gemeinschaftliche Biogasanlagen gestartet. „Langkampfen könnte ein potenzieller Standort für eine Biogasanlage sein, zumal in der Region (...) Landwirtschaft betrieben wird, die letztendlich Lieferant des Grundmaterials für die Energie sein soll“, so Bgm. Andreas Ehrenstrasser. Gefördert wurde die Machbarkeitsuntersuchung durch das Land Tirol und die Europäische Union (IWB/EFRE).

4 AUFTAKT



KOMMENTAR

Barbara Fluckinger
barbara.fluckinger@regionalmedien.at

Mehr „Gas geben“ lautet nun die Devise

Verpuffen die Pläne für Biogasanlagen bald wieder oder sind sie mehr als nur Zukunftsmusik? Langkampfen hat gemeinsam mit neun Gemeinden das Potenzial für Biogasanlagen in der Region untersucht. Das Biogas aus Wirtschaftsdünger könnte einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sowie mehr Unabhängigkeit bei der Energiebeschaffung bringen und würde gleichzeitig mit der dabei erzeugten „Biogasgülle“ eine bessere Düngewirkung bringen. Das ist aber zum heutigen Zeitpunkt noch reine Theorie. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen zwar, dass Potenzial (vor allem in Langkampfen und Umgebung) da ist – ganz so einfach ist es aber mit der Umsetzung nicht. Das Gesetz, das einen Betrieb einer solchen Biogasanlage erlaubt, ist noch nicht durch. Würde die vorgegebene Quote hinsichtlich der Einspeisung nicht erreicht, könnte es zu saftigen Strafzahlungen kommen. Und ob und wie sich die Biogasanlage in wirtschaftlicher Hinsicht rechnet, ist auch noch nicht ganz klar. Wie überall in Sachen Klimaschutz gilt wohl auch hier die Devise: Gas geben!

Klaus Seppi ist neuer Primar

Erfahrener Neurologe will im BKH Schwerpunkt auf Parkinson setzen.

BARBARA FLUCKINGER

KUFSTEIN. Die Neurologie am Bezirkskrankenhaus (BKH) Kufstein hat einen neuen Leiter: Klaus Seppi hat seit dem 1. August 2023 die Leitung übernommen. Primar Klaus Berek, der 24 Jahre als Leiter der Abteilung fungiert hatte, ging mit Ende Juli in den Ruhestand.

Seppi, der als erfahrener Neurologe gilt, will in seiner neuen Funktion auf Teamkompetenzen setzen. Aber auch die Versorgung von Patienten mit allen neurologischen Erkrankungen sowie von Patienten mit Parkinson sollen im Fokus stehen. Im Krankenhaus stellt die Neurologie eine große Abteilung dar. Sie kümmert sich unter anderem um Schlaganfälle und epileptische Anfälle, aber auch degenerative Erkrankungen des Nervensystems wie Morbus Parkinson.

BKH-Gemeindeverbandsobmann Bgm. Rudolf Puecher bedankte sich bei Klaus



Bürgermeister Rudolf Puecher (GVO), Prim. Prof. Dr. med. Klaus Seppi und MR Primar Univ.-Doz. Dr. Klaus Berek (v.l.) freuen sich.

Foto: Handle | Foto Karg

Berek für sein Wirken. „Durch seinen Einsatz wurde die Abteilung für Neurologie zu einer der renommiertesten im BKH Kufstein. Auf diesem Wege möchten wir uns herzlichst bei Prim. Berek für seine herausragende Leistung und seine Pionier-Arbeit für unser Krankenhaus bedanken. So freuen wir uns sehr, nun eine hochgeachtete Abteilung an den kompetenten Kollegen Prof. Dr.

med. Klaus Seppi übergeben zu dürfen“, so Puecher. Klaus Seppi wurde 1973 in Bozen geboren und war nach seinem Studium in Innsbruck als Facharzt, Oberarzt, Leiter der Parkinson- und Chorea-Ambulanz, als Organisationsmanager für Personalagenden und zuletzt als stv. Direktor an der Univ.-Klinik für Neurologie der Medizinischen Uni Innsbruck tätig.

Bezirksblätter 9. / 10. August 2023

BKH Kufstein erhält Best Practice Award für „Klimafreundliche Gesundheitseinrichtungen“

Das Bezirkskrankenhaus Kufstein feiert einen bedeutenden Erfolg im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltschutz: Bei der ersten Verleihung des Best Practice Awards für „Klimafreundliche Gesundheitseinrichtungen“ kam das BKH Kufstein direkt zum Zug. Der künftig jährlich vom Gesundheitsministerium verliehene Award zeichnet in diesem Jahr die beispielhafte Initiative des Krankenhauses Kufstein aus, die sowohl für die Mitarbeiter als auch für den Klimaschutz von großer Bedeutung ist.

Rudolf Puecher, Verbandsobmann und Bürgermeister von Brixlegg, unterstreicht die Unterstützung des Gemeindeverbands: „Als Krankenhausträger sind wir stolz darauf, solche Initiativen nicht nur zu unterstützen, sondern aktiv zu fördern. Es zeigt unser Engagement für eine gesündere und nachhaltigere Gemeinschaft.“

Robert Hauser, Mobilitätsbeauftragter des BKH Kufstein, betont die Wichtigkeit der umgesetzten Maßnahmen: „Unser Engagement im Bereich Klimaschutz ist ein zentrales Anliegen. Wir haben umweltfreundliche Mobilitätslösungen für unsere Mitarbeiter eingeführt und setzen auf nachhaltige Energiekonzepte. Dies trägt nicht nur zum Umweltschutz bei, sondern verbessert auch



V. l.: Felix Durstmüller (Gesundheit Österreich GmbH), Mobilitätsbeauftragter Robert Hauser, Verbandsobmann und Bgm. Rudolf Puecher und Bundesminister Johannes Rauch
Foto: Inés Bacher

das Arbeitsumfeld für unser Krankenhaus.“

Der Award, initiiert vom Kompetenzzentrum Klima und

Gesundheit und dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, zeichnet innovative Klimaschutzprojekte im Gesundheitswesen aus. Er würdigt Einrichtungen, die in Bereichen wie Energie, Mobilität und Ressourcenmanagement vorbildlich agieren. Die Projekte werden nach Kriterien wie Klimaschutzbeitrag und Innovationscharakter bewertet. Die Preisverleihung erfolgt jährlich in Wien mit einem Zertifikat und einem Preisgeld für die prämierten Projekte.

Daheim die ewige

SGS Untere Schranne startet mit HPC mobil, wobei Mitarbeiter im Umgang mit Sterbenden unterstützt werden.

CHRISTIANE NIMPF

BEZIRK KUFSTEIN. Fragt man ältere Menschen danach, wie sie sterben wollen, antworten die meisten mit „daheim“. Diesem verständlichen Wunsch kann aber nicht immer nachgekommen werden. Denn in der Realität sterben in Tirol lediglich rund 25 Prozent der Menschen in den eigenen vier Wänden. Weitere rund 25 Prozent verbringen ihre letzten Tage in Betreuungseinrichtungen wie einem Seniorenheim, aber fast 50 Prozent schließen in einem Krankenhaus zum letzten Mal ihre Augen. Genau an diesem Wunsch, so lange wie nur möglich bei der Familie zu Hause



SGS Untere Schranne startet mit HPC mobil, wodurch 80 Prozent der Mitarbeiter im Bezug auf sterbende Menschen intensiv geschult werden. Fotos (2): Nimpf

bleiben zu können, setzt die Hospizgemeinschaft Tirol mit dem Projekt HPC mobil an.

Was ist HPC mobil?

Was wie eine Krankheit klingt, bedeutet „Hospizkultur und Palliativcare“. Mit dem Projekt HPC mobil werden Organisationen, die in der mobilen Pflege tätig sind, wie etwa der Sozialsprengel, dabei unterstützt, eine Organisations-

kultur zu entwickeln, was wiederum für die Begleitung, Pflege und Betreuung von Menschen in der letzten Lebensphase förderlich ist. Schon im Jahr 2015 wurde HPC mobil erstmals in Wien umgesetzt. In den Jahren 2019 bis 2022 wurde das Projekt auf vier weitere Bundesländer (Steiermark, Kärnten, Oberösterreich und Vorarlberg) ausgeweitet. Und jetzt startet HPC auch in Tirol durch. Das

MEINBEZIRK.AT/KUFSTEIN

BEZIRKSBLATT KUFSTEIN 29.10.11. 2023

Ruhe finden dürfen

Ganze passiert innerhalb einer Projektlaufzeit von 2,5 Jahren, begleitet durch die Tiroler Hospizgemeinschaft. In den 2,5 Jahren werden 80 Prozent aller Mitarbeiter ausgebildet. Außerdem werden die Themen Tod und Sterben in Teambesprechungen verstärkt thematisiert. In der Folge wissen dann alle Berufsgruppen besser, was in Krisensituationen zu tun ist, und können sich im Bedarfsfall auch Unterstützung durch die Palliativbeauftragten einholen.

Das Ziel von HPC mobil

Das Ziel von HPC mobil lässt sich auf ein einziges Wort herunterbrechen – Lebensqualität. Mit dem Projekt soll die Möglichkeit erleichtert werden, zu Hause sterben zu können. Aber auch das Verständnis in der Gesellschaft soll so gestärkt werden. Das Verhältnis zwischen Grundversorgung und spezialisierter Versorgung zeigt auch, dass rund 80 bis

90 Prozent der sterbenden Menschen in der Grundversorgung betreut werden, also in einem Pflegeheim, vom Sprengel oder auch im Krankenhaus. Nur rund 10 bis 20 Prozent werden von spezialisierten Palliativ-Teams in der letzten Lebensphase begleitet. Auch deshalb wird dieses Projekt jetzt in der Region Untere Schranne Fuß fassen, um die Mitarbeiter dahingehend zu stärken. „Dieses Projekt kann und wird auch für unsere Region ein Segen sein. Sowohl für die, die diese Pflege leisten, als auch für die, die diese Pflege dann in Empfang nehmen



Bgm. Josef Ritzer beschreibt das Projekt als „Segen“ für die Region.

dürfen“, freut sich auch der Bürgermeister von Ebbs, Josef Ritzer, über den Start des Projektes.

Durch das angeeignete Fachwissen der Mitarbeiter des Sozialsprengels Untere Schranne, welches in den Workshops erarbeitet wird, und durch die Erschaffung von neuen Strukturen können in der Region Untere Schranne mehr Menschen auf Wunsch im Beisein ihrer Lieben daheim ihre Ruhe finden. Dabei geht es außerdem nicht nur um den Sterbeprozess selbst. Angesetzt wird schon viel früher bei chronisch kranken Menschen, bei denen eine Heilung nicht mehr möglich ist. Ziel ist es, ihnen noch viele Lebensmonate, bestenfalls weitere Lebensjahre zu schenken. Der Fokus liegt dabei nicht ausschließlich auf den Klienten, vor allem auch auf den Angehörigen, die es in dieser schweren Zeit zu unterstützen gilt. Denn auch das ist ein wesentlicher Teil der Hospizkultur.

TT, 01.12.2023

Gemeindebund will seinen Präsidenten loswerden

Wien – Der Gemeindebund bereitet sich auf die Ablöse seines umstrittenen Präsidenten Alfred Riedl (ÖVP) vor. Bei einer Bundesvorstandssitzung heute soll per Statutenreform eine Abwahl des Präsidenten ermöglicht werden. Riedl hat sein Amt im Sommer wegen Vorwürfen, er habe bei einem Grundstücksdeal in seiner Gemeinde Grafenwörth dank Umwidmungen finanziell profitiert, nur ruhend gestellt. Der Gemeindebund hofft, dass Riedl einer Abwahl doch noch durch einen Rücktritt zuvorkommt.

Bei der Bundesvorstandssitzung stehen unter anderem auch weitere Statutenänderungen und Berichte zum Finanzausgleich auf dem Programm. Riedl werde nicht anwesend sein, hieß es aus dem Gemeindebund. Er habe keine Funktionen mehr im Gemeindebund inne, auch sei klar, dass er nicht in seine Funktion zurückkehren werde. Riedl hatte einen freiwilligen Rücktritt erst Ende Oktober erneut ausgeschlossen und erklärt, er wolle zunächst die Ergebnisse der Prüfverfahren von Landesrech-

nungshof und Bezirkshauptmannschaft abwarten.

Die neuen Statuten sollen vorsehen, dass künftig die Abwahl eines Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit bei Zwei-Drittel-Anwesenheit möglich wird. Sollte Riedl nicht noch freiwillig gehen, könnte der Gemeindebund frühestens Anfang 2024 – wenn die Statutenänderung rechtsgültig wird – seine Abwahl samt Neuwahl in die Wege leiten. Das ist laut Gemeindebund allerdings die Ultima Ratio, die niemand wolle. (APA, TT)

TT, 01.12.2023

Von der Gießkanne zum Topf

Schwierige Zeiten für Gemeinden. Die Einnahmen können nicht mehr mit den Ausgaben mithalten. Die Spielräume für dringend notwendige Investitionen verschwinden. Das „frische Geld“ ist oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Von Marco Witting

Die Zeiten der großen Gießkanne, mit der aus öffentlichen Haushalten in den vergangenen Jahren unterstützt wurde, sind vorbei. Die Gießkanne ist leer. Und Tirols Gemeinden sitzen finanziell auf dem Trockenen. Wobei nicht alles, was in den vergangenen Jahren über Corona- und Energiehilfen gemacht wurde, schlecht war. Aber auch nicht alles gut. Was aber einmal mehr in den vergangenen Monaten verabsäumt wurde: die Kommunen aus ihrer Bittstellerrolle zu holen und ihnen mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein in Form einer Bedarfszuweisung zu geben, sie auf finanziell dauerhaft tragfähige Beine zu stellen. Nun rächt sich das.

Denn die Aussichten, was die finanzielle Zukunft der Tiroler Gemeinden betrifft, sind schlecht. Die Ertragsanteile steigen nicht in dem Maße, in dem die Kosten (etwa bei Löhnen oder Energie) steigen. Und setzt sich die wirtschaftliche Abwärtsbewegung länger fort, dann wird sich diese Situation noch einmal verschlechtern. Das trifft dann die kleinen Gemeinden genauso wie die größeren Städte.

Die Spielräume waren ja immer schon recht eng. Wenn die Kommunen um diese Zeit im Jahr ihren Haushalt fertig zimmern, dann bleibt ob der Fülle der ohnehin notwendigen Ausgaben schon traditionell wenig Platz für Investitionen. Das wissen Landeshauptmann Anton Mattl (VP) und LHStv. Georg Dornauer (SP) aus ihrer Zeit

als Bürgermeister nur zu gut. Doch gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wären Projekte für die Klein- und Mittelbetriebe etwa am Bau sehr wichtig. Dafür fehlt gerade das Flüssige.

Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern war zuletzt ein gutes Beispiel dafür, wie es läuft. Aus dem Wunsch nach über sieben Milliarden wurden zuletzt einer nach 2,3 Milliarden. Und wenn das Land von „frischem Geld“ (75 Millionen) spricht, das jetzt an die Gemeinden fließt, dann ist das nur zum Teil richtig und zum anderen Teil eine Mischung aus Marketing und Beruhigungsspiel. Auch der Bund kennt sich damit aus. Der lobt sich für seinen Zukunftsfonds, der in der Tat einige gute Ansätze aufweist. Und stellte erst jetzt wieder „neues“ Geld in

Aussicht. Insgesamt (auch hier rechnet man marketingtechnisch viel hinein) 4,3 Milliarden für die Kinderbetreuung. So wird die Gießkanne wieder in den Keller geräumt und von dort die Fördertöpfe wieder rausgeholt. Dauerhaft abgesichert ist auch das nicht.

In Tirol sind schon zwei Gemeinden (Seefeld und Matriel) aus unterschiedlichen Gründen schwer in finanzieller Schieflage. In den nächsten Monaten könnten weitere folgen – möglicherweise sogar, ohne dass die Gemeinden viel dafür können.

marco.witting@tt.com



TT, 01.12.2023

Wohnkosten-Verordnung massiv unter Beschuss

Neue Miet-Höchstsätze in der Mindestsicherung spiegeln für Experten weder Markt-Realitäten wider, noch taugen sie zur Armutsbekämpfung.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – „Die Mindestsicherung ist ein soziales Auffangnetz und damit ein Instrument der Existenzsicherung.“ So preist Soziallandesrätin Eva Pawlata (SP) diese Woche die Anhebung der darin fixierten „Richtsätze zur Sicherung des Lebensunterhalts“ um 9,7 Prozent (+2,7 Mio. €; Start: 1. Jänner 2024) sowie als zweiten Mindestsicherungs-Teil die adaptierte Wohnkostenverordnung (+4,88 Mio. €). Letztere gilt ab heute. Jene, die tagtäglich mit Armut und Wohnungslosigkeit in Tirol konfrontiert sind, stellen dem schwarz-röten und damit auch Pawlatas Zubrot indes ein ganz anderes Zeugnis aus: Die Wohnkostenverordnung sei intransparent, unzureichend und komme viel zu spät.

Die Wohnkostenverordnung legt – vereinfacht gesagt – die zulässigen Höchstgrenzen für Mietwohnungen von MindestsicherungsbezieherInnen fest. Nach Bezirk und Haushaltsgröße. Auf Basis der durchschnittlichen Kosten für Wohnungen mittlerer Quali-

„Mit dieser Verordnung werden Problemlagen und Wohnungslosigkeit nur fortgesetzt.“

Josef Mooser
(Dowas Innsbruck)

tät, wie es von der Regierung heißt. Darin liegt für Josef Mooser von der Sozial- und Wohnberatungsstelle Dowas bereits der erste gravierende Haken. Das Land verwerde eine „intransparente Datenbasis“. Diese Kritik hat man bereits vor mehr als einem Jahr geäußert. Eine Studie der FH Kufstein aus dem Frühjahr 2022, welche die tatsächlichen Mietpreise in den Bezirken erhoben habe, sei bereits bei der Adaption der Wohnkostenverordnung im September 2022 ignoriert worden. Zwar seien die Erhöhungen nicht nichts, generell seien aber auch sie „ein-



Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts und des Wohnbedarfs: Grundleistungen der Mindestsicherung. Foto: Maima

fach zu wenig angesichts der tatsächlichen Teuerung, die stattgefunden hat“.

Dass darüber hinaus die Höchstgrenzen für Ein-Personen-Haushalte in Innsbruck-Stadt (639 €) und Schwaz (607 €) überhaupt nicht er-

„Es ist beschämend, dass Ein-Personen-Haushalte nur in Innsbruck-Stadt und Schwaz nicht erhöht werden.“

Johannes Anzengruber
(Vize-BM Innsbruck)

höht wurden, sei schlicht „nicht nachvollziehbar“, so Mooser. Zumal eine erste Version der Verordnung vom September – in Folge des Begutachtungsverfahrens – sehr wohl nachgebessert worden sei. Zunächst hätten Ein-Personen-Haushalte über ganz Tirol nicht aufgestockt werden sollen, Zwei-Personen-Haushalte nur pauschal mit 35 €. Auf der Strecke bleiben die Bezirke Innsbruck und Schwaz. Die Sätze für WGs werden ebenso nicht erhöht.

Eine Dowas-interne Erhebung in Innsbruck habe ergeben, dass für Garçonnieren und Ein-Personen-Woh-

nungen im Schnitt im ersten Quartal 2023 728 € verlangt werden. Nur ein Viertel der Wohnungen dieser Kategorien würden den Verordnungshöchstgrenzen entsprechen. Auch der fürs Soziale in Innsbruck zuständige Vize-BM Johannes Anzengruber findet die Vorgehensweise des Landes „beschämend“. Von 1600 Ein-Personen-Haushalten in Innsbruck mit Mindestsicherungsbezug würden über 20 Prozent die Höchstsätze überschreiten. Die Stadt Innsbruck hat das Land deshalb aufgefordert, diesen Satz zumindest auf 714 € zu erhöhen. Damit wären es nur noch zehn Prozent. Vergebens.

„Notlagen nicht beseitigt“

Die Folge: Viele MindestsicherungsbezieherInnen müssen Lebensunterhalts-Geld fürs Wohnen abzwacken. Das kritisiert auch das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot Tirol. Weder helfe also die neue Richtlinie, Wohnungslosigkeit zu verhindern, noch werde sie zu Neu-Anmietungen führen oder Überbelegungen beseitigen, sagt Mooser: „Prekäre Wohnverhältnisse werden fortgesetzt, Notlagen nicht beseitigt.“

Mindestsicherung:

Allgemein: Im Jahr 2022 haben exakt 13.173 Personen in Tirol zumindest einmal Leistungen aus der Mindestsicherung bezogen. Darunter befanden sich 6661 Frauen und 6512 Männer. Im Jahr 2021 waren es 14.554, im Jahr 2020 noch 15.680. Laut Statistik Austria bewegt sich der Anteil von Nicht-Österreichern an der Mindestsicherung/Sozialhilfe bundesweit bei rund 60 Prozent. 2022 flossen in Tirol 51 Millionen Euro in die Mindestsicherung.

Wohnkostenzuschuss: Neben dem Lebenshaltungs-Zuschuss stellt der Wohnkostenzuschuss die zweite Grundleistung im Rahmen der Mindestsicherung dar.

Bezirks-Regel: Die Fix-Höchstsätze des Landes für Mietwohnungen sind nach Bezirk und Haushaltsgröße gestaffelt. Ein Vier-Personen-Haushalt in Innsbruck-Stadt erhält demnach bis zu 1177 Euro/Monat. Im Bezirk Landeck sind es nur 815 €.



Sebastian Kolland
Landtagsabgeordneter, Ebbs

Mut zur Lücke!

In den Tiroler Gemeinden werden derzeit die Budgets fürs nächste Jahr erstellt. Und eines hört man dabei landauf, landab. Die finanziellen Spielräume werden kleiner. Die Gründe dafür sind vielfältig. Gestiegene Zinsen für Kredite und hohe Lohnabschlüsse sind zwei davon. Es sind aber vor allem unsere unglaublich hohen Standards, die ins Geld gehen. In manchen Bereichen haben wir dabei – so selbstkritisch muss man sein – auch überzogen. „Gut gemeint“ ist eben nicht immer gut. Den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung werden wir beispielsweise finanziell nur schaffen, wenn wir in Punkto Gruppengrößen, Betreuungsschlüssel und Dokumentationspflichten nicht alles bis zum letzten Beistrich regeln, sondern Raum für Flexibilität lassen. Dasselbe gilt für den Baubereich, wo in den letzten Jahren alles ständig nach oben nivelliert wurde und normbedingte Überdimensionierungen zur Tagesordnung gehören. All das kostet Geld, das woanders fehlt. Wenn es um Normen und Richtlinien geht, brauchen wir deshalb wieder mehr Mut zur Lücke. Denn vieles, was auf den ersten Blick übertrieben und nicht notwendig erscheint, ist es auch auf den zweiten.

Ich freue mich über Meinungen, Anregungen und auch Kritik an sebastian.kolland@tirol.gv.at

Reifstein Blick, 06.12.2023

Gewalt im Amt: „Die Zündschnur wird kürzer“

Zertrümmerte Sessel und Getränkeautomaten: MitarbeiterInnen der Bezirkshauptmannschaft Kufstein immer öfter Aggressionen ausgesetzt.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Gotthard Bertsch weiß, wovon er spricht. Er ist Geschäftsführer der Männerberatungsstelle Mannsbilder Tirol: „Die Zündschnur wird immer kürzer“, analysiert er die Entwicklung. Abgebrannt war diese auch bei jenen Männern, die in der Bezirkshauptmannschaft Kufstein komplett ausrasteten. Einer zertrümmerte den Stuhl am Schreibtisch einer Mitarbeiterin, da er mit dem Gespräch nicht zufrieden war. Ein anderer regte sich so sehr auf, dass er wütentbrannt den Getränkeautomaten im Gang aus der Verankerung riss und total demolierte. Dabei kommt die Aggression nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen. „Früher hat es sehr selten solche Auswüchse gegeben. In der Zwischenzeit ist das erheblich mehr geworden“, berichtet der Kufsteiner Bezirkshauptmann Christoph Platzgummer. Verbal müsse man ohnedies bereits vieles hinnehmen. „Da wird am Telefon gleich losgeschimpft und unsere Mitarbeiter hören alle möglichen Beleidigungen.“ Erschreckend: Die Anfeindungen reichen bis hin zu Morddrohungen.

Ein Grund für die noch nie gekannte Eskalation gegenüber Behörden ist in der Pandemie zu suchen, deren Auswirkungen heute noch anhalten. „Es sind gesetzliche Bedingungen geschaffen worden, die die Leute nicht verstehen konnten und wollten“, sagt Platzgummer. Da-



An der Bezirkshauptmannschaft Kufstein mussten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, nachdem es immer wieder zu Gewaltausbrüchen von Amtsbesuchern gekommen war.

Foto: Hrdina

mit und durch entsprechende Verschwörungstheorien sei das Vertrauen in die Ämter stark gesunken.

Bertsch beobachtet ebenfalls das gestiegene Aggressionspotenzial. In seinem Fall naturgemäß bei Männern und Burschen. „Das beginnt schon lange bevor der Mann bei der Behörde sitzt“, sagt Bertsch. Da summieren sich die Ausläufer der Pandemie und die Kriege und Krisen mit Problemen am Arbeitsplatz oder der Partnerschaft, „dann kommt da ein scheinbar noch ungerechter Bescheid oder eine Entscheidung der Behörde

dazu“, sagt Bertsch. Und dann ist die schon viel zu kurze Zündschnur abgebrannt.

Wie sich die Spirale immer mehr in Richtung Aggression dreht, zeigt sich auch darin, dass alleine in Innsbruck 80 Männer auf der Warteliste stehen. „Sie ist so lange wie noch nie“, sagt Bertsch.

„Wir versuchen uns in die Gefühlswelt der Leute, die zu uns kommen, hineinzudenken. Es geht oft um ganz wichtige Sachen“, ist sich Platzgummer bewusst. Daher setze man auf Deeskalation. „Wir haben eine dicke Haut, aber wenn es zu weit geht

und es grobe Geschichten sind, müssen wir tätig werden. Wir kennen die Leute ja“, sagt der Bezirkshauptmann. Soll heißen: Es klingelt die Polizei an der Türe. Im Amt selbst sind Vorkehrungen ergriffen worden. Die direkte Leitung zur Polizei ist vorhanden, auch ein Notknopf am Schreibtisch. Sollte der betätigt werden, sind neben einem Securitymitarbeiter auch andere Mitarbeiter bereit einzugreifen. Und bei bekannten „Heißläufern“ geht der Sicherheitsmann gleich mit. Das kühlt erhitzte Gemüter ab.

TT, 28. 11. 2023

Gemeinden erhalten 75 Mio. Euro

LH Mattle und Gemeindepräsident Schubert einigten sich über „Tiroler Finanzausgleich“.

Innsbruck – Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert spricht bei „Tirol Live“ von einer toxischen Mischung für die Gemeinden. Inflation, steigende Energiepreise, hohe Lohnabschlüsse, steigende Zinsen und sinkende Einnahmen aus den Bundessteuern führen dazu, dass es sich in einigen Gemeinden beim Budget 2024 finanziell nicht mehr ausgehen wird. 50 Millionen Euro hat er deshalb nach den Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die Aufteilung der Bundessteuern (Finanz-

„**Das Land Tirol und ich als Landeshauptmann und Gemeindefeferent stehen an der Seite der Gemeinden.**“

LH Anton Mattle/VP
(Gemeindefeferent)

ausgleich) gefordert, 75 Mio. Euro sind es geworden.

Tirols Gemeinden erhalten nämlich rund 44,5 Mio. Euro an frischem Geld aus dem Finanzausgleich. Dazu kommt der Vorschuss für das Jahr 2024, die Gemeinden erhalten direkt rund 19 Mio. Euro. Zugleich legt das Land weitere



Für Karl-Josef-Schubert haben derzeit viele Tiroler Gemeinden Schwierigkeiten, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen.

Foto: Axel Springer

zwölf Mio. Euro für den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur für die Kinderbildung und Kinderbetreuung sowie für den Ausbau erneuerbarer Energieträger drauf. „Wir haben uns grundsätzlich darauf geeinigt, dass die 75 Millionen valorisiert jährlich bis 2028 fließen“, sagt Schubert.

Landeshauptmann und Gemeindefeferent Anton Mattle (VP) verweist darauf, dass das Land die Gemeinden bereits mit 25 Mio. Euro unterstützt und Abgänge der Bezirkskrankenhäuser von 40 Mio.

Euro übernommen hat. „Mir war es beim Finanzausgleich wichtig, den Gemeinden nachhaltig den Handlungsspielraum für Investitionen zu sichern. Unser oberstes Ziel muss also sein, auch in Zukunft ausgeglichene Haushalte auf Landes- und Gemeindeebene zu sichern. Hier ist der Gemeindeverband mit Karl-Josef Schubert ein starker und verlässlicher Partner“, betont Mattle. Nachsatz: Damit werde die kommunale Budgeterstellung für das kommende Jahr ein Stück weit erleichtert.

Das Video dazu finden Sie auf www.tt.com



tirol live

Für Schubert führt allerdings kein Weg an einem Sparkurs der öffentlichen Hand vorbei. „Das müssen wir den Menschen auch klar sagen. Wenn Gelder gefordert werden, kann es keinen Automatismus mehr geben.“ Strukturreformen sind für Schubert notwendig. „Re-

„**Die Tiroler Gemeinden müssen sparen, das werden wir den Menschen auch ganz klar sagen.**“

Karl-Josef Schubert
(Gemeindeverbandspräsident)

strukturieren heißt natürlich sparen. 2024 werden die Tiroler Gemeinden kaum etwas investieren können.“

Ausgaben für die Daseinsfürsorge u. a. für Gesundheit und Soziales haben für den Gemeindepräsidenten Vorrang. Hier gebe es ohnehin Kostensteigerungen. Wird die angespannte finanzielle Situation vermehrt zu Fusionen führen? Schubert: „Das muss freiwillig wie im Wipptal erfolgen. Ich bin gegen Zwangsfusionen, aber für mehr interkommunale Zusammenarbeit.“ (pn)

TT, 28. 11. 2023

Amtsgeheimnis ist 2025 Geschichte

Weil eine Verfassungsmehrheit für das Informationsfreiheitsgesetz nötig war, brauchte die türkis-grüne Regierung die Stimmen von Rot oder Blau. Die SPÖ ebnete den Weg für das Aus des Amtsgeheimnisses.

Wien – Das Informationsfreiheitsgesetz mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses ist nun fix. Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) und Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) freuten sich gestern über diesen „Meilenstein“ und dankten der SPÖ, deren Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit nötig sind, für die konstruktiven Verhandlungen. Beschlossen werden soll die im Verfassungsrang verankerte Regelung Ende Jänner im Plenum. Mit Sommer 2025 soll die Informationsfreiheit dann gelten.

1 Als Verhandlungserfolg reklamierte die SPÖ für sich, dass in Zukunft alle Verwaltungsorgane informationspflichtig sein werden, egal in welche rechtliche Form sie gekleidet sind, etwa die Staatsanwaltschaften. Auch bei staatlichen Unternehmen werden laut SPÖ Lücken geschlossen: Nicht nur solche mit mehr als 50 Prozent formellem Staatsanteil müssen in Zukunft Informationen bereitstellen, sondern auch solche, die faktisch vom Staat beherrscht werden. Neu hinzu kommen somit etwa Österreich Werbung, Verbund oder Kontrollbank.

2 Fallen wird die Ausnahme von der Auskunftspflicht für Gemeindeverbände, auch wenn die Kommunen als Verbund weniger als 5000 Einwohner haben. Als „Wermutstropfen“ bezeichnet der stellvertretende SPÖ-Klubobmann Jörg Leichtfried die Tatsache, dass Kommunen mit weniger als 5000 Einwohnern alleine nur auf Antrag Informationen bereitstellen müssen. Dennoch seien sie



Die Auskunft muss innerhalb von vier Wochen erteilt werden, im Ausnahmefall kann die Frist um noch einmal vier Wochen verlängert werden. Foto: iStock

von der passiven Informationspflicht nicht ausgenommen, sagte Edtstadler.

3 Kritik hatte zuvor auch ein weiterer Passus im Regierungsentwurf erregt. Greift demnach die Erteilung der Information in die Rechte eines anderen ein, „hat das zuständige Organ diesen davor nach Möglichkeit zu verständigen und zu hören“, heißt es dort. Dies war als Behinderung der Medienarbeit interpretiert worden. Hier hat man sich darauf geeinigt, dass die Be-

hörden nunmehr verpflichtet werden, die sonst vorgeschriebene Mitteilung an die betroffenen Dritten zu unterlassen, wenn dies zu Einschränkungen des Rechts auf Meinungsfreiheit führen würde. Voraussetzung dafür ist lediglich, dass dies (von einem Journalisten) gegenüber der Behörde bekannt gegeben wird.

4 Abgeschafft wird die Amtsverschwiegenheit bei parlamentarischen Anfragen. Nur noch wenige besonders schwerwiegende Ge-

heimhaltungsgründe werden in Zukunft die Verweigerung einer Antwort rechtfertigen können. Diese sind etwa nachrichtendienstliche Informationen, besonders sensible Daten von Bürgern oder erst bevorstehende Entscheidungen (wie etwa die geplante Durchführung von behördlichen Kontrollen oder Hausdurchsuchungen).

5 Grundsätzlich sieht der Gesetzesentwurf eine Pflicht zur Auskunftserteilung vor: Das betrifft die Ver-

waltungsorgane von Bund und Ländern sowie allen Gemeinden. Ebenso Auskunft erteilen müssen die mit der Besorgung von Geschäften der Bundesverwaltung und der Landesverwaltung betrauten Organe. Auch nicht hoheitlich tätige Stiftungen, Fonds, Anstalten und Unternehmungen mit bestimmtem Staatseinfluss sind auskunftspflichtig. Bei Letzteren darf deren Wettbewerbsfähigkeit aber nicht eingeschränkt werden. (TT, APA)

Zwischen Lob und Tadel

Wien – NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger spricht von einer guten Nachricht, immerhin hätten die NEOS seit zehn Jahren Druck für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses gemacht. Knackpunkt seien allerdings die Details. „Weitreichende Ausnahmen sind keine gute Idee, will man einen wirklich historischen Schritt!“

Auch die FPÖ sieht das Informationsfreiheitsgesetz in der geplanten Form – trotz „kosmetischer Korrekturen“ – weiter kritisch. Ihr fehlen Punkte wie eine „Cooling-off-Phase“ für Höchststrichterposten oder eine Prüfbefugnis für den Rechnungshof bei Unternehmen schon ab einer 25-prozentigen Beteiligung der öffentlichen Hand. Auch die Ausnahmeregelung für kleine Gemeinden bei der proaktiven Informationspflicht kritisieren die Freiheitlichen.

Der Gemeindebund hob wiederum genau diese Regelung positiv hervor. Schließlich hätten gerade kleinere Gemeinden weniger Personal für rechtliche Abwägungen. (TT)

Öffentliche Gemein- deversammlung

KUFSTEIN. Am Dienstag, den 9. Jänner, findet um 18 Uhr die öffentliche Gemeindeversammlung im Theatersaal des Kultur Quartiers in Kufstein statt. Bürgermeister Mag. Martin Krumschnabel berichtet über umgesetzte, laufende und geplante Projekte, Vorhaben und Initiativen in Kufstein. Alle Bürger:innen sind herzlich eingeladen, vorbeizukommen, und haben im Anschluss die Möglichkeit, ihre Fragen und Anregungen zu Belangen der Gemeinde einzubringen. Zudem wird ein Livestream eingerichtet, der über www.kufstein.gv.at abrufbar ist.

Bezirksblatt Kufstein, 03/04.01.2024

Geld ist bei Pensionistenjobs nicht das Wichtigste

Arbeiten in der Pension: Umfrage des Regionalmanagements KUUSK zeigte großes Interesse an Jobmöglichkeiten.

Von Wolfgang Otter

Kufstein – Das Ergebnis ist eindeutig: Viele PensionistInnen wollen arbeiten, andererseits hätten die Betriebe großes Interesse an ihnen. Jetzt geht es zum einen um die nötige Beratung der Arbeitswilligen und zum anderen um das Zusammenbringen der beiden Seiten.

Die frühere Kufsteiner Chefin des Kufsteiner Arbeitsmarktservice (AMS), Margit Exenberger, hat dazu im Sommer dieses Jahres die Situation im Bezirk Kufstein erhoben. Der Anstoß dazu erfolgte im

Rahmen des Projektes „Arbeitsinnovation“ des Regionalmanagements KUUSK (Kufstein und Umgebung, Untere Schranne – Kaiserwinkl). So wurden 112 Personen befragt. 50 Pensionistinnen und Pensionisten bzw. 44,6 Prozent gaben an, dass sie noch gerne arbeiten möchten. Nur für ein Drittel geht es dabei um die Verdienstmöglichkeit, je ein weiteres Drittel der Befragten will dadurch Kontakte zu andere Menschen halten oder eine Aufgabe haben.

Interessant bei dieser Erhebung ist auch, dass zwar 50 der befragten Personen gerne

arbeiten würden, lediglich 18 aber aktiv nach einem Job suchen.

Was auf keinen großen Widerhall stieß: die Frage, ob eine Onlineplattform für die Suche bzw. Vermittlung interessant wäre. Eines hingegen ist für fast 50 Prozent der Befragten notwendig: eine ent-

„ Motivation für eine Beschäftigung wäre das zusätzliche Einkommen, aber auch soziale Gründe.“

Margit Exenberger
(Projektverantwortliche)

sprechende Beratung zu den rechtlichen und steuerlichen Bedingungen.

Auf Seite der Betriebe schränkte Exenberger die Befragung auf 35 Betriebe ein, „da aber sehr viele große Firmen mitgemacht haben, vereinen sie 11.479 Arbeitnehmer“. Das Interesse an der Beschäftigung von Pensionisten zeigt sich daran, dass bei den Unternehmen 572 Arbeitskräfte gesucht werden und in den nächsten fünf Jahren 575 Mitarbeiter in Pension gegen. Daher könnten bzw. würden 65 Prozent der Firmen Jobs zur Verfü-

gung stellen. Und immerhin ein Drittel glaubt, dass sie damit den Fachkäfemangel abfedern könnten.

Da auf Seite der Arbeitswilligen und Betriebe ein großes Interesse an diesem Thema besteht, hat KUUSK eine Infokampagne gestartet. Interessierte Firmen wurden bereits beraten, Pensionisten sind am 24. Jänner zu einem Informationsnachmittag ab 13.30 Uhr in die Lounge des Hotels Andreas Hofer in Kufstein eingeladen. Titel der Veranstaltung: „Lebensgeschichten und Arbeitssachen“.

„DIE WIRTSCHAFT“
Befragungsergebnisse
Pressekonferenz
28.11.2023
Regionalmanagement KUUSK



Margit Exenberger hat die Zahlen für den Bezirk erhoben. Foto: Otter

TT, 29.11.2023

„Den Gemeinden geht das Geld aus“

Viele Tiroler Gemeinden kämpfen um ausgeglichene Budgets. Die Schere zwischen Abgaben und Einnahmen sorgt für ein tiefes Finanzloch.

Zirl, Schwaz, Oberndorf – Die „Schnappatmung“ steht für den Zirlr Bürgermeister Thomas Öfner als Sinnbild für die Finanzsituation der Tiroler Gemeinden: „Es handelt sich dabei um eine Atemstörung mit langen Atempausen, bei der es zu einer Schädigung des Atemzentrums kommt. Für mich steht die Finanzierung der Gemeinden derzeit für dieses Atemzentrum“, sagt er ernüchtert.

Wie es sich aktuell darstellt, wird es für viele Gemeinden schwierig, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, und „diese Budgets werden nicht fett sein. Wir werden Mühe haben, unsere laufenden Ausgaben zu bestreiten“, zeichnet Öfner ein düsteres

Bild. An Investitionen sei gar nicht zu denken, sagt er.

Wie berichtet, erhalten die Tiroler Gemeinden rund 44,5 Mio. Euro aus dem Finanzausgleich. Dazu kommt der Vorschuss für das Jahr 2024 von 19 Mio. Euro. Weitere 12 Mio. Euro fließen in den Ausbau und die Sanierung von Infrastruktur für die Kinderbildung und Kinderbetreuung sowie für den Ausbau erneuerbarer Energieträger.

Doch für viele Bürgermeister ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. So zeigt Öfner auf, dass die Abgabenertragsanteile als eine der wichtigsten Einnahmequellen für Gemeinden deutlich zurückgehen, während die Transferzahlungen an das Land um 12

Prozent steigen. Alleine in Zirl führt diese Differenz zu einem Loch im Budget von 1,5 bis 2 Mio. Euro.

Auch in Schwaz, das in den letzten Jahren immer positiv bilanzieren konnte, ist das Geld regelrecht verpufft, wie Bürgermeisterin Victoria Weber schildert: „Ich stehe voll und ganz hinter den vom Land vorgegebenen Zielen des Ausbaus der stationären Pflege und des Ausbaus der Kinderbetreuung. Nur diese Kosten holen uns derart ein, dass wir das als Gemeinde nicht mehr schlucken können.“ Ihrer Ansicht nach muss das Förderwesen überdacht werden, da es Gemeinden auf der einen Seite nicht mehr möglich sein wird, Kinderbetreuung, soziale Infrastruktur, Pflege oder Straßenerhalt finanzieren zu können. Auf der anderen Seite sind auch Neuinvestitionen nicht mehr möglich.

„Die Gemeinde als Wirtschaftsmotor kann es in dieser Form dann gar nicht mehr geben“, sagt auch der Oberndorfer Bürgermeister Hans Schweigkofler, der in 32 Jahren Tätigkeit keine vergleichbare Situation erlebt hat. Geforderte Sparmaßnahmen in den Gemeinden seien ebenfalls schwierig, so die Bürgermeister unisono: Einsparungsmöglichkeiten gäbe es maximal in der Elementarpädagogik, in der Pflege und im Sozialbereich. „Das kann doch nicht der richtige Weg sein.“ (rena)



Thomas Öfner (BM Zirl), Victoria Weber (BM Schwaz) und Hans Schweigkofler (BM Oberndorf) fordern Verteilungsgerechtigkeit. Foto: Perktold

TT, 29.11.2023

Allein 185 Mio. Euro flossen in geförderte Wohnungen

Wohnbauförderung hat 2023 Wohnbau, Sanierungen und Photovoltaik mit 310 Mio. Euro unterstützt. Dornauer sieht in Wohnbedarfsstudie Richtschnur.

Innsbruck – Leistbares Wohnen bleibt eines der zentralen politischen Themen im heurigen Jahr. Mit einer flächendeckenden Wohnbedarfsstudie für Tiroler Gemeinden und Regionen will das Land auf die Herausforderungen reagieren. Rund 7000 Wohnungen werden jährlich gebaut, die gemeinnützigen Bauträger im Land errichten davon rund 1300. Die vom Land in Auftrag gegebene Studie soll auch eine Richtschnur dafür sein, bedarfsgerecht Flächen für den geförderten und damit leistbaren Wohnbau zur Verfügung zu stellen. Vor allem die Grundstückspreise sind in den vergangenen Jahren in Tirol explodiert.

Die Wohnbauförderung ist wiederum die zentrale finanzielle Hilfestellung – vor allem für Jungfamilien. Tirol besitzt noch sein ganzes Familiensilber. Das heißt, dass die jährlichen Rückflüsse von 140 Millionen Euro wieder für den Wohnbau verwendet werden können. Am Montag hat jetzt das Land Tirol die Förderbilanz für 2023 veröffentlicht.

So wurden im Vorjahr 185 Millionen Euro an finanzi-

ellen Zuschüssen für neu errichtete Wohnungen gewährt. Für den Erwerb von gebrauchten Wohnungen bewilligte das Land Förder-



Ben Fink

„Wir werden 2024 noch einiges auf den Weg bringen, damit Wohnen in Tirol wieder leistbar wird.“

LHSiv. Georg Dornauer/SPÖ (Wohnbaureferent)

rungen von 4,3 Millionen Euro. Zusätzlich kamen noch 20 Millionen Euro an Beihilfen hinzu. Wohnbaureferent LHSiv. Georg Dornauer (SPÖ) bezeichnet deshalb die Wohnbauförderung als Schlüssel, um leistbaren und nachhaltigen Wohnraum in Tirol zur Verfügung stellen zu können.

Ein wichtiger Mosaikstein sind für Dornauer dabei auch die Sanierungen. Mehr als 9000 Anträge oder ein Plus von 76 Prozent gegenüber 2022 gab es in diesem Bereich. Mit 101 Millionen Euro wurden 20.800 Sanierungen gefördert, mit 17 Mio. Euro die Errichtung von Photovoltaikanlagen. Dornauer: „Die Fördermöglichkeiten reichen vom Kauf einer Neubauwohnung über die Sanierung von bestehendem Wohnraum bis hin zur Umsetzung von energiesparenden und umweltfreundlichen Maßnahmen. Wir leisten damit nicht nur einen Beitrag zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung im Hinblick auf qualitativ volles Wohnen, sondern tragen auch zum Klimaschutz bei.“

Das gesamte Fördervolumen beziffert Dornauer mit 310 Mio. Euro. „Die Bilanz kann sich sehen lassen, im neuen Jahr 2024 werden wir aber noch einiges auf den Weg bringen, damit Wohnen in Tirol wieder leistbar wird.“

Generell hebt Dornauer die Anhebung der Wohnbeihilfe und auch die Erhöhung der Einkommensgrenzen im Beihilfensystem hervor. „So ha-

ben wir auch sehr zielsicher den Mittelstand unterstützt. Darüber hinaus habe ich bereits im April entschieden, die anrechenbaren Baukosten in der Wohnbauförderung zu erhöhen, das war durch die anhaltende Teuerungswelle dringend notwendig, sonst wären einige Projekte abgesagt worden. Jetzt sehen wir, dass der Siedepunkt im Bausektor erreicht ist, daher müssen wir alles daran setzen, dass die Baukonjunktur nicht ins Stocken gerät.“

Mehr Singlewohnungen nötig

Der Wohnbaureferent richtet seinen Blick aber auch auf geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen. „Was mir seit Langem auffällt, ist, dass wir mehr leistbare Singlewohnungen benötigen. Auch hier müssen wir auf die tatsächlichen Lebensrealitäten der Bevölkerung reagieren.“ Gerade nach Scheidungsfällen seien Menschen oft verzweifelt und außerstande, einen adäquaten, leistbaren Wohnraum zu finden. Darauf müssten die gemeinnützigen Wohnbauträger ebenfalls achten.

In diesem Zusammenhang verweist Dornauer auf die Wohnbedarfsstudie in Zusammenarbeit mit der Uni Innsbruck, die im Juni veröffentlicht wird. „Ich erwarte mir hier durchaus handfeste Empfehlungen und Analysen, um in Tirol zukunftsorientiert und lebenswert in allen Lebensphasen ein leistbares Wohnangebot schaffen zu können.“ Das werde aller Voraussicht nach nicht mehr das berühmte Haus mit Garten und Pool sein. Hier müsse man mutig, modern und progressiv auf boden- und ressourcenschonende Wohnformen setzen. Bei alten Gebäuden im Dorfkern, die nicht mehr revitalisiert werden könnten, ist für den Wohnbaureferenten eine Abbruchprämie im Rahmen der Dorferneuerung vorstellbar.

Schlussendlich will die schwarz-rote Regierung leistbares studentisches Wohnen forcieren. „Da können wir mit der Wohnbauförderung politisch reagieren, und das werde ich auch tun“, kündigt der SPÖ-Chef an. (pn)



Rückflüsse aus der Wohnbauförderung fließen in die Förderung neuer Wohnungen in Tirol.

Foto: APA/Schneider



Politik und Gemeinden stehen zu Jahresende unter Strom. Mit der Tiwag wird wieder über günstigere Versorgungsstarife verhandelt. Foto: Fotik

Tiwag bastelt Angebot für Gemeinden

Wie Tarifkonzept aussehen wird, kann Tiwag-Vorstand Gasser noch nicht sagen. GemNova erhielt 50.000 Euro Provision für Gemeindepaket.

Innsbruck – Auch die Tiroler Gemeinden ächzen unter den Stromkosten. Rund 200 haben Ende 2022 einen Vertrag mit dem Landesenergieversorger Tiwag abgeschlossen. Im Paket. Ausverhandelt hat es für sie wie in den Jahren zuvor die heuer in Konkurs gegangene Gemeindeverbandsfirma GemNova. Zu äußerst schlechten Konditionen, wie von den Gemeinden kritisiert wurde. „In der Hoffnung, dass sich der Strompreis im Laufe des Jahres 2022 wieder ent-

Anfang 2023 konfrontierten die Abrechnungen die Kommunen dann so richtig mit den deutlichen Strompreiserhöhungen und der Unmut entlud sich. Auf Druck der Politik wurde im Frühjahr nachverhandelt und die Tiwag bot vier Leistungspakete mit unterschiedlichen Laufzeiten an. Die Unzufriedenheit über die Strompreise ist jedoch geblieben. Jetzt prescht VP-Klubchef Jakob Wolf vor und fordert neuerlich günstigere Tarife. Schließlich werde es für die von der Tiwag versorgten Privathaushalte ebenfalls billiger.



Foto: Blum

„Die Gemeinden sind wichtige Partner für uns. Wir haben jetzt auch das kommunale Service aufgestockt.“

Thomas Gasser
(Tiwag-Vorstand)

spannt, erfolgte der Abschluss leider sehr spät“, sagt dazu Tiwag-Vorstand Thomas Gasser. Andere Großabnehmer hätten auch lange zugewartet.

Über Jahre hat die Tiwag mit der GemNova zusammengearbeitet, dafür gab es u. a. im Vorjahr auch eine Provision von 50.000 Euro. „Weil die GemNova ja Leistungen für uns erbracht hat, indem sie von den Gemeinden alles aufbereitet“, wie Gasser hinzufügt. Die Tiwag hatte somit einen Ansprechpartner.

Gemeindepräsident Karl-Josef Schubert führt deshalb Gespräche mit dem Landesenergieversorger. Das bestätigt Gasser gegenüber der *TT*. „Die Gemeinden sind natürlich ein wichtiger Partner für uns. Nach dem Aus für die GemNova haben wir das kommunale Service aufgestockt, damit die Kommunen immer einen Ansprechpartner haben.“ Derzeit wird kalkuliert, schließlich erfolge nach jedem Vertragsabschluss eine Preissicherung. „Wie unser Angebot an die Gemeinden aussehen wird, kann ich noch nicht sagen“, bittet Gasser um Verständnis.

Politisch übt NEOS-Chef Dominik Oberhofer Kritik an den Gemeinden. „Tatsache ist, dass viele trotz Ausschreibungspflicht ihre Stromverträge frei an die Tiwag vergeben haben. Damit bekam nicht der günstigste Anbieter den Zuschlag, sondern die teurere Tiwag.“ Seit geraumer Zeit würden die NEOS rechtliche Schritte prüfen, weil für Oberhofer fatale Rechtsbrüche im Raum stehen. (pm)

TT, 30.12.2023

„Tiweg braucht die Gemeinden“

VP-Klubchef Wolf drängt auf Strompreissenkung für die Kommunen. Er erinnert die Tiweg daran, dass ein Kraftwerksbau ohne die Gemeinden schwierig sei.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Tiroler Gemeinden stehen finanziell massiv unter Druck, schon seit Wochen herrscht deshalb auch Unmut über die im Frühjahr abgeschlossenen Strompreispakete mit dem Landesenergieversorger Tiweg. ÖVP-Klubchef Jakob Wolf lässt jetzt aufhorchen: Er fordert die Tiweg nicht nur zu einer Strompreissenkung für die Kommunen auf, sondern macht deutlich, dass die beabsichtigten Kraftwerksvorhaben wie im Kaunertal nur mit der Unterstützung der Gemeinden möglich seien. Schließlich kennt der Bürgermeister von Umhausen die negative Stimmung gegenüber den geplanten Wasserableitungen aus dem Ötztal für den Kaunertal-Ausbau nur zu gut.

„Ich hoffe, dass Tiweg proaktiv auf die Gemeinden zugeht, bevor der Druck wieder von den Kommunen oder vom Gemeindeverband kommt“, sagt Wolf gegenüber der TT. Die Tiweg müsse sich jedenfalls bewusst sein, dass ohne die Gemeinden der Bau von jedem Kraftwerk in Tirol schwierig sei. „Deshalb muss sie ihnen entgegenkommen.“ Kraftwerke mit den Gemeinden zu bauen, gehe meist gut, verweist der ÖVP-Politiker auf das Kraftwerk Tauernbach, Tumpen oder die Erweiterung von Sellrain-Silz. „Da waren die Standortgemeinden dafür.“

Seien die Kommunen jedoch dagegen, wird es laut Wolf schwierig. „Das sieht man derzeit ganz klar beim Projekt Kaunertal. Gegen alle Ötztaler Gemeinden ein Projekt durchzuziehen, das wird sich nicht ausgeben. Will man die Natur vor Ort nutzen, müssen zunächst die Gemeinden vor Ort überzeugt werden“, schreibt der ÖVP-Klubchef dem Landesenergieversorger ins Stammbuch.

Wie beurteilt nun Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert die Situation? „Sie ist natürlich nicht zufriedenstellend für die Gemeinden“,



„Ich hoffe, dass die Tiweg proaktiv auf die Gemeinden zugeht, bevor wieder Druck aus den Gemeinden kommt.“

Jakob Wolf/ÖVP (Klubchef)



„Die Tiweg hat versprochen, noch im ersten Quartal 2024 einen Vorschlag auf den Tisch zu legen.“

Karl-Josef Schubert (Gemeindeverbandspräsident)

weil schon die ursprünglich ausverhandelten Pakete viel zu hoch gewesen seien. „Aber ich bin bereits seit einem Monat mit der Tiweg über eine Senkung der Strompreise im Gespräch.“ Kurzfristig werde das leider nicht möglich sein, aber die Tiweg-Verantwortlichen hätten versprochen, noch im ersten Quartal 2024 einen Vorschlag auf den Tisch zu legen. Schubert: „Die Preise müssen runter; das ist auch meine Botschaft.“

Andererseits gebe es gül-

tige Verträge mit der Tiweg, „die jede Gemeinde abgeschlossen hat“, will Schubert diese Tatsache nicht außer Acht lassen. Bekanntlich hat die Tiweg im Frühjahr 2023 mit unterschiedlichen Varianten und Laufzeiten bei den Stromtarifen nachgebessert, denn das 2022 noch von der in Konkurs gegangenen Gemeindeverbandsfirma GemNova ausverhandelte Energiepaket sei zum ungünstigsten Zeitpunkt abgeschlossen worden.



Die Gemeinden stöhnen ebenfalls unter den gestiegenen Stromkosten. Sie hoffen, dass die Tiweg auch die Gemeindetarife senkt. Foto: image

TT, 29.12.2023



Der Ball in Sachen Kinderbetreuung liegt bei der schwarz-roten Landesregierung. Sie hat einen Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Betreuungsplatzes im September beschlossen. Nun muss die Umsetzung folgen. Foto: Falk

TT, 29. 12. 2023

Bedarfserhebung hakt, Arbeit an Pilotregionen

84 von 277 Gemeinden melden dem Land ausreichend Angebot für Kinderbetreuung (0–3 Jahre). Rücklauf blieb hinter Erwartungen. Ausbauwünsche sind aber evident.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – „In dieser Form werden wir die Bedarfserhebung nicht mehr durchführen.“ Bildungslandesrätin Cornelia Hagele (VP) macht gar keinen großen Hehl daraus, dass man landhausintern mit einem breiteren Rücklauf jener elterlichen Fragebögen gerechnet hatte, welche den 277 Gemeinden zur Erhebung des künftigen Kinderbetreuungsbedarfs im Frühjahr zur Verfügung gestellt worden waren. Als Ursache vermutet Hagele, dass der Umfang zu groß gewesen sein könnte. Das daraus folgende Problem: Die Ergebnisse (siehe Faktbox) seien zwar im Landhaus erhoben worden, müssten nun aber aufgrund von „Ungenauigkeiten“ nochmals mit den Gemeinden „bilateral“ auf ihre Aussagekraft hin abgeklöpft werden.

Trotz dieser Unschärfen könne man aber sagen, so Hagele, dass 193 Gemeinden in Tirol noch Aufholbedarf in der Betreuung der Kleinsten (0 bis 3 Jahre) haben. Nicht,

dass es in diesen Kommunen gar kein Bildungs- und Betreuungsangebot für diese Altersgruppe gebe, aber zur Erreichung des auf EU-Ebene 2002 fixierten „Barcelona-Ziels“ von 33 % Betreuungsquote fehle da oder dort doch noch einiges. Für Österreich gilt selbiges weiterhin, obwohl 2022 bereits das 45-Prozent-Ziel für das Jahr 2030 ausgeben würde.

Und noch eines habe die kommunale Bedarfserhebung trotz ihrer Schwächen dokumentiert: den ungebrochenen Wunsch der Eltern nach einem Angebotsausbau in beinahe allen Alters-Ebenen. Was die unter Dreijährigen betrifft, hat sich die schwarz-rote Landesregierung bekanntlich zum Ziel gesetzt, ab Herbst 2026 flächendeckend einen Rechtsanspruch auf Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes umgesetzt zu haben. Das kann, muss eine Gemeinde aber nicht selbst schultern – der Schlüssel liege in gemeindeübergreifenden Kooperationen, betont Hagele erneut. Wie bereits berichtet, will das Land im Herbst

2024 mit bis zu drei Pilotregionen starten. Die Vorgespräche seien bereits im Laufen, so Hagele. Bis Ende März sollen selbige auch benannt werden. Eine Region soll im stadtnahen Bereich, ein bis zwei im ländlichen Raum angesiedelt werden.

Was das Finanzierungskonzept dieses Rechtsanspruchs betrifft, so verweist Hagele auf noch laufende Berechnungen. Denn nicht nur die Umsetzung, auch die Finanzierung hängt zentral von

„Die Rückmeldungen waren eher dürftig. Wir werden die Bedarfserhebung in dieser Form nicht mehr durchführen.“

Cornelia Hagele
(Bildungslandesrätin; VP)

der Personalfrage ab. Einige Eckpunkte seien aber so gut wie fix. Wie etwa die Notwendigkeit eines fixen Verrechnungsbetrags der Gemeinden untereinander für Kinder, die eben nicht am Hauptwohnsitz betreut werden (können). Ebenso wird es einen landesweit gültigen, harmonisierten Elternbeitrag geben. Ob dieser eine soziale Staffelung beinhalte, sei noch offen.

Vom Bund gibt es bekanntlich rund 50 Mio. € pro Jahr bis 2030. Zusätzliche 20 Mio. € vom Land kommen bis 2026 hinzu. Letztere insbesondere für den infrastrukturellen Ausbau der Kleinkindbetreuung. Im Kindergartenbereich (Betreuungsquote: rd. 98 Prozent) bestehe kein sonderlich großer Nachholbedarf.

Mit elf Mio. € im Jahr wird sich die Reform des Besoldungsrechtes (zwei zusätzliche „Teamstunden“) niederschlagen – das Land übernimmt die Kosten. Dafür muss das einschlägige Gesetz (TKKG) novelliert werden. In einem Aufwasch soll dann auch hier der Rechtsanspruch verankert werden – Hagele visiert das Jahr 2026 an. Das heurige Gehaltsplus für die Elementarpädagoginnen (rd. 7 Mio. €) müssten aber die Kommunen stemmen.

Bedarfserhebung: Ergebnisse

Rechtsgrundlage: Im Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz (TKKG) ist festgelegt, dass die Gemeinden mindestens alle drei Jahre – nach Aufforderung durch die Landesregierung – den künftigen Bedarf an Kinderbetreuung zu erheben haben. Darauf aufbauend müssen sie binnen sechs Monaten ein Entwicklungskonzept dem Land vorlegen.

Durchführung: Am 7. Februar wurden die Gemeinden heuer zur Bedarfserhebung der Jahre 2023/24 bis 2025/26 aufgefordert. Hierfür stellte das Land Formulare für eine Elternbefragung zur Verfügung. 34 Gemeinden lieferten nicht binnen sechsmonatiger Frist ab.

Auswertung: Im Amt der Tiroler Landesregierung wurden 26.000 retournierte Datensätze ausgewertet.

Ergebnisse: 84 (von 277) Gemeinden melden ausreichend Plätze (0–3 Jahre) zur Erfüllung des „Barcelona-Ziels“ (Betreuungsquote 33 %). 231 Gemeinden melden ausreichend Angebot für 3- bis 6-Jährige für das Barcelona-Ziel von 90 %. In 182 Gemeinden sehen Eltern in der Altersgruppe 0–3 Jahre Bedarf für erweiterte Tages- und Wochenöffnungszeiten. 42 davon haben bereits ein Erweiterungskonzept vorgesehen. Was die Jahresöffnungszeit für 0- bis 3-Jährige anbelangt, wird in 184 Gemeinden Mehrbedarf angemeldet. In der Altersgruppe 3–6 Jahre melden Eltern in 209 Gemeinden Bedarf an längeren Tages- und Wochenöffnungszeiten, in 203 Kommunen wird auch bei den Jahresöffnungszeiten eine Erweiterung erwartet. Aber auch für die Gruppe der 6- bis 14-Jährigen wird Handlungsbedarf in über 200 Gemeinden gemeldet.

Bodenverbrauch: Gemeinden sollten Kompetenzen abgeben

Thema: „Vom Einzelfall zum Betontepich“, TT, 20.11.

Die aktuell wieder aufgeflamnte Diskussion über den Bodenverbrauch und das irreparable Versiegeln der Böden durch „Zubetonieren“ wie auch der Widerstand der Öffentlichkeit gegen die häufig unverständliche Genehmigung von Großprojekten zeigt einmal mehr: Die heillos überforderten Gemeinden sind der Thematik Boden- und Baupolitik bis heute in keiner Weise gewachsen.

Da sitzt ein Dutzend wohlmeinender Gemeinderäte und -innen in der Gemeindestube – unter ihnen angesehene Handwerker, Lehrer, Beamte, Bauern, Angestellte –, aber keiner einschließlich des Bürgermeisters hat

nur den geringsten Schimmer von und keine Erfahrung mit Raumordnung, Flächenwidmung, Bauordnung und den entsprechenden Rechtsgrundlagen. So ja auch die jüngsten Äußerungen der Lienzer Bürgermeisterin.

Die Folgen davon: Es wird oft in absoluter Unkenntnis der Materie herumgedoktert, oder es geschieht jahrelang gar nichts, weil man nicht weiß, wie es geht. Außerdem gibt es von Seiten der Bürgermeister/innen und Gemeinderät/innen viel zu oft ein Naheverhältnis, sie sind häufig verwandt, verschwägert oder befreundet mit den betroffenen Grundeigentümern, kennen sie vom Stammtisch, Kirchenchor, der Musikkapelle oder den Schützen, wo man sich anschließend im Gasthaus trifft.

Und ein Bürgermeister will ja nächstens wiedergewählt werden und niemandem wehtun. Schließlich bringen Super- und Baumärkte an allen Ecken und Enden Arbeitsplätze und kurzfristige Steuereinnahmen für die Gemeinden.

Ein Beispiel für diese Unkenntnis, Unerfahrenheit und Überforderung ist eine Gemeinde im Tiroler Unterland: Die Beteiligten haben offensichtlich keine Ahnung von Baulandumlegung und -verfahren, von den Finanzierungsgesetzlichkeiten einer derartigen Erschließung. Die Folge davon: Seit Jahren geht nichts weiter.

Landesweit gibt es teils abstruse Großprojekte und eine nie wieder gutzumachende Verhüttelung und Verschwendung kostbarer

Grundflächen, als hätten wir in Tirol im Überfluss davon. Es wurde einfach schon zu viel irreparabel kaputtgemacht.

Seit Generationen wird von Fachleuten aus Raumordnung, Rechtswissenschaft und Verwaltung gefordert, endlich sämtliche Raumordnungs- und Bauverfahrenskompetenzen weg von den Gemeinden hinauf zur nächsten Verwaltungsebene, den Bezirksverwaltungsbehörden, oder gar zum Land zu verlagern, geschehen ist nichts. Man will bloß bei den Gemeinden und Bürgermeistern nicht anecken! Da gehen die zuständigen Spitzenpolitiker lieber zu Eröffnungen und Fototerminen.

Dr. Gerald Gärtner
6072 Lans

TT, 24. 11. 2023

Ruhestandsversetzung: Fünf Polizisten aus Bezirk geehrt

BEZIRK. Am 11. Dezember fand in der Landespolizeidirektion Tirol die feierliche Ausfolgung von Dank- und Glückwunschdekreten sowie die Übergabe der LPD-Ehrenmünze an verdiente Polizisten anlässlich ihrer Ruhestandsversetzung durch Landespolizeidirektor Helmut Tomac sowie seine Stellvertreter Johannes Strobl und Johannes Freiseisen statt. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Repräsentanten der Polizei und Bezirkshauptleute teil. Ein Blechbläserquartett der Polizeimusik Tirol umrahmte den feierlichen Festakt.

Die Geehrten

Die Dank- und Glückwunschdekrete anlässlich ihrer Ruhestandsversetzung erhielten:

- Cheflnsp Franz Hohlrieder, PI Wörgl (wohnhaft in Wildschönau)
- KontrInsp Gottfried Lindtner, PI Niederdorf (wohnhaft in Bad Häring)
- KontrInsp Andreas Haas, PI Kramsach (wohnhaft in Kramsach)
- KontrInsp Manfred Hofer, PI Wörgl (wohnhaft in Wörgl)
- FI Maximilian Fürst, PI Wörgl (wohnhaft in Angath)



Aus dem Bezirk Kufstein erhielten fünf Polizisten die Glückwunschdekrete anlässlich ihrer wohlverdienten Ruhestandsversetzung.

Foto: Viehweider